

# Die Tagespost



TÄGLICH AKTUELL AUF  
www.die-tagespost.de

30. Mai 2018, Würzburg, Jahrgang 71, Nr. 22 – 4,00 Euro

## Zeitenwende 1918



Foto: dpa

KAISER WILHELM II



Foto: KNA

PAPST BENEDIKT XV.



Foto: Wikipedia

KAISER KARL I

Die Monarchen treten ab. Die Folgen für die Katholiken s. 2/3



KOMMUNIONSTREIT  
Ein Zwischenruf  
des Erzbischofs von  
Philadelphia  
S. 9/10



PHILOSOPHIE

Warum bei einem  
Denken ohne Glaube  
die Werte verdunkeln  
S. 18

## Zwischen Jubel und Bestürzung

Die Mehrheit in Irland für das Referendum markiert einen historischen Bruch in der Geschichte des katholischen Landes **VON MAXIMILIAN LUTZ**

Deutlicher als in den Umfragen der vergangenen Wochen vorausgesagt haben die Iren für die Streichung des achten Verfassungszusatzes gestimmt, der das Leben des ungeborenen Kindes dem der Mutter gleich stellte (Lesen Sie dazu auch die Seiten 6 und 8). 66,4 Prozent sprachen sich dafür aus, nur 33,6 Prozent stimmten dagegen. Damit wird Abtreibung künftig auch in Irland möglich sein, das einst als katholisches Vorzeigeland in Europa galt. Irlands Premierminister Leo Varadkar sprach von einer „stillen Revolution“. Die Bilder, die über TV-Bildschirme flackerten und in den Zeitungen gedruckt waren, zeigten fast ausschließlich jubelnde Menschen auf den Straßen.

Auch in den Medien wurde das Ergebnis der Abstimmung überwiegend positiv begrüßt. Die „Irish Times“, eine der zwei großen irischen Tageszeitungen, lobte die Arbeit, die die Regierung im Vorfeld des Referendums leistete, und sprach von einem „Erdrutschsieg“, der ein „klares Mandat“ für liberale Abtreibungsgesetze erteile. Noch weiter ging die britische Sonntagszeitung „The Observer“: Sie betonte die „Hoffnung“, die das Ergebnis für Frauen weltweit bedeuten könnte – und teilt gleichzeitig einen Seitenhieb gegen die Kirche aus. Der Ausgang der Abstimmung biete „Unterstützung für Frauenrechtsaktivisten in Ländern wie den USA und Polen, die gegen Einschränkungen des Rechts auf Abtreibung kämpfen und von religiös-konservativen Kräften bedrängt werden“. In der internationalen Presse zeigt sich ein ähnliches Bild: Die „New York Times“ spricht von einer „harschen Ablehnung“ der Autorität der katholischen Kirche. Und weiter: „Das Ergebnis markiert das Ende einer Ära, in der jährlich tausende Frauen gezwungen waren, ins Ausland zu reisen oder im Internet auf illegale Weise Tabletten zu kaufen, um ihre Schwangerschaft zu beenden.“

Kritische Stimmen sind in den säkularen internationalen Leitmedien kaum zu finden – auch nicht in der deutschen Presse: „Irland hat sich für die Menschlichkeit entschieden“, titelt „Die Welt“; „ein großer Sieg für Menschlichkeit und Mitgefühl“ heißt es in der „Zeit“. Nach einer kritischen Stimme muss man lange suchen. In der „Mitteldeutschen Zeitung“, ein Regionalblatt aus Sachsen-Anhalt, schließlich die Mahnung: „Die Entscheidung für eine Abtreibung ist die Entscheidung gegen das Leben eines ungeborenen Kindes.“ Und auch die französische katholische Zeitung „La Croix“ stimmt nicht in den internationalen Jubel ein: „Abtreibungen möglich zu machen, ist eine Sache. Dafür zu sorgen, dass es so wenige wie möglich gibt, die andere“, warnt das Blatt. Bei den Vertretern der „No“-Kampagne löste das Votum freilich Entsetzen aus. Sie sprachen am Wahlabend von einer „Tragödie historischen Ausmaßes“. Auch Dana Scallon, katholische Lebensschutz-Aktivistin und frühere unabhängige Europaabgeordnete, fand deutliche Worte: „Als ich das Ergebnis erfuhr, war ich tief betroffen und habe mich gefragt, was aus der irischen Nation geworden ist“, so Scallon im Gespräch mit der „Tagespost“. Die irischen Medien hätten einige Extremfälle benutzt, um eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts zu fordern. Ähnlich sieht es Father Vincent Twomey. „Geschockt und betrübt“ sei er über den Ausgang des Referendums, sagte der Steyler Missionar gegenüber dieser Zeitung. Mit großer Bestürzung reagierte auch Erzbischof Eamon Martin von Armagh, Primas von ganz Irland: Er sei „zutiefst betrübt“ darüber, dass der achte Verfassungszusatz nun gestrichen werde, so der Vorsitzende der Irischen Bischofskonferenz. Die Iren hätten das Recht auf Selbstbestimmung über das Grundrecht auf Leben gestellt.

KOMMENTAR

## Krieg in Italien

VON GUIDO HORST

Bundeskanzlerin Angela Merkel sollte in diesem Sommer keinen Urlaub in Italien machen. In weiten Teilen der Gesellschaft, besonders bei Anhängern von Lega und Fünf-Sterne-Bewegung, gilt sie als persona non grata, als wichtiger Exponent der auswärtigen Kräfte, die die Regierungsbildung von Luigi Di Maio und Matteo Salvini verhindert haben (siehe Seite 7). Es reichten eine Karikatur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die Di Maio und Salvini als Pest und Cholera zeigte, und ein bissiger Kommentar des „Spiegels“ – „Die Schnorrer von Rom“ –, um den Zorn vieler Italiener auf die Deutschen in neue Höhen zu treiben. Wenn Lega und Fünf Sterne am kommenden Wochenende ihre Anhänger auf die Plätze und Straßen treiben, wird sich die Wut nicht nur auf Staatspräsident Sergio Mattarella entladen, der am Sonntag sein Veto gesprochen hat, sondern auch auf Berlin, Paris und Brüssel, wo der Populist Salvini die Drahtzieher für das Scheitern der Regierungsbildung sieht und das in endlosen Tiraden in die Schar seiner Anhänger transportiert.

Auch die Kirche des Landes steht im Visier. Bei der Vollversammlung der italienischen Bischöfe hat deren Vorsitzender, Kardinal Gualtiero Bassetti, auch den Schutz der Migranten zu den unverhandelbaren Werten gezählt, die die Kirche hochhalte. Und dass der Generalsekretär der Konferenz, Bischof Nunzio Galantino, am Montag eine Solidaritätsadresse an Präsident Mattarella formuliert hat, verstärkt den Verdacht, dass die Kirche ein Gegner der Allianz von Lega und Fünf Sternen ist, die im Parlament immerhin über die Mehrheit der Sitze verfügen. Die Nerven liegen blank in Italien. Der Chef der „neutralen“ Übergangsregierung, Carlo Cottarelli, wird in den Kammern keine Mehrheit erhalten und das Land über die Sommerpause nur bis zu Neuwahlen führen können. Dann treten Lega und Fünf Sterne nochmals an – und werden nach Wochen der Agitation nur stärker geworden sein. Da kann Kanzlerin Merkel behaupten, was sie will. Für Italiens Rechte ist sie der Staatsfeind Nummer eins. Stimmen der Besonnenheit hört man im Stiefelstaat derzeit nicht.

BREITSEITE GEGEN SÖDER Eine neue Initiative wirft  
der CSU vor, zu wenig christlich und sozial zu sein S. 4



# Traumatisierender Zusammenbruch

In Mitteleuropa endete 1918 eine Allianz von Thron und Altar. An ihre Stelle traten Orientierungslosigkeit, Kirchenverfolgung und menschenfeindliche Ideologien VON STEPHAN BAIER

Das Jahr 1918 markiert für Mitteleuropa nicht nur eine politische Zeitenwende, sondern einen staats- und rechtsphilosophischen Bruch: Das Ende eines Zeitalters, dessen Wurzeln bis in die römische Antike hinabreichen, den Beginn einer neuen Epoche und einer tiefen Identitätskrise. Das Ende des Vielvölkerstaates und der Habsburger-Herrschaft bezeichnete der Politikwissenschaftler Gottfried-Karl Kindermann als „historische Schicksalsschläge“, deren „traumatisierende Schockwirkung kaum überschätzt werden“ könne. Die Habsburger verstanden sich bis zuletzt als Erben des Heiligen Römischen Reichs, vor Gott für ihre Völker verantwortlich. Ihr Denken hatte jenen vertikalen Charakter, den der katholische Historiker Erik von Kuehnelt-Leddihn so skizzierte: „Da war Gott-Vater im Himmel, der Heilige Vater in Rom, der Monarch als ‚Vater des Vaterlands‘ und der Vater als ‚König‘ in der Familie. Man sah hinauf und hinunter mit liebender Treue oder verantwortlicher Liebe.“

Beim letzten regierenden Kaiser, Karl I., kam eine tiefe persönliche Frömmigkeit dazu: Er pflegte nicht nur die traditionelle „Pietas Austriaca“ und wusste sich Papst Benedikt XV. tief verbunden, sondern strebte eifrig nach Heiligkeit, was Papst Johannes Paul II. mit der Seligsprechung Karls 2004 kirchenamtlich bestätigte. Umso radikaler war der Bruch, der mit dem Sturz der katholischen Dynastie und dem Zerfall des habsburgischen Reiches einsetzte. Kirche und Gesellschaft gerieten in eine Orientierungskrise, in einen Strudel widerstreitender Ideologien. Auch geografisch musste man sich neu orientieren, denn das alte Reich wurde in viele Kleinteile zerrissen.

Bereits im November 1918 ermahnte der Wiener Kardinal Friedrich Gustav Piffl seine Gläubigen „zur unbedingten Treue gegenüber dem nun rechtmäßig bestehenden Staate Deutschösterreich“. Von seinen Amtsbrüdern wollte er wissen, „ob nicht wenigstens eine Konferenz des hochwürdigsten Episkopates von Deutschösterreich ... jetzt zeitgemäß wäre“. Nach jahrhundertlangem Miteinander von Thron und Altar sah der Kardinal angesichts der „völlig veränderten politischen Verhältnisse und unter dem Druck der kommenden Ereignisse“ die Notwendigkeit, die Trennung von Staat und Kirche zu beraten. Die Grazer Kirchenhistorikerin Michaela Kronthaler resümiert: „Während die katholische Kirche in der habsburgischen Monarchie als eine feste Stütze von Kaiser Franz Joseph fungierte und diesem wie seinem Nachfolger Karl I. treu ergeben war, versuchte sie mit Mühen ihre Rolle als Mitgestalterin des de-

mokratischen Gemeinwesens in der Ersten Republik zu finden.“

Weil sie sich angesichts der antiklerikalen Agitation der Sozialisten auf einen Kulturkampf einstellen musste, in dem um konfessionelle Schule, Ehegesetzgebung und Kirchengut gerungen werden würde, setzte die Kirche auf eine Allianz mit der Christlichsozialen Partei. Kardinal Piffl forderte 1920 die Katholiken auf, „durch ihre christliche Stimme den Staat zu retten“. Der „markanteste Exponent eines parteipolitischen Katholizismus“, so Kronthaler, war Prälat Ignaz Seipel, der zweimal als Bundeskanzler amtierte (1922–1924 und 1926–1929). Da 90 Prozent der Bevölkerung damals der katholischen Kirche angehörten, stellte auch das katholische Verbandswesen einen gesellschaftlichen Faktor dar. Erst mit der Unterzeichnung des Konkordats 1933 gelang die Sicherung kirchlicher Interessen. Im selben Jahr beschloss die Bischofskonferenz den Rückzug der Kleriker aus der Parteipolitik.

## Gegen Habsburg, also gegen Rom

War das Habsburger-Reich nicht nur multi-national, sondern – bei aller Dominanz des Katholischen – auch multi-konfessionell gewesen, so wandten sich die anti-habsburgisch motivierten Staatsgründungen am Ende des Ersten Weltkriegs nun gezielt gegen die katholische Kirche. Am schärfsten im neu gegründeten Kunststaat Tschechoslowakei, obgleich 95 Prozent seiner 13,6 Millionen Einwohner katholisch waren. Die neue Elite wollte den Bruch mit der österreichischen, habsburgischen und katholischen Geschichte. Auch im Klerus gab es starke anti-römische und nationalistische Tendenzen, so dass es 1918 zur Gründung des Verbandes „Jednota“ kam, dem bald mehr als 2600 Priester angehörten, und der die Wahl der Bischöfe durch Kleriker und Laien, die Abschaffung des Zölibats und die Demokratisierung der Kirchenverwaltung forderte. Weil der Heilige Stuhl nicht nachgab, kam es 1920 – durch massenhafte Apostasie von Priestern und Laien – zur Gründung einer tschechischen Nationalkirche in hussitischer Gesinnungstradition. Der Staat förderte diese und die Protestanten, während er die katholische Kirche zwang, die Diözesangrenzen den Staatsgrenzen

anzupassen. Der Erzbischof von Prag und vier slowakische Diözesanbischöfe sahen sich gezwungen, das Land zu verlassen.

Obwohl der Vatikan sich beeilte, noch 1918 diplomatische Beziehungen zur Tschechoslowakei aufzunehmen, enteignete der Staat Kirchengrund und -vermögen, verstaatlichte kirchliche Schulen und forcierte die kirchenfeindliche Propaganda. Mehrfach griff die Regierung in diözesane Belange ein, verhinderte die Besetzung von Bischofssitzen, initiierte Prozesse gegen Priester, verbot kirchliche Feiertage und verabschiedete kirchenfeindliche Gesetze. Angesichts der Verstöße gegen die Religions- und Gewissensfreiheit, die zeitgleich in der Sowjetunion stattfanden, nahmen sich die anti-katholischen Maßnahmen des ersten tschechoslowakischen Staates bloss aus, doch die Stoßrichtung war klar. Und wirkungsvoll: Laut Volkszählung hatten 1921 mehr als 1,2 Millionen die katholische Kirche verlassen. Während der Katholikenanteil bei den Deutsch-Böhmen bei 90 Prozent blieb, sank er bei den Tschechen auf 70 Prozent – bei Lehrern und Beamten auf rund 50 Prozent.

Zeichenhaft für die Behandlung der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei ist der Sturz der Prager Mariensäule am 3. November 1918, wenige Tage nach der Ausrufung des neuen Staates. Die Säule zu Ehren der „ohne Makel der Erbsünde empfangenen jungfräulichen Gottesmutter“ war nach Ende des Dreißigjährigen Kriegs von Kaiser Ferdinand III. errichtet worden, zum Dank dafür, dass Prag der Verwüstung durch die Schweden entgangen war. Von nationalistisch gesinnten Tschechen wurde sie jedoch als Zeichen des habsburgischen Katholizismus gehasst.

## Kommunisten in Budapest

Orthodoxe in Bukarest Auch in Ungarn wurde die katholische Kirche zum Opfer des Zusammenbruchs der Monarchie: Im

Frühjahr 1919 riefen die Kommunisten unter Führung des in Moskau geschulten Béla Kun eine „Diktatur des Proletariats“ aus. Während der 133 Tage währenden roten Schreckensherrschaft wurde alles Kirchenvermögen verstaatlicht, die Kirchensteuer aufgehoben und das katholische Schulwesen zerschlagen. Die vollständige Vernichtung der kalvinistischen wie der katholischen Kirche war das erklärte Ziel der Kommunisten. Bischöfliche Residenzen, Klöster und kirchliche Heime wurden geplündert und zweckentfremdet. Die Ordensleute wurden aus den Schulen verbannt, die Priester aufgefordert, einen richtigen Beruf zu erlernen. 17 Gläubige, darunter neun Priester, erlitten den Märtyrertod.

1920 wurde Ungarn durch den Vertrag von Trianon zerstückelt und verlor zwei Drittel seines Staatsgebiets, wodurch auch Diözesen zerrissen wurden. Im neuen Ungarn waren 66 Prozent katholisch und 21 Prozent kalvinistischen Glaubens. Der Heilige Stuhl kam unter politischen Druck, die kirchliche Verwaltung in jenen Gebieten, die an Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei fielen, neu zu ordnen. Das bedeutete nicht nur den Verlust von Gebieten und Kirchenvermögen: Es wurden auch Bischöfe, Priester und Gläubige nach Ungarn vertrieben. Unter Reichsverweser Nikolaus Horthy, der selbst Calvinist war, erlebte die Kirche eine religiöse Wiedergeburt, kaum dass die Gesetze der Räterepublik aufgehoben worden waren. Es kam zu einem gewaltigen Wachstum der Ordensberufungen, der Laienverbände und der katholischen Schulen.

Rumänien wurde durch den Gebietszuwachs infolge des Vertrags von Trianon von einem homogen orthodoxen zu einem gemischt-konfessionellen Land. Die Katholiken des lateinischen Ritus galten als landfremd, die Unierten sogar als Verräter. Verfassung und Regierungspolitik privilegierten die rumänische Orthodoxie als „herrschende Religion“ und diskriminierten die 2,5 Millionen Katholiken beider Riten. In Siebenbürgen kam es zu Gewalttaten gegen die katholische Kirche und zur Enteignung von Schulen, Internaten und Kirchenvermögen. Erst 1927 kam es, nachdem sich der Heilige Stuhl wendig und nachgiebig gezeigt hatte, zur Unterzeichnung eines Konkordats, das die Diözesen neu ordnete und die verbliebenen

Rechte der Kirche sicherte – ohne die verfassungsmäßige Dominanz der Orthodoxie anzutasten. Die antikatholische Agitation ging jedoch weiter, ebenso die schleichende Enteignung der Kirche in Siebenbürgen.

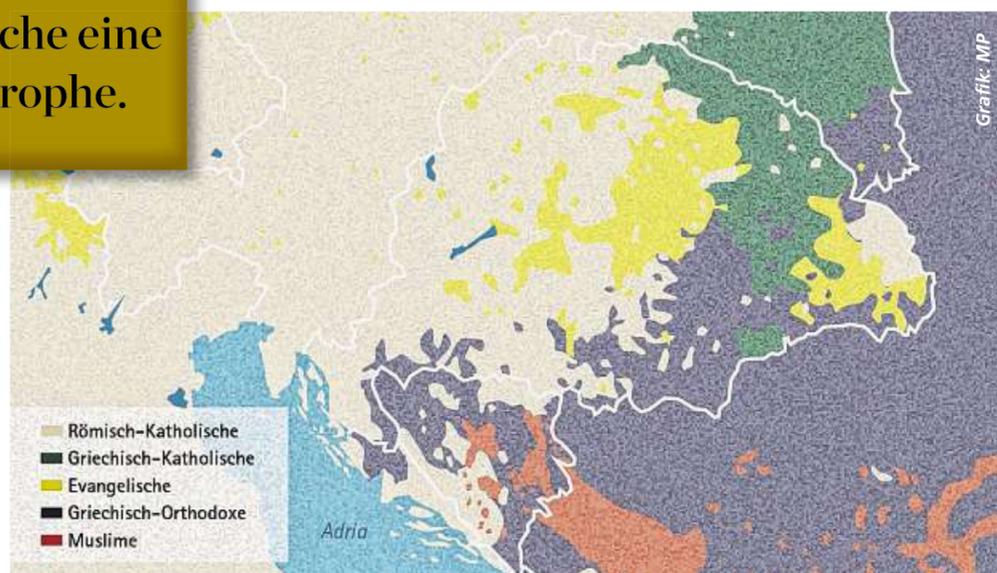
## Unter serbischer Dominanz

Auch für die katholischen Slowenen und Kroaten begann mit dem Ende der Habsburger-Monarchie ein leidvoller Weg. Der Kunststaat Jugoslawien, der am 1. Dezember 1918 als „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ entstand, zählte 5,5 Millionen Orthodoxe, 4,7 Millionen Katholiken und 1,3 Millionen Muslime. Von Anfang an strebten die Serben nach Dominanz und Vereinheitlichung. „Dies bedeutete eine einseitige Bevorzugung der orthodoxen Staatskirche und eine spürbare Zurücksetzung aller katholischen Interessen“, wie der ungarisch-deutsche Kirchenhistoriker Gabriel Adriányi bilanziert. Obgleich die Verfassung von 1921 die Religionen für gleichberechtigt erklärte, setzte die Regierung gezielte Schläge gegen die katholische Kirche: Ab 1919 wurden der Kirche die Schulen entzogen, wurden Kirchengrund und Klöster enteignet, wurden religiöse Vereine aufgelöst und Schüler gezwungen, der religionsfeindlichen staatlichen Jugendorganisation „Jugoslawenski Sokol“ beizutreten.

Viele Jahre verhandelte der Heilige Stuhl geduldig und kompromissbereit ein Konkordat, das 1935 schließlich unterzeichnet wurde. Ratifiziert wurde es im Parlament nur mit knapper Mehrheit, nicht zuletzt wegen des fanatischen Widerstands der serbischen Orthodoxie. Der serbische Patriarch exkommunizierte alle mit Ja stimmenden Abgeordneten namentlich, so dass die Regierung nicht mehr wagte, das Konkordat dem Oberhaus vorzulegen. 1938 verzichtete die Regierung auf eine Ratifizierung und versprach, vor neuen Verhandlungen mit dem Vatikan das orthodoxe Patriarchat zu konsultieren. Erstaunlicherweise blühte das kirchliche Leben der kroatischen Katholiken trotz aller Feindseligkeiten des Staates wie der Orthodoxie.

Wenn der Bruch des Jahres 1918, die gesellschaftliche wie politische Orientierungssuche jener Zeit, die Diskriminierung der katholischen Kirche Mitteleuropas in der Zwischenkriegszeit heute fast gar nicht diskutiert wird, dann wohl deshalb, weil nach dem Zweiten Weltkrieg eine Tyrannei ganz anderen Ausmaßes begann. Angesichts des Wütens der Kommunisten in Russland ab 1917 und in Mitteleuropa ab den 1940er Jahren verblasst das Leid der Kirche und ihrer Gläubigen in der Zeit zuvor. Und doch war es der Untergang der alten Ordnung im Ersten Weltkrieg, der den Weg frei machte für das diabolische Wirken der roten und braunen Antichristen.

Der Zerfall des Habsburger-Reichs war für die katholische Kirche eine Katastrophe.



# Eine neue Zeit

Als 1918 die alte Ordnung zusammenbricht, stehen die Katholiken vor der Frage: Wie hältst du es mit der Republik? Was nun?

VON SEBASTIAN SASSE



KARDINAL BERTRAM

ADAM STEGERWALD



KONRAD ADENAUER



Foto: dpa

Eine Schulhofsituation, die jeder kennt: Ein Kind will in einer Gruppe mitspielen, aber die Anderen wollen nicht. Doch je stärker die Zurückweisung ist, umso größer wird auch der Wille des Kindes, doch dabei zu sein. Also lässt es nicht locker und buhlt immer weiter um die Achtung der Anderen. Und schließlich, nach langer Zeit, hat es Erfolg. Es darf mitmachen. Aber genau in diesem Moment, in dem sich dieser große Wunsch erfüllt, da zerfällt die Gruppe. Die Situation des Kindes, das in dieser Weise um Anerkennung ringt, entspricht der Lage, in der sich die deutschen Katholiken um die Jahrhundertwende befinden. Und das Jahr 1918 bezeichnet den Punkt, an dem sie es eigentlich geschafft haben: Die „Reichsfeinde“ von einst sind zu anerkannten Bürgern geworden, deren Loyalität gegenüber Kaiser und Reich nicht mehr in Frage gestellt wird. Die Partei der Katholiken, das Zentrum, gilt als staatstragend. Ja, vom November 1917 bis zum September 1918, also mitten im Krieg, stellten die Katholiken mit dem ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Georg von Hertling sogar den Reichskanzler. Überhaupt der Krieg: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Der Satz Wilhelms II. war eben nicht nur an die Sozialdemokraten gerichtet, er ging auch an die Katholiken. Dahinter stand das Angebot: Jetzt, in der Krisensituation des Krieges, kann jeder beweisen, wie ernst er es mit seinem Patriotismus meint. Alte Vorurteile gelten nicht mehr. Die Katholiken freilich bedurften gar nicht dieses speziellen Appells. Ganz selbstverständlich reihten sie sich ein. Endlich konnten sie ihre positive Staatsgesinnung beweisen. Doch nun, mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, schien alles vorbei zu sein. Musste nun ihre Loyalität auch weiterhin der alten Ordnung gelten? Oder bot das Neue, die Republik, Chancen, die ihnen die vom protestantischen Preußen dominierte Gesellschaft des Kaiserreiches 1871 zu positiven Veränderungen in den letzten Jahren, niemals hätte gewähren können? Es wird deutlich: Die Schockwirkung, die das Jahr 1918 auf die deutschen Katholiken ausübte, ist nicht ohne einen Blick auf die Gründung des Kaiserreiches 1871 zu verstehen: Die Reichseinigung war nämlich auch eine große Entzweiung. Als damals

der preußische König Wilhelm im Spiegelsaal von Versailles zu deutschen Kaiser ausgerufen wurde, da erfüllte sich für viele ein politischer Traum. Für die Nationalliberalen etwa: Endlich ein deutscher Nationalstaat, wie bei den anderen europäischen Nationen auch. Für die preußischen Konservativen, die bei aller Skepsis gegenüber dem neuen Gebilde doch glücklich darüber waren, dass ihr König, ein protestantischer Hohenzoller, auf dem Kaiserthron Platz nahm und in ihrem Sinne das neue Reich schon prägen werde. Ja, selbst die deutsche Linke begrüßte diese Entwicklung: Denn aus der geschichtsphilosophischen Sicht der Marxisten war dieses neue Kaiserreich immerhin ein Fortschritt im Vergleich zu früher. Nur die deutschen Katholiken, sie standen am Rande. Ihre Loyalität hatte dem Alten Reich, dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, gegolten, das Napoleon zerbrochen hatte. Ihr Blick richtete sich immer noch nach Wien, auf die Habsburger. Diese kleindeutsche Lösung, ohne Österreich, musste ihnen als historischer Bruch erscheinen. Hinzu kam die Infragestellung ihrer staatsbürgerlichen Integrität: Konnten diese Katholiken, die doch dem Papst Gehorsam schuldig waren, diese Ultramontanen, überhaupt gute Deutsche sein? In ihrer klaren Antwort auf diese Frage waren sich protestantische Preußen und Liberale in seltener Weise einig. Gemeinsam initiierten sie nun den „Kulturkampf“, der für die deutschen Katholiken zu einem anhaltenden Trauma geworden ist. 1918 lag dieser zwar schon viele Jahrzehnte zurück, doch die handelnden Personen waren durch diese Erfahrung nachhaltig geprägt. Wie konnte sich nun staatsbürgerliche Integrität beweisen? Als Loyalität gegenüber dem Alten oder in der Bereitschaft, das Neue mitzugestalten?

Wie unterschiedlich die „Kulturkampf“-Prägung sich nun auf die Haltung gegenüber der neuen Republik auswirken konnte, unterstreicht eine Episode vom Katholikentag im Mai 1922 in München. Die beiden Protagonisten: Der Münchner Erzbischof, Michael Kardinal von Faulhaber, und der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer. Der Münchner Erzbischof ist im Herzen noch Monarchist. Nicht nur, weil er sich dem katholischen Haus Wittelsbach gegenüber immer noch loyal fühlt – noch kurz vor Kriegsende ist der aus relativ bescheidenen Verhältnissen

stammende Faulhaber durch den bayerischen König Ludwig III. geadelt worden. Für Faulhaber geht es auch um die Legitimität dieser Republik. Ist sie nicht durch eine Revolution begründet worden? Kann ein katholischer Christ so eine Vorgeschichte akzeptieren? In seiner Eröffnungsrede auf dem Münchner Königsplatz stellt der Kardinal fest: „Die Revolution war Meineid und Hochverrat, bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet. Auch wenn der Umsturz ein paar Erfolge brachte, wenn er den Bekennern des katholischen Glaubens den Weg zu höheren Ämtern weit mehr als früher erschloss – ein sittlicher Charakter wertet nicht nach den Erfolgen, eine Untat darf nicht der Erfolge wegen heiliggesprochen werden“. Die Gegenposition nimmt Adenauer ein. Geprägt durch den rheinischen Bürgersinn, der einerseits klar katholisch ist, andererseits aber eben auch pragmatisch und realpolitisch. Mit diesem Ansatz hatte sich die rheinische Bürgerschaft schon seit dem 19. Jahrhundert selbstbewusst der preußischen Zentralregierung in Berlin gegenüber gezeigt. Dem Kaiser und seinen Beamten weint man hier nicht gerade Tränen nach.

Und so weist denn Adenauer, der dem Katholikentag als Präsident vorsteht, in seiner Abschlussansprache die Kritik des Kardinals deutlich zurück: „Wo viel Licht, da ist auch viel Schatten. Auch von diesem Schatten zu sprechen, ist meine Pflicht. Es sind hie und da Äußerungen gefallen, die man sich aus Verhältnissen örtlicher Natur erklären kann, hinter denen aber die Gesamtheit der deutschen Katholiken nicht steht.“ Wie stark die Frage der handelnden Personen damals auch emotional bewegte, zeigt die Reaktion Faulhabers. Der Kardinal erhebt sich von seinem Platz und will die Veranstaltung verlassen. Doch Konrad Adenauer, auch schon damals ein geschickter Taktiker – als Bundeskanzler wird er später nicht ohne Grund den Spitznamen „der alte Fuchs“ tragen – reagiert schnell. Er unterbricht einfach seine Rede und bittet den Kardinal spontan um seinen Segensgruß. Ein Eklat konnte abgewehrt werden. Die Szenerie ist typisch. Denn man

kann das Ende dieser Episode auf das katholische Milieu insgesamt übertragen: Der Eklat wird abgewandt. Die Frage, wie die Katholiken sich denn nun endgültig zu dieser Republik zu verhalten hätten, wird nicht geklärt. Weder in die eine, noch in die andere Richtung. Stattdessen wird der Status quo gewahrt.

Auch dieses Zurückschrecken vor einer klaren Positionierung ist als Folge des „Kulturkampfes“ zu sehen. Der hatte nämlich neben der Anfeindung, Ausgrenzung und Diskriminierung auch einen positiven Effekt gehabt: Der katholische Volksteil rückte zusammen. Das Zentrum – es wurde auch vom Zentrumsturm gesprochen – war der unbestrittene politische Arm der Katholiken. Innerhalb der Partei versammelten sich vom katholischen Adeligen bis zum katholischen Arbeiter Angehörige aus allen sozialen Schichten. Und so war das Zentrum etwas, was es damals eigentlich noch gar nicht gab und erst in der Bundesrepublik von der Politikwissenschaft einen Namen bekommen sollte: die erste deutsche Volkspartei. Freilich nur auf die Katholiken beschränkt, aber doch immerhin etwas Anderes als die übrigen Parteien, die sich vornehmlich auf bestimmte soziale Schichten konzentrierten. Das Zentrum war so etwas wie der „politische Aktionsausschuss“ der deutschen Katholiken. Vor allem in den wichtigen Fragen der Schulpolitik – die Sicherung konfessionsgebundener, katholischer Schulen war das zentrale Thema der Zentrumspolitik – sicherte die Partei, dass die Interessen der Katholiken durchgesetzt wurden. Um dies sicherstellen zu können, war Geschlossenheit wichtig. Sie durfte nicht gefährdet werden. Also lieber den Status quo sichern, als unkalkulierbare Experimente zu wagen. Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Status quo – diese Haltung spiegelte sich auch in der Haltung des deutschen Episkopates wider, vor allem in der Person des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Adolf Kardinal Bertram. Noch 1914 zum Fürstbischof von Breslau ernannt, übernahm er 1919 den Vorsitz unter den Bischöfen. Dieses Amt sollte er bis zu seinem Tod im Juli 1945 ausüben. Bertram, Jahrgang 1859 und damit die Erfahrung des „Kulturkampfes“ in

seiner Jugend lebendig vor Augen, gilt als Musterbeispiel eines beschwichtigend und vermittelnd auftretenden Kirchenmannes, kirchenpolitisch eher administrativ agierend als selbst Impulse setzend. Er war der ideale Bewahrer des Status quo. Von ihm war kein Vorstoß zu erwarten. Dabei bot der starke politische und soziale Katholizismus auch ein großes innovatives Potenzial für die Republik. 1920 verkündete der christliche Gewerkschaftsführer Adam Stegerwald auf einem Kongress in Essen, auf der Basis der interkonfessionellen Gewerkschaften eine sowohl Katholiken wie Protestanten umfassende Volkspartei der Mitte gründen zu wollen. Stegerwald, der aus dem Zentrum kam und in der katholischen Arbeiterbewegung sozialisiert worden war, hatte schon Anfang des Jahrhunderts die Christlichen Gewerkschaften gegründet, in denen Katholiken wie Protestanten Mitglieder werden konnten. Die Idee dahinter war: So ein interkonfessioneller, aber eben doch klar christlicher neuer Verband sollte ein Gegengewicht zu den sozialdemokratisch geprägten Freien Gewerkschaften bilden. Denn diese wuchsen in ihrer Mitgliederzahl beständig weiter an, waren aber in der Regel streng antikirchlich. Die bereits bestehenden Gewerkschaften, lange Zeit von Teilen der kirchlichen Hierarchie kritisch beobachtet, sollten nach Stegerwalds Vorstellung die soziale Basis für die neue Partei bilden.

Die neue Partei sollte, sozial aufgeschlossen, patriotisch gesinnt und dem christlichen Menschenbild verpflichtet, vor allem ein Bollwerk gegenüber linken Revolutionsdrohungen bilden. Sie sollte der neuen Republik Stabilität verleihen. Der klare Hintergedanke dabei: Vor allem das Zentrum bringt die katholische Verbandsstruktur in dieses neue Gebilde mit ein und verleiht ihr so eine Massenbasis. Doch genau diese Strategie ging nicht auf: Denn auch hier zeigte sich, dass die Beharrungskräfte des Parteiestablishments stärker waren. Wieder sollte der Status quo nicht gefährdet werden. Erfolg hatte Adam Stegerwald mit der interkonfessionellen christdemokratischen Union bezeichnenderweise erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Und an der Spitze dieser Union finden wir den Katholikentagspräsidenten von 1922 wieder: Konrad Adenauer. Entsprechend fällt nun auch die Haltung zur Republik aus.

# Massive Kritik an der CSU

Eine Initiative wirft der CSU vor, ihr christlich-soziales Profil zu vernachlässigen **VON SEBASTIAN SASSE**

Post für den bayerischen Ministerpräsidenten: Über 100 Organisationen und Personen aus Kirche, Gesellschaft und Wissenschaft haben einen offenen Brief an Markus Söder geschrieben. Es geht um die Herausforderungen, denen sich christlich und soziale Politik nach Meinung der Verfasser stellen müsste. Sie sind der Meinung, dass die CSU, sie trägt bekanntlich das „C“ und das „S“ genau wegen dieser Programmschwerpunkte im Namen, diesem Anspruch nicht gerecht werde. Das Schreiben, das auch an Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) ging, ist das Ergebnis einer Initiative, die von Pater Jörg Alt, dem Leiter der Jesuitenmission in Nürnberg, Beatrice von Weizsäcker, die Mitglied im Präsidium des Evangelischen Kirchentages ist, und von Berthold Hoser, dem katholischen Hochschulpfarrer in Würzburg, gestartet worden. Schon kurz nachdem Markus Söder seinen Kreuz-Erlass verkündet hatte, war durch Jesuitenpater Alt die Facebook-Gruppe „Ich wähle keine CSU“ gegründet, mittlerweile ist sie übergegangen in die Gruppe „Christlich soziale Politik“. Bisher ist sie von rund 140 Personen geteilt worden. Das ist noch keine Resonanz. Die Tatsache, dass die Initiative aber auch die Sozialen Netzwerke nutzt, unterstreicht: Man will die Öffentlichkeit erreichen. Und auch das Fernsehen hat der Aktion bereits einige Sende-minuten gewidmet.

Schaut man auf die Kritikpunkte, so kann man von einer prononciert linkskatholischen Agenda sprechen, die Initiative ist freilich interkonfessionell ausgerichtet. „Eine Politik ist unserer Meinung nach dann christlich und sozial, wenn sie sich verantwortungsvoll an den Realitäten einer zunehmend globalisierten Welt orientiert.“ Diese Realität gelte es zu vermitteln. „Verkürzende Symbolpolitik“ hingegen, hier spielt man auf Söders Kreuz-Erlass an, reiche nicht aus. Christliche Politik, die am Evangelium orientiert sei, zeige sich nicht nur in Parteiprogrammen, sondern auch in

konkreten tagespolitischen Entscheidungen, heißt es in dem Brief. Als Beispiele, wo dies aus ihrer Sicht im Falle der CSU nicht gelinge, führen die Initiatoren vor allem die Akzente der Partei in der Flüchtlingspolitik, die Äußerungen Seehofers zum Islam und eben Söders Kreuz-Erlass an. Flüchtlingspolitik müsse von den Fluchtursachen, nicht von Obergrenzen her gedacht werden. Weiterhin müsse sichergestellt sein, dass Schutzsuchende nicht in Krisengebiete abgeschoben werden dürften. Die Aussage „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ sei eine Verallgemeinerung, die Diskussion müsse differenzierter geführt werden. Schließlich werden auch Sozial- und Wirtschaftsaspekte angeführt. Freiheit sei weniger durch die Abwesenheit von Sicherheit als durch die von Gerechtigkeit gefährdet, so die Formulierung. Schließlich wird gefordert, Bayern müsse zu einer „sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Modellregion“ werden. Hier müssten massiv öffentliche Gelder investiert werden.

Die Brief ist bewusst mit Blick auf die bevorstehende bayerische Landtagswahl verfasst worden. Der letzte Entschluss, eine solche Initiative zu starten, sei nach dem

Kreuz-Erlass durch Ministerpräsident Markus Söder gefallen, so Mitinitiator Jörg Alt gegenüber dieser Zeitung. „Wer ein Kreuz an die Wand nagelt, muss sich in seinen Taten auch an der Botschaft des Kreuzes messen lassen. Und wenn es sich um eine Partei mit christlich-sozialem Anspruch handelt, gilt dies umso mehr. Hier habe ich nach dem Kreuzdekret und der Politik des „Fischens am rechten Rand“ der letzten Monate eindeutig eine Diskrepanz gesehen“, erläutert Alt seine Motivation.

Er sieht die Aufgabe der Initiative aber nicht nur in der Kritik. „Im Gegenzug machen wir deutlich, was aus unserer Sicht Kennzeichen christlicher und sozialer Politik sind und wo wir Nachbesserungsbedarf sehen“, erklärt er den Ansatz.

Der Brief richte sich auch nicht nur an Söder, der Adressatenkreis könne durchaus breiter gesehen werden: „Es geht nicht nur um den Ministerpräsidenten, es geht um viele in der CSU, die versuchen, den Populisten und Nationalisten am rechten Rand Sympathisanten abspenstig zu machen“, so Alt. Er halte es hier mit der Vizepräsidentin des Zentralkomitees der Katholiken, Claudia Lücking-Michel, die mit Blick auf Sö-

ders Kreuz-Erlass festgestellt habe: „Mein Lieber, dann nagel doch eine Lederhose an die Wand!“

Von der CSU selbst gab es bis gestern Vormittag noch keine Reaktion auf das Schreiben. Es stellt sich sowieso die Frage, inwieweit sich CSU-Stammwähler durch diese Kritik überhaupt beeinflusst fühlen könnten. Fest steht jedenfalls, dass der offene Brief bisher schon von einigen Persönlichkeiten aus dem katholischen kirchlichen Leben in Bayern unterschrieben worden ist. So etwa von den Kreuzschwestern in Gemünden, Schwester Monika Edinger, der Generaloberin der Erlörschwestern, von Schwester Katharina Ganz, der Generaloberin der Oberzeller Franziskanerinnen oder auch von Benediktinerabt Michael Reepen von der Abtei Münsterschwarzach. Weiterhin haben Professor Dr. August Stich und Geschäftsführer Michael Kuhnert vom Missionsärztlichen Institut Würzburg sowie Dr. Michelle Becka, Professorin für Christliche Sozialethik, an der Universität Würzburg. Die Initiatoren sind zuversichtlich, dass in den weiteren Tagen noch zusätzliche Unterzeichner dem Aufruf folgen werden.



Sie haben Post bekommen: Wie die Antwort von Horst Seehofer und Markus Söder ausfällt, zeigt sich noch. Foto: dpa

## Bischöfe auf Madagaskar

Bei dem Begegnungstreffen des Deutsch-Afrikanischen Episkopats ging es thematisch um die „ganzheitliche Entwicklung des Menschen“ **VON BENEDIKT WINKLER**

In Antananarivo, der Hauptstadt des afrikanischen Inselstaats Madagaskar, trafen sich letzte Woche sechzehn deutsche und afrikanische Bischöfe unter der Fragestellung, wie die „ganzheitliche Entwicklung des Menschen“ angesichts von Globalisierung, Migration und Klimawandel gestaltet werden könne.

Anknüpfend an die Enzyklika „Populorum progressio“ von Papst Paul VI. wies Kardinal Reinhard Marx in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, dass die Kirche den Menschen nicht bloß als wirtschaftlichen Produzenten und Konsumenten, sondern als Person in ihrem sozialen Beziehungsreichtum und mit ihren geistigen und spirituellen Fähigkeiten verstünde. „Alle Menschen – das heißt: Nicht nur die Starken und Leistungsfähigen, die sich in der globalen Wettbewerbswirtschaft behaupten können, sondern alle – ungeachtet ihrer Nationalität, ihrer Religionszugehörigkeit oder der wirtschaftlichen Verwertbarkeit ihrer Arbeit – sollen Teil der ökonomischen und sozialen Entwicklung werden und von ihr profitieren können“, so Marx. Weiterhin verwies er auf die Enzyklika „Laudato Si“, in welcher Papst Franziskus Politik und Wirtschaft daran erinnert, dass sie im Dienst am Gemeinwohl stehen. Zu einer „Good Governance“ gehöre Transparenz, Partizipation, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung. Bischof Ludwig



Bei den Reisfeldern von Antananarivo: (v.l.) Erzbischof Ludwig Schick, Weihbischof Ludger Schepers, Kardinal Reinhard Marx, Weihbischof Udo Bentz und Weihbischof Johannes Bündgens. Foto: Deutsche Bischofskonferenz/Kopp

Schick erläuterte in seiner Rede die historischen Hintergründe des Entwicklungsbegriffs und nannte die Kirche eine „partizipative Lerngemeinschaft der Ortskirchen“. Es bräuchte heutzutage mehr denn je „weise Menschen mit tiefen Gedanken“ – sowohl in Deutschland als auch in Afrika, so der Vorsitzende der Kommission Weltkirche.

Markus Luber vom Institut für Weltkirche und Mission kritisierte ein technokratisches Entwicklungsverständnis, welches

suchten Beheimatung und Verankerung. Auch die Vorsitzenden der katholischen Hilfswerke waren vor Ort. Klaus Krämer (missio, Die Sternsinger) fragte nach der Bedeutung von Religion für globale Entwicklungsprozesse. Pirmin Spiegel (Mise-reor) rief die Sorge um das gemeinsame Haus aller Menschen auf der Erde in Zeiten der Globalisierung und des Klimawandels in Erinnerung. In ihrer Abschlussbotschaft unterstrichen die Bischöfe ihre „Verpflichtung, gemeinsam für eine gerechtere Welt zu arbeiten“. Die Grundbedürfnisse aller Menschen müssten erfüllt und die politischen Beteiligungsmöglichkeiten gewährleistet werden. Hindernisse für eine ganzheitliche Entwicklung beständen sowohl in den einzelnen Staaten als auch auf internationaler Ebene. Mit Blick auf den internationalen Handel forderten die Bischöfe eine „gerechtere globale Ordnung“. Dabei erinnerten sie daran, dass „dieser soziale und wirtschaftliche Entwicklungspfad den ökologischen Grenzen des Planeten Rechnung tragen müsse“.

Die Tradition Deutsch-Afrikanischer Bischofstreffen reicht in die 80er Jahre zurück. In unregelmäßigen Abständen beraten die Deutsche Bischofskonferenz und die panafrikanische Bischofskonferenz über Themen, die die Ortskirchen gemeinsam betreffen. Das letzte Treffen fand 2011 in München und Berlin zum Thema „Afrikanische Migration nach Europa“ statt.

## Laschet spricht mit Papst über Europa

**VATIKANSTADT (DT/KNA)** Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) ist am Montag im Vatikan mit Papst Franziskus zusammengetroffen. Themen der Begegnung seien gegenwärtige Entwicklungen in den europäischen Gesellschaften, Migration und Konflikte in Nahost gewesen, sagte Laschet nach der Begegnung vor Journalisten. Der Papst sehe kritisch, dass sich immer mehr Menschen „auf das christliche Abendland beziehen, aber nicht mehr wissen, was dies bedeutet, und es nicht mehr leben“. Den Begriff benutzten sie stattdessen „zur Abgrenzung gegen Flüchtlinge und andere“. Auch die aktuelle politische Lage in Italien sowie die Entwicklung der gesamten europäischen Gesellschaft sehe man im Vatikan mit Sorge, so der Ministerpräsident. Der Papst habe erneut betont, wie sehr er bei der Bewältigung der Migrations- und auch der europäischen Krise auf Deutschland setze. Franziskus habe dazu ermutigt, den Dialog zwischen den Religionen fortzusetzen und bei Flüchtlingen immer auch den einzelnen Menschen in den Blick zu nehmen. Gegen Ende der 40-minütigen Unterredung habe man auch über die Konflikte im Nahen Osten und die Lage der Christen, vor allem in Syrien, gesprochen, sagte Laschet. Begleitet wurde er vom Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, und dem Kölner Schriftsteller Navid Kermani. Letzteren habe er als NRW-Staatspreisträger 2017 und Autor, „der viel über gesellschaftlichen Zusammenhalt publiziert“, eigens in seine Delegation aufgenommen, so der CDU-Politiker. Als Katholik habe er mit dem Papst zwar auch über innerkirchliche Themen gesprochen, führte Laschet aus. Die geplante Handreichung der Bischöfe zur Kommunion für nicht-katholische Ehepartner sowie der Kreuz-Erlass in Bayern seien aber nicht Thema gewesen. Vielmehr sei es um die Zukunft des Christentums und die entsprechende Verantwortung aller Getauften gegangen, die christliche Tradition zu leben. Am kommenden Freitag wird auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) den Vatikan besuchen. Er wird am Vormittag von Papst Franziskus zu einer Privataudienz empfangen werden, wie die bayerische Staatsregierung am Montag mitgeteilt hat. „Für mich ist es eine große Freude und Ehre, dass ich den Heiligen Vater besuchen kann. Papst Franziskus ist das Sprachrohr der Christenheit in der Welt“, erklärte Söder. Im Anschluss daran wird ein Gespräch Söders mit dem Kardinalstaatssekretär des Vatikanstaates, Pietro Parolin, stattfinden. Zur Mittagszeit um 12 Uhr trifft Söder dann im Kloster Mater Ecclesiae mit dem emeritierten bayerischen Papst Benedikt XVI. zu einem Gedankenaustausch zusammen, wie es hieß.

Siehe auch Seite 7

## Union gründet Jüdisches Forum

**BERLIN (DT/KNA)** Die CDU plant ein jüdisches Forum. Nun hat die Partei Sprecher benannt. Karin Prien (52), Kultusministerin in Schleswig-Holstein, und Bernd Knobloch (66), Sohn der langjährigen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, sollen diese Rolle übernehmen, wie CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer am Montag nach der Präsidiumssitzung in Berlin mitgeteilt hat. „Wir als CDU stehen klar gegen Antisemitismus von links, von rechts und von Muslimen“, erklärte sie.

Zur Zeit führen CDU und CSU eine Aktionswoche durch, die unter dem Motto „Von Schabbat zu Schabbat – Gemeinsam gegen Antisemitismus“ stattfindet. Sie hat am 25. Mai begonnen und dauert bis zum 2. Juni. Zusätzlich will die Union ein jüdisches Forum gründen. Es solle laut Kramp-Karrenbauer zunächst ein Ort werden, an dem jüdische Mitglieder der CDU und CSU Fragen von jüdischem Leben und Antisemitismus diskutieren und bündeln könnten.

# „Herz und Hirn öffnen“

In Österreichs Parlament wird das überkonfessionelle Gebetsfrühstück zur Tradition **VON STEPHAN BAIER**

Zur beeindruckenden Glaubensmanifestation wuchs das „Zweite Nationale Parlamentarische Gebetsfrühstück“ im österreichischen Parlament am Dienstag. Im Dachfoyer des parlamentarischen Ausweichquartiers in der Wiener Hofburg – das Parlamentsgebäude selbst wird derzeit modernisiert – konnte ÖVP-Nationalratsabgeordnete Gudrun Kugler als Organisatorin des Gebetsstreffens nicht nur Kardinal Christoph Schönborn und den Apostolischen Nuntius in Österreich, Erzbischof Peter Stephan Zurbriggen, begrüßen, sondern Vertreter von drei Religionen sowie von mehr als zehn christlichen Konfessionen. Hochrangig und in großer Zahl war die in Österreich gut verankerte Orthodoxie vertreten. Unter den ausländischen Gästen aus insgesamt 25 verschiedenen Ländern waren die weitestge-reisten aus Äthiopien und Thailand.

Das internationale und überkonfessionelle Flair des Gebetsfrühstücks hatte – trotz des schlicht mit Wasserkaraffen gedeckten „Ramadan“-Tischs für die muslimischen Gäste – einen klar christlichen Charakter. Da schwärmte Parlamentspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) von der Basilika auf dem Sonntagberg, die der Dreifaltigkeit, „also Gott selbst“, gewidmet ist. Da las der Wiener Kardinal aus dem Markus-Evangelium. Da erinnerte der ungarische Politiker und kalvinistische Pastor Zoltán Balog daran, dass es „eine Person gibt, die uns zusammenführt und vereint, uns die Kraft zum Guten gibt“.

Anders als im Vorjahr, als Gudrun Kugler und ihre Freunde aus ÖVP und FPÖ das Gebetsfrühstück noch gegen Widerstände durchführten, hatte das überparteiliche Beten diesmal einen eindeutig offiziellen Charakter. Der Präsident des Nationalrates, Wolfgang Sobotka, eröffnete es mit einem Gebet, in dem er den Allmächtigen für die Politiker um die Kraft bat, „den Menschen mit Hingabe zu dienen“, und appellierte, „unser ganzes Verhalten soll Frieden stiften“. Viele Menschen seien durch den Glauben beeinflusst und motiviert. „Nicht alles liegt in Menschenhand“, so Sobotka, der über Demut, Teilen und „die tiefe Zufriedenheit, etwas für die Menschen zu tun“ sprach. Der Parlamentspräsident deutete auch schon an, dass das aus amerikanischer Tradition übernommene Gebetsfrühstück

in Wien heimisch werden soll: „Einmal ist kein Mal, zweimal ist Zufall und dreimal ist Tradition!“

Der langjährige ÖVP-Abgeordnete Josef Höchtl erlebte das US-amerikanische „National Prayer Breakfast“ bereits 1981 in Washington. Es nach Österreich zu bringen, sei schwer gewesen: „In Mitteleuropa betet man in der Familie und in der Kirche, aber sonst nicht in der Öffentlichkeit.“ Die Erinnerung an Jesus gebe Kraft, setze etwas in Bewegung und sei geeignet, Herz und Hirn zu öffnen, sagte Höchtl.

Tatsächlich spielte beim Gebetsfrühstück Parteipolitik keinerlei Rolle. Alle Anwesenden, ungeachtet der eigenen Religionszugehörigkeit, erhoben sich zum Gebet, zur Lesung und zu den Fürbitten von ihren Plätzen. Kardinal Christoph Schönborn warnte, es gebe in allen Religionen, auch im Christentum, die „Gefahr, zwischen ‚denen‘ und ‚uns‘ zu unterscheiden“. Diese Differenzierung zwischen „wir“ und „die anderen“ sei eine „Urversuchung in allen Religionen“. Markus 10,28 ff legte der Kardinal so aus,

dass es sich lohne, Jesus nachzufolgen um des Evangeliums willen. Dies sei immer wieder mit Verfolgung verbunden, wie die Realität in dieser Zeit weltweit zeige. Schönborn erinnerte zugleich daran, dass Christen über Jahrhunderte „sich gegenseitig und auch andere verfolgt haben, ganz besonders unsere älteren Brüder, das jüdische Volk“.

Der Wiener Burgschauspieler Peter Matić, bekannt aufgrund eigener Rollen sowie als deutsche Synchronstimme des britischen Schauspielers Ben Kingsley, meinte, die täglichen Nachrichten seien so, „dass wir an Gottes Barmherzigkeit zweifeln könnten, hätten wir nicht den Glauben“. Dankbar dürfe sein, wer seinen Glauben frei leben und bekennen könne, zugleich aber mit „großem Respekt vor jenen, die ihren Glauben unter Gefahr leben“. 366 Mal stehe in der Heiligen Schrift „Fürchtet euch nicht“, so Matić. „Fürchten wir uns nicht, durch das Gebet in Kontakt mit Gott zu kommen.“ Das tägliche Gebet – bittend und dankend – gebe „jedem unserer Tage eine Struktur“.

Die langjährige Salzburger Landesrätin und Sozialpionierin Doraja Eberle, die mit ihrer Aktion „Bauern helfen Bauern“ 1261 Häuser für mehr als 11000 Kriegsheimkehrer in Bosnien baute, mahnte: „Rede nicht von Gott, wenn du nicht gefragt wirst, aber lebe so, dass Gott erfahrbar wird.“ Niemand habe Gaben nur für sich selbst bekommen. Jeder Mensch habe unabhängig von seiner Konfession eine Mission von Gott. „Geben hat mich bis zum heutigen Tag nicht ärmer gemacht“, sagte Eberle, die nach einer Einladung von Mutter Teresa 1988 in Indien zwei Kinder adoptierte und für ein weiteres fremdes Kind die Verantwortung übernahm, um es vor der drohenden Abtreibung zu bewahren.

„Der Glaube an Jesus gibt Kraft und Erneuerung“, sagte der ungarische Politiker Zoltán Balog, der bis vor zwei Wochen Minister seines Landes für Humanressourcen war. „Lasst uns die Flügel ausbreiten, die uns der Glaube gibt!“ Dieser Appell gab die Atmosphäre beim Gebetsfrühstück im österreichischen Parlament gut wieder.



Üblicherweise wird in Österreichs Parlament mehr debattiert als gebetet. Am Dienstag jedoch lud der Nationalratspräsident zum „Zweiten Nationalen Parlamentarischen Gebetsfrühstück“. **Foto: dpa**

## Abtreibungsarzt für Werbeverbot

Debatte um den Paragraphen 219a geht in die nächste Runde – Keine Entscheidung vor Herbst **VON STEFAN REHDER**

Der Streit um Erhalt oder Wegfall des § 219a Strafgesetzbuch (StGB) wird aller Voraussicht nach bis zum Herbst oder darüber hinaus andauern. Nachdem der Bundestagsausschuss für Recht und Verbraucherschutz die übliche Anhörung von Sachverständigen für den 27. Juni terminiert hat, bliebe nur die darauffolgende Sitzungswoche, um vor der Sommerpause eine Änderung der geltenden gesetzlichen Regelung zu beschließen.

Da CDU/CSU dem Vernehmen nach keinen Wert darauf legen, einen wie auch immer gearteten Kompromiss vor der Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober zu verkünden, wäre eine schnellere Entscheidung eine echte Überraschung. In dem seit November schwelenden Streit fordern Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die SPD eine ersatzlose Streichung des Werbeverbots. Die FDP macht sich für eine „Liberalisierung“ stark. Während Linke, Grüne und Liberale jeweils einen eigenen Gesetz-

entwurf in das Parlament eingebracht haben, hat die SPD darauf bisher verzichtet. CDU/CSU treten – wie die AfD – für den Erhalt des Werbeverbots ein. Es wird erwartet, dass Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) demnächst einen mit der Union abgestimmten Lösungsvorschlag präsentiert. Vorgangene Woche hat sich nun auch Deutschlands bekanntester Abtreibungsarzt eingeschaltet. Die Abendzeitung zitierte den Münchner Abtreibungsarzt Friedrich Stapf mit den Worten, es wäre „gefährlich“, das Werbeverbot für Abtreibungen abzuschaffen.

Denn „damit könnte der ganze Paragraph 218, der durch eine Beratungslösung einen Schwangerschaftsabbruch straffrei macht, herunterfallen“, so Stapf. Der 72-Jährige, der eigenen Angaben zufolge rund 3000 Abtreibungen im Jahr durchführt, ist freilich nicht über Nacht zum Lebensrechtler mutiert. Er schlägt vielmehr vor, das geltende Gesetz so zu ändern, dass Ärzte, die le-

diglich über Abtreibungen informierten, vor Anzeigen von Lebensrechtlern geschützt würden.

### Humanistische Union informiert über Praxen

Unterdessen hat die Humanistische Union „aus Protest gegen die weitere Verschleppung einer Aufhebung des § 219a StGB“ im Internet die Namen und Adressen von Ärzten und Kliniken veröffentlicht, die in Hamburg und Schleswig-Holstein Abtreibungen durchführen.

Wie es auf der Internetseite des Vereins heißt, der 1961 in München in Gegnerschaft zu der christlich-konservativen Grundstimmung der Adenauer-Ära gegründet wurde, sei die Zusammenstellung der Kontaktdaten auf Grundlage von Informationen der Beratungsstellen erfolgt. Informationen zu weiteren Bundesländern sollen in nächster Zeit folgen.

## JU-Chef: Zu viele abgelehnte Migranten

**BERLIN** (DT/dpa) Der Chef der Jungen Union (JU), Paul Ziemiak, hat sich für harte Strafen für Länder ausgesprochen, die Abschiebungen verzögern. „Solange bestimmte Staaten die notwendigen Papiere zur Ausweisung abgelehnter Asylbewerber nicht ausstellen und damit unsere Rückführungspraxis unterlaufen, darf es im Gegenzug für deren Bürger auch keine Visa nach Deutschland geben“, sagte Ziemiak der Deutschen Presse-Agentur.

Die Zahl ausreisepflichtiger Asylbewerber sei deutlich zu groß. Das liege oftmals daran, dass die Herkunftsstaaten die Ausstellung entsprechender Ausweispapiere verzögerten, teilweise über ein Jahr, sagte der Chef der CDU/CSU-Nachwuchsorganisation. Solche „Bremsklotz-Staaten“ müssten Konsequenzen spüren. „Wir lassen uns die Durchsetzung von Recht und Gesetz in Deutschland nicht von außen einschränken“, fügte er hinzu.

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion vom Anfang dieses Monats geht hervor, dass 1,5 Prozent der Asylbewerber, die seit 2013 nach Deutschland gekommen sind, „vollziehbar ausreisepflichtig“ sind. Zum Stichtag 31. März waren dies 24212 der rund 1,68 Millionen Ausländer, die seit 2013 eingereist waren und einen Asylantrag gestellt haben. Die meisten von ihnen stammen aus Albanien, Serbien, dem Kosovo, Mazedonien, Russland und Bosnien-Herzegowina.

## Ambulante Pflege: Engpässe befürchtet

**OSNABRÜCK** (DT/KNA) Angesichts des Personalmangels bei ambulanten Pflegediensten in Niedersachsen warnt die Deutsche Stiftung Patientenschutz vor einem bundesweiten Problem. „Immer mehr der 13300 ambulanten Pflegedienste in Deutschland finden keine neuen Mitarbeiter. So müssen Pflegebedürftige abgewiesen oder bestehende Verträge gekündigt werden“, warnte Stiftungsvorstand Eugen Brysch im Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Dienstag). Damit erodiere das deutsche Pflegesystem, das auf das Prinzip setze, ambulante Pflege der stationären vorzuziehen. Leidtragende seien die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen.

Brysch forderte, Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) müsse sein Sofortprogramm bei der häuslichen Pflege deutlich ausbauen. „Wichtigste Maßnahme ist, die Leistungen der Pflegeversicherung für professionelle Pflege um 500 Euro zu erhöhen.“ Nur so könnten die Pflegebedürftigen Dienste bezahlen, die ihre Mitarbeiter dann anständig entlohnen. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz forderte in diesem Zusammenhang auch eine angemessene Honorierung der Wegezeiten. Ebenso gelte es, den Wiedereinstieg in den Pflegeberuf gerade im ambulanten Bereich mit dem Sofortprogramm zu fördern.

Anzeige



**Kreuze und Medaillen  
in großer Auswahl**

**JUWELIER KÜHN**  
— Seit 1874 —

KAISER-JOSEPH-STRASSE 211 · 79098 FREIBURG IM BREISGAU  
TELEFON (0761) 3 38 10 · WWW.JUWELIER-KUEHN.DE

EIGENE UHRMACHER- UND GOLDSCHMIEDEWERKSTÄTTE IM HAUS

# Schwieriger Balanceakt

Die Menschenrechtsfrage war bei der Merkel-Reise nach China nur unzureichend Thema **VON MICHAEL LEH**

Doppelgesichtig zeigt sich die Volksrepublik China. Für deutsche Unternehmen wird 2018 ein Rekordjahr auf dem chinesischen Markt sein, prognostiziert Wirtschaftsexperte Mikko Huotari vom China-Forschungsinstitut „Merics“. Kurz vor Abreise von Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Peking letzte Woche erklärte er in Berlin, die Auftragsbücher der Unternehmen seien „extrem gut gefüllt“. Huotari sagte auch, Deutschland befinde sich in einer „höchst problematischen Doppelzange“: „Auf der einen Seite ein dezidiert illiberales China, das kurz- und mittelfristig Stabilität in einigen zentralen Fragen verspricht. Auf der anderen Seite ein unilaterales Amerika, das kurz- und mittelfristig deutscher Außenpolitik und Außenwirtschaft den Teppich unter den Füßen wegzieht.“ Huotari sprach von einem „schwierigen Balanceakt“ für die Kanzlerin.

Die Sinologin Kristin Shi-Kupfer – sie leitet im „Merics“ den Forschungsbereich Politik, Gesellschaft und Medien –, erklärte, die Reise der Kanzlerin finde während „beunruhigender innenpolitischer Bedingungen“ in der Volksrepublik statt. Der „sehr grundsätzliche Verfassungsumbau in Richtung eines totalitären Parteistaates“ nehme jetzt langsam Gestalt an. Staats- und Parteiorgane würden eng miteinander verschmolzen. Die Kontrollen der Bevölkerung würden immer schärfer. Sehr beunruhigend und ernst zu nehmen seien jüngste Nachrichten über Umerziehungslager in der westlichen Provinz Xinjiang, der Heimat der muslimischen Uiguren. Ethnische Minderheiten und Religionen, auch das Christentum, seien sehr viel stärker „im Visier“ der kommunistischen Partei (KP). Shi-Kupfer sprach von Domestizierung und „massiver Marginalisierung“ der Möglichkeiten, andere Loyalitäten anzuerkennen als diejenige zur KP.

Die „Einheitsfront-Abteilung“ der KP, die immer schon dafür zuständig gewesen sei, Nicht-Parteimitglieder „auf Linie zu brin-



In welche Richtung geht es nun weiter in den deutsch-chinesischen Beziehungen?

Foto: dpa

gen“, sei „sehr ermächtigt“ worden. Auch Chinesen im Ausland würden noch mehr unter Druck geraten, Loyalität zu Entscheidungen und Positionen der KP zu bekunden. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums soll erklärt haben, sagte Shi-Kupfer, der Hausarrest für die Witwe des im letzten Jahr in Haft verstorbenen Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo sei „Teil der juristischen Souveränität Chinas“. Einen willkürlichen Arrest so einzuordnen, sei eine „klare Herausforderung für einen Rechtsstaatsdialog“, sagte Shi-Kupfer.

Merkel erwähnte kurz bei der gemeinsamen „Pressebegegnung“ (diesen Begriff verwendete das Kanzleramt bezeichnenderweise statt „Pressekonferenz“) mit Ministerpräsident Li Keqiang in Peking den offiziellen „Menschenrechtsdialog“ zwischen beiden Staaten. Allerdings ist dieser schon lange eine Farce, noch mehr als der sogenannte Rechtsstaatsdialog. Auf eine Frage nach Liu

Xia bei der „Pressebegegnung“ erklärte Li Keqiang über sein vorausgegangenes Gespräch mit der Kanzlerin: „Wir haben auch über Menschenrechte geplaudert. Die chinesische Verfassung schreibt ganz klar vor: Wir schützen und respektieren Menschenrechte. China baut ja gerade an einem Rechtsstaat.“ Die chinesische Regierung habe „auch Respekt vor den Justizbehörden, also vor der Rechtsprechung und vor den Vollzugsanstalten, solange das alles im Rahmen des Gesetzes erfolgt“. „Andererseits“, fuhr er fort, „ist auch Humanität ein großes Anliegen, das uns am Herzen liegt. Wir respektieren humanitäre Regeln und sind auch da gern zu einem Dialog mit der deutschen Seite bereit.“

Den Namen von Liu Xia, die nach jahrelanger Überwachung schwer depressiv erkrankt ist und deren Ausreisefreiheit international gefordert wird, nahm Li Keqiang nicht in den Mund. „Was Einzelfälle anbe-

langt“, erklärte er nur, „so hoffen wir, dass man auf der Basis der gleichberechtigten Zusammenarbeit und der gegenseitigen Achtung miteinander sprechen kann.“ Und weiter, reichlich unklar: „Wir werden dann die Problemfelder aufzeigen, und wir hoffen, dass wir dann mit gegenseitigem Verständnis eine angemessene Lösung finden können, damit alle hier das Gefühl bekommen, dass das wirklich ein Dialog auf Augenhöhe ist.“ Die in Köln lebende Präsidentin des Unabhängigen Chinesischen PEN-Clubs, Tienchi Martin-Liao, erklärte auf die Frage der „Tagespost“, wie sie diese Ausführungen des Ministerpräsidenten bewerte: „Was Li Keqiang vor der Presse über die Rechtsstaatlichkeit gesagt hat, kann so verstanden werden, dass Liu Xia in Kürze freigelassen wird.“ Aber sie könne freilich auch falsch liegen mit ihrer Vermutung, fügte Tienchi Martin-Liao hinzu, die Liu Xia auch persönlich kennt.

## Duque und Petro Sieger in Kolumbien

**BOGOTÁ** (DT/dpa) Der konservative Anwalt Iván Duque und der Ex-Guerillero Gustavo Petro sind als Sieger aus der ersten Runde der Präsidentschaftswahl in Kolumbien hervorgegangen. Duque von der rechten Partei Centro Democrático hat in der ersten Wahlrunde am Sonntag 39,14 Prozent der Stimmen erhalten, sein stärkster Konkurrent Petro von der linken Bewegung Colombia Humana ist auf 25,08 Prozent gekommen. Der amtierende Präsident und Friedensnobelpreisträger Juan Manuel Santos hatte nach zwei Amtszeiten nicht erneut kandidieren dürfen. Bei der Abstimmung ging es vor allem um die Zukunft des historischen Friedensabkommens mit der linken Guerillabewegung FARC. Duque will den Vertrag in wesentlichen Punkten ändern. Petro hingegen will an dem Abkommen festhalten. Nach mehr als einem halben Jahrhundert der Gewalt hatten die Regierung und die FARC den Bürgerkrieg im Herbst 2016 mit einem Friedensvertrag beigelegt. In dem Konflikt waren mehr als 220 000 Menschen ums Leben gekommen und Millionen vertrieben worden. Die FARC hat nun die Waffen niedergelegt und will künftig als politische Partei für ihre Ziele eintreten. Für ihre schweren Verbrechen haben sie nach dem Vertrag nur mit relativ milden Strafen zu rechnen. Zudem erhalten die Ex-Rebellen für zwei Legislaturperioden zehn Sitze im Kongress. Die Gewalt hat in Kolumbien seit dem Friedensvertrag deutlich nachgelassen, Experten erwarten in den kommenden Jahren ein solides Wirtschaftswachstum.

## Auch Nordirland diskutiert

**LONDON** (DT/mlu) Nach der mehrheitlichen Entscheidung der Iren für eine Abschaffung des Abtreibungsverbot in einem Referendum am Wochenende sieht sich die britische Premierministerin Theresa May nun Forderungen ausgesetzt, auch in Nordirland Abtreibungen gesetzlich zu erlauben. Nordirland hat zwar ein eigenes Parlament, untersteht aber dennoch der britischen Kontrolle. Mehrere weibliche Abgeordnete der Konservativen Partei, der auch Theresa May angehört, nutzten das irische Referendum als Gelegenheit, um auch in Belfast gesetzliche Änderungen zu fordern. Unterstützt werden sie von einigen Politikern der oppositionellen Labour-Partei, wie zum Beispiel Baroness Chakrabarti. Diese forderte May dazu auf, ihre „Glaubwürdigkeit als Feministin“ nun unter Beweis zu stellen. Die konservative britische Minderheitsregierung in London wird jedoch von zehn Parlamentsabgeordneten der nordirischen Democratic Unionist Party (DUP) gestützt. Dies macht die Situation so brisant, da die DUP aus überzeugten Lebensschützern besteht und sich nicht zu Änderungen hinsichtlich der Abtreibungsgesetze drängen lassen will. Abtreibungsbefürworter unter den Parlamentsabgeordneten sollen sich nun zusammensetzen, um einen Zusatzartikel zu einem Gesetzentwurf gegen häusliche Gewalt zu entwerfen. Darin soll dann eine Änderung des Abtreibungsrechts festgelegt werden.

## Syrien: Vorsitz bei Abrüstungsgremium

**GENF** (DT/dpa) Unter Missbilligung westlicher Staaten hat das Bürgerkriegsland Syrien am Anfang der Woche den Vorsitz der Abrüstungskonferenz in Genf übernommen. Das Forum unter dem Dach der Vereinten Nationen wechselt den Vorsitz nach Alphabet alle vier Wochen. Westliche Diplomaten wollen ihr Missfallen unter anderem dadurch äußern, dass an Treffen nur Junior-Diplomaten teilnehmen. Syrien steht im Verdacht, Chemiewaffen im eigenen Land eingesetzt zu haben. Der Botschafter in Genf hat solche Vorwürfe zurückgewiesen.

# Kirche darf nicht vermitteln

Die Regierung in Nicaragua weist Vorschläge der Kirche zurück **VON MARCELA VELEZ-PLICKERT**

Die Lage ist nach dem Scheitern der Vermittlungsgespräche abermals eskaliert. Am Wochenende starben in Nicaragua mindestens acht Menschen bei Zusammenstößen mit regierungsnahen Gruppen und Polizeikräften. Insgesamt sind seit Beginn der Proteste gegen Präsident Daniel Ortega Mitte April schon mehr als achtzig Menschen getötet worden, fast tausend wurden verletzt. Am Wochenende gingen wieder Demonstranten in vielen Städten und Orten des mittelamerikanischen Landes auf die Straßen, um gegen Ortegas Regime zu protestieren. Einige errichteten Straßenblockaden.

Anfangs, Mitte April, richteten sich die Demonstranten vor allem gegen eine Rentenkürzung des klammen Staates, der in Finanznöten ist, seit kaum noch Unterstützung aus dem sozialistischen Venezuela kommt. Inzwischen haben breite Teile der Bevölkerung jedoch ihren Protest ausgeweitet und fordern den Rücktritt des 72-jährigen Präsidenten Ortega und seiner Ehefrau, der Vizepräsidentin Rosario Murillo. Die Korruption, Bereicherung und die autoritäre Führung des ehemaligen sandinistischen Guerilla-Anführers werden vor allem von Studenten angeprangert. Von Anfang an hat die Regierung auf die Proteste mit brutaler Repression geantwortet.

Die Kirche hatte sich als Vermittlerin zwischen der Regierung und Vertretern von Studenten, Unternehmern und zivilen Gruppen angeboten. Doch nach nur einer Woche musste der „Friedensdialog“ abge-

brochen werden, denn die Regierung Ortega lehnte die Vorschläge rundweg ab. Die Kirche hatte unter anderem eine Debatte über vorgezogene Neuwahlen auf mehreren Ebenen angeregt. Außerdem müsse der Rechtsstaat und die Demokratie „wieder voll hergestellt werden“.

Die Amtszeit Ortegas, der seit elf Jahren das Land regiert, geht regulär noch bis 2022. Außenminister Denis Moncada sagte zur Begründung der Ablehnung der Vorschläge, diese würde sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten. „Wir bedauern, dass

heute kein Konsens erzielt wurde zwischen den Parteien“, erklärten die Bischöfe der nicaraguanischen Bischofskonferenz. Als Ausweg aus der Sackgasse regten sie die Bildung einer sechsköpfigen gemischten Kommission an, die weiterverhandeln soll. Ob es dazu kommt, ist höchst ungewiss. Mehrere Kirchenvertreter haben seit Beginn der angespannten Lage Morddrohungen erhalten – mutmaßlich von Anhängern des Ortega-Regimes –, denn die Kirche hat sich offen gegen dieses gestellt. Überraschend war, dass sich auch das Militär vom brutalen Vor-

gehen gegen die Demonstranten distanzierete. Wegen der angespannten Sicherheitslage müssen inzwischen auch Entwicklungshilfsdienste wie die Organisation „Weltwärts“ ihre Arbeit in Nicaragua einstellen. Die Bundesregierung hat deutsche Staatsbürger zur Ausreise aus Nicaragua aufgefordert.

Ortega regiert das Sechs-Millionen-Land zum zweiten Mal seit 2006. In den siebziger Jahren war er Anführer der linksradikalen Guerilla-Kämpferbewegung der Sandinisten. 1979 gelang es ihnen, die rechte Somoza-Diktatur zu beseitigen. Die linken Sandinisten genossen auf der ganzen Welt in progressiven Kreisen seit den siebziger Jahren viele Sympathien. Ortega wurde 1979 in demokratischen Wahlen zum Präsidenten gewählt und stand erstmals an der Spitze des Staats bis 1990.

Als Kultusminister ernannte Ortega damals den katholischen Priester und Dichter Ernesto Cardenal, der von der Befreiungstheologie geprägt war. Später brach Cardenal mit Ortega. Vergangenes Jahr schrieb der suspendierte Priester, das Land sei unter Ortega zu einer Diktatur geworden. Nicaragua ist eines der ärmsten lateinamerikanischen Länder. In den vergangenen Jahren hat sich Ortega immer mehr dem diktatorischen Stil von Somoza angenähert. Zudem gibt es viele Klagen über die Selbstbereicherung seiner Familie. Seit das befreunde sozialistische Venezuela in eine Wirtschaftskrise gestürzt ist, geht es auch Nicaragua immer schlechter, was zu Sparmaßnahmen und den Protesten geführt hat.



Nonnen beten für einen guten Ausgang der Dialog-Gespräche.

Foto: dpa

# Irland hat sich geändert

Das Referendum markiert einen Bruch in der Geschichte des katholischen Landes **VON OLIVER GIERENS**



Armin Laschet

VON MARTIN LOHMANN

Er versteht sein Geschäft, ist gewinnend in der Begegnung. Er könnte wohl auch Kanzler. Armin Laschet ist CDU-Politiker. Und katholisch. Genauer: rheinisch-katholisch. Das ist jene Form der Katholizität, die einen Vertrag mit Fröhlichkeit, Unbekümmertheit, konkreter Unabhängigkeit und selbstbewusstem Gottvertrauen eingegangen ist. Pfarrjugend in Aachen-Burtscheid, Bischöfliches Pius-Gymnasium, Chef der Kirchenzeitung, Ratsherr, Bundestagsabgeordneter, Europaabgeordneter, Landtagsabgeordneter. Der in Aachen geborene und in der Kaiserstadt sozialisierte Laschet, der seit 2017 das bevölkerungsreichste Land NRW regiert, würde vermutlich öffentlich nie so weit gehen und eine alte rheinisch-katholische und auch selbstironische Mentalität bestätigen: Ich bin und bleibe katholisch, egal, wer unter mir Papst und Bischof ist. Das wäre nicht opportun in diesen Zeiten. Der studierte Jurist liebt und lebt eine eigene Selbstverständlichkeit katholischer Identität, die bei ihm von der studentischen CV-Verbindung bis zum Islam-Freund reicht.

## DER RHEINLÄNDER

Für seinen Draht ins konservative Milieu seiner Partei spielt sein getreuer Gefährte seit Jahren und jetziger Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei, Natael Liminski, eine wichtige Rolle. Der begabte katholische Spross aus konservativem Haus gehörte einst zu den aktiven jugendlichen Lebensschützern, die einst zur Stärkung für den damaligen und in Deutschland häufig missverstandenen Papst die „Generation Benedikt“ gründeten. Gleichwohl scheut sich Laschet nicht, die Kritik am Profilverlust der nach links geschobenen CDU – sicher zur Genugtuung der großen Vorsitzenden – keck und faktenwidrig zu kontern mit der intellektuell defizitären Erkenntnis, das Konservative sei nie „unser Markenkern“ gewesen. Die Dynamik einer – im Gegensatz zu linken Reaktionen – konservativen Zukunftskraft ohne Ideologieverklebtheit kann Laschet galant ausblenden. Ein Aachener mit der Kompetenz zur Flexibilität. Er kann – oder konnte – für ein Kopftuchverbot sein, lobte Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ und galt als Gegner der sogenannten Ehe Gleichgeschlechtlicher. Der ehemalige Integrationsminister will heute ebenso selbstverständlich den Islam staatlich anerkennen. Das unerleuchtete Diktum eines Christian Wulff, der undifferenziert wegen der zu Deutschland gehörenden Muslime meinte, der Islam gehöre zu Deutschland, perpetuiert Laschet – wenn es denn merkeltechnisch passt. Manche Katholizität scheint eher im tagesaktuell dehnbaren ZdK-Katholizismus beheimatet zu sein, als im nachhaltig klaren Profil katholisch konservativer Prägung. Laschet versteht sein Polit-Geschäft.

**K**napp 66 Prozent der Wähler – das sind rund 1,43 Millionen Iren – stimmten für die Aufhebung des Abtreibungsverbots. Gut 734 000 Wähler, etwa 34 Prozent, sagten Nein zur Legalisierung von Abtreibungen. In nahezu allen Stimmbezirken des Landes erhielt das Referendum eine Mehrheit – insbesondere in der Hauptstadt Dublin, wo die Zustimmung bei weit über 70 Prozent lag. Nur im Bezirk Donegal an der Grenze zu Nordirland sagte eine Mehrheit der Bürger „Nein“. Auffällig ist vor allem das Altersgefälle: Junge Wähler unter 30 stimmten zu über 85 Prozent für das Referendum, bei den unter 25-Jährigen waren es fast 90 Prozent. Nur die Menschen über 65 Jahren votierten zu rund 59 Prozent mit Nein.

Diese Ergebnisse zeigen einen dramatischen Generationenwechsel. Insbesondere die jungen Auslandsirenen drücken der Gesellschaft zunehmend ihren Stempel auf. Es ist traditionell üblich, dass junge Menschen zumindest eine Zeit lang ins Ausland ziehen, um dort zu studieren oder zu arbeiten. Von dort bringen sie oft andere gesellschaftliche Ansichten mit. Auch die Wiedergeburt des „keltischen Tigers“ hat den Wandel beschleunigt. Nach den Krisenjahren um 2010 ist Irland wieder auf Wachstumskurs. Viele US-amerikanische Datenunternehmen haben hier ihren Sitz. Arbeitskräfte aus anderen Ländern strömen auf die grüne Insel. Auch sie beschleunigen den Wandel, der sich ausgerechnet bei der christdemokratischen Regierungspartei Fine Gael manifestiert hat. Vor einem Jahr hob sie den bekennenden Homosexuellen Leo Varadkar als Premierminister aufs Schild. „Er repräsentiert eine Partei im Umbruch innerhalb eines Irlands im Umbruch“, so der Politikanalyst Michael O'Regan von der Zeitung „Irish Times“.

Längst hat sich eine große Mehrheit der irischen Politiker an die Spitze dieser Bewegung gesetzt. Premierminister Varadkar brach auch bei der Abtreibungsfrage mit



Der Jubel bei den Gewinnern ist groß.

Foto: dpa

Traditionen, indem er das Referendum ansetzte, um das strenge Abtreibungsverbot auszuhebeln. Stattdessen favorisiert seine Regierung eine Fristenlösung: Bis zur zwölften Schwangerschaftswoche soll ein Abbruch grundsätzlich straffrei bleiben. In seiner Partei war das Vorhaben allerdings umstritten. Sie gab keine Wahlempfehlung ab, obwohl der Premier klar für das Referendum Position bezogen hat. Auch die rechtsliberale Oppositionspartei Fianna Fáil verzichtete auf eine Empfehlung. Dennoch dürften die Abgeordneten beider Parteien mit großer Mehrheit der Fristenlösung zustimmen. Die Grünen, Sozialdemokraten und Labour Party unterstützten die

Streichung des Abtreibungsverbots ohnehin mit einer entsprechenden Wahlempfehlung. Die nationalistische Sinn Féin, einst politischer Arm der Terrororganisation IRA, drohte gar ihren Abgeordneten mit disziplinarischen Konsequenzen, wenn sie gegen die Einführung der Fristenlösung stimmen. Nach dem Votum von diesem Wochenende drängten Vertreter der „Yes“-Kampagne bereits darauf, die Neuregelung noch während der Sommerpause durchs Parlament zu bringen. Der Gesetzentwurf sieht überdies vor, dass bei einer Gefährdung der Mutter oder des Fötus ein Schwangerschaftsabbruch auch nach Ablauf der Zwölf-Wochen-Frist möglich ist.

Ein entsprechendes Gesetz hat das Parlament bereits 2013 nach dem Todesfall einer schwangeren Frau beschlossen.

Diese letztlich erfolgreiche „Yes“-Kampagne wurde von einem breiten Bündnis getragen. Zahlreiche gesellschaftliche Kräfte setzten sich für die Freigabe der Abtreibung ein, unter anderem der Kongress der irischen Gewerkschaften, das Institut für Geburtshelfer und Gynäkologen sowie das Bündnis „Together for Yes“, ein Zusammenschluss unter anderem der irischen Gesellschaft für Familienplanung und der Union irischer Studenten. Die Liste der Nein-Befürworter nimmt sich dagegen bescheidener aus – mit einer Ausnahme: der katholischen Kirche, der in Irland nach wie vor rund 89 Prozent der Bevölkerung angehören. Doch der Einfluss der Kirche schwindet zusehends. Nicht zuletzt die zahlreichen Fälle von sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen haben dieses Ur-Vertrauen der Iren in ihre Kirche bis in die Grundfesten erschüttert. Selbst christdemokratische Politiker gehen öffentlich auf Distanz. In Sachen Referendum hat die Kirche zwar eindeutig Position bezogen. Sie warnte vor einem „Dammbruch“ in Sachen Lebensschutz. Die Gesellschaft dürfe nicht akzeptieren, „dass ein Mensch das Recht habe, das Leben eines anderen zu beenden“, so der Vorsitzende der Bioethik-Kommission der Irischen Bischofskonferenz, Bischof Kevin Doran von Elphin, in einem Hirtenbrief an alle irischen Katholiken, der vor einigen Wochen veröffentlicht wurde. Doch Dana Scallan kritisiert eine ängstliche Zurückhaltung in den Äußerungen mancher Bischöfe. Diesen mangelnden Führungsanspruch sieht sie als eine der Ursachen für das Abstimmungsergebnis. Doch ein allzu demonstratives Auftreten des Klerus hätte wohl eher das Gegenteil bewirkt. Kurzum: Wie die Kirche sich auch derzeit präsentiert, macht sie es falsch. Die Iren folgen ihr mehrheitlich nicht mehr. Die Konsequenzen sind an diesem Wochenende nochmals deutlich geworden.

# Der Sommer wird heiß

Präsident Sergio Mattarella sagt Nein zu Lega und Fünf Sterne **VON GUIDO HORST**

Italien steht mitten in der größten Regierungskrise der Nachkriegszeit. Einen so genannten „governo balneare“ – eine „Bade-Regierung“ im Sommer – hat es im Stiefelstaat immer wieder einmal gegeben. Und daran denkt wohl Staatspräsident Sergio Mattarella, nachdem er am Sonntagabend die Regierungsbildung von Lega und Fünf-Sterne-Bewegung für gescheitert erklärt und den Finanzfachmann Carlo Cottarelli mit der Suche einer „neutralen“ Übergangsregierung beauftragt hat, die das Land bis zu den für September geplanten Neuwahlen verwalten soll.

Aber was da am Wochenende in die Brüche ging, ist weitaus mehr. In Italien bräut sich ein Streit über das Verhältnis zur Europäischen Union und zur gemeinsamen Euro-Währung zusammen, der das Land schon jetzt gespalten hat: die Parteienlandschaft, die Medien, aber auch die Institutionen. Indem Mattarella die – gelinde gesagt – europakritische Positionierung der Allianz von Lega-Chef Matteo Salvini und Luigi Di Maio von den Fünf-Sternen auflaufen ließ, hat sich der Staatspräsident gegen das Parlament gestellt, in dem Lega und die Fünf-Sterne immerhin die Mehrheit haben. Und dass diese jetzt die Einleitung eines Impeachments gegen Mattarella fordern, also nichts anderes als ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten, weil er dem Druck aus dem Ausland – aus Brüssel, Paris und vor allem Berlin – nachgegeben haben soll, ist bezeichnend für die

Stimmung, die in den letzten Tagen der vergangenen Woche nicht nur die Bars und politischen Talkshows erfasst hat. Jetzt wird in dem Land nur noch geschrien. Die populistischen Phrasen von Salvini haben gezündet, sie prägen derzeit tatsächlich das innenpolitische Klima.



Der kommende Mann: Carlo Cottarelli auf seinem Weg zur Unterredung mit dem Präsidenten.

Foto: Reuters

Entzündet hatte sich der Streit an einer Personalie, an der Person des vorgesehene Wirtschaftsministers, die der Lega-Chef auf die Kabinettsliste gesetzt hatte und die er dann zur „conditio sine qua non“ einer möglichen Koalitionsregierung mit der Fünf-Sterne-Bewegung machte. Mattarella hatte den Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten akzeptiert, den ihm Salvini und Di Maio vorgeschlagen hatten: den weitgehend unbekanntem Rechtswissenschaftler Giuseppe Conte von der Universität Florenz. Auch wenn man ihm nachsagte, dass er unter einem zukünftigen Innenminister Salvini und einem ebenso starken Minister für Arbeit und wirtschaftliche Entwicklung Di Maio nur eine Art Marionette auf dem Stuhl des Regierungschefs hätte sein sollen.

Doch immerhin: Die Regierungsbildung war bis Sonntag weit gediehen. Schon am Montag hätte sie vereidigt werden können. Wenn da nicht Paolo Savona gewesen wäre. Für den 81-Jährigen verlangte Salvini den Posten des Wirtschaftsministers – ein wichtiges Amt mit Signalwirkung in Richtung Europa. Und dieser parteilose Professor im Ruhestand hat zwar eine beachtliche Karriere vorzuweisen: Er arbeitete für die Banca d'Italia, war Generalsekretär des italienischen Unternehmensverbands und Banker bei anderen Geldinstituten, ab 1993 auch kurz Industrieminister – aber wandelte sich dann im Alter zum Europa-Skeptiker, zum Gegner des Euro und zum immer heftigeren Kritiker Deutschlands, dem er eine „ideolo-

gische Hegemonie“ über Europa vorwirft. Als der Rechtsprofessor und designierte Ministerpräsident Conte am Sonntagabend im Quirinal Mattarella die Ministerliste vorlegte, musste er deutlich machen, dass vor allem Lega-Chef Salvini auf einem Wirtschaftsminister Savona besteht. Doch auch Mattarella blieb hart. So unauffällig, wie Conte die Bühne betreten hatte, trat er auch wieder ab.

In den Tagen zuvor war jener Mechanismus in Gang gekommen, der schon 2011 Silvio Berlusconi das Amt des Regierungschefs gekostet hatte: Dieser war damals bei Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Sarkozy in Ungnade gefallen, die Finanzmärkte reagierten, die Börse zeige Schwächen und vor allem die Risikozinsen auf italienische Staatspapiere stiegen, eine Mehrbelastung für den Staatshaushalt, die eine Wirtschaft in die Knie zwingen kann. Jetzt war wieder Ähnliches geschehen – spürbar, wenn auch nicht in dem dramatischen Ausmaß wie 2011. Für Mattarella war das der Grund, um die Ablehnung des vorgeschlagenen Wirtschaftsministers Savona zu begründen. In seiner Erklärung vor den Journalisten sagte er am Sonntagabend, er müsse die italienischen Sparer und Anleger vor Turbulenzen der Märkte schützen und könne nicht mit einem Euro-Kritiker als Wirtschaftsminister die falschen Signale an die Finanzwelt senden. Das ist der Stoff, aus dem Verschwörungstheorien sind.

# Die säkulare Deutungshoheit



**Christlicher Lebensschutz ist in der Gefahr der Selbstmarginalisierung. Dabei muss man sprachlich anschlussfähig bleiben**

VON JOSEF BORDAT

Abtreibung ist die Beendigung menschlichen Lebens. Deutlicher: die Tötung eines ungeborenen Menschen, also eines Menschen, keiner Vorstufe des Menschen, die hinsichtlich des in Deutschland grundgesetzlich gewährten Lebensschutzes nichts zählt, soweit sie eben „noch kein richtiger“ Mensch sei. Im Diskurs über Abtreibungen wird dieses Leben aber oft begrifflich deponiert, um es rhetorisch aus den Schutzbereich des Grundgesetzes herauszudrängen. Es wird ihm die Eigen- und Vollständigkeit geraubt. Es heißt dann etwa „werdendes Leben“ (als sei es nicht schon geworden) oder – ganz modern – „Zellhaufen“.

Der Embryo ist in dieser Diktion nichts Eigenes, jedenfalls nichts, das es zu berücksichtigen gilt. „Parasit“ oder „Schmarotzer“ im Körper der Frau ist dann nur einen kleinen gedanklichen Schritt weit entfernt. Die Botschaft: Es gehe beim Thema Abtreibung um die Frau – und zwar nicht primär, sondern ausschließlich. Diese habe in der Kon-

sequenz ganz allein das Recht, über ihren Körper zu entscheiden. Kein Staat, erst recht keine Kirche. Die Frauen allein „verdienen unser Mitgefühl“ (Tagesschau).

Deutlich wird das an der medialen Rezeption des Irland-Referendums, das überall als Sieg der Freiheit und Selbstbestimmung gefeiert wird, ikonographisch untermauert von jubelnden Frauen. So, als gelte die Freiheit Anderer nichts, als habe Selbstbestimmung keine Grenze.

Was einzig zählt: die „freie Entfaltung der Persönlichkeit“, vulgo: ein „Recht auf Abtreibung“. Bloß: In Deutschland gibt es ein solches Recht nicht. Dass Straffreiheit trotz Rechtswidrigkeit in der Summe als „Recht“ wahrgenommen wird, kann man ja psychologisch gerade noch nachvollziehen, dass Abtreibung aber in der öffentlich-rechtlichen „Tagesschau“ wie selbstverständlich als „Recht“ behandelt wird, ist höchst problematisch. Auch die Metapher des Fortschritts wird dort wie allenthalben überstrapaziert („Tabu gebrochen“, „von morali-

schen Fesseln befreit“, „endgültig im 21. Jahrhundert angekommen“). Völlig vergessen wird dabei: Nicht in jeder Neuerung liegt Besserung.

Der christliche Lebensschutz ist in Zeiten säkularer Deutungshoheiten ständig in der Gefahr einer Selbstmarginalisierung. Die eigene Sprachform muss anschlussfähig bleiben an die Debatten. Dabei haben es christliche Lebensschützer eigentlich gut: Alles, was wir naturwissenschaftlich über die Entstehung des menschlichen Lebens wissen, spricht für die These, das Leben sei von Beginn (also: Zeugung) an schützenswert. Auch das geltende Recht stützt den Lebensschutz.

Weil „die Würde des Menschseins auch für das ungeborene Leben im Dasein um seiner selbst willen liegt“, betont das Bundesverfassungsgericht in der aktuellsten Entscheidung zur Sache (1993), dass sich „jegliche Differenzierungen der Schutzpflichtung mit Blick auf Alter und Entwicklungsstand dieses Lebens verbieten“. Die Folge: „Es zu achten und zu schützen bedingt, dass die Rechtsordnung die rechtlichen Voraussetzungen seiner Entfaltung im Sinne eines eigenen Lebensrechts des Ungeborenen gewährleistet“.

Und das ist durchaus kompatibel mit einer schöpfungstheologischen und christologischen Sicht auf den je einzigartigen Menschen als unendlich wertvoll und unendlich geliebt. und natürlich: Von Beginn an.

## Die mediale Rezeption zeigt das Übergewicht der säkularen Perspektive

### PRESESTIMMEN

#### Den Tod gewählt

Das US-amerikanische „Crisis Magazine“ kommentiert den Ausgang des Referendums über die Legalisierung der Abtreibung in Irland:

Irland hat zwischen Leben und Tod gewählt. Der Tod soll es sein. Den Iren wird bald klar werden, dass es ein Irrtum ist, dass eine liberale Abtreibungsgesetzgebung alle Probleme löst. Der Schmerz und das Leiden der Mutter nach einer Abtreibung werden bleiben. Die Scham und das Trauma, ein abgetriebenes Kind zur Welt gebracht zu haben, lassen sich nicht so leicht auflösen, wie Abtreibungsbefürworter uns glauben machen wollen, wenn sie von einem „medizinischen Eingriff“ sprechen, der scheinbar so einfach ist wie die Beseitigung eines eingewachsenen Zehennagels. In den kommenden Jahren wird das Land geplagt sein vom Gedanken an fehlende Generationen, denen das Leben verwehrt wurde. Die Abtreibungsbefürworter haben bekommen, was sie wollten: irische Abtrei-

bungskliniken. Irland wird bald in denselben traurigen Abgrund geraten, in dem sich das benachbarte Großbritannien bereits befindet. Für manche wird die Abtreibung sicher zu einer „bequemen Lösung“ werden, obwohl wir immer von „Härtefällen“ hören. Besonders bei Kindern mit Down-Syndrom und ihren Familien sollte dieses „barmherzige“ Abstimmungsergebnis Bestürzung auslösen – im Wissen, dass 90 Prozent der ungeborenen Kinder mit Down-Syndrom in England den Mutterleib nicht lebend verlassen.

#### Kirche muss die Botschaft Christi bringen

In Dublin stellt sich der „Irish Catholic“ gegen einen rein kulturell verstandenen Katholizismus:

In einigen Gemeinden herrscht Empörung darüber, dass Priester während der Erstkommunionfeiern über die Abtreibungsgesetzgebung sprachen. Zwar fragen einige vielleicht zu Recht, ob es angemessen ist, in einer solchen Messe eine so heikle Frage zu behandeln, aber die allgemeine

Tendenz der Kommentare ging dahin, dass die Predigt den Kindern ihren „großen Tag verdirbt“ – so als hätte das Ereignis kein religiöses Element. Tatsächlich haben Kommunion und Firmung für viele Familien keine religiöse Bedeutung, aber dennoch sind es große Augenblicke im Leben der örtlichen Kirchengemeinde, die ernst genommen werden müssen und nicht von einer post-katholischen Gesellschaft als einfache Übergangsriten benutzt werden dürfen. Irland muss erwachsen werden. Jene, die keine Katholiken aus Überzeugung mehr sind, müssen den Mut haben, zu ihren neuen Überzeugungen zu stehen und ihre eigenen Wege zu gehen. Die Kirche in Irland kann nur dann erneuert werden, wenn sie ein Ort ist, an dem jene, die von der Botschaft Jesu Christi überzeugt sind, gemeinsam diese Überzeugung leben können.

**Druck auf Rom wie auf Athen**  
Der Mailänder „Corriere della Sera“ kritisiert die deutsche Berichterstattung über die Regierungsbildung:

Man hat den Eindruck, dass die Konformität und die Klischees der deutschen Presse – gestern im Hinblick auf Griechenland, heute auf Italien – die öffentliche Meinung auf die Haltung vorbereiten soll, die die Regierung in Berlin einnehmen will, falls es zu einer Auseinandersetzung kommen sollte. Durch das Scheitern des Versuchs zur Regierungsbildung in Rom ist die Bedrohung vielleicht nicht mehr unmittelbar vorhanden, aber sie ist durchaus nicht verschwunden. Der Grundgedanke der deutschen Regierung ist ebenso einfach wie gegenüber Athen im Jahr 2015: nicht nachgeben; keine Konzessionen machen; dem Land nicht gestatten, durch die Drohung, aus dem Euro auszusteigen, das System zu beeinflussen; abwarten, dass der immer stärker werdende finanzielle Druck die rebellische Regierung in die Ecke drängt, um dann die Konditionen zu diktieren, die in den Umfragen für die Regierungsparteien in Deutschland am besten funktionieren – ganz gleich, wie hoch der Preis für das betreffende Land ist.

#### Zeugnis der Klausur für die Kirche

„Alfa y Omega“ (Madrid) schreibt über die neuen vatikanischen Richtlinien für kontemplative Klöster:

Etwa die Hälfte aller kontemplativen Ordensfrauen der Welt lebt in Spanien. Es ist das Land, das von der Konstitution Vultum Dei quarere, die Papst Franziskus im Juni 2016 veröffentlicht hat, am stärksten betroffen ist. Die wichtigste Neuheit der Instruktion Cor orans ist die Pflicht der Klöster, sich in Föderationen zusammenzuschließen, um „nicht isoliert zu bleiben“. Dadurch sollten in erster Linie jene dezimierten und überalterten Gemeinschaften geschützt werden, die leichte Beute für jene werden können, die ihren Besitz an sich reißen wollen. Das löst nicht das Problem der Bewahrung vieler Klöster und auch nicht die Schwierigkeiten der Versorgung alter Ordensfrauen, aber diese Fragen werden besser geregelt und kreative Lösungen gefördert – etwa eine Zweitnutzung der Gebäude für soziale Zwecke.

### KOMMENTAR

## Vermessene Religiosität

VON STEPHAN BAIER

Mitunter tragen soziologische Erhebungen mehr zur Verwirrung als zur Klarsicht bei. Ein Beispiel dafür bietet die vor wenigen Tagen im Fachjournal „Religions“ veröffentlichte Studie von Wiener Demografen über die Rolle der Religion bei den 2015 nach Österreich gekommenen Flüchtlingen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Menschen, die im Zug der Flüchtlingsbewegung nach Österreich kamen, ähnlich religiös seien wie die österreichische Wohnbevölkerung – und deutlich weniger als die länger hier ansässigen Muslime.

Dieses Ergebnis ist nicht nur erstaunlich, sondern auch fragwürdig. Aus mehreren Gründen: Zunächst wird ein Mensch, der in einem Land bleiben will, das ihm als heidnisch oder säkular dargestellt wurde, annehmen, es sei opportun, seine Religiosität nicht zu betonen. Auch wenn er nicht direkt lügt, wird er angesichts seines fragilen Rechtsstatus nicht provozieren wollen, indem er sich als sehr religiös deklariert. Zweitens hängt die

Selbsteinschätzung vom Umfeld ab, mit dem man vertraut ist: Dieselbe Person, die im Rotlichtviertel Hamburgs zur Selbsteinschätzung gelangt, überdurchschnittlich religiös zu sein, wird sich am Athos vielleicht wie ein Heide vorkommen. Ein 2015 in Österreich angelandeter Iraner wird die eigene Religiosität subjektiv an seinen Erfahrungen im Iran messen, nicht an der ihm wenig vertrauten Wirklichkeit des Zufluchtslands. Je religiöser der Erfahrungshintergrund wirkt, desto weniger religiös mag man sich individuell fühlen. Darum ist es ganz logisch, dass lange in Land lebende Muslime sich selbst im säkularen Österreich als religiöser wahrnehmen als es die Neuankömmlinge tun.

Drittens ist die Quantifizierung eigener Religiosität an sich schwierig und fragwürdig. Schließlich: Mutter Teresa war sehr religiös – Ayatollah Khomeini auch. Religiosität kann zur Heiligkeit führen, die für andere Segen bringt – oder zu Terror und Gefahr. Auf den Inhalt kommt es an.

### GASTKOMMENTAR

## Traurige Abstimmung in Irland

VON MECHTHILD LÖHR

Der irische Nationalheilige St. Patrick dürfte in diesen Zeiten traurig auf sein Heimatland schauen. Schon im Mai 2015 entschied Irland nach einer aufwendig geführten Medienkampagne mit viel internationaler Unterstützung überraschend über die Erlaubnis zur Schließung gleichgeschlechtlicher Ehen und beschied damit, das der Staat Ehe und Familie nicht mehr an Mann und Frau binden will. Nun hat sich ein weiterer ethischer, politischer und rechtlicher Dammbrech im Lebensschutz ereignet. Irland verabschiedet sich vom unbedingten Schutz des Rechts auf Leben für Ungeborene und wird noch in diesem Jahr Abtreibung bis zum Ende des dritten Monats zulassen. Was als Erfolg der Abtreibungslobby frenetisch in Medien und bei den politischen Lobby- und Unterstützerguppen vor Ort und international gefeiert wird, ist nichts weniger als der Abschied von einem katholisch geprägten Irland, das Abtreibungen oder gleichgeschlechtliche Ehen nicht etwa als „Fortschritt“ gelten ließ. Die Geburtenrate lag (nicht zuletzt wegen wachsender Einwan-

derungszahlen) in der Vergangenheit bei rund 1,9, so dass Irland zu den Ländern mit dem jüngsten Bevölkerungsdurchschnitt in Europa gehörte. Das könnte sich, schaut man etwa auf die hohen englischen Abtreibungszahlen, auch dort nun bald ändern. Die medial geschickt inszenierte Begeisterung, nun endlich auch abtreiben zu können, verheißt einen öffentlichen Gesinnungswandel breiter Bevölkerungskreise, deren kirchliche Bindung schon länger de facto sehr brüchig geworden ist. Der Missbrauchsskandal in der irischen Kirche hat diese verständlicherweise so sehr geschwächt und auch diskreditiert, dass die entscheidenden Oppositionskräfte gegen die Abtreibungsbefürwortung vor allem von kleinen, medial schwachen Prolife-Organisationen getragen wurden, während die Kirche selbst keine Kampagnenfähigkeit mehr zeigte. Zwar sind noch rund 84 Prozent der Iren katholisch, aber nur 47 Prozent gaben bei Umfragen an, ihrem Glauben Bedeutung beizumessen.

**Die Autorin ist Bundesvorsitzende der Christdemokraten für das Leben.**

# Warum ein deutscher Sonderweg gefährlich wäre



Kirchengemeinschaft und Eucharistiegemeinschaft sind für Erzbischof Charles Chaput untrennbar verbunden.

**Der Kommunionstreit weckt Befürchtungen in der Weltkirche. Von der Heimat Luthers aus könnte die Gemeinschaft der Gläubigen erneut gespalten werden. Ein Zwischenruf aus den Vereinigten Staaten**

VON ERZBISCHOF  
CHARLES J. CHAPUT

In seinem Buch „The Making of Martin Luther“ stellt der in Cambridge lehrende Historiker Richard Rex fest, dass das Jahr 1518 und nicht das Jahr 1517 die eigentliche Geburtsstunde für Luthers Bild in der Öffentlichkeit darstellt. Luthers fünf- undneunzig Thesen kamen im Januar 1518 in ganz Deutschland in Umlauf. Im Frühling desselben Jahres schrieb er seine „Instruktionen für die Beichte“ und seinen „Sermon über die richtige Vorbereitung des Herzens auf den Kommunionempfang“. Vor allem der „Sermon“ enthielt im Keim Luthers später ausgewachsene Attacke auf die katho-

lische Sakramententheologie – eine Tatsache, die Kardinal Thomas Cajetan bereits erahnte, als er mit Luther zusammentraf und ihn im Oktober 1518 in Augsburg drängte, seine problematischeren Ansichten zu widerrufen. Luther lehnte das ab. Der Rest der Geschichte ist bestens bekannt.

Genau fünfhundert Jahre nach Luthers „Sermon“ ist die Kommunion in Deutschland erneut Gegenstand einer Debatte. Dieses Mal wird die Diskussion unter den Bischöfen selbst geführt. Der Münchener Kardinal Reinhard Marx und andere deutsche Bischöfe versuchen, für evangelische Ehepartner von Katholiken die Erlaubnis zu

erwirken, unter bestimmten Umständen die Kommunion empfangen zu dürfen, so sie „den katholischen Glauben an die Eucharistie bejahen“. Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki und sechs weitere deutsche Bischöfe widersetzen sich diesem Versuch. Sie haben sich mit der Bitte um Klarstellung an Rom gewendet. Der Vatikan hat ein Eingreifen jedoch abgelehnt und die Angelegenheit an die deutschen Bischöfe zurückgeschickt, mit der nachdrücklichen Bitte, zu einer Einigung auf Konferenz-Ebene zu finden.

Anfang dieses Monats beim Deutschen Katholikentag sorgte die Frage für Aufre-

gung. Der Bundespräsident ergriff gemeinsam mit einer bekannten Persönlichkeit aus dem Fernsehen und anderen Teilnehmern des Treffens öffentlich Partei für Marx. Kardinal Marx erklärte: „Wer Hunger hat und glaubt, dem muss der Zugang zur Eucharistie ermöglicht werden. Das muss unsere Leidenschaft sein und da lasse ich nicht nach.“ Kardinal Woelki widersprach und sagte, man müsse sich bewusst machen, dass: „wer Ja sagt zur Eucharistie, auch Ja sagt zur Realpräsenz“ und dass dies natürlich auch verbunden sei „mit einem Ja zur Kirche und damit eben auch einem Ja zum Papst und

Fortsetzung auf Seite 10

## IM BLICKPUNKT

# Wozu Theologie unter dem Dach des Staates?

VON REGINA EINIG

Die zunehmende gesellschaftspolitische Bedeutung des Islam hat in Deutschland konkrete Auswirkungen auf die Hochschulen. Die meisten Bundesländer befassen sich mit Plänen, in Zukunft mehr Lehrstühle für Islamwissenschaften einzurichten. Für katholisch-theologische Fakultäten, die als Rumpfbild ein mager ausgestattetes Dasein fristen oder seit Jahren mit Schließungsplänen des Bundesrechnungshofs konfrontiert sind, öffnet sich damit ein Türchen. Das vielerorts nachlassende Interesse an einem Vollstudium der Theologie und die sinkenden Priestierzahlen erschweren es den Hochschulen, in Zeiten knapper Mittel die Existenzberechtigung ihrer theologischen Fakultät nachzuweisen. Da deren Kernauftrag – die Priesterausbildung – von immer weniger Studenten nachgefragt wird, dürfte der Rechtfertigungsdruck auch künftig wachsen. Die Ankündigung Armin Laschets, die nordrhein-westfälische Landesregierung und der Nuntius würden in den nächsten Tagen eine Vereinbarung treffen, die den Fortbestand der Bochumer katholisch-theologischen Fakultät endgültig sichere, lässt daher aufhorchen. Die katholisch-theo-

logische Fakultät an der Ruhr-Universität Bochum könnte ein Modell für andere Hochschulen überall dort werden, wo Bistümer die Priesterausbildung in die nächstgrößere Fakultät verlegen. Für die Priesterausbildung ist Bochum entbehrlich geworden, seitdem die Diözese Essen ihre Seminaristen zum Theologiestudium nach Münster schickt. Als geisteswissenschaftliche Schnittstelle möchte die Landesregierung die Fakultät aber behalten – auch wenn die bemerkenswerte Dichte katholisch-theologischer Fakultäten in Nordrhein-Westfalen das nicht plausibel erscheinen lässt. Neben den klassischen Dialogfeldern Ethik und technologischer Wandel, der ein geisteswissenschaftliches Gegenüber auch in Form der Theologie brauche, wendet sich Laschet offen gegen einen Verdrängungswettbewerb der Religionen auf Hochschulebene: Neu entstehende islamische Lehrstühle dürften nie zu Lasten christlicher Fakultäten und Lehrstühle gehen. Der Dialog zwischen den Religionen, zu dem Franziskus ermutigt habe, sei notwendig. Das klingt beruhigend, ist es aber nicht. Denn zu keinem Zeitpunkt hat Papst Franziskus das deutsche Kuriosum, Theologen

unter dem Dach des Staates studieren zu lassen, mit dem Dialog der Religionen begründet. Theologen als Staatsbeamte bleiben für das Gros der Weltkirche undenkbar. Dass der Fortbestand theologischer Fakultäten an staatlichen Hochschulen im deutschen Katholizismus höher geschätzt wird, als das Überleben etlicher Pfarreien, macht nachdenklich.

Wenn sich die Priesterausbildung als Kerngeschäft theologischer Fakultäten mancherorts erledigt – kann der Staat diesen Auftrag durch Dialogangebote ersetzen? Unter solchen Vorzeichen müsste sich eine Fakultät gesellschaftliche Akzeptanz als oberste Maxime verordnen, um zu überleben. Doch wer braucht sie dann? Mit ihrem Bemühen um Anschlussfähigkeit befremdet die Kirche in Deutschland inzwischen selbst liberale Beobachter. Die Frage, woher aus einem immer kleiner werdenden Kreis von Gläubigen noch Theologen kommen sollen, erschöpft sich nicht im Thema Priesterberufungen, sondern betrifft auch wissenschaftliche Begabungen. In Zeiten, in denen mancher Kaplan von einer Promotion nur träumen kann, steht Augenmaß der Kirche gut an.

## Fortsetzung von Seite 9

zur hierarchischen Struktur der Kirche, zur Heiligenverehrung und zu vielem, vielem anderen – was nach dem protestantischen Glauben in der Regel abgelehnt wird. Wolkiewicz wies weiter darauf hin: „Wir müssen allerdings als katholische Kirche auch sagen, dass wir eingebunden sind in das Gesamt der Weltkirche. Und wir können hier keinen deutschen Sonderweg gehen.“

Da Bischöfe Menschen sind, sind sie oftmals nicht einer Meinung. Interne Differenzen finden sich in jeder Bischofskonferenz – und sie werden – was kaum überrascht – intern behandelt. Doch die Situation in Deutschland ist in zweierlei Hinsicht anders: Da ist zum einen die globale Bedeutung der Kontroverse und zum anderen der lehramtliche Inhalt der Debatte. Wer wann und wo die Eucharistie empfangen darf, sind keine rein deutschen Fragen. Wenn, wie es im Zweiten Vatikanum heißt, die Eucharistie Quelle und Höhepunkt des christlichen Lebens und das Siegel unserer katholischen Einheit ist, dann haben die Antworten auf diese Fragen Auswirkungen auf die ganze Kirche. Sie betreffen uns alle. Angesichts dieser Tatsache möchte ich folgende Punkte als Anregung zum Nachdenken und zur Diskussion vorbringen, wobei ich einfach als einer von vielen Diözesanbischöfen spreche:

1. Wenn die Eucharistie wirklich Zeichen und Instrument der kirchlichen Einheit ist, definieren wir dann nicht de facto neu, wer und was die Kirche ist, wenn wir die Voraussetzungen für die Kommunion ändern?

2. Der deutsche Vorschlag wird – ob beachtet oder nicht – genau das unweigerlich zur Folge haben. Er stellt den ersten Schritt zu einer Öffnung für den Kommunionempfang aller Protestanten oder aller Getauften dar, da die Ehe letztlich nicht den einzigen Grund bietet, Nicht-Katholiken zur Kommunion zuzulassen.

3. Die Kommunion setzt einen gemeinsamen Glauben und ein gemeinsames Bekenntnis voraus, das den übernatürlichen Glauben an die Realpräsenz Jesu Christi in der Eucharistie sowie die sieben von der beständigen Tradition der katholischen Kirche anerkannten Sakramente einschließt. Durch eine Neuverhandlung dieser Tatsache übernimmt der deutsche Vorschlag

gewissermaßen eine protestantische Auffassung kirchlicher Identität. Die Taufe und der Glaube an Christus scheinen auszureichen – nicht der Glaube an das Geheimnis des Glaubens, wie es von der katholischen Tradition und ihren Konzilien verstanden wird. Wird der evangelische Ehepartner an die Weihe glauben müssen, so wie sie von der katholischen Kirche verstanden wird, was logisch mit dem Glauben an die Konsekration von Brot und Wein zu Leib und Blut Christi verbunden ist? Oder wollen die deutschen Bischöfe vielleicht andeuten, dass das Weihesakrament nicht von der apostolischen Sukzession abhängt? In einem solchen Fall stünden wir vor einem weitaus tiefergehenden Irrtum.

4. Der deutsche Vorschlag löst die entscheidende Verbindung zwischen Kommunion und sakramentaler Beichte. Vermutlich setzt er nicht voraus, dass evangelische Ehepartner schwere Sünden vor der Kommunion beichten müssen. Dies steht jedoch im Widerspruch zur langjährigen Praxis und ausdrücklichen dogmatischen Lehre der Katholischen Kirche, des Konzils von Trient und des neuzeitlichen Katechismus der Katholischen Kirche als auch des ordentlichen Lehramts. Es würde im Ergebnis vielmehr eine Protestantisierung der katholischen Sakramententheologie bedeuten.

5. Wenn die Lehre der Kirche übergangen oder neu verhandelt werden kann, sogar eine Lehre, die auf einem Konzil definiert wurde – wie in diesem Fall in Trient –, können dann alle Konzile historisch relativiert und neu verhandelt werden? Viele liberale Protestanten stellen die Lehre des Konzils von Nicäa über die Gottheit Christi in Frage, weisen sie zurück oder nehmen sie als historischen Ballast einfach nicht zur Kenntnis. Wird man von evangelischen Ehepartnern fordern, an die Gottheit Christi zu glauben? Wenn sie an die Realpräsenz Christi im Sakrament glauben müssen, warum ist es dann nicht notwendig, dass sie den katholischen Glauben an die Weihe oder das Sakrament der Buße teilen? Wenn sie an alle diese Dinge glauben, warum lädt man sie dann nicht ein, katholisch zu werden, um so auf sichtbare Weise in die volle Gemeinschaft einzutreten?

6. Wenn die Protestanten zur katholischen Kommunion eingeladen werden, werden die Katholiken dann immer noch



Foto: Adobe Stock

vom protestantischen Abendmahl ausgeschlossen? Wenn ja, warum? Wenn sie nicht ausgeschlossen werden, würde das dann nicht bedeuten, dass die katholische Sicht über die Weihe und die gültige eucharisti-

sche Konsekration in Wirklichkeit falsch ist, und wenn sie falsch ist, dass der protestantische Glaube wahr ist? Wenn die Interkommunion nicht die Absicht hat, eine Gleichstellung in der katholischen und protestantischen Bereitung der Eucharistie zum Ausdruck zu bringen, dann führt die Praxis der Interkommunion die Gläubigen in die Irre. Ist das nicht ein Fall wie aus dem Lehrbuch für einen „Stein des Anstoßes“? Und wird es nicht von vielen als eine höfliche Form der Täuschung oder des Verdeckens einer harten Lehre innerhalb des Kontextes der ökumenischen Diskussion angesehen werden? Die Einheit kann nicht auf einem Prozess aufgebaut werden, der systematisch die Wahrheit unserer Unterschiede kaschiert.

Der deutsche Vorschlag der Interkommunion besagt im Wesentlichen, es gäbe selbst ohne wahre kirchliche Einheit eine gemeinsame Teilhabe an der heiligen Kommunion. Das berührt die innerste Wahrheit des Sakraments der Eucharistie, weil die Eucharistie von ihrem Wesen her der Leib Christi ist. Und der „Leib Christi“ ist sowohl die reale und wirkliche Präsenz Christi unter den Gestalten von Brot und Wein als auch die Kirche selbst, die mit Christus, ihrem Haupt, vereinte Gemeinschaft der Gläubigen. Die Eucharistie zu empfangen heißt, feierlich und öffentlich vor Gott und in der Kirche zu bekennen, dass man sowohl mit Jesus als auch mit der sichtbaren Gemeinde, die die Eucharistie feiert, eine Gemeinschaft bildet.

Es besteht daher eine wesentliche Verbindung zwischen dem „in Gemeinschaftsein“ mit einer Gemeinde und dem „Empfang der Kommunion“ innerhalb dieser Gemeinde. Diese beiden Dingen verweisen aufeinander.

Vieles vereint uns mit den evangelischen Christen. Die Zeit scharfer Polemik ist vorüber, und zu den Segnungen in meinem Leben gehört die Präsenz und das Vorbild evangelischer Freunde, die zutiefst christlich, belesen und voller Hingabe an das Evangelium sind. Nichts, was ich hier schreibe, verfolgt die Absicht, ihr außerordentliches Zeugnis zu schmälern. Doch es ist ebenfalls wahr, dass uns immer noch wichtige Dinge trennen, und die Punkte, die uns trennen, sind nicht

nur verbale Artefakte einer vergangenen Zeit. Unsere Spaltung ist eine Wunde in der Einheit der Christen und sie ist nicht von Gott gewollt; doch sie ist eine Wirklichkeit, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Eine Unwahrheit in den feierlichsten Moment unserer Begegnung mit Jesus in der Eucharistie einzufügen – durch unser Handeln zu sagen „Ich bin in Gemeinschaft mit dieser Gemeinde“, wenn man nachweislich nicht in Gemeinschaft mit dieser Gemeinde ist – ist eine Lüge und daher eine schwere Sünde vor Gott.

In seiner 2003 veröffentlichten Enzyklika „Ecclesia de Eucharistia“ schrieb Johannes Paul II.: „Die Feier der Eucharistie kann aber nicht der Ausgangspunkt der Gemeinschaft sein, sie setzt die Gemeinschaft vielmehr voraus und möchte sie stärken und zur Vollendung führen. Das Sakrament drückt dieses Band der Gemeinschaft aus, und zwar sowohl auf der unsichtbaren Ebene, die uns in Christus durch das Wirken des Heiligen Geistes mit dem Vater und untereinander verbindet, als auch auf der sichtbaren Ebene, welche die Gemeinschaft in der Lehre der Apostel, in den Sakramenten und in der hierarchischen Ordnung einschließt. Die enge Beziehung, die zwischen den unsichtbaren und den sichtbaren Elementen der kirchlichen Gemeinschaft besteht, ist ein konstitutives Merkmal der Kirche als Sakrament des Heiles. Nur in diesem Zusammenhang ist die Feier der Eucharistie rechtmäßig und die Teilnahme an ihr wahrhaftig. Deshalb ist es eine Anforderung, die sich aus dem Wesen der Eucharistie ergibt, dass sie in der Gemeinschaft gefeiert wird, und zwar dort, wo die Unversehrtheit ihrer Bande gewahrt ist.“

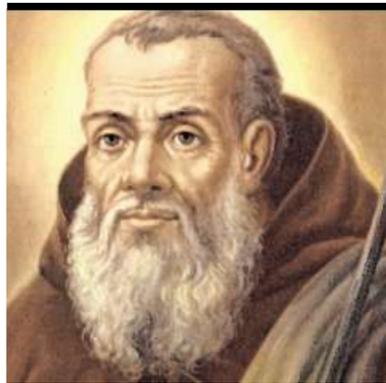
Was in Deutschland geschieht, wird nicht auf Deutschland begrenzt bleiben. Diese Lehre hat uns die Geschichte schon einmal erteilt.

**Der Verfasser ist Erzbischof von Philadelphia**  
**Übersetzung aus dem Englischen von Claudia Reimüller**  
**Mit ausdrücklicher Genehmigung von „First things“**

## PERSONALIEN

Papst Franziskus hat den Substituten des vatikanischen Staatssekretariats, **ERZBISCHOF GIOVANNI ANGELO BECCIU** (69), zum neuen Präfekten der Heiligsprechungskongregation ernannt. Das gab der Vatikan am Samstag bekannt. Becciu wird Ende Juni zum Kardinal erhoben. In der Heiligsprechungskongregation wird Becciu Nachfolger von Kardinal Angelo Amato, der am 8. Juni sein 80. Lebensjahr vollendet. Becciu hat als Substitut des vatikanischen Staatssekretariats seit 2011 eine hohe Position an der Kurie. In seinen Amtsbereich fielen bisher unter anderem die Kontakte zu den päpstlichen Nuntiatoren in aller Welt. Zuvor diente der italienische Erzbischof selbst viele Jahre als Vatikandiplomat im Ausland. Zu seinen Stationen gehörten Großbritannien, Neuseeland, Frankreich, die USA, Kuba, die Karibik, Sudan und Angola.

Im Bistum Mainz wird zum 1. Oktober im Personaldezernat die neue Stelle eines bischöflichen Beauftragten für die Priester eingerichtet. Diese Aufgabe wird **PFARRER MICHAEL RITZERT** übernehmen. Bisher war er Pfarrer in der Pfarrgruppe „Am Odenwälder Einhardsweg“. Seine Aufgabe wird es sein, im Sinne einer Personalbegleitung und -entwicklung in engem Kontakt zu den Priestern vor Ort zu stehen.



VON CLAUDIA KOCK

Im Oktober 2004, sechs Monate vor seinem Tod, eröffnete Johannes Paul II. das Jahr der Eucharistie, das am 29. Oktober 2005 von Benedikt XVI. abgeschlossen wurde. Dieser ergriff die feierliche Gelegenheit, um gleichzeitig die ersten fünf Heiligen seines Pontifikats zu kanonisieren, darunter Felix von Nicosia, dessen Gedenktag die Kirche am 31. Mai feiert. In seinem Orden gedenkt man dieses heiligen Kapuziners am 2. Juni.

Filippo Giacomo Amoroso, so sein bürgerlicher Name, stammte aus sehr ärmlichen Verhältnissen, die ihm einen Schulbesuch unmöglich machten, so dass er das ganze Leben hindurch Analphabet blieb. Er kam am 5. November 1715 als Halbwaife auf die Welt; sein Vater, ein Schuster in dem sizilianischen Ort

## 31. Mai: Der Wochenheilige Der heilige Felix von Nicosia OFMCap

Nicosia, war drei Wochen vor seiner Geburt gestorben. Schon als Kind arbeitete er als Gehilfe in einer Schusterwerkstatt, um etwas zum kargen Lebensunterhalt für sich, seine Mutter und seine zwei Geschwister beizutragen. Häufig besuchte er die Kapuziner in ihrem Konvent, mit denen er freundschaftlichen Umgang pflegte, und fühlte sich zu ihrem Leben immer mehr hingezogen.

Mit 20 Jahren bat er, da ihm als Analphabeten der Weg zur Priesterweihe verschlossen war, um Aufnahme in den Orden als Laienbruder, was ihm der Obere jedoch verweigerte. Acht Jahre lang wies er den Schustergesellen immer wieder ab. 1743 wendete sich das Blatt, als der Provinzial die Gemeinschaft in Nicosia besuchte und Filippo die Möglichkeit bekam, ihm sein Anliegen vorzutragen. Zu Filippus Freude willigte dieser in seine Aufnahme ein und sandte ihn in das nahegelegene Mistretta, wo er am 10. Oktober 1743 das Noviziat begann und den Namen „Felix“ bekam. Ein Jahr später legte er die Ordensprofess ab. Gleich darauf wurde Bruder Felix in den Konvent von Nicosia zurückgesandt, wo er bis zu seinem

Lebensende als Almosensammler diente. Unermüdet war er auf den Straßen unterwegs, klopfte an die Türen der Reichen, um Spenden für den Konvent und die Armen zu erbitten, und suchte die Armen auf, um ihnen Trost und Hilfe zu bringen. Außerdem war er ständig darauf bedacht, sein geistliches Leben zu nähren. Er hatte eine besondere Liebe zur Gottesmutter, zum Gekreuzigten und zur Eucharistie. Jeden Freitag fastete er bei Brot und Wasser und betete mit kreuzförmig ausgestreckten Armen im Chor des Konvents. Da er nicht lesen konnte, nahm er jede Gelegenheit wahr, das Wort Gottes zu hören – sei es in der Messe oder bei den Tischlesungen. Oft verbrachte er nach seinen Almosengängen lange Stunden vor dem Tabernakel, um in der Gegenwart Christi in der Eucharistie das Erlebte und Gehörte zu verinnerlichen. Sein Leitsatz lautete: „So geschehe es aus Liebe zu Gott.“ Er wiederholte ihn immer wieder nicht nur bei freudigen Gelegenheiten, sondern auch, wenn er – wie es häufig vorkam – von seinem Oberen gedemütigt wurde, der ihn als dumm und faul bezeichnete. Als Bruder Felix das 70. Lebensjahr

überschritten hatte, wurde er seines Amtes als Almosensammler entbunden, kümmerte sich aber im Konvent weiterhin um alte und kranke Mitbrüder. Im Mai 1787 erlitt er bei der Gartenarbeit einen Schwächeanfall und wurde bettlägerig. Er bat seinen Oberen, sterben zu dürfen, um auch dies im Gehorsam zu tun. Am 31. Mai 1787 schloss er für immer die Augen. Er wurde von Papst Leo XIII. am 12. Februar 1888 seliggesprochen. „Dieser demütige Kapuzinerbruder und bedeutende Sohn Siziliens, der schlicht und bußfertig war, treu gegenüber den ursprünglichsten Ausdrucksformen franziskanischer Tradition, wurde von der Liebe Gottes, die er in der Nächstenliebe lebte und umsetzte, nach und nach umgeformt und verwandelt“, so Benedikt XVI. in der Predigt zu seiner Heiligsprechung. „Bruder Felix hilft uns, den Wert der kleinen Dinge zu erkennen, die das Leben kostbarer machen, und er lehrt uns, den Sinn der Familie und des Dienstes an den Geschwistern zu verstehen, indem er uns zeigt, dass die wahre und dauerhafte Freude nach der sich jedes menschliche Herz sehnt, eine Frucht der Liebe ist.“

VON MICHAEL KARGER

Wir lernen begreifen, was ein ‚heiliges Zeichen‘ in Wahrheit ist und dass, jenseits aller uns beengenden, geschwätzig moralischen und doktrinalen Zudringlichkeit, im sakramental-kultischen Vollzug der Mysterienfeier das als Realität geschieht, wovon sonst bestenfalls geredet wird und dass dies der Kern allen geistig-geistlichen Lebens ist.“ Was der Philosoph Josef Pieper rückblickend über die bahnbrechende Wirkung der liturgischen Bildung durch Romano Guardini (1885–1968) berichtet, haben viele junge Katholiken seiner Generation und darüber hinaus erfahren. Pieper hat Romano Guardini selbst auf Burg Rothenfels erlebt, dem Treffpunkt des Quickborn, einer katholischen Jugendbewegung, die sich unter dem Einfluss von Guardini vom katholischen Wandervogel über die liturgische Bewegung zu einer entschieden kirchlichen, aber offenen Kulturbewegung entwickelt hat.

Guardini kam erstmals Ostern 1920 auf die Burg und war von 1927 bis 1939 deren Leiter. Seine ab 1914 entstandenen Texte über ein grundlegendes Verständnis der Liturgie der Kirche wurden 1918 als erstes Bändchen der neuen Reihe „Ecclesia Orans“ unter dem Titel „Vom Geist der Liturgie“ als programmatische Grundschrift der von den Benediktinerabteien Maria Laach und Beuron ausgehenden Liturgischen Bewegung herausgegeben. In seiner Einführung spricht der Abt von Maria Laach, Ildefons Herwegen, davon, dass es dem Verfasser nicht um eine liturgiegeschichtliche oder theologische Darstellung gehe, sondern um die „konkreten Menschen und ihre Liturgiefähigkeit“. Hier hört man bereits die neue Diktion Guardinis heraus, die sich der Abt zu eigen gemacht hat.

Der Begriff „Liturgiefähigkeit“ wird Guardini zusammen mit der Frage nach der liturgischen Bildung bis an das Ende seines Lebens beschäftigt. Heute gilt es sich bewusst zu machen, dass, als der junge Priester Romano Guardini die Messe feierte, allein die Ministranten die Antworten gaben und die Gläubigen währenddessen still eine Messandacht beteten. Darum war die Hauptforderung, dass die Liturgie ihre zentrale Stellung zurückerkennen müsse. In sieben Einzelkapiteln gliedert Guardini den Text. Im Kapitel „Liturgisches Beten“ tritt er dafür ein, dass gemeinschaftstaugliches Beten verallgemeinerbar und objektiv sein müsse, denn es zielt nicht direkt auf die Erbauung des Einzelnen. Dann folgen drei grundlegende Einsichten, die nichts von ihrer Bedeutung verloren haben: „Nicht der Einzelne ist Träger des liturgischen Handelns und Betens.“ Damit ist die Liturgie grundsätzlich der Eigenmächtigkeit und Machbarkeit entzogen. In der Liturgie wird die Kirche in dem Leib Christi geeint und so selber Leib Christi: „Das Ich der Liturgie ist



## Das Drama am Altar

Vor hundert Jahren erschien Romano Guardinis „Vom Geist der Liturgie“

Von hier aus fachte Romano Guardini in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die liturgische Bewegung in Deutschland an: die Kapelle in Burg Rothenfels. Foto: IN

vielmehr das Ganze der gläubigen Gemeinschaft als solcher, ein über die bloße Gesamtzahl der Einzelwesen hinausliegendes Mehr, die Kirche.“ Dritte Grundaussage ist, dass das erste Ziel der Liturgie die Verherrlichung Gottes zu sein hat: „In ihr soll Gott durch die geistliche Gemeinschaftseinheit als solche verehrt“ werden.

Guardini unterscheidet das liturgische Beten streng von anderen Andachtsformen. Auch wenn die Liturgie grundsätzlich der Maßstab des Betens bleibt, so haben andere Formen doch ihr Recht und müssen nicht gänzlich nach den Formgesetzen der Liturgie ausgerichtet sein: „Niemals kann die Forderung vertreten werden, die Liturgie solle die ausschließliche Weise gemeinsamen Andachtslebens sein. Das hieße die geistlichen Bedürfnisse des gläubigen Volkes verkennen. Vielmehr werden stets neben den liturgischen Lebensformen die der Volksfrömmigkeit stehen und sich so gestalten, wie es die wechselnden ... Umstände erfordern.“

Als Guardini eigene Publikationen zur Erneuerung der Kreuzwegandacht, des Rosenkranzgebets und der eucharistischen Anbetung schrieb, wurde dies von den Liturgiewissenschaftlern in Maria Laach, vor allem von Odo Casel, entschieden abgelehnt. Weil Guardini an den Volksandachtsformen festhielt, war er für Maria Laach gestorben. Mit der Vorherrschaft der wissen-

schaftlichen Liturgieexperten nach dem Konzil hat sich diese Sichtweise ja innerkirchlich weithin durchgesetzt: Die Messfeier hat die anderen Andachten weitgehend verdrängt und entwertet. Auf Guardini, der zusammen mit dem befreundeten Pfarrer Weiger stets liturgisch-pastoral an der Erarbeitung von Andachten teilgenommen hat, kann sich die nachkonziliare Erneuerung hierbei nicht berufen. Zentral: „Die Lex orandi (Gesetz des Betens), die Liturgie, ist nach dem alten Spruch zugleich Lex credendi; Gesetz des Glaubens. Sie ist vom Wahrheitsgut der Offenbarung ganz erfüllt.“ Darum muss für Guardini das liturgische Beten „von klaren, reichen Glaubensgedanken durchwirkt sein“. Somit kann Guardini Liturgie als „gebetete Wahrheit“ definieren. Darum gelte es, Einseitigkeiten zu vermeiden, etwa wenn allein die verzeihende Barmherzigkeit Gottes im Mittelpunkt stünde, so riefte diese Wahrheit „nach ihrer Ergänzung: Der Hoheit und Gerechtigkeit Gottes“.

In einer Anmerkung, die Guardini in der 13. Auflage 1934 hinzugefügt hat, reagierte er auf die zunehmende Kritik an der Liturgischen Bewegung. Er lobt die liturgischen Reformen von Pius X. und warnt: „Es wäre verhängnisvoll, wenn seine Arbeit allmählich rückgängig gemacht würde.“ Gefühlsüberschwang, wie man ihn aus den Freikirchen kennt, ist der Liturgie der Kirche

fremd. Stets herrscht ein „gebändigtes Gefühl“. Auch hier gilt das für jedes Gemeinschaftsgebet grundlegende Gesetz der Verallgemeinerbarkeit und Offenheit für alle: Ein Gebet, „das für den Alltag und für die Gesamtheit gestimmt ist, muss maßvoll bleiben.“ Einfache Empfindungen finden ihren Ausdruck, aber zugleich wahrt die Liturgie eine „wunderbare Zurückhaltung“: „Das Gebet der Kirche zerrt die Geheimnisse des Herzens nicht heraus“, sondern spricht höchstens zurückhaltend in Gedanken und Bildern.

Was Guardini stets auszeichnet, ist, dass er einerseits die Schwierigkeiten des modernen Individualismus klar sieht, zugleich aber die Wesensgesetze der Liturgie als heilsamen Weg erschließt, wie der Einzelne über sich hinaus gelangt, indem er die befreiende „Hingabe der eigenen Selbstständigkeit und Selbstherrlichkeit“ vollzieht. Liturgie lasse nie das Gefühl aufkommen, „mit anderen zusammengesperrt, in seiner geistlichen Selbstständigkeit und Innerlichkeit bedroht zu sein“.

Nachkonziliare Erfahrungen zeigen, wie wenig die von Guardini gezeigten „Baufehler“ liturgischen Handelns beachtet und wie notwendig die Ausrichtung an seinen Wesensgesetzen der Liturgie bleibt. Daraus ergibt sich im Kapitel „Liturgischer Stil“ die Folgerung, dass der „gegenständliche, klare, allgemein zugängliche“ Stil der Liturgie al-

lein auch der „einzig mögliche“ sein kann, weil er von jedem angenommen werden kann. Wer dies verstanden hat, dem wird es stets unangenehm bleiben, wenn heutige Priester, pastoral bemüht, die Messe mit: „Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Sonntag“ beschließen, worauf die Versammelten „Danke gleichfalls“ antworten.

Etwas für die Zeitgenossen völlig Neues war die Betrachtung der „Liturgie als Spiel“: Für Guardini hat Liturgie keinen Zweck, „weil sie ja eigentlich gar nicht um des Menschen, sondern um Gottes Willen da ist. In der Liturgie sieht der Mensch nicht auf sich selbst, sondern auf Gott“. In der Liturgie „soll der Mensch nicht sich erziehen, sondern auf die Herrlichkeit Gottes schauen“. Über den Vergleich der Liturgie mit dem Kunstwerk begegnet Guardini dann dem Einwand, wieso die Liturgie so viele Regeln brauche, wenn sie doch zweckfreies Spiel sei: „Künstlersein heißt, um den Ausdruck des verborgenen Lebens ringen, auf dass es, ausgesprochen, da sein könne.“

Am anspruchsvollsten und zugleich von größter Tragweite ist das Kapitel „Der Primat des Logos über das Ethos“. Ein wie im Protestantismus vorherrschender Vorrang des Ethos vor dem Logos, des Willens vor der Erkenntnis, der Orthopraxie vor der Orthodoxie, widerspreche dem katholischen Geist fundamental. Der Protestantismus habe „die feste religiöse Wahrheit schrittweise aufgegeben, die Überzeugung immer mehr zur Sache des persönlichen Urteilens, Fühlens und Erlebens gemacht. Die Wahrheit glitt aus dem Bereich des Gegenständlich-Festen in den des Subjektiv-Fließenden.“ Da vom Glauben nur ein „persönlich ergreifendes Glaubenserlebnis“ übrig blieb, trat an die Stelle des festen Glaubensinhaltes „der Erweis des rechten Geistes durch die Tat“. Hier sieht Guardini die Quelle für die Not unserer Zeit: „Nichts bleibt, nichts steht fest, alles verändert sich.“ Dieser Geisteshaltung stelle sich die katholische Kirche entschieden entgegen: Mit dem Antasten des Grundsatzes vom Vorrang des Logos vor dem Ethos, des Dogmas, des Bekenntnisses, vor der Praxis, des Seins vor dem Tun wäre für Guardini „die heilige Ordnung aus den Angeln gehoben“.

Argumentativ und ohne Fachterminologie, voller grundsätzlicher Einsichten und stets mit Blick auf den modernen Menschen erschließt Guardini, was der Kirche in der Liturgie anvertraut wurde. In seinem Buchlein hat er die eucharistische Kirchenlehre der Väter mit dem paulinischen Leib-Christi-Gedanken verbunden. Papst Benedikt XVI. hat seine grundlegende Theologie der Liturgie bewusst „Der Geist der Liturgie“ (2000) genannt, weil darin im Wesentlichen die gleichen Intentionen wie in Guardinis Werk zum Ausdruck kämen – nicht zuletzt die sehr aktuelle Erinnerung an die Notwendigkeit heute „die Kirche – den Leib Christi – als das wahre Subjekt der Liturgie wiederzuentdecken“.

## Eichstätt: Zweiter Beschuldigter frei

**MÜNCHEN/EICHSTÄTT** (DT/KNA) Im Finanzskandal des Bistums Eichstätt ist nun auch der zweite Beschuldigte auf freiem Fuß. Das bestätigte die Staatsanwaltschaft München II am Donnerstag. Der Haftbefehl sei außer Vollzug gesetzt worden, sagte eine Sprecherin auf Anfrage. Zu den Gründen konnte sie keine Angaben machen. Zuerst hatte der Ingolstädter „Donaukurier“ darüber berichtet. Bei dem nun Freigelassenen handelt es sich um einen Projektentwickler von Immobilien in den USA. Mitte Mai war bereits bekanntgeworden, dass der ehemalige stellvertretende Finanzdirektor des Bistums aus der Untersuchungshaft entlassen worden sei. Beide Männer waren Ende Januar festgesetzt worden. Ihnen wird Untreue, Bestechung und Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr vorgeworfen. Mitte Mai hatte die Anklagebehörde bekannt gegeben, dass die Männer ein Teilgeständnis abgelegt hätten. Derzeit gehen die Ermittler nur noch von einem gesicherten Vermögensschaden für das Bistum von mindestens einer Million Dollar (840 000 Euro) aus. Dieser sei durch Bestechungszahlungen entstanden.

## Türkei gibt Besitz an Aramäer zurück

**ISTANBUL** (DT/KNA) Am 23. Mai hat der türkische Staat mehr als 50 Klöster, Kirchen und Friedhöfe an die aramäischen Christen amtlich überschrieben. Sie gingen in den Besitz der Stiftung des Klosters Mor Gabriel über. Damit hat ein jahrelanges Tauziehen zwischen der Gemeinde und Ankara ein vorläufiges Ende gefunden. Die Klöster und Kirchen befinden sich im Südosten der Türkei. Viele davon stammen aus frühchristlicher Zeit und werden von nur wenigen Mönchen und Nonnen instandgehalten. Die Probleme waren entstanden, als 2014 mehrere kleine Dörfer in die Stadt Midyat in der Provinz Mardin eingemeindet wurden – darunter auch der Stiftungsbesitz. Dieser fiel daraufhin an die Diyanet, die türkische Religionsbehörde. Das führte zu zahlreichen internationalen Protesten. Schon vor einem Jahr sprach Hakan Cavusoglu, stellvertretender Ministerpräsident, von einem „Irrtum“, der bald rückgängig gemacht werde. Daniyel Demir, Vorsitzender des Bundesverbands der Aramäer in Deutschland, erklärte, das Schatzamt in Ankara verfüge immer noch über aramäischen Grundbesitz.

Beichtstühle – verschiedene Modelle, zwei- oder dreiteilig, mit Schallsisolierung, Heizung und Lüftung

konrad steiningger e.K. schreinermeister  
mengkofener str. 21 tel. 08731 - 7599-60  
84130 dingolfing fax 08731 - 7599-55  
info@kircheneinrichtungen.de www.kircheneinrichtungen.de

Jahrelange Erfahrung mit Sakristei-Einrichtungen, eigene Planung und Herstellung, Besuch und Beratung unverbindlich

# Schlag, Schock, Krise

Zur Missbrauchskrise in der Kirche in Chile VON JOSEF BORDAT, GUIDO HORST UND REGINA EINIG

Die Vorgänge in der katholischen Kirche Chiles – das Bekanntwerden des offenbar weit verbreiteten sexuellen Missbrauchs mit 14 neuen Tatverdächtigen und des Kollektiv-Rücktritts der chilenischen Bischöfe – ziehen weitere Kreise.

Während Franziskus sich auf den Besuch einer weiteren Gruppe von Missbrauchsopfern aus Chile vorbereitet, mit der er ab Freitag drei Tage in Santa Marta verbringen wird, wartet man im Vatikan darauf, wie der Papst denn nun auf den kollektiven Rücktritt aller chilenischen Bischöfe reagiert, die nach dem Krisengipfel in Rom ihre Ämter in die Hand des Kirchenoberhaupts gelegt haben. Wie der Vatikanbeobachter Sandro Magister erfahren haben will, war der Rücktritt dann wohl doch nicht so kollektiv: Von den 31 amtierenden Bischöfen sollen der Militärbischof und Vorsitzende der Bischofskonferenz, Santiago Silva, sowie Luigi Infanti della Mora, Apostolischer Vikar von Aysen, darauf verzichtet haben, dem Papst ein Rücktrittsgesuch zu hinterlassen. Und stattdessen habe der emeritierte Bischof Juan Luis Ysern ein solches Schreiben verfasst – aus Solidarität mit seinen Mitbrüdern, obwohl ein Emeritus von nichts mehr zurücktreten kann.

Wie dem auch sei, die Chilenische Bischofskonferenz hat den Ball an Papst Franziskus zurückgespielt, und dieser muss jetzt entscheiden, wen er in seinem Amt belässt und wer einen Nachfolger erhalten soll. Dass es zwischen den Bischöfen Chiles und dem Papst nicht ganz spannungsfrei zugeht, zeigt die Forderung der Bischofskonferenz des Landes, Zugang zu dem Bericht zu erhalten, den die Sonderermittler Erzbischof Charles Scicluna und der Rechtsexperte Jordi Bertomeu im Februar bei ihren Recherchen in Chile und New York erarbeitet hatten. Eine Erneuerung der Kirche geschehe, wenn sie die Realität kenne, sagte

der Konferenzvorsitzende Silva. Bislang hätten die Bischöfe den Bericht nicht im Detail einsehen können, meinte Silva nach Angaben des Nachrichtenportals ADN. Dies sei aber für eine Aufarbeitung notwendig. Zu der Gruppe von Missbrauchsopfern, die jetzt in Rom ein treffen werden, gehören fünf Priester, die in jungen Jahren von Fernando Karadima, dem damals als charismatisch geltenden Priester der Pfarrei El Bosque in Santiago de Chile, missbraucht worden sind. Der heute 87-Jährige wurde 2011 vom Vatikan verurteilt. Die fünf Priester werden von weiteren Priestern und zwei Laien begleitet, die sich in den vergangenen Jahren um Missbrauchsopfer gekümmert haben. Franziskus will mit ihnen die Messe feiern und Gruppengespräche sowie getrennte Unterhaltungen führen. Das Treffen wird wie immer in vertraulicher und nicht öffentlicher Atmosphäre stattfinden.

Viele lateinamerikanische Medien greifen den Fall auf: Die chilenische Onlinezeitung „El Mostrador“ fordert unter der Überschrift „Laien an die Macht“ Konsequenzen aus dem Versagen weiter Teile der kirchlichen Hierarchie Chiles. Verantwortung wahrzunehmen bedeute letztlich, zu entscheiden, wer auf die Situation reagiere und wie Laien angemessen mit Beschlüssen umgingen, die auf einer Entscheidungsbe-

ne getroffen wurden, zu der ihnen der Zugang fehlt.

Für die peruanische Zeitung La República steht die Kirche Chiles „unter Schock“, die Weltkirche steckt „in der Krise“. Die Zeitung nimmt die Entwicklung rund um den Episkopat im südlichen Nachbarland zum Anlass, den Fall Karadima noch einmal aufzugreifen und nach dem Alltag des inzwischen 88-Jährigen zu fragen. Er lebe mittlerweile im San José-Heim der Congregatio Parvarum Sororum Serenium Derelictorum – und er lebe dort, bei den „kleinen Schwestern“, nicht schlecht. Um halb neun in der Früh beginne sein Tag, mit einem Frühstück: „Joghurt, etwas Obst, Tee mit Süßstoff“ weiß La República. Die Botschaft ist klar: Angesichts des Ausmaßes der Vergehen geht es den Tätern immer noch zu gut.

Die staatliche mexikanische Nachrichtenagentur Notimex zitiert „eine ranghohe Stimme der katholischen Kirche Chiles“ zu dem Kollektivrücktritt mit den Worten: „Das, was in der vergangenen Woche beim Papst geschehen ist, soll als Beispiel genommen werden, wie seitens des Vatikan auf Missbrauchsansuldigungen auch in anderen Ländern reagiert werden kann“ – nämlich, die Bischöfe zur Rede zu stellen. Das Rücktrittsgesuch sei ein „harter, aber notwendiger ‚Schlag‘“ gewesen, um „auf dem



Hoffnung auf Hilfe von oben: Eine Frau zündet in der Kathedrale von Santiago de Chile eine Kerze an.

Foto: dpa

Weg voranzugehen, der unbedingt genommen werden muss, um aus dem dunklen Loch herauszukommen, in dem wir stecken“. Es wäre nicht verwunderlich, so die anonyme Quelle, wenn der Papst in naher Zukunft auch andere, „mit ähnlichen Problemen“ belastete Bischofskonferenzen nach Rom zitierte, um mit den Hirten „in sehr offener Weise zu sprechen“ und sie „dem Gebet und der Reflexion“ anzuempfehlen.

Ähnlich kryptisch bleibt La Nación – Costa Rica –, die berichtet, „kirchliche Quellen“ hätten bestätigt, dass Papst Franziskus in jedem Fall die Ablösung der Geistlichen Juan Barros Madrid (Bischof von Osorno), Horacio Valenzuela (Bischof von Talca), Tomislav Koljatic (Bischof von Linares) und Andrés Arteaga (Weihbischof von Santiago de Chile) beabsichtige. Diese vier hätte als Zöglinge des von Fernando Karadima geleiteten Exerzitienhauses der Gemeinde El Bosque in Santiago „unter dessen Einfluss“ gestanden. Die vielgelesene argentinische Zeitung Clarín rollt gleich den ganzen Fall Karadima noch einmal auf, einschließlich eines Fotos, das die vier genannten Bischöfe im Segensgestus über dem knieenden Karadima zeigt. Bis ins Jahr 1958 gingen die Taten Fernando Karadima zurück, so der Clarín, der die Opfer noch einmal ausführlich zu Wort kommen lässt, die den sexuellen Missbrauch und die Manipulation durch ihren „Padre“, denen sie ebenfalls ausgesetzt waren, detailreich schildern.

Verhältnismäßig nüchtern listet El Universo (Ecuador) die Fakten auf und enthält sich jeden Kommentars. Überhaupt werden die aktuellen Entwicklungen in Lateinamerika zwar aufgegriffen und dargelegt, substantielle Einordnungen oder polemische Abrechnungen fehlen. Offenbar warten man ab, was einer von ihnen demnächst in der Rücktrittsangelegenheit entscheidet: Papst Franziskus ist nun am Zug.

## Schulen in der Schwebe

Erzbistum Hamburg: Viel Zuspruch, aber noch keine verbindlichen Zusagen VON HINRICH E. BUES

Rückt die „Rettung“ der acht von Schließung bedrohten katholischen Schulen vier Monate nach den Schließungsbeschlüssen nun doch näher? Generalvikar Ansgar Thim sprach kürzlich von einem „Durchbruch“, nachdem sich die Spitzen des Erzbistums Hamburg und die Initiative der Schulgenossenschaft Anfang Mai unter Leitung von Pater Hans Langendörfer SJ, Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, ausgetauscht hatten. Beraten wurden Eckpunkte für eine mögliche zukünftige Partnerschaft zwischen Erzbistum und Schulgenossenschaft, die gleichberechtigt in einem Modellversuch miteinander kooperieren wollen. Auch Erzbischof Stefan Heße zeigte sich am Ende des Workshops optimistisch und sprach davon, dass dieses Kooperationsmodell zwischen der Kirche und einem externen Partner auch in anderen Bereichen funktionieren könnte.

Die Initiative der Schulgenossenschaft, die anfangs nicht nur die acht von Schließung bedrohten Schulen als „bad bank“, sondern gleich alle 21 katholischen Schulen in Hamburg übernehmen wollte, ist von ihren ursprünglichen Plänen abgerückt. Das liegt offenbar daran, dass die Initiative weit weniger Rückhalt unter Eltern oder Lehrern der betroffenen Schulen erhalten hat als erhofft. Genaue Zahlen sind bisher von der Genossenschaft nicht bekannt gemacht worden, aber von den erhofften 10000 Eltern, die Genossenschaftsanteile von je 1000 Euro zeichnen sollten, ist man offenbar weit entfernt. Zudem besteht die Genossenschaft derzeit nur in Form einer „Initiative“ und nicht in Form eines recht-

lich definierten Trägers. So bleibt bei dem derzeitigen Stand der Dinge offen, wie eine Kooperation „auf Augenhöhe“ in partizipatorischer Weise funktionieren soll, wenn sowohl die finanziellen wie die rechtlichen Ausgangspositionen der beiden „Partner“ völlig unterschiedlich sind. Genossenschaftssprecher Christian Bernzen wünscht sich eine „demokratische Schule“, wo „Schülerinnen und Schüler, Lehrer und Eltern gleichberechtigt mit einer Stimme zusammen sind“. Von einem speziell katholischen Bildungsauftrag ist hier nicht die Rede. Ebensovienig von einer partizipatorischen Übernahme der hohen Sanierungskosten der Gebäude oder von Pensionslasten in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro. Wer die laufenden Defizite aus dem Betrieb der Schulen tragen soll, ist ebenfalls noch offen.

„Von Rückzug redet keiner mehr“ titelte die Neue Kirchenzeitung nach dem Workshop, was kaum nachvollziehbar erscheint. Auf Nachfrage der „Tagespost“ erklärte Bistumssprecher Manfred Nielsen, dass die „Entscheidungslage vom 19. Januar bestehen bleibe“. Änderungen der Beschlüsse seien möglich, würden aber nicht präjudiziert. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen eine mögliche Kooperation haben werde, solle in den nächsten Wochen besprochen werden. Auch welche Schulen für ein Pilotprojekt geeignet seien, stehe noch nicht fest, so Nielsen.

Nüchtern betrachtet fehlt es bisher also an „Butter bei die Fische“, wie es im Norden heißt, wenn den schönen Worten bisher wenig Konkretes gefolgt ist. Neben den hohen Sanierungskosten einzelner Schulen wäre

vor allen Dingen zu klären, wer die jährlichen Zuschüsse zu den Betriebskosten zahlen kann, die von den Kirchensteuern nicht mehr aufgebracht werden können. Da die Hansestadt Hamburg nur 65 Prozent der realen Kosten der katholischen Schulen trägt, besteht hier ein hoher Zuschussbedarf.

Für das Erzbistum Hamburg bleibt die Lage, seit eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Dezember 2017 ihre Analyse veröffentlichte, weiterhin „desaströs“. Für die bilanzielle Überschuldung bis zum Jahr 2021 in Höhe von prognostizierten 350 Millionen Euro zeichnet sich ebenso wenig eine Lösung ab wie für die Pensionsverpflichtungen in Höhe von 680 Millionen. Auch die Renovierungskosten in Höhe von 170 Millionen Euro für die gut tausend kirchlichen Gebäude stehen weiterhin im Raum. Welche Maßnahmen hier geplant sind, konnte Bistumssprecher Nielsen auf Nachfrage dieser Zeitung nicht beantworten. Vermutlich ist eine Solidaritätsaktion der deutschen Bistümer im Gespräch, worauf auch das Mitwirken von Pater Langendörfer, des Sekretärs der katholischen Bischofskonferenz, am Schul-Workshop hindeuten kann. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen gibt sich die grün-rote Stadtregierung Hamburgs weiterhin zugeknöpft, was die vollständige Übernahme der laufenden Kosten der katholischen Schulen angeht. Die staatlichen Schulen dagegen werden derzeit mit einem Aufwand von mehreren hundert Millionen Euro renoviert oder neu gebaut. Wie der „kirchliche Bildungsauftrag“ des angestrebten Modellprojektes inhaltlich gefüllt sein soll, scheint ebenfalls

noch ungeklärt und offen zu sein. Ob der von Erzbischof Stefan Heße im Februar veröffentlichte „Pastorale Orientierungsrahmen“ dabei eine Rolle spielen soll, ist der Presseerklärung nicht zu entnehmen. Wie von Schulleitern und Lehrern der Schulen zu erfahren ist, sei die Mehrheit der Schüler zwar katholisch getauft, aber die Hinführung zum katholischen Glauben werde nicht als primäres Bildungsziel angestrebt. Im kirchlichen Erstkommunion- oder Firmunterricht zeigt sich dann, dass nur die wenigsten Schüler aus den katholischen Schulen über ein biblisches und katholisches Grundwissen verfügen oder sonntags in der heiligen Messe anzutreffen sind. Inwieweit das Modell einer „demokratischen Schule“ der sozialdemokratisch inspirierten Genossenschaftler das ohnehin blasse katholische Profil der Schulen stärken kann, bleibt daher eines der vielen ungelösten Rätsel, wie das Erzbistum Hamburg die schwere Krise überwinden will.

Hoffnungen auf den Vatikan setzt in diesem Zusammenhang der Mitinitiator der Petition gegen die Schließung der katholischen Schulen, Pascal Landahl. Er wurde vor wenigen Tagen zu Gesprächen im Vatikan empfangen. Dabei sei klar geworden, dass sowohl der Heilige Stuhl als auch hochrangige Vertreter der Kirche in Rom die Hamburger Situation kennen und mit Sorge verfolgen, sagte Landahl nach der Rückkehr. Die Gespräche seien in „sehr offener Atmosphäre“ verlaufen und auf die Suche nach Lösungen angelegt gewesen. „Ich hoffe daher, dass Rom die Entscheidung der Erzbistums überprüfen und gegebenenfalls korrigieren wird“, so Landahl.

### VERANSTALTUNGEN

#### Reliquien der Eltern Theresias von Lisieux zu Gast

Vom 14. bis 26. Juni wird der Reliquien-schrein der heiligen Louis und Zélie Martin, Eltern der heiligen Theresia von Lisieux, in mehreren deutschen und österreichischen Gemeinden zu Gast sein.

Düsseldorf-Benrath, 14. Juni: 17.30 Uhr Eintreffen des Schreins in der Pfarrkirche Sankt Cäcilia, 18 Uhr Festmesse mit Weihbischof Dr. Schwaderlapp, 19.30 Uhr Vortrag von Pfr. Klaus-Peter Vosen zum Thema: „Wir hatten himmlische Eltern“ – Zélie und Louis Martin: Tipps für ein gelungenes Familienleben“, 21 Uhr Familiengebet vor dem Schrein. 15. Juni: 9 Uhr heilige Messe vor dem Schrein, besonders für Frauen und Mütter, 10.30 Uhr Gottesdienst der Kinder des Kindergartens, 12 Uhr Angelus und Verabschiedung der Reliquie.

Sankt Maria in der Kupfergasse, Köln, 15. Juni: 16.30 Uhr Begrüßung der Reliquien, 17 Uhr Aussetzung und stilles Gebet für geistliche Berufe, 18.30 Uhr heilige Messe, zelebriert von Kardinal Rainer Maria Woelki, anschließend Gebetsstunden vor dem Schrein. Während der Betstunden besteht Beichtgelegenheit. 16. Juni: 8 Uhr heilige Messe, danach stilles Gebet vor dem Schrein. 10.30 Uhr heilige Messe im Seniorenhaus Sankt Maria, danach Gebetsstunden vor dem Schrein, ab 14 Uhr Beichtgelegenheit. Gleichzeitig beginnt der Einkehrnachmittag mit dem Vortrag „Die Pädagogik der Heiligen – Zélie und Louis Martin im Umgang mit ihren Kindern“ (Pfr. Vosen). 17 Uhr Betstunde der Kölner Ordensleute für die Familien als Fundament geistlicher Berufungen, geleitet von Domkapitular Dr. Markus Hofman; 18 Uhr Andacht und anschließend Vorabendmesse.

Groß Sankt Martin, Köln, 16. Juni: ab 20.30 Uhr Gebetszeit. 17. Juni: 11 Uhr heilige Messe mit Domkapitular Dr. Dominik Meiering, anschließend Stilles Gebet, 15 Uhr Gebetszeit und 18.30 Uhr Vesper.

Karmel vor den Siebenburgen, Köln: Empfang der Reliquien, Vesper und Stilles Gebet, 20 Uhr Komplet. 18. Juni: 7.30 Uhr Laudes und stilles Gebet, 11.30 Uhr Mittagsstunde und stilles Gebet, 16 Uhr Vesper und 17 Uhr heilige Messe am Schrein.

Sankt Aposteln, Köln, 18. Juni: 19 Uhr heilige Messe, danach Vigil, gestaltet von der Markusgemeinschaft. 19. Juni: 7.30 Uhr Messfeier.

Mutterhaus der Cellitinnen Köln-Longerich: 9.30 Uhr heilige Messe, anschließend Stilles Gebet sowie gestaltete Gebetszeit.

Um 14 Uhr Empfang der Reliquien im Theresiengymnasium Rupprichterth-Schönenberg, 19 Uhr Pontifikalamt mit Weihbischof Jörg Michael Peters in der Apollinariskirche, Remagen. Am 20. Juni 9.45 Uhr Rosenkranz, 10.30 Uhr heilige Messe. Ankunft des Schreins im Karmelitenkloster Springersbach um 14.30 Uhr, anschließend Betstunden, Stille, Beichtgelegenheit. 19 Uhr heilige Messe mit Weihbischof Franz Josef Gebert.

21. Juni: Station in der Gnadenkapelle der Schmerzhaften Mutter in Dieburg, 11.15 Uhr Rosenkranz, anschließend Angelus und heilige Messe. 18.30 Uhr heilige Messe in Sankt Johannes in Stadtlauringen mit Segnung für Ehepaare. Am 22. Juni macht der Schrein in der Karmelitenkirche in Regensburg und in Sankt Franziskus in Augsburg-Firnhaberau Halt. In der Gebetsstätte Marienfried sind die Reliquien am 23. Juni zu Gast, (heilige Messe um 11 Uhr), ebenso in Sankt Martin in Blaichach und Sankt Anton in Kempten. Am 24. Juni wird der Schrein in Balderschwang empfangen, am 25. Juni in Rankweil und Lauterach in Vorarlberg. Die letzte Station ist am 26. Juni im Karmelitenkloster Sankt Josef in Hauenstein.

Weitere Informationen unter <http://www.theresienwerk.de/reliquienreisen-heilige-theresia-von-lisieux> und Theresianische Familienbewegung OmniaChristo, Tel. 0221/257 22 06, [info@omniachristo.de](mailto:info@omniachristo.de)

**B**ücher von Kartäusern und über diesen Orden haben im deutschen Sprachraum, aber auch darüber hinaus, Seltenheitswert. Das hat seine Ursache in der radikalen kartusianischen Gottessuche der anbetenden Stille vor dem Schöpfer allen Seins. Das Schweigen und die Zurückgezogenheit in der Zelle wird nur fünfmal am Tag unterbrochen: zur Mitternachtsmesse, Hochamt, Laudes und Vesper und während einer kurzen Erholung zur Mittagszeit. Einmal wöchentlich unternehmen die Mönche zusammen einen vierstündigen Spaziergang. Ansonsten verbringen die Patres ihr Leben in der Stille ihrer Zelle und widmen sich der Anbetung und der geistlichen Lesung.

„Getrennt von allen, sind wir eins mit allen, damit wir stellvertretend für alle vor Gott stehen“, heißt es in ihren Consuetudines genannten Statuten. Und auf ihrer Website – deren bloßes Vorhandensein schon wie ein Wunder wirkt – wird der User unmissverständlich gewarnt: „Sie werden hier nichts oder nur wenig von dem finden, was die gegenwärtige Welt schätzt.“ Ludolf von Sachsen (1300–1377), einer der ersten Kartäuser, nahm vorweg, was auch heute noch für die Nachfolger des Heiligen Bruno verbindlich bleibt: „Dazu muss man wissen, dass die Armut im Geiste hier als Verzicht auf die Liebe zur Welt aufgefasst wird, also auf die Liebe zu allem, was ein Freund dieser Welt sich aneignet. Sie ist die völlige Absage an alle Lust, alles Schwelgen in Reichtum, Genuss und Ruhm (...), auch der eigenen Person, so dass auch der Gute sich für unnützlich hält und geringer als die anderen.“ Und er zitiert Ambrosius: „Die Demut wird dem Ursprung aller Laster, nämlich dem Hochmut entgegengesetzt, der unter allen Lastern den ersten Platz einnimmt.“

### Eine einzigartige Mutter und ein Vorbild

Die wenigen Selbstzeugnisse von Kartäusern, diesen spirituellen Tiefseetauchern und vergleichbar den Wüstenvätern, sind deshalb nie mehr als minimalistische Annäherungen an das Unaussprechliche, Fragmente und Frakturen einer bedingungs- und ausnahmslosen Öffnung für Gott. Frei für den Willen Gottes, ein Gefäß, das auf die Fülle Seiner Gnadengeschenke wartet: So hat nur ein Mensch gelebt: die Gottesmutter Maria. Sie ist das große Vorbild der Kartäuser. „Unser unmittelbares Streben nach Gott verbindet uns in besonderer Weise mit der seligen Jungfrau Maria, die wir die einzigartige Mutter der Kartäuser zu nennen pflegen“, resümieren die Statuten.

# Im marianischen Tagesrhythmus

Ein Gebets- und Betrachtungsbuch in der Tradition der Kartäuser **VON JHOS LEVY**



Unter dem Schutzmantel Mariens sah der spanische Maler Zurbarán die Kartäuser: „La Virgen de la Cuevas“ im Museum der Schönen Künste in Sevilla. Foto: IN

Die Kartäuser sind der einzige Orden, in dem jeden Tag und jede Nacht das Marienoffizium gebetet wird, und zwar im 24-Stundenrhythmus. Eine jahrhundertalte Tradition in allen monastischen Gemeinschaften, die aber wahrscheinlich aus Zeitgründen aufgegeben wurde. Denn genau besehen ist das Marianum eine Verdop-

pelung des Stundengebets, das so bis zu vier Stunden in Anspruch nimmt. Und diesen Meeresstern der Marienverehrung hat nun Hans Jakob Bürger einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht mit seinem Buch „Gott allein – das marianische Offizium der Kartäuser“. Dabei wird die vor-

konziliare Brevierüberlieferung strikt eingehalten. Der „Tag“ beginnt für den Kartäuser mit der Marienmatutin in der Zelle, wenn die meisten Menschen sich zu Bett begeben. Die Matutin, heute durch die leichte Kost der Lesehore ersetzt, beinhaltet eine lange Reihe von Psalmen mit Antiphonen und den liturgischen Tageslesungen, wird aber getragen durch die Wieder-

holungen des Ave Maria und endet konsequenterweise mit der lukanischen Verkündigung, die dreigliedrig ist. Auch die Laudes werden akzentuiert durch das wiederkehrende „Du bist gebenedeit unter den Frauen“ und mündet in einem der schönsten und ergreifendsten Mariengebete aus dem Salve regina. Bei den sogenannten kleinen Stunden, den Horen, hielt man ebenfalls an der durch das Zweite Vatikanische Konzil abgeschafften Prim fest: Der eigentliche Arbeitstag muss notwendigerweise auch für einen Mönch mit einer ersten Arbeitsstunde beginnen. Auch bei Vesper und Komplet ist das „Sei gegrüßt, o Königin der Barmherzigkeit“ Mittel- beziehungsweise Endpunkt der sehr viel längeren Psalmenrezitationen.

### Wie ein klassisches Brevier gestaltet

Vesper und Komplet verweisen auf die eschatologische Erlösung als unhintergebares Versprechen. In der Vesper verweisen die Psalmen 109, 112, 121, 126, 147 auf die angekündigte und vollendete Heilsgewissheit ebenso wie das Gebet: „O Gott, durch die fruchtbare Jungfrauschafft der seligen Maria hast Du dem Menschengeschlecht die Güter des ewigen Heils geschenkt.“

Der heilige Johannes Paul II. sagte am 14. Mai 2001: „In der Zurückgezogenheit des Klosters und in der Einsamkeit der Zelle weben die Kartäuser geduldig und im Schweigen am Hochzeitskleid der Kirche.“ So gesehen ist ihr marianisches Offizium das nach Myrrhe und Weihrauch und allen Wohlgerüchen des Paradiesgartens duftende Brautkleid Mariens.

Das Gebetbuch überzeugt durch seinen spirituellen Gehalt und ästhetische Attraktivität. Es ist „in der Tradition der Kartäuser für den privaten Hausgebrauch“ verfasst, wie das Vorwort präzisiert, da nach einer Direktive der Grande Chartreuse Ordensinterna nicht mehr originalgetreu öffentlich publiziert werden dürfen. Die Gestaltung entspricht dem klassischen Brevier: zweifarbig mit roten Initialen und schwarzen Lettern, und lateinisch-deutsch. Mehr als die Hälfte des Bandes versammelt ausgewählte Kartäuser-Texte über deren Spiritualität, darunter schon die zitierten Sätze des Ludolf von Sachsen. Ein Juwel der spirituellen Literatur.

**Hans-Jakob Bürger (Hrsg.): Gott allein – Andachts-, Gebets- und Betrachtungsbuch in der Tradition der Kartäuser. fe-medien-Verlag 2017, 204 Seiten, ISBN: 978-3863571719, EUR 10,-**

## Katechetisches Flickwerk

Warum die „Eckpunkte zur Ehevorbereitung“ der deutschen Bischofskonferenz nicht überzeugen

VON HINRICH E. BUES

**D**as Problem ist hierzulande schon lange bekannt. Die Vorbereitung von Brautleuten auf die Spendung des Sakramentes der Ehe liegt im Argen. Befragt man stichprobenartig Priester oder auch Bischöfe, geben sie unumwunden zu, dass es bei etwa 90 Prozent der katholischen Eheschließungen de facto bei der Vorbereitung nicht nur hapert, sondern sie weitgehend ausfällt. Daher ist es begrüßenswert, dass die Deutsche Bischofskonferenz nun in Form eines Flyers die Anregungen des apostolischen Schreibens Amoris laetitia aufgreift und eine Verbesserung der bisherigen Praxis fordert.

Wie dringlich eine Verbesserung der Ehevorbereitung ist, hat Papst Franziskus mehrfach angemahnt. Er verwies beispielsweise darauf, dass die „Gültigkeit“ der sakramental geschlossenen Ehe auf dem Spiel steht, wenn die Brautleute letztlich unwissend und ungläubig in die Ehe gehen. Ehescheidungen, Wiederzulassung der Geschiedenen zur Kommunion etcetera erscheinen so als Folgen dieses Problems. Für die Kirche selbst ergeben sich negative Nachwehen, weil katholische Ehepaare, denen der Glaube und entsprechendes

Glaubenswissen fern ist, ihre Kinder ungläubig und fern der heiligen Eucharistie aufwachsen lassen. Wie sollen sich da junge Männer zum Priester rufen lassen?

Nach dem Katholischen Katechismus sind die Lernziele einer Ehevorbereitung in vier Punkten definiert und im „Eheprotokoll“ von den Brautleuten zu unterschreiben: Es geht erstens um die sakramental erworbene Einheit von Mann und Frau, daraus folgend die lebenslange Bindung des Ehepaars und die Unmöglichkeit der Ehescheidung, drittens um die Bejahung des Empfangs von Kindern sowie viertens um die gegenseitige Verantwortung. Der Flyer mit dem Titel „Eckpunkte zur Ehevorbereitung – für die Hand der Seelsorgenden“ vom 22. Januar 2018 weist leider nur teil- oder ausschnittsweise auf die vom Katechismus gebotenen Inhalte hin.

So erinnert der Flyer zwar daran, dass die Ehe in der schöpferischen Liebe Gottes begründet und daher „Mann und Frau“ auch zur gegenseitigen Liebe befähigt seien – in Zeiten der Gender-Ideologie eine herausfordernde, wenngleich auch selbstverständliche Aussage. Aber die Einheit von Mann und Frau hat doch eine tiefere, sakramentale Basis. Die Passage aus dem Schöpfungsbericht („die zwei werden ein Fleisch sein“, Genesis 1,27), auf die Jesus beim Schei-

lungsverbot ausdrücklich hinweist (Matthäus 19,5), darf nicht aus dem Blick geraten, wie sich bei der umstrittenen Anmerkung von AL über die Wiederzulassung von Geschiedenen zur Kommunion gezeigt hat.

Leider bleibt auch unklar, was die DBK unter dem häufig im Flyer verwendeten Wort „Liebe“ oder „Liebe Gottes“ verstanden wissen will. Der Begriff der Liebe ist im deutschen Sprachgebrauch höchst missverständlich, worauf Papst Benedikt XVI. hingewiesen hat. In der griechischen Sprache, die dem Neuen Testament bekanntlich zugrunde liegt, gibt es drei verschiedene Worte und Bedeutungen für „Liebe“: Eros, Philia und Agape. „Eros“ meint die sexuelle oder erotische Anziehung, „Philia“ die freundschaftliche Beziehung und schließlich „Agape“ die Liebe, die zur Hingabe bis zum Tod bereit ist. Für das Verständnis der christlichen Ehe spielt die „Agape“ (und nicht „Eros“ und „Philia“) die zentrale Rolle. Das 5. Kapitel des Epheserbriefes, auf das auch der DBK-Flyer hinweist, ist dafür ein zentraler Beleg. Hier verbindet der Apostel Paulus analogisch die sich für die Kirche hingebende Liebe Christi mit der Liebe des Ehepaars. Bleibt dieser Hintergrund unbekannt oder unverstanden, sind bei der Verlesung dieses zentralen, biblischen Ehetextes bei einer Trauung regelmä-

ßig Proteste an der Tagesordnung, weil dort der Mann als „Haupt der Frau“ bezeichnet und eine geforderte Unterwürfigkeit der Frau vermutet wird. Eine genauere Definition von „Liebe“ ist auch deswegen unabdingbar, weil sonst alles Reden der „Seelsorgenden“ über „Liebe, Partnerschaft und Sexualität“, wie es die DBK schon für den Firmunterricht fordert, missverständlich bleiben muss. Wie soll den Jugendlichen in diesem Bereich geholfen werden „verantwortlich miteinander umzugehen“, wo doch sexuelle Beziehungen in der heutigen säkularen Gesellschaft außerhalb der Ehe als „normal“ gelten, wo auch katholische Christen weithin in „wildem Ehen“ leben? Die DBK rät den Seelsorgenden, wer auch immer dies sein mag, den Brautleuten mit einer „wohlwollen und freundlichen, einer offenen und wertschätzenden Haltung“ zu begegnen, was sicher angezeigt ist, aber nicht dort stehenbleiben darf.

Denn nur die Vermittlung der Agape-Liebe Christi und damit des christlichen Glaubens kann ein tiefes Verständnis für lebenslange Treue und Verantwortung, für die Offenheit für Kinder im Rahmen einer christlichen Ehe wecken, das Verbot der künstlichen Empfängnisverhütung und das Gebot der natürlichen Empfängnisregelung eingeschlossen.

Für die Mitarbeiter eines Ehevorbereitungskurses sind diese Themen in der Regel sehr herausfordernd, aber auch beglückend. Denn man kann bei einer gelungenen Vermittlung der katholischen Inhalte die berechnete Hoffnung haben, dass solchermaßen vorbereitete Ehen dann viele gute Früchte tragen werden und lebenslang halten.

Der Flyer soll als Anregung für die Ausgestaltung und „Profilierung“ in den Bistümern Deutschlands dienen. Mit der bisherigen Praxis einer auf „ein- oder zweimalige punktuelle Begegnung“ beschränkte Vorbereitung soll es nicht mehr getan sein. Man darf daher gespannt sein, wie die einzelnen Bischöfe in ihren Diözesen nun konkrete Regelungen treffen werden, um die erkannten Missstände abzustellen. Wird eine mindestens halbjährliche, verbindliche Ehevorbereitung mit den Inhalten, die der Katechismus vorgibt, nun eingeführt? Eine solche Vorbereitung ist in vielen osteuropäischen Ländern schon länger üblich oder nach 1990 neu implantiert worden. Tausende von Braut- und heutigen Ehepaaren haben sich seitdem auf diesem Weg bekehrt und christliche Familien gegründet. Sie sind zum Zeichen einer geistgewirkten Erneuerung der Kirche geworden.

[www.dbk.de](http://www.dbk.de)



## Junge Federn

### Wie der Glaube die Handschrift Gottes im Alltag aufleuchten lässt und zum Nachdenken und Schmunzeln anregt – darüber schreiben 17- bis 30-jährige Autoren auf dieser Seite

## Ostern nicht vergessen

VON BENEDIKT BÖGLE



Ostern ist vorbei. Nun besteht wieder einmal die Gefahr, dass das Geheimnis der Auferstehung Jesu von den Toten ein klein wenig in Vergessenheit gerät. Eigentlich ist

unsere Kirche breit aufgestellt, wenn es darum geht, das Ostermysterium im Lauf des Kirchenjahres lebendig zu halten. Die Taufsteine sollten vielerorts in den Mittelpunkt der Kirche und damit auch der Wahrnehmung der Gläubigen gestellt werden. Ebenso sollte das Weihwasser am Eingang jeder Kirche auch an die eigene Taufe erinnern – die ja nichts anderes als Ausfluss des großen Osterfestes ist. Die liturgischen Texte mahnen eigentlich immer wieder an die Tauerinnerung, wenn klargemacht wird: Ostern ist das große Fest der Erlösung der Menschen von Tod und Sünde. Diese große Erlösung bedeutet aber, auf unser Leben übertragen, als Getaufte zu Jesus zu gehören.

Die Osterkerze erinnert gerade bei Beredigungen an die Präsenz des Osterglau-

bens. Gerade in der finsternen Stunde, in der wir vor den Richter treten müssen und Angehörige wie Freunde alleine zurückbleiben, zeigt der kleine Funke der Kerze, welches Vorzeichen der Herr der Geschichte geben wollte und will: eine Heilsgeschichte.

Wir vergessen das, glaube ich, oft. Wir vergessen, dass jeder Sonntag ein kleines Osterfest ist. Eingeschärft wird dies ja sogar durch den wöchentlichen Einschub in das Hochgebet: „Darum kommen wir vor dein Angesicht und feiern in Gemeinschaft mit der ganzen Kirche den ersten Tag der Woche als den Tag, an dem Christus von den Toten auferstanden ist.“

Wir Christen neigen dazu, unser Kirchenjahr in unterschiedliche Etappen zu gliedern. Natürlich – das ist mehr als legitim. Doch sollten wir nie vergessen, dass Jesu ganzes Leben Heil vermittelte. Dagegen drängt sich mir manchmal der Eindruck auf, an Weihnachten würden wir nur die Ankunft Jesu feiern, seine Wundertaten, seinen Tod und seine glorreiche Auferstehung jedoch aus den Augen verlieren. Die Fastenzeit ist bisweilen so sehr von Sündenbewusstsein und Leiden geprägt, dass man meinen möchte, wir wüssten von der Auferstehung Jesu nichts. Dabei gehört das alles zusammen. Der Auferstandene ist der menschgewordene und am Kreuz geschändete Gott. Der am Kreuz Hängende ist zugleich der, der von Gott schon verherrlicht ist.

Diese Einheit des Mysteriums ist wichtig. Denn sie zeigt, dass alles, was Jesus tut, dem Heil dienen will – von der Geburt über sein Predigen, seine Wunder, seinen Tod, seine Auferstehung und Himmelfahrt bis hin zur Sendung des Heiligen Geistes. Wir Christen leben in dem Bewusstsein, durch Jesu Wunden geheilt zu sein. Das sollten wir nie vergessen – und auch jetzt, nach dem Pfingstsonntag, österliche Menschen bleiben.

Der Autor, 23, kath. Theologe, studiert in Regensburg Rechtswissenschaften

## Katholikentag: katholisch!?

VON PASCAL LANDAHL



Laute Trommeln ertönen in rhythmischem Klang auf der Bühne. Währenddessen ertönt das Alleluja der Schola in der Kirche bei der tridentinischen Messe. Es ist dieser Moment, der mir vom Katholikentag besonders in Erinnerung bleibt. Er zeigt die Kontraste und teils nicht ganz wider-

spruchslose Vielfalt beim Katholikentag. Die Themen und Schwerpunkte sind breit: Von der Integration von Flüchtlingen über die gemeinsame Kommunion von Katholiken und Protestanten bis hin zur Forderung nach dem Frauenpriestertum und der Abschaffung des Pflicht-Zölibats. Eines fällt dabei jedoch auf: Wo geht es um den Glauben, unser katholisches Profil an sich? Was glauben wir eigentlich noch? Wie können wir unseren Glauben im Alltag authentisch leben? Wo können wir missionarisch für Christus und seine Kirche wirken?

Mir fällt auf: Es geht vor allem politisch und kulturell zu. Alle Spitzenpolitiker sind bei verschiedenen Podiumsdiskussionen vertreten und diskutieren über Zuwanderung, Klimawandel oder die soziale Frage. Das sind durchaus wichtige Themen, mit denen sich auch die Kirche auseinandersetzen muss. Auch das Lehramt beschäftigt sich seit längerem mit politischen oder sozialen Fragen, zumeist auf Grundlage der katholischen Soziallehre. Grundlage für die Lehre der Kirche ist jedoch immer der Glaube an Christus und das Evangelium sowie die Inspiration des Heiligen Geistes. Die Kirche verwirklicht durch ihre alternativen Lösungsansätze für allgemeine politische und soziale Fragen letztlich ihren Sendungsauftrag, der ihr durch Christus gegeben ist. Zugleich ist die Beschäftigung mit politischen Themen nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel, um die Wahrheit Christi zu verkün-

den und die Menschen zu Gott zu führen. Das habe ich beim Katholikentag schmerzlich vermisst. Wo wird noch die Frage nach der Wahrheit und dem Glauben gestellt? Sind wir uns bewusst, dass letztlich unser ganzes Handeln und Denken auf Gott bezogen sein sollte?

Eine Kirche und Gläubige, die nicht mehr offen sind für Gottes Wirken und seines Heiligen Geistes, hat keine Zukunft. Es gibt Gott sei Dank viele Initiativen, die Gott wieder mehr in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen, Nightfever oder YouCat sind nur zwei Beispiele. Diese waren auch beim Katholikentag vertreten und haben Freude versprüht. Das wäre auch eine Anregung für den Katholikentag: Gott und den Glauben wieder zum Mittelpunkt machen, nicht Politik oder Kultur. Denn die Idee eines Katholikentages ist doch an sich sehr gut: Gläubige aus ganz Deutschland treffen sich für mehrere Tage, um gemeinsam den Glauben in Gebet, Gesang und Dialog zu leben. Grundlage sollte jedoch sein, alles zur höheren Ehre Gottes zu tun. Das Credo und die Bitte für eine wahrhaftige Erneuerung der Kirche muss lauten: Herr erneuere deine Kirche und fange bei mir an. Nur wenn wir alle unseren Glauben erneuern, dann wird die Kirche erneuert und der Katholikentag wieder zu einem wahrhaftigen Fest des Glaubens und der Freude an Gott.

Der Autor, 20, studiert katholische Theologie

## Sonntagslesung

### Vom Sabbat zum Sonntag

### Deuteronomium 5, 12–15; 2 Korinther 4, 6–11; Markus 2, 23–3, 6

### Zu den Lesungen zum 9. Sonntag im Jahreskreis (Lesejahr B)

VON MANFRED HAUKE

„Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!“ Wahrscheinlich haben Sie schon oft diesen Gruß gehört, wenn Sie am Freitag-nachmittag Ihre Arbeitswoche beendet haben. Das Wochenende: damit ist gemeint die arbeitsfreie Zeit am Samstag und Sonntag. Der Gruß („schönes Wochenende“) ist sicher gut gemeint. Aber ist er auch korrekt? Vom Wochenende können wir eigentlich nur sprechen in Bezug auf den Samstag. Denn Samstag meint den jüdischen Sabbat,

den siebten und letzten Tag der Woche. Der Sonntag dagegen ist nach christlichem Verständnis der erste Tag der Woche, der Tag der Auferstehung Jesu. Für den gläubigen Christen beginnt die Woche mit dem Sonntag, dem Tag des Herrn. Die Gestaltung des Sonntags, mit der heiligen Messe im Mittelpunkt, ist die zentrale Energiequelle für unser Leben als Christen. Es ist darum schade, wenn unsere Kalender normalerweise (nach einer Maßgabe der UNO) die Woche mit dem Montag beginnen lassen. An die Stelle des befreienden Blickes auf die Heilstat Gottes tritt dann leider das innerweltliche Schema der Arbeit.

Die erste Lesung und das Evangelium sprechen nicht vom Sonntag, sondern vom Sabbat, vom Samstag. Gleichwohl finden sich einige Elemente der Sabbatheiligung auch beim christlichen Sonntag wieder. Das Wort „Sabbat“ kommt von einem Wortstamm, der soviel wie „aufhören“ und „ruhen“ bedeutet. Der Sabbat ist im siebentägigen Wochenzyklus der Tag, wo die Arbeit eingestellt wird und neue Kraft geschöpft werden kann. Für die Begründung des Sabbats finden wir im Alten Testament zunächst den Hinweis auf die Erschaffung der Welt. Nach dem ersten Schöpfungsbericht im Buche Genesis hat Gott an sechs Tagen die Welt geschaffen, aber am siebten Tage geruht. Dabei geht es nicht um historische Informationen im Sinne eines Handbuchs der Weltgeschichte, sondern um die Aussage, dass die ganze Welt von Gott stammt und dass alle Werke Gottes ausgerichtet sind auf die Begegnung mit Gott selbst im Gebet. Denn „Sabbat“ steht für Gebet, für Lobpreis Gottes. Alles ist geschaffen zur größeren Ehre Gottes. Der Mensch kann

dabei ins lobpreisende Wort fassen, worin der Sinn der ganzen Schöpfung besteht. Die Arbeitsruhe am Sabbat sollte Raum geben für den Gottesdienst.

Neben der Verherrlichung Gottes hatte der Sabbat aber auch noch einen anderen Sinn, den uns die erste Lesung andeutet. Die Ruhe, das Nichtarbeitenmüssen am Sabbat ist ein Zeichen der Befreiung. Israel hat viele Jahre unter der Zwangsarbeit in Ägypten gelitten, ist aber von Gott aus dieser Tyrannei befreit worden. Befreit sein, aufatmen können: am Sabbat soll sich Israel dieser Erlösungstat dankbar erinnern und sie sozusagen Woche für Woche erlebbar machen. Der Sabbat zeigt also zweierlei: die Hinordnung des Menschen auf den Lobpreis Gottes und das befreiende Sicherholen von der Last der Arbeit. Gottesdienst und Entspannung sind darum die beiden Kennzeichen des Sabbats.

Zur Zeit Jesu haben die Pharisäer die Sabbatheiligung so eng gedeutet, dass sie dem Menschen keine Befreiung, sondern eine unsinnige Last auferlegte. So ärgern sich die Gegner Jesu über die Krankenheilungen und um das Ährenabreißer der Jünger am Sabbat. Dagegen betont Jesus: „Der Sabbat ist für den Menschen da, nicht der Mensch für den Sabbat“. Gleichzeitig, unmittelbar danach, heißt es: „Deshalb ist der Menschensohn Herr auch über den Sabbat“. „Menschensohn“ ist ein prophetischer Titel, den Jesus auf sich selbst bezieht. Beim Propheten Daniel ist der „Menschensohn“ eine hoheitliche Gestalt, die am Ende der Tage auf den Wolken des Himmels kommt und ein Königreich herbeiführt, das in alle Ewigkeit bestehen wird. Jesus Christus, als Sohn Gottes und Menschensohn (im

Sinne von Daniel) hat Vollmacht auch über den Sabbat. Aufgrund dieses göttlichen Anspruches, der den von Mose übertagt, wollen die Pharisäer Jesus umbringen.

Die frühe Kirche, einmal abgesehen von den Judenchristen, hat den jüdischen Sabbat nicht übernommen. In den ersten Jahrhunderten haben die Christen an allen Tagen gearbeitet, sich aber in der Morgenfrühe des Sonntags vor der Arbeit zur Messfeier getroffen. Manche Kirchenväter (wie Basilius und Johannes von Damaskus) bezeichnen die morgendliche Eucharistiefeier am Sonntag als apostolische Überlieferung. Herausgehoben wurde nicht der Sabbat, sondern der Sonntag als erster Tag der Woche, als Tag der Auferstehung Jesu.

Am Beginn des vierten Jahrhunderts freilich erklärte Kaiser Konstantin den Sonntag zum Ruhetag und verbot an ihm die knechtliche Arbeit, um auch den Sklaven den Besuch der heiligen Messe und die nötige Erholung zu ermöglichen. Seit dieser Zeit integriert die Kirche die Kernelemente des Sabbats auch in den Sonntag: die gemeinschaftliche Feier des Gottesdienstes braucht den notwendigen Freiraum, der sinnvollerweise verbunden wird mit der Erholung des ganzen Menschen. Der Sonntag ist auch für die menschliche Kultur, selbst für die Nichtgläubigen, eine unschätzbare Wohltat, welche die Politiker nicht für ein Linsengericht preisgeben dürfen. Ein Überhandnehmen von „verkaufsoffenen Sonntagen“ ist nichts anderes als ein Ausverkauf unserer christlichen Kultur und eine schwere Belastung für die Familien, der Väter und Mütter, die arbeiten müssen. Wie der Sabbat an die Befreiung aus Ägypten erinnert, so weist uns der Sonntag auf die Befreiung

aus der Sklaverei von Sünde, Tod und Teufel, die vom Opfer Christi erwirkt, des neuen Osterlammes, dessen Hingabe auf unseren Altären auf unblutige Weise vergegenwärtigt wird. Diese tiefgründige Befreiung sollte sich auch auswirken auf die Gestaltung des Sonntags, der die Pflicht der Arbeit mildert.

Gleichzeitig ist der Sonntag mehr als eine Neuaufnahme des jüdischen Sabbat: Als erster Tag der Woche erinnert er an den ersten Schöpfungstag, denn die Auferstehung Christi begründet eine neue Schöpfung. Im Zentrum steht die Feier des heiligen Messopfers, in der Jesus Christus sein Opfer am Kreuz gegenwärtig setzt und uns seinen österlich verklärten Leib zur Speise reicht. Wenn wir am Sonntag treu die heilige Messe besuchen, stehen unsere Chancen nicht schlecht, dass einmal unser ganzes Leben einmünden wird in die ewige Freude Gottes: „Wie dein Sonntag, so dein Sterbetag.“

In der heiligen Messe freuen wir uns über die Gegenwart des Auferstandenen, der den Tod überwunden hat und nun mit seinem verklärten Leib und Blut unsere Nahrung ist für unseren Weg zum himmlischen Vaterhaus. Der Sonntag ist der Tag der Auferstehung, und jeder Sonntag ist ein kleines Osterfest. Mit der verklärten Gegenwart Christi ist die neue Schöpfung schon in unserer Mitte anwesend. Der Mensch lebt nicht nur für die Arbeit oder die Freizeit, sondern für die Fülle des Lebens, die mit der Auferstehung Christi begonnen hat. Sonntag ist der erste Tag der Woche, nicht der letzte. Wenn mir jemand ein „schönes Wochenende“ wünscht, antworte ich: „Danke. Auch ich wünsche Ihnen einen schönen Sonntag.“

## Nachsendung Abowünsche Zustellung

... und alle Fragen rund um **Die Tagespost** beantwortet Ihnen unser Leserdienst: Montag bis Freitag von 7 bis 17 Uhr und am Samstag von 7 bis 12 Uhr.

Die Tagespost  
Leserdienst  
+49 (0) 931 30 86 3-32

Wir freuen uns  
auf Ihren Anruf!

Die Tagespost

Katholische Wochenzeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur

# Wie man eine Stadt verwandelt

## Österreichs Jugend-Bischof bringt Weltjugendtags-Flair nach Wiener Neustadt

VON STEPHAN BAIER

Die Geschichte der Weltjugendtage habe ihrem Erfinder, Papst Johannes Paul II., Recht gegeben: „Es ist eine solche Dynamik entstanden, dass junge Menschen nicht müde werden, solche Veranstaltungen aufzusuchen“, schwärmt der Wiener Weihbischof Stephan Turnovszky im Gespräch mit dieser Zeitung. Er ist in der Österreichischen Bischofskonferenz für die Jugend zuständig, und so stellte sich Turnovszky die Frage: „Wie können wir das, was junge Menschen am Weltjugendtag erleben, auch außerhalb von Weltjugendtagen in kleinerem Umfang erfahrbar machen?“ Unter dem Motto „Jesus in the City“ soll diese Vision von 7. bis 10. Juni nun in Wiener Neustadt, 50 Kilometer südlich von Wien, Wirklichkeit werden.

„Für mich ist das Berührende an den Weltjugendtagen, dass eine Stadt wie verwandelt ist“, meint Bischof Turnovszky im „Tagespost“-Interview. „Sie ist verwandelt durch die Präsenz von vielen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern. Hier erleben junge Menschen eine Zugehörigkeit, die sie sonst nicht erfahren – selbst dann, wenn man sich vorher nie sah und die Sprachen der anderen nicht versteht. Es ist die gemeinsame Zugehörigkeit zu Jesus

Christus, die sich darin äußert, dass einander völlig fremde junge Menschen zusammen musizieren, einander helfen, aufeinander Rücksicht nehmen. Dadurch wird eine Stadt positiv verwandelt – aber ganz anders als bei Fußball-Hooligans, die eine Stadt ja auch verwandeln können.“ Gerade darum springe bei den Weltjugendtagen auch so viel auf die Gastgeber über.

Auf die Frage, wie sich dieser Effekt nach Wiener Neustadt transportieren lasse, meint Turnovszky lachend: „Das wissen wir noch nicht genau. Aber ich hätte nicht damit leben wollen, es nicht zu versuchen!“ So unterschiedliche kirchliche Einrichtungen wie die Katholische Jugend Österreichs (KJÖ), die „Koordinierungsstelle Jugendapostolate Katholischer Orden und Bewegungen“ (JAKOB) und die Päpstlichen Missionswerke (Missio) laden junge Menschen aus ganz Österreich ein – „breit aufgestellt, mit ganz unterschiedlichem katholischem Hintergrund“, wie der Jugendbischof betont. „Wir haben Wiener Neustadt gewählt, weil es eine Schul-Stadt ist.“ Nach einem Eröffnungsabend mit Lobpreis und „Inputs zu Jüngerschaft und Mission“ werden die Jugendlichen zu „Missionseinsätzen“ ausschwärmen, insbesondere in die Schulen. Dort werden sie Jugendliche zu einem christlichen Pop-Konzert „KEY2LIFE“ in die Arena Nova einladen. Kardinal Chris-

toph Schönborn wird zu einem Gebetsabend kommen. Zur bewussten „Option für die Armen“ gehört ein „Festmahl für alle“ auf dem Domplatz.

Bischof Turnovszky ist wichtig: „Wir bleiben nicht unter uns und fühlen uns kuschelig wohl, sondern wirken hinaus in die Gesellschaft! Diese Tage sollen missionarisch sein: Wir wollen Menschen mit der Frohen Botschaft erreichen – auf eine attraktive, angenehme Art und Weise.“

Zur Straßenverkündigung kommen am Samstag mehrere Sozialaktionen: „Wir wollen zeigen, dass die Kirche der Gesellschaft gut tut. Wir tun den Menschen gut: Junge Christen besuchen sie im Altersheim oder in der Strafanstalt.“ So werden Jugendliche in der Justizanstalt Hirtenberg mit Inhaftierten beten und über den Glauben sprechen. Insgesamt 44 Organisationen, Gruppen oder Initiativen werden mit missionarischen und sozialen Aktionen präsent sein.

Wer aber soll nun „verwandelt“ werden: die Jugendlichen, die aus dem ganzen Land nach Wiener Neustadt strömen, oder die Bewohner der Stadt? Bischof Turnovszky zögert keinen Moment: „Es ist sicher das Erste und Wesentliche, dass man selber verwandelt wird, dadurch dass man sich Zeit nimmt für dieses Glaubensgeschehen, indem man Glaubensvertiefung, Glaubensgemeinschaft und Glaubensauftrag sozial-

karitativer Art erlebt.“ Und doch soll sich auch in Wiener Neustadt – mit 45 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt Niederösterreichs – etwas bewegen: „Wir werden Wiener Neustadt nicht auf den Kopf stellen, aber wenn wir etwas bewirken und verwandeln können, dann gefällt es mir!“

Nachher werde Bilanz gezogen: „Wir werden uns fragen, was der Heilige Geist uns jetzt gesagt hat. Ich glaube, dass die Veranstaltung in Wiener Neustadt eher ein zarter Beginn sein wird, hoffe aber, dass es Nachfolgeveranstaltungen geben wird, die diese Idee an einem anderen Ort aufgreifen und noch größer sein werden“, umschreibt Österreichs Jugendbischof seine Ambitionen. Dass Wiener Neustadt ein Testlauf für die Bundeshauptstadt Wien sein könnte, glaubt er jedoch nicht: „Wien ist aufgrund seiner Größe eine Stadt, die für einen Weltjugendtag geeignet wäre. Alleine schaffen wir es als Österreicher nicht, Wien zu verwandeln. Da brauchen wir Unterstützung von außen.“

Einen Weltjugendtag in Österreich kann er sich gleichwohl eher nicht vorstellen: „Da übernehmen wir uns in Österreich. Wenn, dann müsste das eine mitteleuropäische Veranstaltung sein. Ich kenne viele Leute, die sehr befürworten würden, dass Österreich sich an einem Weltjugendtag beteiligt, aber niemanden, der sagt, Österreich alleine

sollte einen Weltjugendtag durchführen.“ Ein Modell dafür könnte der Mitteleuropäische Katholikentag sein, den die Bischofskonferenzen von Österreich, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegovina, Tschechien und der Slowakei vor 15 Jahren gemeinsam planten und durchführten. Zuversichtlich ist da Missio-Nationaldirektor Pater Karl Wallner. „Wenn der nächste Weltjugendtag 2019 in Panama stattfinden kann, dann ist das auch in Österreich möglich“, meinte der dynamische Missio-Chef vor einigen Monaten.

Es fällt auf, dass im Programm von „Jesus in the City“ ohne Umschweife von „Mission“ und „Missionseinsatz“ die Rede ist. Wie erklärt sich der Jugendbischof, dass der noch vor wenigen Jahren weithin – wenn auch zu Unrecht – mit Kolonialismus identifizierte und innerkirchlich vielfach gemiedene Begriff der Mission heute wieder offensiv einsetzbar ist? Da habe „das säkulare Umfeld geholfen“, sagt Turnovszky. „In Unternehmen wird ganz selbstverständlich von ‚mission statement‘ gesprochen, wenn man definieren will, wofür man da ist. Der Begriff Mission kommt aus der Kirche und findet jetzt über diesen Umweg wieder zu uns zurück. Wofür sind wir da? Ja, wir haben eine Mission: Wir sind zu den Menschen gesandt! Wir sind nicht nur für uns selbst da.“



Weihbischof Stephan Turnovszky, JAKOB-Koordinatorin Sylvia Buhl, Judit Faber von der Katholischen Jugend und Missio-Chef Karl Wallner laden die Jugend nach Wiener Neustadt. Foto: Missio/Langmann

### EXERCITIUM

## Der Schöpfer als Bezugsperson

VON STEPHAN E. MÜLLER

Das erste Gebot ist von grundlegender Bedeutung für die Entfaltung eines christlichen Ethos, dessen haltgebende Achse der Glaube ist. Es ist gewissermaßen die Übersetzung der Heilszusage des Prologs in einen Auftrag, der der Entfaltung der Menschlichkeit des Menschen dient.

Das Verbot, sich anderen Göttern zuzuwenden, ergibt sich in biblischer Sicht daraus, dass diese lediglich eine täuschende Scheinexistenz haben und den Menschen nicht wirklich retten können, ihn vielmehr in die Irre führen und ihm so schaden. „Die Götzen der Völker sind nur Silber und Gold, ein Machwerk von Menschenhand. Sie haben einen Mund und reden nicht, Augen und sehen nicht; sie haben Ohren und hören nicht...“ (Psalm 115).

Hier wird deutlich, dass Götzen eine Schöpfung des Menschen sind, ohne dass ihnen ein wirkliches göttliches Gegenüber entspräche. Daher können sie die Not der Menschen weder sehen und sich ihnen zuwenden noch sie aus der Not erretten, geschweige denn Orientierung sein für den Weg ins gelobte Land, „in dem Mich und Honig fließen“ – ein Symbol für gelingendes Leben in Gemeinschaft, getragen von der Lebensordnung, die Gott seinem Volk im Dekalog geschenkt hat. Der Tanz um das

goldene Kalb führt dazu, dass das Volk „verwildert“ (Exodus 32,15ff). Daraus ergibt sich die positive Weisung des ersten Gebots: Es zielt darauf ab, Jahwe als Gott anzuerkennen, der ein personales Gegenüber ist und dem Volk seinen Namen geoffenbart hat, zum Volk spricht und sich in der Geschichte als wirklicher Retter erwiesen hat, der also imstande ist, am Volk und für das Volk zu handeln, „mit ihm zu wandern“ und es so zum Heil zu führen. Diesen positiven Sinngehalt des ersten Gebotes formuliert Deuteronomium 30,20: „Liebe den Herrn, deinen Gott, hör auf seine Stimme, und halte dich an ihm fest, denn er ist dein Leben.“ Hier zeigt sich die Haltgebende Bedeutung dieser Grundweisung des Dekalogs.

Das erste Gebot ist wie ein Schlüssel zum Verständnis der gesamten Heilsgeschichte. Denn der Sündenfall (Genesis 3) zeigt, wie der Mensch von Anfang an in der Anfechtung stand, sich von Gott abzuwenden. Die Urgeschichte (Genesis 3–11) erweist sich als anschwellende Unheilsgeschichte, in die der Mensch taumelt, wenn er des festen Haltes in lebendiger Gottesbeziehung entbehrt. Jesus hat die Bedeutung dieses Grundgebotes bestätigt. Freilich nicht nur in seiner ethischen Botschaft, sondern er hat zuerst die Anfechtung, die im ersten Gebot thematisiert ist, selber durchlitten

und so den Weg zur Bewältigung gebahnt (vgl. die Versuchungsgeschichte: „Vor dem Herrn deinem Gott sollst du dich niederwerfen und ihm allein dienen.“ Matthäus 4,10). Wir können hier ein Grundthema der menschlichen Existenz wahrnehmen: Der Mensch ist auf Gott hin erschaffen und erst in lebendiger Gottbezogenheit kommt sein Dasein ins Lot.

Ein Beispiel: Die Verdunstung des Glaubens kann dazu führen, dass der Mensch, da er die Geborgenheit in gläubiger Gewissheit verliert, sich in dieser Welt einen Quasi-Gott sucht. In der Paarbeziehung zwischen Mann und Frau kann sich dies zum Beispiel in einer Quasi-Vergöttlichung des Partners beziehungsweise der Partnerin auswirken. Damit richten sich Erwartungen an ihn beziehungsweise sie, die kein Mensch erfüllen kann. Deshalb folgt der Vergöttlichung nicht selten die völlige Entwertung des anderen. Das Sichfestmachen in Gott kann hier die Läuterung der Erwartungen ermöglichen, die den Partner, die Partnerin einen endlichen Menschen sein lässt: Es hilft, Abschied zu nehmen von der Verabsolutierung des Relativen und so die Relativierung des Absoluten zu vermeiden. Die Anerkennung des Gottseins Gottes realisiert sich unter anderem in folgenden Grundvollzügen des Glaubens: in Anbetung und Opfer. Anbetung gebührt allein dem

wahren und wirklichen Gott, der sich in Jesus Christus offenbart und uns damit sein liebendes Antlitz zugewandt hat. In der Anbetung wendet sich der Beter diesem Antlitz zu, versenkt sich in das Geheimnis der Gegenwart des Gottessohnes – etwa in der eucharistischen Anbetung –, wird seines heilenden und tröstenden Blicks inne, empfängt etwas vom göttlichen Lebenshauch, der aufrichtet und erneuert.

„Immerfort empfangen mich aus deiner Hand... Lehre mich, in der Stille deiner Gegenwart, das Geheimnis zu verstehen, dass ich bin. Und dass ich bin durch dich und vor dir und für dich.“ (R. Guardini) Daran kann der Vollzug des Opfers anknüpfen. Aus der Sicht des christlichen Glaubens erschließt sich sein Sinn im Hinschauen auf das Opfer Christi. Dann bedeutet Opfer einen Reifungsprozess, in dem der Glaubende ins Einvernehmen mit dem Ruf Christi hineinwächst und sein Leben zu einer Gabe werden lässt, die er für Gott und die Menschen zu verschenken bereit wird. Was das konkret heißen kann, wird deutlich an dem gegenseitigen Sichschenken der Eheleute, am Sicheinsetzen in elterlicher Liebe für die Kinder, in der Bereitschaft, der Kirche im Ordens- oder Priesterberuf zu dienen.

Fortsetzung am 14. Juni

Das erste Gebot stellt eine klare Ansage dar: Du sollst keine fremden Götter neben mir haben. Es schafft Raum und Bewusstsein für die Anerkennung des wirklichen Retters und stellt einen Schlüssel zum Verständnis der Heilsgeschichte dar.

## 16 Theologie &amp; Geschichte

Pontifikatsmedaillen der Päpste, kostbare Kupferstiche und imposante Gemälde geben noch heute Zeugnis von den Fronleichnamsprozessionen in der Ewigen Stadt, dem Bekenntnis der katholischen Kirche zur Realpräsenz des Herrn im Altarsakrament.

Das Fest „Fronleichnam – Herrenleib“ (lat. „Corpus Domini“) geht auf die Visionen der Augustiner-Chorfrau Juliana von Lüttich (1192–1258) zurück. Die fromme Ordensschwester hatte beim Beten den Mond betrachtet und auf ihm einen kleinen schwarzen Flecken entdeckt. Christus bedeutete ihr im Traum, dass der Mond für die Kirche stehe, der Flecken aber für das Fehlen eines Festes zur Verehrung der heiligen Hostie. 1264 schrieb Papst Urban IV. (1261–1264) – als Erzdiakon von Lüttich war er mit der Untersuchung der Visionen der Chorfrau betraut worden – das Fest für die Weltkirche vor. Sein Tod verhinderte jedoch die Durchführung dieser Anordnung. Papst Johannes XXII. (1316–1334) verschaffte ihr dann allgemeine Geltung, indem er sie im Jahre 1317 in den „Klementinen“, einer Sammlung kirchlicher Gesetze, veröffentlichte.

Verbunden wurde das Fest mit einer Prozession, bei der man das Sanctissimum mitführte. Eine der ersten Fronleichnamsprozessionen dürfte um das Jahr 1278 in Köln stattgefunden haben. Der Verlauf der Sakramentsumgänge wurde jedoch erst im Caeremoniale Episcoporum von 1600 und im Rituale Romanum von 1614 geregelt; im Gegensatz zu der diesseits der Alpen gebräuchlichen Form bestand er aus einem mit Gesängen begleiteten ununterbrochenen Umgang, an dessen Schluss der Segen mit dem Sanctissimum erteilt wurde. In Rom war es Papst Nikolaus V. (1447–1455) gewesen, der bei der Fronleichnamsprozession des Jahres 1447 das Altarsakrament als erster Papst eigenhändig getragen hatte, „von Sankt Peter bis hin zur Porta Castello“, wie ein zeitgenössischer Bericht anmerkte.

Johannes Burkhard, der Zeremonienmeister Alexanders VI. (1492–1503), schuf auf Wunsch des Borgia-Papstes ein beeindruckendes Zeremoniell für die Sakramentsprozessionen in Rom. Alexander VI. war – trotz seines umstrittenen Lebenswandels – ein Papst gewesen, der sich aufrichtig bemüht hatte, seine religiösen Pflichten aufs Beste zu erfüllen. Er legte Wert auf eine würdige Liturgie, von der er sich und seine Umgebung nicht dispensierte. So ist aus zeitgenössischen Quellen zu erfahren, dass er die Fronleichnamsprozession nicht einmal bei strömendem Regen ausfallen ließ. Die Teilnahme an den Liturgien des Päpstlichen Hofes wurde von Alexander VI. „gebieterisch gefordert, jede Entschuldigung für ein Fernbleiben höchst kritisch überprüft“ (Susanne Schüller-Pirol).  
Zum Fronleichnamfest des Jahres 1496 verhängte der Papst über die Prälaten-Kleriker der Apostolischen Kammer, die nicht an der Prozession teilgenommen hatten, die für die damalige Zeit recht hohe Strafe von zwölf Dukaten pro Kopf. Sixtus V. (1585–1590) regelte mit einer Bulle vom 23. Februar 1586 die päpstlichen Liturgien neu; er bestimmte, dass die Prozession zum Fronleichnamfest von der Sixtinischen Kapelle zur Vatikanischen Basilika zu erfolgen habe. Eine entscheidende Neuerung bei der Fronleichnamfest wurde im ersten Pontifikatsjahr Alexanders VII. (1655–1667), eingeführt.

Die Tagebuchaufzeichnungen des Päpstlichen Zeremonienmeisters Giacinto Gigli berichten hierzu: „Am 27. Mai war das Fronleichnamfest und man veranstaltete die außerordentlich feierliche Prozession, bei der der Papst gewöhnlich in der Sedia, majestätisch erhöht, auf den Schultern der Kammerdiener getragen wird, in der Hand das Allerheiligste Sakrament. Papst Alexander ließ sich nicht sitzend in der Sedia tragen, sondern kniend und entblößten Hauptes, in der Hand das Allerheiligste, barfuß und in tiefste Andacht versunken, ohne die Augen oder irgendein Glied zu bewegen, sodass er eher einer unbeweglichen Figur als einem Menschen glich, was alle anderen ebenfalls zu größter Andacht und Zerknirschung hinriß, da es ihnen schien, als sähen sie eine himmlische Vision.“

Sforza Pallavicino geht in seinem „Leben Alexanders VII.“ näher auf einen der Grün-



Unter Benedikt XVI. fanden in Rom zuletzt Fronleichnamsprozessionen statt, die der Papst begleitete. Papst Franziskus verzichtete seit Amtsantritt auf die Mitfahrt. Dieses Jahr steht er erstmals einer Feier außerhalb Roms vor. Foto: dpa

## Majestätisch erhöht

Zur Geschichte der päpstlichen Fronleichnamsprozessionen VON ULRICH NERSINGER

de für diese Neuerung ein: „Die Art, auf welche sich der Papst beim Fronleichnamfest dem Volk zeigte, berührte dieses ganz einzigartig; da er infolge des bösen Leidens, das ihm nach einer Operation geblieben war, die lange Funktion nicht zu Fuß mitmachen konnte, wollte er die Hostie nicht sitzend tragen und nicht bedeckten Hauptes, wie es die Gepflogenheit seiner Vorgänger war, sondern er ließ sich knieend tragen und entblößten Hauptes; man sah, wie von seiner Stirn der Schweiß perlte, wozu er wegen der Dünne seiner Haut sehr starke Anlage hatte, und den er nun, da er seine Hände nicht frei hatte, nicht abtrocknen konnte.“

In einer Beschreibung der Vorrichtung, auf der der Papst und das Sanctissimum getragen wurden, heißt es: „Das Traggestell war von der Art eines Betstuhles, ganz vergoldet, mit anmutigen Holzschnitzereien und Seraphsköpfen verziert und wurde mittels zweier mit rotem Samt überzogenen Stangen von den päpstlichen Palafrenieren getragen. Zu Füßen war ein Schemel in der Art eines Faldistoriums, mit goldgesticktem, mit goldenen Quasten und Fransen versehenen Kissens, auf welches der Papst die Arme stützte.“

In der Mitte des Gestells war ein Zapfen mit vergoldetem Holzfuß für die durchlochte Kugel zur Aufnahme der Monstranz, die der knieende Papst in Händen halten musste. Um seine Füße herum war eine Stütze aus Rosshaar, mit rotem Samt überzogen, um die Füße am Rutschen zu hindern und um dem Körper Halt zu gewähren, ein Zingulum, eine Binde, damit nicht die ganze Last auf den Knien ruhte.“

Das so beschriebene Traggestell, Talamo genannt, blieb über 150 Jahre in Gebrauch, bis zu seiner Erneuerung im Jahre 1816. Von da an saß der Papst in einem kleinen Lehnstuhl vor einem Tisch; aber rückwärts auf dem Talamo, erhöht, fast so, als wären es die Füße des knieenden Papstes, hob eine Stütze leicht den Mantel des Heiligen Vaters. Die Teilnahme an der Fronleichnamprozession der Päpste war für die Botschafter fremder Höfe von enormer Bedeutung – besonders, was die protokollarische Einordnung der Gesandten in den Zug betraf. Zu einem schwerwiegenden Zwischenfall kam es bei der Fronleichnamprozession des Jahres 1696, der in einem Eklat endete. Der Gesandte Österreichs, Graf Georg Adam Martinez, ein Enkel des durch den Prager Fenstersturz weltberühmt gewordenen böhmischen Statthalters, beanspruchte, unmittelbar vor den Kardinaldiakonen einherzuschreiten. Es entstand eine heftige Debatte, die in eine Rangelei und Rauferei überzugehen drohte, so dass die Prozession nicht mehr fortgesetzt werden konnte.

Die Fronleichnamprozession der Päpste wurde mit der Zeit zu einem Schauspiel, das sich niemand in der Ewigen Stadt entgehen lassen wollte. Viele der „Zaungäste“ kamen mit Kutschen, um so bequem und von einem „Logenplatz“ aus der Zeremonie beizuwohnen. Deren große Zahl sorgte für ein hohes Maß an Unordnung, zumal die Besitzer und Insassen ihren Kutschern befahlen, je nach dem Stand der Sonne, den Platz zu wechseln. Das dadurch entstehende Chaos führte immer wieder zu Unfällen, bei denen Verletzte, ja sogar Tote zu beklagen

waren. Ein ungewöhnlich strenges Edikt aus dem Jahre 1794 bestimmte, dass es keinem Kutscher erlaubt sei, sich mit seinem Wagen von seinem Platz fortzubewegen, bevor die Prozession ihr Ende gefunden habe. Zuwiderhandlungen konnten mit Gefängnisstrafen von bis zu sieben Jahren geahndet werden, und diejenigen, die den

Kutschern Befehl gaben, sich dennoch zu entfernen, hatten im ungünstigsten Fall mit einer vierjährigen Verbannung zu rechnen.

Seit dem Jahre 1870 gab es dann keine Papstprozessionen mehr zu Fronleichnam; das Ende des Kirchenstaates verhinderte ein öffentliches Auftreten des Papstes in seiner Bischofsstadt. Im Vatikan selber geriet die Benutzung des Talamo jedoch nicht gänzlich außer Gebrauch; am 9. Juni 1904, beim Internationalen Eucharistischen Kongress, bediente sich Papst Pius X. seiner innerhalb der Petersbasilika. Am 25. Juli 1929 durfte Rom erstmals wieder eine päpstliche Sakramentsprozession erleben. Sie fand als Dank für die nur wenige Monate zuvor vollzogene Versöhnung Italiens mit dem Heiligen Stuhl und der Gründung des Vatikanstaates auf dem Petersplatz statt. Ein Seminarist des Germanicums in Rom, Augustinus Frotz, gehörte zu jenen, die ausgewählt worden waren, sich an diesem denkwürdigen Tag mit den päpstlichen Sesselträgern beim Tragen des Talamo abzuwechseln. In seinen persönlichen Erinnerungen schrieb der spätere Kölner Weihbischof: „Hierin lag die Symbolik, die der Papst deutlich machen wollte: Christus ist der Herr der Welt. Er ist der König des Universums. Er ist der Weg zum Heil, die Wahrheit zur Befreiung, das Leben in Fülle. Alle müssen ihm folgen, ihm glauben und dadurch das Leben gewinnen. Und die er ruft, die sollen mit ihm gehen, ihn in die Welt tragen.“

Der Brauch, dass der Papst auf dem Talamo das Fest Corpus Domini feierte, machte jedoch oft auch die Teilnahme des Papstes unmöglich, denn bei dessen Gebrechlichkeit oder Krankheit stellte das Verweilen auf der Tragevorrichtung eine zu große Zumutung und Gefahr dar. Schon vor dem II. Vatikanischen Konzil war die prachtvolle Fronleichnamprozession des Papstes außer Gebrauch gekommen. Papst Pius XII. (1939–1958) musste in seinen letzten Jahren aus Gesundheitsgründen auf sie verzichten; der heilige Johannes XXIII. (1958–1962) nahm zwar einmal an der Prozession teil, ohne jedoch selber das Allerheiligste zu tragen. Erst unter dem Pontifikat des heiligen Johannes Pauls II. (1978–2005) erfuhr sie 1982 eine Wiederbelebung. Es wurde üblich, dass der Papst zunächst die Messe auf dem Vorplatz der Lateranbasilika feierte und dann zu Fuß, mit dem Sanctissimum in der Hand, die Via Merulana hinauf nach S. Maria Maggiore zog, wo er den Gläubigen den feierlichen Schlusssegens erteilte. Von Alter und Krankheit geschwächt, verzichtete er Jahre später auf den beschwerlichen Fußweg. Er wurde auf einem offenen Wagen, vor dem Altarsakrament knieend, von seiner Bischofskirche zu der römischen Marienbasilika gefahren – eine Praxis, die dann Benedikt XVI. (2005–2013) übernahm. Papst Franziskus verzichtete seit seinem Amtsantritt 2013 auf die Mitfahrt. In diesem Jahr wird er erstmals dem Fronleichnamfest und seiner Prozession außerhalb Roms in der suburbikarischen Diözese Ostia vorstehen.



Pius XI. auf dem Talamo, der Tragevorrichtung für das Sanctissimum. Foto: Archiv

# Kirche von links?

**In der evangelischen Kirche hat politische Einseitigkeit seit den 1960er Jahren Tradition. Doch auch die katholische Kirche droht mehr und mehr, ein Teil der progressiven Zivilgesellschaft zu werden. Woher kommt diese Allianz-bereitschaft mit postmarxistischen Utopien?** **VON FELIX DIRSCH**

Lange Zeit galt hauptsächlich für die protestantischen Kirchen, was Ernst Jüngers zeitweilige rechte Hand, der Publizist Armin Mohler, einst konstatierte: Die christlichen Konfessionen würden ein beträchtliches Reservoir für künftige linke Bewegungen bereitstellen. Rückblickend gesehen muss man ihm recht geben. Die Kirchen der Reformation besitzen kein verbindliches Lehramt, keine naturrechtlichen Bezüge und sind als partikuläre Verbände organisiert. Folglich waren ihre politischen Aussagen heterogener. Einflussreiche eigene Parteien, vergleichbar der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei, gab es nicht. Bis in die 1960er Jahre hinein überwog innerhalb des bundesrepublikanischen Protestantismus die konservative Richtung; dann kam ein größerer Umschwung, ein Linksdrill, der von Helmut Gollwitzer, Dorothee Sölle, Friedrich-W. Marquardt und anderen personifiziert wird. Pazifismus und marxistische Tendenzen nahmen immer mehr Raum ein – im Osten wie im Westen. Vereinzelt gab es schon in der älteren Generation aktive Sozialisten wie den Schweizer Theologen Karl Barth. Gegen diese Linksverschiebung gab es kaum Widerstand. Der offenkundige Wandel evangelischer Kirchentage zu rot-grünen Parteiversammlungen hat also eine längere Vorgeschichte.

Und im Katholizismus? In Südamerika verbündeten sich schon in den 1960er und 1970er Jahren vereinzelt Bischöfe mit linken Gruppierungen. Als gemeinsame Basis diente das Streben nach Gerechtigkeit. Der Erzbischof von San Salvador, Óscar Romero, 1980 ermordet und 2015 seliggesprochen, hatte sich, wie etliche seiner Amtsbrüder, auf die Seite der Verelendeten gestellt. Manche Geistliche dieser Region bekamen damals Lob von der europäischen Linken, da sie gegen Diktatoren opponierten, deren Machtgreifung nicht ohne Hilfe der Vereinigten Staaten denkbar war. Theologische Grundlagenarbeit leisteten nicht zuletzt Befreiungstheologen wie Gustavo Gutiérrez und Leonardo Boff. Sie waren nicht wenig von deutschen Theologen geprägt. Als wichtigster Übervater fungierte der Rahner-Schüler Johann B. Metz, der eine „Theologie der Welt“ vorlegte.

Im Westen war unstrittig, dass Armut und Hunger einen Skandal darstellen. Diskussionen kamen aber auf, wie sie zu

beseitigen seien. Man debattierte Ansätze, die marxistisches Denken als Analyse-methode heranzogen. In den südamerikanischen Basisgemeinden galt dies öfters als legitim. Dagegen hatte der Vatikan, insbesondere der antikommunistische Papst Johannes Paul II. und Joseph Kardinal Ratzinger, entschiedene Bedenken. Der Papst aus Polen wusste aus eigener Erfahrung, als Seelsorger und Hirte in einem kommunistisch besetzten Land mit teilweise akuter Mangelwirtschaft, dass man Marxismus und Christentum weder ideell noch materiell verbinden sollte.

Ein weiterer heftig umkämpfter Punkt war die Rechtfertigung von Gewalt. Bekanntere Vertreter der Befreiungstheologie wie der suspendierte Priester und zeitweilige Politiker in Nicaragua, Ernesto Cardenal, sendeten diesbezüglich durchaus unterschiedliche Signale aus, die von vielen pazifistischen Linkskatholiken in Europa zu Beginn der 1980er Jahre aber erstaunlich verständnisvoll rezipiert wurden. Ließ man sich von seiner poetischen Sprache blenden? Oder ist Gewalt bei manchen Leuten per se gut, wenn sie von links kommt?

Was man damals bei aller Spenden- und Solidaritätsbereitschaft geflissentlich übersah: Die Politisierung der Gemeinden Mittel- und Südamerikas, die lange Zeit vorherrschte, verprellte dort nicht wenige Gläubige, die im Einklang mit dem Evangelium ihre spirituellen Bedürfnisse befriedigen wollten. Viele wechselten zu protestantischen Freikirchen. Ein Schwund, der bis heute nachwirkt, wenn man sich die Zahl und konfessionelle Verteilung der Gottesdienstbesucher an den dortigen Breitengraden ansieht.

Wie dagegen sieht es mit der Haltung gegenüber dem Marxismus in Deutschland aus? Heute – mehr als 25 Jahre nach dem Fall der Mauer, dem Untergang des Kommunismus in Osteuropa? Die marxistischen Ideale der Befreiungstheologen von früher scheinen sich bei manchen Geistlichen mit einer betont progressiven Verkündigung des Evangeliums zu verbinden. Toleranz und Relativismus gegenüber der von Rom einst vehement abgelehnten Befreiungstheologie sind zunehmend stark ausgeprägt – sogar bei Katholiken, die sich selbst als konservativ einstufen.

Gemeinsamkeiten zwischen der katholischen Soziallehre und den Linksparteien

sind hierzulande gerade an der Frage der sozialen Gerechtigkeit festzumachen. Die antikapitalistische Sichtweise verdeutlichte zum Marx-Gedenktag der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx. Der frühere Professor für Sozialethik beklagte unlängst „enorme soziale Ungleichheiten und ökologische Schäden, die die kapitalistische Dynamik zu verantworten“ habe. Ähnlich der Perzeption der Linken liegt der Fokus auf der Betrachtung der Verteilmechanismen, weniger auf jener der Herstellung der Güter. Bei Kardinal Marx wird der stark antimarxistische Grundzug der katholischen Soziallehre höchstens am Rand erwähnt. Gleichheit ist positiv besetzt, Ungleichheit negativ. Es ist kaum erfindlich, warum das so ist oder sein muss, erzeugt doch Ungleichheit tendenziell eine größere Dynamik der Wirtschaft, die für die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen unerlässlich ist. Schlicht falsch ist die Behauptung, ohne Karl Marx gäbe es keine katholische Soziallehre. Deren Wurzeln liegen chronologisch lange vor den Schriften des „Vaters des wissenschaftlichen Sozialismus“, wengleich das erste päpstliche Rundschreiben zur sozialen Frage erst 1891 veröffentlicht wurde. Glaubensfragen spielen bei solchen Annäherungen keine Rolle. Überhaupt ist die Tendenz zum pragmatischen Konsens ein zentrales Merkmal der neueren Sozialenzykliken, weswegen sie auch regelmäßig „totgelobt“ werden.

In den vergangenen Jahren ist der Linksdrill der Kirchen hauptsächlich auf ein anderes Thema zurückzuführen: In nicht wenigen Predigten wird der Geist zitiert, der Grenzen überwindet. Christlicher Universalismus dominiert in bischöflichen Verlautbarungen zur Migrationsproblematik. Umfassende Humanität steht im Vordergrund. Anhaltspunkte liefern das Gleichnis vom barmherzigen Samariter und diverse Stellen beim Apostel Paulus. Hier trifft man sich inhaltlich mit denjenigen, die ostentativ Toleranz und Weltoffenheit einfordern. Gedanken der Nächstenliebe prädestinieren scheinbar zum Willkommenskutschertum, werden mithin gesinnungsethisch ausgelegt. Die scholastische Soziallehre kennt indessen den Vorrang der Analyse des Seins, also

der Wirklichkeitsbetrachtung, vor den ethischen Schlussfolgerungen. Dieses Vorgehen bewahrt vor weltfremder Moralisation.

Ein Beitrag des Kölner Erzbischofs Rainer M. Woelki, der in diesen Wochen durch seine Klarheit bei der Verteidigung des katholischen Eucharistie-Verständnisses sehr positiv auffällt, in dem von Stefan Orth und Volker Resing herausgegebenen Sammelband „AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion?“ richtet sich explizit gegen den Rechtspopulismus. Kirchenpolitisch konservativ, kommt für den Kardinal asylpolitisch nur die Option zugunsten linker Perspektiven infrage. Dem (nicht näher definierten) Rechtspopulismus wird vorgeworfen, Menschenrechte und

Menschenwürde abzulehnen. In anderen Zusammenhängen wandte sich der Kardinal vehement gegen Obergrenzen. Die Aufnahme von „Flüchtlingen“ müsse unabhängig von institutionellen Kapazitäten der einzelnen Staaten gelten. Die sozial- und rechtsstaatliche Intaktheit des jeweiligen Gemeinwesens ist ihm dagegen keinerlei Überlegung wert. Dass die mit der Migration einhergehende schleichende Islamisierung die Entchristlichung (parallel zur andauernden Säkularisierung) vorantreibt, wird nicht reflektiert.

Im Unterschied dazu ist wohlthuend, was der (bekanntlich umstrittene) Staatsrechtslehrer Carl Schmitt schon 1933 geschrieben hat: „Übrigens ist, soviel ich weiß, in dem tausendjährigen Kampf zwischen Christentum und Islam niemals ein Christ auf den Gedanken gekommen, man müsse Europa, statt es zu verteidigen, aus Liebe zu den Sarazenen oder den Türken dem Islam ausliefern.“ (...)

Jene

Bibelstelle (...) besagt vor allem nicht, dass man die politischen Feinde seines Volkes für politische Freunde halten und gegen sein eigenes Volk unterstützen soll.“

Besonders auffällig ist die Linksdrift von Teilen des Laienkatholizismus im Rahmen „breiter Bündnisse“. Nicht wenige von Pax-Christi-Veranstaltungen werden in Zusammenarbeit mit der Linkspartei oder dem Deutschen Gewerkschaftsbund durchgeführt. Es gibt kaum eine Schule in katholischer Trägerschaft, die bereit ist, eine Teilnahme an den tendenziösen Veranstaltungen „Quer stellen gegen Rechts“ abzulehnen, obwohl bekannt ist, dass Linksextremisten häufig die entsprechenden Kundgebungen für ihre Zwecke instrumentalisieren. Ein Lehrer an einer kirchlichen Schule in Hessen bekräftigte unlängst, dass die gleichen „Gläubigen“, die gern ‚Seit an Seit‘ mit glaubensindifferenten Organisationen marschieren, mit Gebetszügen für verfolgte Christen zumeist nichts anfangen können. Erst recht scheren sie sich nicht um den Schutz des ungeborenen Lebens. Ein maßgeblicher Grund für die Zusammenarbeit mit linken Populisten liegt cum grano salis im Verlust an integralem Glauben. Das dadurch bewirkte Vakuum wird durch hypermoralistische Aktivitäten kompensiert. Der Philosoph Alexander Grau hat diesen Konnex kürzlich aufgezeigt.

Annäherungen an das seit Jahren von links unterwanderte Politik- und Medien-Establishment sind auch in den ablehnenden Reaktionen einiger Bischöfe auf den Beschluss der bayerischen Staatsregierung zu erkennen, das Kreuz in Behörden aufzuhängen. Andere Bischöfe widersprachen dieser Kritik eindeutig. Jeder weiß, dass Symbole grundsätzlich einen Interpretationsüberschuss mit sich bringen. Konkret: Das Kreuz ist sowohl Erlösungszeichen als auch Verkörperung bestimmter kultureller Identitäten. Während im Glaubenskontext eher auf die zuerst genannte Deutung zurückzugreifen ist, sind für den am Gemeinwohl orientierten Politiker bestimmte Wertimplikationen des Kreuzifixes relevant.

Wie also zukünftig umgehen mit Laien, Priestern und Hirten, deren persönliche Frömmigkeit und öffentliches Glaubenszeugnis zum Teil von einem gedanklichen Linksdrift verdunkelt wird? Ein differenzierter Blick ist nötig. Und ein klarer Widerspruch auf Grundlage des Evangeliums und der katholischen Lehre. Die Kirche darf keine Organisation werden, deren Vertreter und Verbände politisch einseitig geprägt sind und Versatzstücke einer irdisch-materialistischen Erlösungs-Ideologie predigen.

Das Kreuz muss in der Mitte, im Zentrum bleiben. Fern von politischen Extremen und Umklammerungsversuchen.



TAGESPOSTING



## Hinein ins Fußballparadies

VON PROF. NORBERT BOLZ

Wenn Sie Fußballfan sind, sollten Sie sich in den nächsten Wochen kein schlechtes Gewissen einreden lassen. Dass Sie so viele Spiele der Weltmeisterschaft wie möglich am Fernseher verfolgen wollen, geht völlig in Ordnung. Wer Sie deshalb bedauert oder beschimpft, weiß einfach nicht, worum es geht. Man hat den Fußball als wichtigste Nebensache der Welt bezeichnet. Das ist stark untertrieben. Fußball fasziniert, weil er uns ins Paradies des Wesentlichen entführt. Und das Wesentliche ist nicht das Nützliche! Der Fußballplatz ist eine gehegte Lebenswelt, in der alles mit rechten Dingen zugeht. Die Spielregel garantiert eine gute Ordnung, in der man immer genau weiß, was zu tun ist. Im Paradies wie in der Welt der Spiele gibt es keine überkomplexen Beziehungen. Es gibt nichts Bedrohliches, und die Erfahrungen entsprechen letztlich den Erwartungen. Und deshalb ist die Spielwelt „besser“ als die Wirklichkeit. Spielen ist das einzig wahre „Simplify your life“: Halte dich einfach an die Regeln. Faszinierend sind Spiele, weil man total fokussiert ist und völlig in ihnen aufgehen kann. Sie bieten das absolute Erlebnis des erfüllten Augenblicks und setzen die großen Gefühle frei, die wir im Alltag gar nicht mehr unterbringen können. Fußball ist buchstäblich Zeitvertreib, das heißt Weltausgrenzung. Spielen ist Sein ohne Zeit. Im Sport gibt es keine Sorgen, sondern nur geistesgegenwärtige Körper. Und im Sport gibt es auch keine Kunden und Bürger, sondern nur Spieler und Fans. Aus allen nicht-sportlichen Perspektiven betrachtet ist der Sport also sinnlos – aber er produziert dann eben seine eigene Sinnsphäre. Wie in einem Kokon oder Container ist man auf dem Fußballplatz unbelangbar und kann ohne Weltverantwortung genießen. Nur in einem solchen Rahmen lassen sich heute noch die großen Gefühle kultivieren. Denn die Leidenschaften und der Enthusiasmus passen nicht mehr in unsere Welt. Im Cocooning des Spielens aber lassen wir uns überraschen und aufregen. Diese Gefühle können wir genießen, weil wir den Container jederzeit verlassen können. Man betritt einen Zauberkreis, in dem spezielle Regeln herrschen. Und sobald man den Kreis wieder verlässt, ist auch die normale Welt wieder da. Kein Fan hat ja Zweifel daran, dass außerhalb des Stadions eine andere Welt existiert. Aber im Stadion entfaltet sich eine eigene Welt. Das Spiel ist das Paradies des Wesentlichen. Alles das, was uns die wirkliche Wirklichkeit vorenthält, wird in diesem Zauberkreis geboten. Jedes große Fußballspiel erinnert uns an den ursprünglichen Zusammenhang von Kult, Kunst und Spiel. Das hier sich eröffnende semantische Feld, nämlich Jubeln, Prunken und Feiern, ist ein Ausdruck der Zustimmungskultur. Spielen stellt unsere Zustimmung zur Welt und damit den Gegenpol zur kritischen Bewusstseinskultur dar.

Ein Fest ist immer die gelungene Entlastung vom Alltag, der kultivierte Ausnahmezustand der Seele. Und das kommt eben zur Faszination des Spiels selbst noch hinzu. Die Festgemeinschaft feiert sich selbst, ob beim Opernball in Wien oder mit La Ola im Stadion. Denn für die Zuschauer – und nicht etwa für die Spieler! – gilt tatsächlich: Dabeisein ist alles!



Der Autor ist Professor für Medienwissenschaften an der Technischen Universität Berlin. Foto: Kathrin Harms

# Die Vernunft retten

Seit längerer Zeit werden Werte in den Bereich des persönlichen Geschmacks verbannt. Ein gefährlicher Irrtum, wie nicht nur Benedikt XVI. und C.S. Lewis wissen, sondern auch Max Horkheimer **VON P. ENGELBERT RECKTENWALD**

Im Februar 1943 hielt C. S. Lewis an der Universität von Durham drei Vorlesungen. Sie wurden noch im selben Jahr unter dem Titel „The Abolition of Man“ (Die Abschaffung des Menschen) veröffentlicht. Lewis beschreibt darin die Abschaffung des Menschen infolge der Abschaffung der Vernunft.

Ein Jahr später, im Februar 1944, hielt in New York der marxistische Philosoph Max Horkheimer an der Columbia Universität Vorlesungen, 1947 veröffentlicht unter dem Titel „Eclipse of Reason“. Der Titel der deutschen Übersetzung, die zwanzig Jahre später erschien, lautete „Zur Kritik der instrumentellen Vernunft“.

Horkheimer kritisiert den gleichen Vorgang wie Lewis. Während Lewis in der Fachphilosophie fast vollständig ignoriert wird, wurde Horkheimers Analyse viel beachtet, wenn sie auch nicht die von ihr beklagte Entwicklung aufhalten konnte. Wichtiger aber ist ein weiterer Unterschied zwischen den beiden: Während Horkheimer kein Rezept fand, die Vernunft zu retten, kann uns Lewis weiterhelfen. Ausgangspunkt der Überlegungen Lewis' ist die erzählerische Szene in einem Schulbuch, in der ein Tourist einen Wasserfall als erhaben bezeichnet. Dazu schreiben die Schulbuchautoren: „Als der Mann sagte Das ist erhaben, machte er scheinbar eine Feststellung über den Wasserfall. In Wirklichkeit aber äußerte er sich nicht über den Wasserfall, sondern über seine eigene Empfindung. Im Grunde sagte er: Ich fühle etwas, das ich im Geiste mit dem Wort ‚erhaben‘ verbinde, kurz: Ich empfinde erhabene Gefühle.“

Was geschieht hier? Es handelt sich bei der Aussage „Das ist erhaben“ um ein Werturteil. Wenn nun dieses Werturteil keine Aussage über den Wasserfall darstellt, sondern, wie die Autoren meinen, bloß über die eigenen Empfindungen, dann bedeutet das die Leugnung des Wertes in der Wirklichkeit. Mit anderen Worten: Die Wirklichkeit ist wertfrei. Werte sind bloß Projektionen des Urteilenden. Bei ästhetischen Werten mag das nicht weiter tragisch sein.

Das ändert sich sofort, wenn es um moralische Werte geht. Es gibt dann keine Gründe mehr, eine gute Tat zu billigen und eine böse zu verurteilen. Denn wenn ich sage: „Dieses Verbrechen ist abscheulich“, dann sage ich jener Logik zufolge nichts über die Tat aus, sondern nur etwas über mich, nämlich dass ich Abscheu empfinde. Die Wirklichkeit zerfällt dann in zwei Teile, die nichts

miteinander zu tun haben: in die objektive Welt der wertneutralen Tatsachen und in die subjektive Welt meiner Gefühle. Mit jener hat es die Wissenschaft zu tun, mit dieser die Moral. Moral wird zu einer Geschmacksfrage. Werturteile sind dann unwissenschaftlich und subjektiv. Die Rationalität wird aus der Welt der Moral verbannt und auf den Bereich der empirischen Wissenschaften eingeschränkt.

Damit haben wir das Gegenteil zur klassischen Auffassung der Moral. Nach Thomas von Aquin etwa ist die Moral geradezu durch ihre Vernünftigkeit definiert: Denn nach ihm handeln wir moralisch genau dann, wenn wir der Vernunft gemäß handeln. Kant sieht es ähnlich: Der kategorische Imperativ ist ein Faktum der Vernunft. Für Kant ist eine Handlung nur dann vernünftig, wenn sie moralisch ist, das heißt wenn sie aus Achtung vor dem Sittengesetz vollzogen wird. Sie muss aus der richtigen Gesinnung hervorgehen. Es ist die Moralität, die die Handlung vernünftig macht.

### Der Gottesglaube hilft bei der Vernunftbejahung

Es geht also um die Frage, ob die Vernunft uns mit der Realität der Werte und des Sittengesetzes in Kontakt bringen kann. Wie heftig bis heute der Vernunftbegriff umstritten ist, zeigt sich an dem Vorwurf der „Irreführung durch Missbrauch eines Wortes“, des Wortes Vernunft, den der Philosoph Ernst Tugendhat Kant gegenüber erhebt. Dieser Vorwurf ist nur möglich auf dem Hintergrund der Reduktion der Vernunft auf reine Zweckrationalität im Sinne Max Webers. Weber stellte Zweck- und Wertrationalität einander gegenüber. Jene hat es mit wissenschaftlich klar erfassbaren Kriterien des Erfolgs oder Misserfolgs zu tun, während wertrationales Handeln auf den Eigenwert einer Sache, auf Werte wie Würde, Schönheit oder Güte, antwortet. Das aber hat für Weber nichts mit Wissenschaft zu tun. Werte werden aus dem Bereich der Vernunft in den des persönlichen Geschmacks und der subjektiven Weltanschauung verbannt. Der Soziologe Theodor Geiger wurde noch deutlicher und denunzierte Werturteile als illusionäre Objektivierungen subjektiver Empfindungen, vertrat also genau die Auffassung jener Schulbuchautoren, die Lewis aufs Korn nimmt.

Hier setzt die Kritik Horkheimers ein. Für ihn bedeutet die Reduktion der Vernunft auf

Zweckrationalität ihre Verkürzung auf die instrumentelle Vernunft, der es nur um Nutzenmaximierung geht. Die Vernunft wird reduziert auf die Fähigkeit, die Mittel für unsere Handlungsziele zu finden, ist aber unfähig geworden, diese Ziele selber nach ihrem inneren Sinn und Wert einzuschätzen. Einen inneren, sich selbst rechtfertigenden Sinn kann sie nirgends entdecken. Für die Wertdimension der Wirklichkeit ist sie erblindet: „Der Gedanke, dass ein Ziel um seiner selbst willen vernünftig sein kann – auf Grund von Vorzügen, von denen Einsicht zeigt, dass das Ziel sie enthält –, ohne auf irgendeine Art subjektiven Gewinnes oder Vorteils sich zu beziehen, ist der subjektiven Vernunft zu tiefst fremd.“ (Horkheimer)

Die Folge ist ein veränderte Einstellung zur Natur. Es geht nicht mehr darum, die Dinge in ihrem Eigenwert zu würdigen, sondern die Natur zu beherrschen, ja auszubeuten. Schließlich gerät auch der Mensch immer mehr in den Sog des empiristischen Blickwinkels der instrumentellen Vernunft, wird als ein Stück Natur betrachtet und den Manipulationsgelüsten der Naturbeherrscher ausgeliefert: Naturbeherrschung schlägt um in Menschenbeherrschung. Lewis wie auch Horkheimer beschreiben diesen dialektischen Umschlag. Ethische Bedenken verlieren ihre Kraft, da Werturteile im Konzept der Zweckrationalität keinen Platz haben.

Eine Rettung kann es nur geben über die Rückgewinnung eines umfassenderen Vernunftbegriffs, der die ethische Dimension mit einschließt und sie als Teil der jeder Erkenntnis vorgegebenen Wirklichkeit rehabilitiert. Das ist eines der Anliegen, die der Theologe Joseph Ratzinger sein Leben lang verfolgt hat. Als Papst Benedikt schrieb er zum Beispiel in „Caritas in veritate“: „Die Rationalität des auf sich selbst zentrierten technischen Machens erweist sich jedoch als irrational, weil sie eine entschiedene Ablehnung von Sinn und Wert mit sich bringt.“ Sinn und Wert erscheinen hier als etwas, wodurch Rationalität überhaupt erst zustande kommt. So sieht es auch Lewis. Er betrachtet Werte als rational, ja als „die Rationalität selbst“, „als etwas so offensichtlich Vernünftiges, dass sie einen Beweis weder fordern noch zulassen“.

Das aber ist nur möglich, wenn Wert und Vernunft ursprünglich zur Wirklichkeit dazugehören, oder, noch konsequenter ausgedrückt: Wenn Vernunft selber der Ursprung aller Werte und aller Wirklichkeit ist, wenn

es also eine göttliche Vernunft gibt, die „am Anfang aller Dinge und auf ihrem Grunde steht“ (Ratzinger, Rede an der Sorbonne 1999). Horkheimer sieht es ähnlich. Bekannt von ihm sind seine Aussagen: „Einen unbedingten Sinn zu retten ohne Gott, ist eitel“ und „Zugleich mit Gott stirbt auch die ewige Wahrheit“ (Theismus-Atheismus, 1963). Horkheimer sieht hier den Weg zur Rettung, ohne ihn aber selber zu gehen, denn sein Denken ist, wie er einmal in einem Brief bekannte, „zu sehr materialistisch ver-seucht“. Für ihn blieb der Zusammenhang zwischen Gottesglaube und Vernunftbejahung hypothetisch.

C. S. Lewis dagegen war diesen Weg der Rettung gegangen, oder besser ausgedrückt: Er wurde ihn geführt, als ihm der Glaube an Gott geschenkt wurde. Er wurde, wie er in seiner Autobiographie „Überrascht von Freude“ beschreibt, von Gott eingeholt und vor die Wahl gestellt, ihn als Gott anzuerkennen oder nicht. Sehr aufschlussreich sind zwei Aussagen, mit denen er seine Gotteserfahrung beschreibt: Gott ist einerseits „per definitionem die Vernunft selbst“, andererseits jener, dessen Kenntnis mit dem Wissen zusammenfällt, dass ihm unser Gehorsam gebührt. Das bedeutet: Er erfährt Gott als Inbegriff und Ursprung aller moralischen Normativität und Werthaftigkeit. In Gott haben wir die ursprüngliche Identität von Vernunft und Güte, eine Identität, die in der Schöpfungsordnung den von Ratzinger postulierten, von der instrumentellen Vernunft geleugneten Zusammenhang zwischen Wert und Rationalität stiftet und plausibel macht.

In einem Essay schreibt C.S. Lewis: „Ich glaube an das Christentum, so wie ich glaube, dass die Sonne aufgegangen ist, nicht nur, weil ich sie sehe, sondern weil ich durch sie alles andere sehen kann.“ Im Licht des christlichen Glaubens fügen sich alle Teilerkenntnisse wie Puzzleteile zu einem Gesamtbild zusammen. Alles findet seinen Platz und erhält seinen Sinn. Der Vernunft hört auf, ein Fremdkörper in einer materiellen Welt zu sein, und die Werte verwandeln sich aus menschlichen Illusionen in jene Wirklichkeit, die aller anderen Wirklichkeit erst ihre Bedeutung und der Vernunft ihre Würde verleiht, so dass gilt, was Ratzinger 1987 in einer Rede einmal über die moralische Vernunft sagte: Sie „ist Vernunft im höchsten Sinn, weil sie tiefer in das eigentliche Geheimnis des Wirklichen vordringt als die experimentelle Vernunft“.



C.S. Lewis glaubte „an das Christentum, so wie ich glaube, dass die Sonne aufgegangen ist“. Viele moderne Denker dagegen verdunkeln ihren Anblick. Foto: dpa

# Ein kreativer Querkopf

Pfarrer, Politiker und Schriftsteller: Wie Albert Bitzios zu Jeremias Gotthelf wurde **VON BURKHARDT GORISSEN**

Jeremias Gotthelf (1797–1854) steht als schweizerische Identifikationsfigur für den helvetischen Geist trotzigen Autonomiestrebens ebenso wie für das reformatorische Selbstverständnis, dass Leistung eines Gegenwertes bedarf. Entsprechend sind seine Helden geprägt vom Willen zur Freiheit und vom Mut der Verzweiflung. Sein vielschichtiges Werk machte Gotthelf zu einem der populärsten Autoren des 19. Jahrhunderts und zum Klassiker. Auch wenn er in die Epoche der Romantik gehört, findet man bei ihm nicht die übliche Gottesferne, im Gegenteil, sein Werk basiert auf christlichen Werten. Gottes Gegenwart ist nicht nur zwischen den Zeilen spürbar, Gott offenbart sich ganz direkt. Diesem Umstand entsprechend, wird Gotthelf bis heute als streitbarer Pfarrer, engagierter Politiker und erst im Nachgang als begnadeter Erzähler wahrgenommen.

## Auch Thomas Mann ließ sich von ihm inspirieren

In seiner knapp gefassten Autobiographie schreibt er nicht ohne Augenzwinkern über seine ersten Jahre in Murten: „Als wilder Junge durchlebte ich dort die wilde Zeit der Revolution und Helvetik, besuchte die dortige Stadtschule, wo man mir gewöhnlich das Zeugnis gab, dass man mit dem Kopfe wohl, mit den Beinen aber, welche ich nie stille halten konnte, übel zufrieden sei.“ Albert Bitzios – so sein eigentlicher Name – Sohn des reformierten Pfarrers Sigmund Bitzios und dessen dritter Ehefrau Elisabeth Bitzios-Kohler, wuchs in Zeiten massiver gesellschaftlicher Umwälzungen auf. Früh wurde er zum Kritiker bestehender Verhältnisse. Jeder der mit einigermaßen Gerechtigkeitsempfinden ausgestattet war, sah, wohin die Verarmung und Ausbeutung ganzer Landstriche führte. Der Wunsch nach Gerechtigkeit trieb Gotthelf zunächst auf die Seite der liberalen Insurgenten.

Im Juli 1834 äußerte er sich in einer Rede anlässlich des dreijährigen Bestehens der neuen Verfassung enthusiastisch über die erfolgreiche helvetische Revolution. Doch mit deren inhaltsleeren Phrasen konnte er sich auf Dauer nicht abfinden. Intellektuelle Spiegelfechtereien beleidigten seinen kritischen Geist. Bald schon wandelte er sich zum erbitterten Gegner des Radikalismus, denn im zunehmend antichristlichen Zeitgeist erkannte er den gottesfernen Irrweg des sozialistisch gegerbten Liberalismus. Ihm ging es nicht um Weltverbesserungstheorien, sondern um praktische Hilfe. Als Pfarrer und Schulkommissär erhielt er Einblick in die katastrophalen Missstände in Schulzimmern und im Krankenwesen. Die beklemmenden Verhältnisse machten ihn zum Schriftsteller. Probleme der Armut, des Alkoholismus, die himmelschreiende Ungerechtigkeit gegenüber der arbeitenden Bevölkerung, all das mochte in seinen Predigten als Gebetsopfer aufsteigen, doch die Kraft des gesprochenen Wortes war schnell



Die biedermeierliche Aura täuscht: Jeremias Gotthelf war Realist – auch in metaphysischen Dingen.

Foto: wiki

euch die Befehle des Herren offenbar machen, euch zur Wachsamkeit ermahnen und zur Beharrlichkeit.“ Für Gotthelf stellte die christliche Ordnung die bestmögliche Lebensgrundlage dar, darauf bestand er zeitlebens: „An unbeschränkter Freiheit gehen die Menschen nicht dutzendweise, sondern zu Tausenden zugrunde“, heißt es in „Jacobs, des Handwerksgeßellen, Wanderungen durch die Schweiz“. Im Christenglauben sah Gotthelf die Lösung aller drängenden Probleme, die sich durch die Industrialisierung massiv beschleunigten. Eine Weltsicht, bis heute von brennender Aktualität, zumal Gotthelf nie Gefahr lief, sich als judasgewordener Verräter an Jesus zu gerieren. Eine Haltung, die man heute allzu oft vermisst. Im Gegenteil, sein Denken und Handeln basierte auf biblischem Fundament, sein soziales Engagement war getragen von der einzigartigen christlichen Botschaft der Nächstenliebe. Vehement wandte er sich gegen Kinderarbeit und setzte sich auf vielfältige Weise für die Bildung, gerade für die Armen, ein. „Shakespeare der Bauernwelt“, hat man ihn genannt, „traditionalistischer Volkserzieher“, „biedermeierlicher Provinzdichter“, als wäre auch nur eine dieser Etikette ehrenrührig. Gotthelfs Werke sind durchweg schlicht. Sie zeichnen sich durch einen ungeheuren Bilderreichtum aus, wie durch die charakteristische Verbindung des restringierten und elaborierten Codes. Plakative Spötteleien, wie bei Heine, findet man ebenso wenig wie die satanischen Hyperbeln eines E.T.A. Hoffmann. Walter Muschg, Schweizerischer Literaturhistoriker, Essayist und ausgewiesener Gotthelf-Kenner, schrieb, Gotthelf sei... „fraglos nicht nur der größte, sondern der einzige Erzähler ersten Ranges in der deutschen Literatur, der einzige, der sich mit Dickens, Balzac oder Dostojewskij vergleichen lässt“.

1838/39 publizierte er unter dem Pseudonym Peter Käser den zweibändigen Roman „Leiden und Freuden eines Schulmeisters“. Von den Behörden und den führenden Pädagogen der damaligen Zeit erntete er heftige Kritik; zu widerborstig erschien ihnen das Werk. Auch in seinem zweiten Roman setzte er sich mit den sozialen und politischen Problemen seiner Zeit auseinander. Ebenfalls 1838 erschien die sozialkritische Erzählung „Wie fünf Mädchen jämmerlich im Brantwein umkommen“, diesmal unter dem Pseudonym Jeremias Gotthelf, dem Namen seines ersten Romanhelden. Fortan war das Pseudonym Güte-

siegel auf den Buchumschlägen seiner literarischen Werke. Sein Arbeitseifer war fast sprichwörtlich. Bei allem, was er tat, vergaß er nie seine pastorale Verantwortung. Von 1839 bis 1844 betreute er als Autor und Redakteur den „Neuen Berner Kalender“. „Schade ist nur, dass er das Sammelsurium seiner Kalenderbeiträge nicht in Buchform zusammenstellte“, befand Literaturhistoriker Muschg. Neben Johann Peter Hebel und Berthold Auerbach gehört Gotthelf zweifellos zu den bedeutendsten Kalenderautoren des 19. Jahrhunderts. Doch seine Tätigkeit blieb nur eine Episode.

Wenn Gotthelf seit den 68ern übertriebene Kritik zuteil wird, zeugt das nicht selten von intellektuellem Hochmut. Gotthelf passt nicht in das postmoderne Weltbild des Kulturestablishments, für das Gott nur eine Phrase darstellt. Er war keineswegs der christusgläubige Literaturkasper, als den ihn die libertären 68er zu diffamieren versuchten. Vermutlich werden Gotthelfs Werke unsere Epoche des Kultur nihilismus lange überdauern, gerade weil sie christlich sind. „Ist das Leugnen einer höhern Welt, das Wandeln im Fleische, das Beißen und Fressen untereinander Fortschritt?“, schrieb er im Vorwort zu seinem Roman „Zeitgeist und Bernergeist“. Vielleicht lässt sich durch seine eindeutige Positionierung der allgegenwärtige Erfolg seiner Novelle „Die schwarze Spinne“ erklären. Zu Recht gilt sie als eine der wichtigsten Novellen der deutschen Literatur. Immerhin, Thomas Mann, frömmelnden Gebarens eher unverdächtig, schrieb in „Die Entstehung des Doktor Faustus“, dass er Gotthelfs Novelle „wie kaum ein zweites Stück Weltliteratur“ bewundere. Die Lektüre lohnt und ist von beißender Aktualität. Als Rahmenhandlung dient die Beschreibung eines feierlichen Tauffestes. Nach anfänglichem Zögern schildert der Großvater die Geschichte des Pfostens, die zur Zeit der Kreuzritter spielt. Die Bauern, rechtlose Leibeigene, sind der Willkür ihres Lehnsherrn ausgeliefert. Als vermeintlich letzte Rettung paktiert eine zugezogene Bäuerin mit dem Teufel. Er besiegelt den Pakt mit einem Kuss auf ihre Wange, den sie fortan wie ein brennendes Mal spürt. Als Gegenleistung für seine Hilfe verlangt er ein neugeborenes, ungetauftes Kind. Doch dem Pfarrer gelingt es, das Neugeborene sofort nach der Geburt durch die Taufe zu retten. Vor der Geburt eines weiteren Kindes verändert sich das Mal der Bäuerin und gleicht einer behaarten Kreuzspinne. Als auch das zweite Neugeborene

getauft wird, schlüpfen aus der Kreuzspinne unzählige weitere Spinnen, die eine Viehseuche ins Tal bringen. Im Dorf fasst man den Beschluss, das Nächstgeborene tatsächlich dem Teufel zu opfern, um der Qual zu entkommen. Wieder ist es der Priester, der im letzten Moment das Opfer mit dem heiligen Wasser besprengt. Die Bäuerin verwandelt nun sich in eine große schwarze Spinne. Ihr fallen gnadenlos Tiere und Menschen, einschließlich des Lehnsherrn, zum Opfer, bis es schließlich gelingt, die Spinne im Loch eines Holzpfostens festzusetzen.

Die Novelle endet mit einem Hinweis, dass Gott über allem wacht, und die Menschen, „welche Gottesfurcht und gute Gewissen im Busen tragen, welche nie die schwarze Spinne, sondern nur die freundliche Sonne aus dem Schlummer wecken wird“. Man muss nicht in Verschwörungstheorien denken, um die Opferthematik zu interpretieren, ein Blick auf die Abtreibungsstatistiken reicht aus.

## Eine enorme Produktivität auf Basis des Glaubens

Unvergleichlich spricht Gotthelfs christlicher Geist auch aus der herausragenden Erzählung „Die Wassernoth im Emmenthal“. Gleich ob „Uli der Knecht“, „Die Rotentaler Herren“ oder „Die Rabeneltern“: In jedem Werk weitet sich das bukolisch Banale zur Chiffre tiefer Menschlichkeit. Auch wenn es heute fast surreal klingt, aber Literatur – oder Kunst an sich – muss nicht zwangsläufig mit einer Psychose einhergehen. Sie muss auch nicht destruktiv sein, wie uns der Kultur nihilismus glauben machen will. Jeremias Gotthelf sah die Lösung für die Gefährdungen der Gemeinschaft in der Rückbesinnung auf Sitte, Anstand und gottesfürchtige Religion. Gerade wenn uns diese Ansätze nicht mehr zeitgemäß erscheinen, eignet sich die Lektüre seiner Bücher immer noch dazu, nach anderen Antworten auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu suchen, als die vom Mainstream vorgeschriebenen.

Bis zu seinem Tod am 22. Oktober 1854 verfasste Gotthelf ein umfangreiches Werk, das 13 Romane, 50 Erzählungen und 25 Kalendergeschichten umfasst. Sein psychologisches Einfühlungsvermögen, seine scharfe Beobachtungsgabe, sein tiefer Glaube legten Zeugnis dafür ab, dass Christus noch immer „der Weg, die Wahrheit und das Leben“ ist.

## KOMMENTAR

### Riten der Selbstaflösung

VON ALEXANDER SCHMIDT

Für einen Katholikentag im postchristlichen Europa, das mit der Abwendung von Gott seine Vitalität verloren hat und im Begriff ist, seine naturrechtlichen Errungenschaften auszuradiieren, wäre „Werfe Feuer“ (LK 12,49) im Grunde näherliegender gewesen, als das in diesem Jahr gewählte Motto „Suche Frieden“. Und auch das Programm der fünftägigen Veranstaltung des Zentralkomitees der Katholiken (ZdK) unterstrich den Anspruch, den Frieden weniger durch das Erstreiten einer christlichen Gesellschaftsordnung, sondern durch den Anschluss an bestehende Trends erreichen zu wollen. „Vom meditativen Bogenschießen über Queer-christliche Stadtrundgänge bis zu Klimapolitik oder Integration war vieles dabei“, bilanzierte die Publizistin Alexandra Maria Linder als Rückschau in der neuen Meinungsmacher-Kolumne auf [www.die-tagespost.de/meinungsmacher](http://www.die-tagespost.de/meinungsmacher).

Was beliebig klingt, entpuppt sich aus werblicher Perspektive als glasklare Zielgruppenorientierung. Sinnsuche, soziales Engagement und der Genuss im Hier und Jetzt entsprechen den Begriffs- und Wertewelten der sogenannten expeditiven, sozialökologischen, hedonistischen und liberal-intellektuellen – kurz: linken – Sozialmilieus. Diese Milieubezeichnungen stammen aus der Soziologie und konkretisieren sich in der sogenannten „Sinus-Studie“, die gesellschaftliche Milieus identifizieren und damit als Konsumentengruppen ansprechbar machen soll. Und auch Bistümer greifen auf die darin aufgestellten Schlussfolgerungen zurück, zumal die Sinus-Studie aus dem Jahr 2013 in besonderer Weise auch kirchliche und religiöse Orientierungen untersuchte.

Fakt ist: Die angesprochenen Milieus sind in der öffentlichen Wahrnehmung gegenüber den im weitesten Sinne konservativen Milieus von Bürgerlichen, Traditionellen und Etablierten überrepräsentiert. Dies liegt einerseits an ihrer mit Konsumfreude gepaarten Finanzkraft, womit sie zu Lieblingen der Werbe- und Konsumgüterindustrie werden. Andererseits haftet ihnen das Image an, als Repräsentanten einer relativistischen Lebenshaltung in besonderer Weise modern zu sein. Das macht sie zu irrlückernden, aber dennoch trendsetzenden Zeitgeist-Ikonen, an denen sich auch CDU und CSU bereits vor einigen Jahren als Großstadtpartei ausgerichtet hatten, zum Preis erheblicher Stimmverluste.

Natürlich ist es verkürzt, die Eigenpositionierung des Katholikentages als reine Frage der Markt- und Zielgruppenorientierung zu bewerten. Der Verbandskatholizismus – und mit ihm auch der Kirchentag – hat eine politische Dimension und politische Fragen sind Machtfragen. Doch ungeachtet dessen legt diese Betrachtungsweise die aktuellen Schwächen des deutschen Verbandskatholizismus frei. Marktorientiertes Handeln heißt, sich an der bestehenden Nachfrage auszurichten und entsprechende Signale in alle in Frage kommenden Richtungen zu senden. Dies ist durch die selektive Zielgruppenansprache nur unzureichend erfolgt, denn Glaubensfragen, auch dies offenbart die Sinus-Milieustudie, werden von den Angehörigen aller Milieus und Gruppen gestellt, nicht nur von einer kleinen, aber attraktiv scheinenden Minderheit.

Und auch bei der Produktpolitik, um bei einem Begriff aus der Unternehmensführung zu bleiben, zeigen sich erhebliche Schwächen: Niedrigschwellige Einstiegsangebote – und damit auch der Klatsch- und Trommelkreis – müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie den Konsumenten zum Hauptprodukt führen. Und dies besteht bei einem katholischen Angebot notwendigerweise in der unverkürzten, katholische Lehre. Diese Punkte nicht zu beachten, führt in die eigene Selbstaflösung – sei es, weil der Inhalt nicht mehr katholisch wäre oder weil tragende Gruppen vernachlässigt würden oder weil beides eintritt.

## Poeten, Priester & Propheten

LITERATUR-SERIE

ler verfolgt, als die Wut verraucht war. Fortan schrieb der Pfarrer Albert Bitzios unter dem Pseudonym „Jeremias Gotthelf“. Seinem Freund Joseph Burkhalter umriss er seine Ziele: „Es ist merkwürdig, dass die Welt und nicht Ehrgeiz oder Fleiß mich zum Schriftsteller gemacht. Sie drückte so lange auf mich, bis sie Bücher mir aus dem Kopfe drückte, um sie ihr an die Köpfe zu werfen.“ Der tief in ihm verankerte christliche Glaube blieb dennoch innerer Kompass, nach dem er Lebensführung und Schreiben ausrichtete. Sein Amtsverständnis brachte der kreative Querkopf bereits 1823 als junger Vikar zum Ausdruck: „Ich soll euch ansagen, wie es mit euch stehe,

# Maria, Mutter der Kirche

In der Tradition der Marienminne verwurzelt: Luthers Kirchenlied „Sie ist mir lieb, die werthe Magd“ **VON BARBARA STÜHLMAYER**



Sie hat ihn nicht losgelassen, die Mutter Gottes, jene Frau, zu der am Ende des Mittelalters so viele Menschen ihre Zuflucht nahmen. Obwohl Martin Luther sich von so vielem getrennt hatte – seiner Familie, die ihn

als künftigen Rechtsgelehrten gesehen und sich erst spät mit dem so ganz anderen und ungewöhnlich öffentlichkeitswirksamen Weg des Sohnes versöhnt hatte, der gegen den Willen des Vaters Theologie studierte, Mönch und Priester geworden war, nur um auch dieses Leben ganz und gar hinter sich zu lassen – zu Maria behielt Martin zeitlebens eine enge Verbindung. Ein Skandalon für manchen, der heute stolz auf den Reformator ist. Doch seine Schriften, wie die Auslegung des Magnifikat, sind ganz eindeutig. Auch wenn Luther sich von vielem verabschiedete, was katholisch war, die Verehrung der Mutter seines Herrn gehörte nicht dazu.

Davon zeugt auch sein Kirchenlied „Sie ist mir lieb, die werthe Magd“, das sogar der gestrenge Kritiker Marcel Reich-Ranicki in seinen Kanon lesenswerter deutschsprachiger Werke aufnahm, einer von 2002 bis 2006 erschienenen fünfteiligen Sammlung, in der Romane, Erzählungen, Dramen, Gedichte und Essays aus der deutschen Literaturgeschichte zusammengestellt sind und in der Luther sich in guter Gesellschaft mit dem Nibelungenlied, Goethes Leiden des jungen Werther, Storms Effi Briest und Brechts Leben des Galilei befindet.

„Sie ist mir lieb, die werthe Magd“ gehört zu Luthers späteren Kirchenliedern. Es erschien erstmals 1535 im Klugschen Gesangbuch. Dessen Namensgeber Josef Klug leitete von 1523 bis 1525 die Buchdruckwerkstatt Lucas Cranachs des Älteren, und hatte die Druckausgaben der Lutherübersetzung der historischen und poetischen Bücher des Alten Testaments betreut. Auch der Erstdruck des Chorgesangbuchs des mit



Maria, wie sie der Renaissancemaler Fra Angelico sah.

Foto: IN

Luther eng verbundenen Thorgauer Kantors Johann Walter, „Eyn geytlich Gesang Buchleyn“, dessen 38 deutsche und fünf lateinische Lieder Luther lektoriert und mit holzgeschnittenen Noten versehen hatte, war durch Klugs Hände gegangen. Sein Klugsches Gesangbuch, dessen Druckerzeichen, die Lutherrose unter dem Lebensbaum, die enge Verbindung zwischen Reformator und Drucker bezeugt, erschien zwischen 1529 und 1545 in sechs Ausgaben. Deren Inhalt spiegelt die sich wandelnde Situation der zunehmend getrennt von der Kirche operierenden protestantischen Bewegung.

Wie bei allen Liedern des Reformators, der mit seinem feuerköpfigen Engagement zur Spaltung der Kirche beitrug, die er doch erneuern wollte, ist auch bei diesem Text der Kontext seiner Entstehung wichtig für die Interpretation. 1535 war ihm klar, dass die Rechtfertigungslehre so, wie er sie verstand, von der Kirche nicht angenommen werden würde. Luther sah sich also mit dem Problem konfrontiert, die Gemeinschaft, die, ohne, dass er dies so gewollt hatte, durch sein Wirken entstanden war, mit einem theoretischen Überbau zu versehen, ihr Wesen und ihre Eigenschaften zu definieren. Dabei fand Luther sich unversehens zwischen allen Stühlen wieder, denn die Abgrenzung von der aus seiner Sicht abgehobenen, triumphalistischen Papstkirche zog eine Grenzlinie gegenüber den von ihm zu Recht als gefährlich empfundenen, jegliche institutionellen Ausprägungen ablehnenden Bewegungen der Schwärmer zwingend nach sich. Luther aber hielt die Kirche für heilsnotwendig und deshalb machte er sich daran, seine eigene zu festigen.

Maria sollte auch die Mutter dieser Kirche sein. Da die Zeiten äußerst unsicher waren und manch einer angesichts der gesellschaftlichen Umwälzungen und der zahlreichen Naturkatastrophen das Welteneinde nahen fühlte, lag es für den ohnehin tief pessimistischen Luther nahe, als Thema seines Marienliedes die bildlichen Topoi der apokalyptischen Frau aus dem 12. Kapitel der

Offenbarung des Johannes zu wählen. In ihr fand er widergespiegelt, was ihn in jenen Jahren umtrieb, ein Gefühl der Verunsicherung, ja der Bedrohung und zugleich das Bedürfnis nach Trost, Halt und Schutz. All dies konnte er im Bild der apokalyptischen Frau wiederfinden. Denn die Glaubensgemeinschaft, die ihm unter den Händen entstanden war, war ebenso gefährdet, wie was Kind der Frau. Und der Drache, der sie zu verschlingen drohte, war keineswegs allein auf katholischer Seite verortet, sondern mitten in den eigenen Reihen der in viele Teilstücke auseinanderdriftenden protestantischen Bewegung. „Sie ist mit lieb, die werthe Magd“ zeigt vor allem in der ersten Strophe klare Bezüge auf die hochmittelalterliche Marienminne und legt Zeugnis davon ab, wie stark Luther in dieser Tradition verwurzelt war. Denn sonst hätte er wohl kaum in einer Situation, in der er sich bedrängt und verunsichert fühlte, in seiner Dichtung gerade auf die Gestalt der Gottesmutter und die starken Bilder des Offenbarung des Johannes zurückgegriffen.

Seine eigene Kirche hat sich mit seinem Marienlied nicht identifiziert. Nur wenige Gesangbücher haben es aufgegriffen. Das ist schade, denn sprachlich ist der Poet Luther in diesem Text auf der Höhe seiner Schaffenskraft. Er lässt den singenden Beter zugleich an seinem Ringen teilhaben und zeigt, welche Stellung er Maria in den protestantischen Denominationen zugeordnet hat.

Rezipiert wurde das Lied von Michael Praetorius, dem in Creuzburg bei Eisenach geborenen Sohn eines evangelischen Pfarrers und in Torgau Schüler des mit Luther eng verbundenen Kantors Johann Walter. Er machte „Sie ist mir lieb, die werthe Magd“, zur Grundlage einer Motette. Der aus einer Bremer Kaufmannsfamilie stammende Komponist Christian Lahusen, der zahlreiche Kirchenlieder vertonte, schuf eine mittelalterlich anmutende Melodie, die den Text kongenial zum Klingen bringt.

Im Reformationsjahr entstand durch das Ensemble Continuum zudem eine Bearbeitung für Jazzinstrumentarium.

## Ein Welfe auf dem Herrscherthron

Vor 800 Jahren starb Kaiser Otto IV. – Seine Geschichte hat Deutschland und England verbunden **VON RUTH FRANKE**

Wer an Welfen auf dem Herrscherthron denkt, richtet seinen Blick zumeist unwillkürlich nach England. Denn dort wurde am 20. Oktober 1714 George zum König von Großbritannien und damit zum Regenten eines Weltreiches gekrönt. Was heute undenkbar scheint: Der Monarch stammt aus der niedersächsischen Provinz. Doch George war keineswegs der erste Welfe, der es bis ganz nach oben geschafft hatte. Denn lange vor ihm hatte Otto IV. zunächst den Königsthron bestiegen und war dann sogar zum Kaiser gekrönt worden. Auch seine Geschichte ist eine, die Deutschland und England miteinander verbindet, denn Otto, der vor 800 Jahren auf der Harzburg starb, ist zwar 1177 vermutlich in Braunschweig geboren, aber auch er trug durch seinen Vater Heinrich und seine Mutter Mathilde von England das Erbe beider Länder in sich. Und seine Biografie hat ebenfalls eine deutlich deutsch-englische Prägung. Denn für seinen Vater, den Löwen, waren die Zeiten unruhig. Schon kurz nach der Geburt seines Sohnes wurde ihm der Prozess gemacht und 1180 verhängte Kaiser Friedrich Barbarossa gegen die Reichsacht über seinen langjährigen Widersacher.

Heinrich weicht deshalb mit seiner Frau und den damals drei Kindern nach England aus, wo die königliche Familie seiner Frau ihn herzlich willkommen heißt und der kinderlose Richard Löwenherz die Erziehung seines Neffen Otto übernimmt. Er bleibt auch dann bei Richard, als seine Familie

wieder nach Deutschland zurückkehrt. Der junge Welfe scheint für den weitgereisten Kreuzfahrer so etwas wie ein Sohn geworden zu sein. Er baute Otto systematisch auf, übertrug ihm die Grafschaft Yorkshire und bemühte sich um eine karrierefördernde Hochzeit. Als diese Pläne sich nicht realisieren ließen, wick er in guter englischer Tradition auf das französische Festland aus, belehnte ihn erst mit der Grafschaft Poitou und ernannte ihn dann zum Herzog von Aquitanien. Dass Otto wenig später gemeinsam mit Richard ein Heer anführte, das gegen Frankreich in den Krieg zog, ist kein Widerspruch. Denn Aquitanien verstand sich als eigenständiges Herzogtum, das in ständiger Konkurrenz zur französischen Krone stand, ein Zustand, der sich nicht verbessert hatte, nachdem Eleonore von Aquitanien sich von ihrem Ehemann, dem französischen König Ludwig, getrennt hatte, um den charmanten und charismatischen Herzog von Anjou und der Normandie Heinrich Plantagenet zu heiraten, der sie später zur englischen Königin machen würde.

Als 1197 der deutsche Kaiser Heinrich VI. starb, brachte Richard seinen Zögling sofort in Stellung. Dem geschickten Taktiker war klar, dass Philipp von Staufen, der von der Mehrheit der deutschen Fürsten gewählt worden war, sich nicht lange würde halten können. Denn er hatte eine entscheidende Stimme gegen sich: Der in Wort und Tat mächtige Erzbischof von Köln sprach sich umgehend gegen Philipp aus und entschied

sich für das in Deutschland schon mehrfach erprobte Modell, einen Gegenkönig zu benennen. Seine und damit die Wahl aller

Gegner Philipps fiel auf den jungen, exzellent ausgebildeten Welfen. Die Folge war ebenso absehbar wie unerfreulich, denn na-

türlich entspann sich zwischen den beiden Königen nun ein jahrelanger Kampf um die Macht, der vor allem im Moselgebiet, am Niederrhein, in Niedersachsen und Thüringen ausgetragen wurde. Für die Bevölkerung war dies eine erhebliche Belastung, weil beide Könige nicht die offene Auseinandersetzung suchten. Sie verwüsteten vielmehr so viel wie möglich von jenen Gebieten, in denen der jeweilige Gegner gerade regierte, um ihn auf diese Weise zu schwächen. 1205 schien Philipp Otto endgültig besiegt zu haben, was nicht zuletzt dem Seitenwechsel des Kölner Erzbischofs geschuldet war, der im Gegensatz zu den Bürgern seiner Stadt dem Schwaben nun mehr zutraute als dem Welfen. 1208 wandte sich sogar der bislang Otto unterstützende Papst Innozenz III. Philip zu und es begannen Verhandlungen um die Kaiserkrönung des Schwaben. Doch dann kam alles ganz anders, denn einige Parteigänger des wegen eines geplatzten Heiratsprojektes verärgerten Bayernherzogs Otto von Wittelsbach ermordeten Philip in der Bamberger Bischofspfalz und machten so den Weg für die endgültige und allgemeine Anerkennung Ottos frei. 1209 wird der Welfe endlich in Rom von Innozenz III. gekrönt.

Doch die Eintracht zwischen Kaiser und Pontifex währt nur ein Jahr. Bereits 1210 wird Otto wegen seiner versuchten Eroberung Siziliens exkommuniziert, er erleidet 1214 eine endgültige militärische Niederlage und wird 1215 von Friedrich II. als neuem Kaiser abgelöst.



Otto IV. am Kölner Rathausurm.

Foto: IN

# Gott suchen, wo er nicht vermisst wird

Vor 850 Jahren wurde die Basilika im sächsischen Wechselburg geweiht – Auch die Wiederbesiedlung des Stifts vor 25 Jahren ist Grund zum Feiern **VON MICHAEL KUNZE**

Auf einem Bergsporn über einer Flussschleife der Zwickauer Mulde, inmitten von derzeit frühlingsgrünen Wäldern und rapsgelben Feldern gelegen, erhebt sich in rotem Porphyrtuff 27 Kilometer nordwestlich von Chemnitz die einstige Stiftsbasilika zu Wechselburg. Geweiht vor 850 Jahren als Teil eines Hausklosters des Wettiners Dedo von Groitzsch, zunächst von Augustiner-Chorherren besiedelt und um 1180 vollendet, liegt die kunsthistorische Bedeutung des spätromanischen Baus vor allem bei seinem um 1230 entstandenen Lettner und der Triumphkreuzgruppe. Das Besondere: eine damals seltene „Monumentalität, die der seelischen Größe der Gestalten Ausdruck verleiht“, schrieb der Kunsthistoriker Heinrich Magirius und deutete sie als wohl „von der französischen Kathedralplastik inspiriert“. Das Werk gilt nach Art und Qualität angesichts zahlreicher Verluste zwischen Harz und Elbe als das weit und breit bedeutendste.

Welches Ansehen die Kunstgeschichtsschreibung einem Ort entgegenbringt, ist das eine, sagt Benediktiner-Pater Maurus Kraß, der Prior des vier Mönche umfassenden Konvents, der sich vom Mutterkloster im oberbayerischen Ettal aus im August 1993 hier niedergelassen hat. Das andere ist die religiöse Relevanz angesichts von heute 1,8 Prozent Katholiken unter den Bürgern, die auf dem Gebiet der Pfarrei Heilig Kreuz leben (sachsenweit: vier Prozent).

Diaspora. Bekenntnisort. „Glaubensinsel“? Die Frage nach Gott ist nach zwei das Christentum bekämpfenden Diktaturen selten geworden in der Region, das damit verbundene kulturelle Wissen weitgehend verunstet. Der „Offenheit und Geborgenheit“ lautende Grundsatz der Wechselburger Benediktiner sucht auf beides zu reagieren: einerseits Ort zu sein für Katholiken, um auch in der Minderheit Gemeinschaft zu (er-)leben, sagt Pater Ansgar Orgaß, der mit der Pfarr-, Notfall- und Polizei-seelsorge in Wechselburg und Umgebung betraut ist. Andererseits geht es darum, eine Situation zu berücksichtigen, in der mehr als drei Viertel der Bewohner des Landstrichs konfessionslos sind. Manche Missionshoffnung hat sich nach 1990 nicht erfüllt: Viele Menschen stoßen in ihrem Alltag nicht mehr auf die Gottesfrage. Der Titel einer jüngst eröffneten Ausstellung zur Geschichte des und zum Leben im Kloster ist mit „Wechselburg entdecken – Gott suchen, wo er nicht vermisst wird“ denkwürdig gewählt.

Die 25-Jahr-Feier der mönchischen Wiederbesiedlung eines der ostdeutschen Biotope des Glaubens fällt nun nicht nur mit Kirchweih- und Gemeindejubiläum zusammen, sondern auch mit der Eröffnung des teils aus dem 15. Jahrhundert stammenden, grundlegend sanierten Torhauses unweit der als Kloster- wie Pfarrkirche genutzten Basilika. „Nach vier Jahren Arbeit haben wir in dem Gebäude Platz für die Ausstellung, dazu acht Ferienwohnungen mit 28 Betten und einen Seminarraum. Hier heißen wir jene willkommen, die entweder zu Einkehrtagen zu uns kommen oder Urlaub machen möchten mit der Möglichkeit, täglich die Heilige Messe mitzufeiern oder das Stundengebet“, so Pater Maurus.

Ebenfalls im Torhaus untergebracht ist der Klosterladen und das Besucherzentrum des Priorats, das nach den Augustiner-Chorherren vom 13. Jahrhundert bis zur Reformation vom Deutschen Orden genutzt wurde. Nach dem Tod Herzog Georgs von Sachsen ging der Komplex mit dazugehörigen Dörfern 1543 in einem Gebiets-tausch an die Grafen von Schönburg. Die Schloss- und vormalige Stiftskirche war bereits im 19. Jahrhundert abermals römisch-katholisch geworden. Graf Carl von Schönburg-Forderglauchau (1832–1898) konvertierte nebst Gattin, einer fränkischen Gräfin, im März 1869 in Rom, was unter seinen lutherischen Standesgenossen in Sachsen für heftige Kontroversen sorgte. Daraufhin hatte er die Kirche restaurieren und umgestalten lassen. 1957 – die Anzahl der Katholiken hatte sich durch Vertriebene deutlich erhöht – wurde die Basilika Pfarrkirche; schon zuvor hatten Wallfahrten eingesetzt.

Die Grafenfamilie – abgesehen von Franziska von Schönburg, die in Sachsen blieb und in der katholischen Frauenseelsorge tätig war – floh in den Westen. Die Bindung an die einstige Residenz riss aber nicht ab. Wechselburger Bürger berichten noch heute über Besuche von Familienmitgliedern, etwa der jungen Gloria von Thurn und Taxis in den 1980er Jahren – sie ist eine geborene von Schönburg. Ihr Vater Joachim, ab 1990 in der Region Bundestagsabgeordneter für die CDU, wurde nach seinem Tod 1998 in der Basilika beigesetzt.

Während die einstige Schönburgsche Residenz seit Auszug eines bis 2005 ansässigen Kinderkrankenhauses einer Nutzung harret, ist das angrenzende Kleine Schloss Kloster sowie Jugend- und Familienhaus der Benediktiner. Bei 50 Betten in jugendherbergsähnlicher Ausstattung zählte Prior Maurus 2017 knapp 10 400 Übernachtun-

gen. Ein Drittel der Gäste sei konfessionslos. Wenn er im 14 Hektar großen Schlosspark spazieren gehe, werde er von denen, die es ihm gleichtun, mitunter gefragt, ob er angesichts seines Ordenshabits „echt“ sei – nicht bloß kostümiert für einen der in der Region oft ausgerichteten Mittelalter-Märkte. Auf diese komme es an: Echtheit – nicht auf die Kleidung reduziert, sondern bezogen auf den ganzen Menschen, Christen, Mönch. „Das ist auch eine Form der Gewissensprüfung“, sagt der 58-Jährige. Nur durch ein authentisches Leben aus Gott könne es gelingen, Zeugnis abzulegen, dass Suchende sich angesprochen fühlen. Voraussetzungen dafür seien das Gebet und die Frage: „Leben wir so, dass uns der Herr Berufungen anvertrauen kann?“

## Stellvertretende Beter vor Gott: die Mönche

Neugierig auf Wechselburg machen soll auch das dichte Festprogramm im Jubiläumsjahr: Vom 1. bis 3. Juni wird mit der Kommune die 850-Jahr-Feier begangen. Am 1. Juni hält der Ettaler Abt Barnabas den Festvortrag, während am Morgen des 3. Juni ein ökumenischer Gottesdienst stattfindet. „Zum Jubiläum ist im Leipziger St.-Benno-Verlag zudem das Büchlein ‚Basilika und Kloster Wechselburg. Ein Wallfahrtsort im Wandel‘ erschienen“, so Pater Maurus.

Über das Juni-Wochenende hinaus geht es im Jubiläumsprogramm weiter: Am 28. August zelebrieren Bischof Heinrich von Dresden-Meißen sowie Abt Barnabas eine Messe in Erinnerung an die Besiedlung vor 25 Jahren, für die Heinrichs Vor-Vorgänger Joachim einst emphatisch in Ettal geworben habe. „Und dies nicht, um im Bistum bloß zwei, drei Pfarrstellen besetzen zu können“, erinnert sich Pater Maurus an den Besuch im Herbst 1992.

Im September dieses Jahres wird zudem nicht nur zum Bistumsjugendtag, sondern auch zu einer Bistumswallfahrt geladen. Am 12. November, dem Weihtag, findet eine Festmesse statt. Schon im Oktober kommen Soldaten der ostdeutschen Bundeswehrstandorte zur Fußwallfahrt.

Wenn dann während, zwischen, nach den Jubiläen Ruhe einkehrt im Kloster, sind die Mönche das, was sie zu allen Zeiten waren: stellvertretende Beter vor Gott. Auch für die, die ihn nicht vermissen.

**Kontakt zum Kloster: Markt 10, 09306 Wechselburg, Tel.: 03 73 84/ 808-0, www.kloster-wechselburg.de**

## AUS DEN ZEITSCHRIFTEN



### Im „kulturellen Sandkasten der Linken“ spielen

Bei einer öffentlichen Debatte in Toronto, die auf YouTube verfolgt werden kann, lieferten sich zwei Lager eine hitzige Debatte („Toronto Life Magazine“). Die These „Was Ihr Political Correctness nennt, bezeichne ich als Fortschritt“ wurde von einem Soziologieprofessor und einer Journalistin verteidigt, die Gegenposition nahmen der britische Autor Stephen Fry sowie der kanadische Psychologe Jordan Peterson ein, dessen „12 Rules to Life“ auch Monate nach Erscheinen noch immer die US-Bestsellerlisten anführt. Dem Phänomen Peterson widmet David French im **NATIONAL REVIEW** einen Beitrag. Die bösen Kommentare über ihn, die Wut und das Gespött, das der Inhalt seiner auch auf YouTube verbreiteten Botschaft auslöst, überraschen ihn. Er fragt: „Haben wir wirklich den Punkt erreicht, an dem die grundsätzliche Argumentation, dass Männer und Frauen verschieden sind oder dass freie Männer und Frauen oft – größtenteils, weil sie verschieden sind – unterschiedliche Entscheidungen treffen, oder dass Religion und alte Traditionen unser Leben heute prägen und leiten können, nunmehr so giftig ist, dass ihre Verfechter mit einer unerbittlichen Kampagne konfrontiert werden müssen, die sie aus dem öffentlichen Raum jagen will?“ Peterson erreiche mit seiner „Botschaft von harter Arbeit, persönlicher Verantwortung, Ehre und Integrität“ junge Männer, die heute in einer Krise steckten. Für konservative Christen oder Juden sei dies zwar nichts Neues, doch Peterson steche deshalb hervor, weil er im „kulturellen Sandkasten der Linken“ spiele. Er störe ein „entstehendes säkulares Monopol mit Argumenten aus der Geschichte, der Tradition und den tiefen Wahrheiten über die menschliche Natur, über die die kulturellen Radikalen lange dachten, sie an den Rand gedrängt zu haben“.

### Sich dem Schweigen entziehen

In einem Gespräch mit dem **FIGARO** äußert sich der britische Autor Roger Scruton über den Konservatismus, das Thema seines neuesten, soeben auf Französisch erschienenen Buches („Le Conservatisme“). Der Konservatismus denke nicht im Sinne des Fortschritts, „sondern ist sich bewusst darüber, dass es einfacher ist zu zerstören als aufzubauen“. Angegriffen und falsch verstanden werde diese Geisteshaltung deshalb, „weil man mittels des Konservatismus im Grunde gegen Autorität und Einengungen rebellierte, ebenso, wie man sich seine Eltern, seine Lehrer in der Schule, die Priester oder die Polizisten vorknüpfte“. Diese Angriffe seien Zeichen für eine Flucht vor der Pflicht. Der Konservatismus nun habe das Pech, die Menschen an ihren Auftrag zu erinnern, „das zu schützen, was sie empfangen haben, weil sie es sonst verlieren würden. Der Sozialismus oder der Liberalismus sind da viel großzügiger: Der eine verteilt das Geld der Reichen um, während der andere den Menschen die Freiheit bietet, das zu tun, was sie wollen – der Konservatismus jedoch verpflichtet und schreibt vor.“ In seinem Buch beschreibt Scruton, wie „die abendländische Kultur von zwei Feinden bedroht wird: der politischen Korrektheit und dem Islamismus“. Ersteres sei eine Art der Zensur, die die Uniformität von Meinungen und Verhaltensweisen erzwingt, rund um die Themen und ideologischen Wahrheiten, die von der Linken festgelegt werden“. Dadurch werde den Konservativen verboten, an der öffentlichen Debatte teilzunehmen. Es sei heute fast unmöglich geworden, „friedlich und in aller Aufrichtigkeit die Frage der Einwan-

derung zu diskutieren, ohne Gefahr zu laufen, als Rassist zu gelten“. Der Begriff der politischen Korrektheit sei völlig inhaltsleer, man benutze ihn indes andauernd. Der Islamismus bedrohe uns zwar auf eine andere Weise, „doch er gedeiht ebenfalls auf der politischen Korrektheit, die er als Waffe einsetzt, um uns zum Schweigen zu bringen. Die Kritik am Islamismus setzt uns der Verfolgung wegen Islamphobie aus, und einige französische Schriftsteller oder Journalisten wurden sogar bereits bedroht.“ Es sei nur richtig, „wenn man die Beziehungen zwischen Islam und Islamismus diskutieren kann, ohne zum Schweigen verurteilt zu werden“.

### Busfahrer im Ramadan

Die dänische Immigrations- und Integrationsministerin Inger Støjberg hat, wie **LA CROIX** mitteilt, Proteste ausgelöst, als sie die Muslime im Land dazu aufrief, während des Ramadan Urlaub zu nehmen, um, wie sie sagte, „negative Folgen für die übrige dänische Gesellschaft zu verhindern“. Sie frage sich, „ob ein religiöses Gebot, das die Befolgung einer 1400 Jahre alten Säule des Islams anordnet, noch mit der Gesellschaft und dem Arbeitsmarkt im Dänemark von heute vereinbar ist“. Sie meine, das Fasten wirke sich negativ „auf die Sicherheit und die Produktivität“ aus. Als Beispiel dienten ihr die Busfahrer, „die seit mehr als zehn Stunden weder getrunken noch gegessen haben“. „Das kann gefährlich für uns alle sein“, folgerte sie. Jacob Jensen von der Liberalen Partei „Venstre“ kontierte: „Die politischen Verantwortlichen sollten sich zunächst darauf konzentrieren, die wahren Probleme zu lösen.“ Pia Jardi von der muslimischen Union hält den Vorschlag der Ministerin sogar für „eine völlig absurde Idee“.



### Bei jedem Thema progressiv: Bischof Michael Curry

„Menschliches Wohlwollen wird erheblich auf Abwege geraten, wenn es nicht ein tiefes Verständnis von Gottes Gesetz hat.“ Die Überschrift zum Artikel von Alexander Lucie-Smith im **CATHOLIC HEROLD** fasst die Kritik zusammen, die der Priester an der Predigt des Bischofs der US-Episkopalkirche übt, die dieser bei der Hochzeit von Prinz Harry und Herzogin Meghan hielt. Bischofs Michael Currys Rede sei „äußerst politisch“ gewesen, das Oberhaupt der Episkopalkirche in den USA sei „woke“ („sich gesellschaftlicher Themen, vor allem in Bezug auf Rassismus und Ungleichheit bewusst“), wenn es sich um Fragen wie die Homo-„Ehe“ dreht. Lucie-Smith habe zwar nicht recherchiert, doch er bezweifle, „dass es ein einziges Thema gibt, bei dem er nicht ‚progressiv‘ ist – und auch wenn wir noch nicht so viel über die Ansichten der Herzogin von Sussex wissen, können wir sicherlich erraten, dass sie ebenso absolut ‚woke‘ ist“. Rod Liddle beklagt bezüglich der Hochzeitszeremonie im Spectator sogar „die Dürftigkeit der Philosophie hinter diesem liberalen Love-in, die durch den Gastsprecher deutlich gemacht wurde“. Was Curry mit seiner Botschaft über die Liebe äußerte, sei „banaal bis hin zum Schwachsinn“ gewesen. Dazu zitiert er den früheren Hofprediger der Queen, Gavin Ashenden, der auf seiner Webseite ausführliche Kritik formulierte: „Currys Jesus ist ganz beherrscht von sozialer Gerechtigkeit und dem Zelebrieren von Romantik und geschlechtlicher Liebe, wo auch immer sie zu finden ist. Doch der reale Jesus warnte, dass es auf dieser Welt niemals soziale Gerechtigkeit geben wird, dass eine heterosexuelle Ehe zwischen einem Mann und einer Frau bestehen muss, und dass Gleichheit nichts mit dem Reich Gottes zu tun hat“.

KKS



Pater Maurus Kraß OSB, Prior des Klosters Wechselburg, vor der Westfront der Basilika, deren Türme wohl im 15. Jahrhundert abgetragen worden sind. Foto: Kunze



17,50 Euro pro Monat: Das Bundesverfassungsgericht prüft die Zulässigkeit der Rundfunkgebühren.

Foto: dpa

# Auf der Kippe

Verstoßen die Rundfunkgebühren in der jetzigen Form gegen das Grundgesetz? Die Beantwortung dieser Frage obliegt dem Bundesverfassungsgericht. Doch zugleich wirft der Streit um die Gebühren eine grundsätzliche Frage auf:

Brauchen wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk überhaupt? **VON JOSEF BORDAT**

Es geht um 17,50 Euro pro Monat. Mit diesem Beitrag finanziert jeder Haushalt 21 öffentlich-rechtliche Fernsehsender und 66 öffentlich-rechtliche Radiostationen in Deutschland. Rund acht Milliarden Euro macht das im Jahr. Eine stattliche Summe, von der unter anderen die 25.000 festen Mitarbeiter der Sendeanstalten leben, von der Sendereihen wie „Tatort“ oder Nachrichtenformate wie das „Heute Journal“ produziert werden.

Die allseits unbeliebten Rundfunkgebühren stehen verfassungsrechtlich auf der Kippe. Das Bundesverfassungsgericht hat angedeutet, dass es die derzeitige Regelung (erhoben wird die Gebühr seit 2013 pro Wohnung statt pro Gerät oder pro Person) für bedenklich hält. Sie benachteiligt Singles gegenüber Großfamilien und Besitzer von Zweitwohnungen gegenüber Menschen mit nur einer Wohnstätte. Ferner hat ein Autovermieter Karlsruhe angerufen, um klären zu lassen, ob es rechtens sei, dass er für jedes einzelne seiner Fahrzeuge den vollen Beitrag zu leisten hat. Eine Menge Arbeit steht dem Bundesverfassungsgericht bevor, bis es zu einer endgültigen Entscheidung in allen vier anhängigen Verfahren kommt; Verfassungsbeschwerden haben neben dem Autovermieter „Sixt“ drei Privatpersonen eingelegt. In der Sache selbst sind drei Ebenen zu unterscheiden: Das eine ist die Frage, ob der Beitrag in der bestehenden Form gerecht ist, das andere, ob es ihn überhaupt geben sollte, denn es handelt sich unabhängig von den konkreten Modalitäten um eine „Zwangsabgabe“, die als solche gerechtfertigt sein muss. Schließlich stellt sich jenseits der Finanzierung die grundsätzliche Frage nach der Notwendigkeit eines öffentlich-rechtlichen Medienangebots, das einige schon als „Staatsfunk“ verspotten, andere jedoch gerade aufgrund der wirtschaftlichen Unabhängigkeit für unverzichtbar halten. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts verhandelte am 16. Mai unter Vorsitz Ferdinand Kirchhofs nur die erste der drei Fragen. Als der Verfassungsrechtler Christian Waldhoff in seinem Gutachten grundsätzlicher wurde und von einer versteckten „Besteuerung“ sprach, wollten die Richter dieser Fundamentalkritik an den Rundfunkgebühren erkennbar nicht folgen. Der Kritik des Senatsberichterstatters Andreas Paulus an der Ungleichbehandlung unterschiedlicher Personengruppen war das höchste Gericht schon eher geneigt, Beachtung zu schenken. Die Vertreter der Medien argumentierten mit dem besonderen Schutz der Familie: Diese profitiere von der Regelung, weil eine Familie mit drei Kindern eben nicht fünfmal zahlen müsse, sondern nur einmal. Das Bundesverfassungsgericht wollte dieser Argumentation nicht folgen und sprach sich für das Kopfprinzip aus. Das mache den Gebühreneinzug komplizierter in der Handhabung, doch Praktikabilität sei eben kein stichhaltiges Argument des Verfassungsrechts. Gerechtigkeit wiegt schwerer als Einfachheit. Es ist dringend nötig, dass sich dieser Grundsatz in der Gebührenordnung des öffentlich-rechtlichen

Rundfunks niederschlägt, denn das derzeitige Wohnstättenprinzip ist ungerecht. Am deutlichsten wird das wohl an der Person, die (etwa aus beruflichen Gründen) eine doppelte Haushaltsführung hat. Sie zahlt für beide Wohnungen den Beitrag, kann aber immer nur in einer Wohnung Radio hören oder fernsehen. So zahlt sie am Ende für etwas, das sie gar nicht in Anspruch nehmen kann. Das eigentliche Problem wird dadurch aber nur verdeckt: Die Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist einfach zu kostspielig. Die ARD mit ihren Landesrundfunkanstalten müsste noch viel mehr als bisher Synergien nutzen, um Kosten zu sparen. ARD und ZDF müssten noch enger als bisher zusammenwirken. Schließlich gehören auch die gigantischen Ausgaben für die Rechte an Sportveranstaltungen wie Olympische Spiele und Fußballweltmeisterschaften auf den Prüfstand. Zum Informationsgrundbedürfnis des Gebührenzahlers gehören WM-Vorrundenspiele zwischen Island und Ghana sicherlich nicht. Wenn stimmt, was ZDF-Intendant Thomas Bellut meint, dass die Digitalisierung als eine „permanente Revolution“ der Medienwelt zu betrachten sei, dann muss die Frage erlaubt sein, wieso man bei der Finanzierung eines zentralen und bedeutsamen Bereichs der Medien, nämlich beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, auf altbackene Modelle pocht. Ob sich Einsparungen soweit bemerkbar machen werden, dass auf den Beitrag ganz verzichtet werden könnte, ist fraglich, doch ebenso fraglich ist, warum man für

die „Öffentlichen“ zahlt und für die „Privaten“ nicht, wo doch bei jenen mittlerweile genauso viel (Eigen-)Werbung läuft wie bei diesen. Dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten dürfen, sei abschließend deutlich gesagt. Wir brauchen den wirtschaftlich weitgehend unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, weil das gegenteilige Szenario in einigen Staaten der Welt, in denen die Medien von einem Sendeoligopol kontrolliert werden, zeigt, wie schnell damit auch die Pressefreiheit Privatinteressen untergeordnet wird. Das darf nicht sein. Zudem ist es gerade die Digitalisierung, die zu einer immer tieferen Zerklüftung der Angebote führt. Wer zwischen brutalen Gewaltfilmen, hirnrissigen Comedyserien und hetzerischer Polemik noch mit seriösen Informationen und hintergründigen Berichten versorgt werden möchte, kommt an einem Rundfunk nicht vorbei, der sich dem Auftrag des Grundgesetzes verpflichtet fühlt, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen, der Freiheit zu dienen und das Demokratieprinzip hochzuhalten. Dafür lohnt es sich auch, einen finanziellen Beitrag zu leisten. Doch die wirtschaftliche Unabhängigkeit lässt sich auch anders gewinnen als über die direkte Beitragszahlung. Sie könnte etwa aus dem Kulturerbe der Länder heraus generiert werden. Vielleicht ja im Zuge der Einführung einer allgemeinen Kultursteuer nach Vorbild Spaniens und Italiens (bei gleichzeitiger Abschaffung der Kirchensteuer) als Option für diejenigen, die ihren Anteil nicht an die Kirche geben wollen.

## PR für eine Diktatur

Deutsche Medien zeichnen Kuba gern als idyllischen Sehnsuchtsort – und verschweigen die kommunistische Gewaltherrschaft **VON BENEDIKT VALLENDAR**

La Havanna – Die kubanische Regierung dürfte es freuen. Seit sechzig Jahren inszeniert sie sich als Sachwalterin des kubanischen Volkes, ohne je gefragt zu haben, ob das Volk überhaupt von ihr regiert werden möchte. Doch während Medien und Politik in den USA unablässig das diktatorische System auf der Karibikinsel anprangern, kommen aus dem fernen Europa überwiegend seichte bis wohlwollende Töne. Die zunächst nur gefühlte Sympathie deutscher Medienmacher für die kubanischen Kommunisten bestätigt sich spätestens beim Blick in die Mediatheken von ARD, ZDF und den angeschlossenen Sendeanstalten, einschließlich Arte. Wann immer dort in den vergangenen Jahren über Kuba berichtet wurde, drehten sich die Themen allein um karibisches Flair, Salsa, Rum und das „vorzügliche Gesundheits- und Bildungssystem“, ohne dass je einem westlichen

Journalisten gestattet worden wäre, die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort unter die Lupe zu nehmen. Kritik am kubanischen System, der allgegenwärtigen Staatssicherheit, fehlender Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, der Mangelversorgung und parteigebundener Justiz? Fehlanzeige.

### Mit zweierlei Maß

„Vor allem deutsche Fernsehanstalten, allen voran die ARD, betreiben unterschiedlich Öffentlichkeitsarbeit für die kubanische Diktatur, indem sie allein die Sonnenseiten der Insel zeigen und so tun, als würde es die Schatten gar nicht geben“, kritisiert der in Berlin lebende Exil-Schriftsteller Amir Valle das anbietende Gebaren deutscher TV-Medien gegenüber Kuba. Amir hält das für fragwürdig, zumal hiesige Kanäle, allen voran die großen Sendean-

stalten in Hamburg und Mainz, auf Menschenrechtsverletzungen, etwa im Umgang mit muslimischen Flüchtlingen sehr schnell und ausführlich reagierten. TV-Beiträge wie kürzlich „Kuba im Wandel“ in der ARD und „Kuba – auf eigene Faust“, wie vergangenes Jahr im WDR sind nur Einzelbeispiele in einer Serie regierungsfreundlicher PR im deutschen Fernsehen.

Vor allem in der langfristigen Planung scheint Kuba in den Programmabteilungen eine Rolle zu spielen. Erst vor wenigen Wochen lief auf Arte die Dokumentation „Kuba – das grüne Herz der Karibik“, worin infolge fehlender Industrialisierung die kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft und der angebliche „Verzicht auf Pestizide“ als vorbildlich gepriesen wurden. Ob das im Film Gezeigte wahr oder von der kubanischen Zensur lanciert worden ist, bleibt das Geheimnis der Programmabteilungen und spielt auch eigentlich nur eine untergeordnete

Rolle. „Denn das eigentliche Problem ist, dass es auf Kuba noch immer keine freie, unabhängige Berichterstattung gibt“, sagt Martin Lessenthin, Politikwissenschaftler und Sprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main. Ausländische Journalisten verlieren leicht ihre Akkreditierung und müssten das Land verlassen, sobald sie kritisch über die Regierung und das Einparteiensystem berichteten, gar dessen Existenzberechtigung in Frage stellten. „Die kubanische Regierung suhlt sich gern in ihrer Opferrolle, in die sie europäische, allen voran deutsche Medien hineinmanövrieren“, sagt Amir Valle. Stein des Anstoßes ist dabei oft das 1960 verhängte US-Embargo, das Amerika zum Täter macht und verkennet, dass allein die kubanische Regierung jede demokratische Öffnung verweigert und damit der eigentliche Blockierer im Land ist.

### MEDIENMENSCHEN



## Journalisten brauchen Jesus

VON JOSEF BORDAT

*Herr Wimmer, worin besteht heute die größte Herausforderung für den Journalismus?*

Journalismus ist gleichzeitig einfacher und schwieriger geworden im digitalen Zeitalter. Was unabhängig davon neu(er) ist: Der Verlust des tauglichen Wahrheitsbegriffs für viele im Journalismus wie in der Öffentlichkeit.

*Inwiefern hat das Internet/Soziale Medien den Journalismus verändert?*

Alles ist gefährlich einfach geworden: Recherche, Produktion, Publikation. Und gefährlich konzentriert auf neue Gatekeeper der Aufmerksamkeit.

*Sehen Sie die Pressefreiheit bedroht? Wenn ja, durch wen?*

Erst einmal durch uns Journalisten selber. Wir müssen unser Handwerk besser kennen, ausüben, vermitteln. Dabei fasse ich mir in der abendlichen Gewissensprüfung regelmäßig an die eigene Nase.

*Worüber berichten die Medien in Deutschland zu wenig?*

Über die vielen Symptome des grassierenden neuen Anti-Intellektualismus, der wuchernden Ideologie-Hörigkeit.

*Wie lässt sich das Verhältnis zwischen Kirche und Medien verbessern?*

Durch Frauen und Männer, die versuchen, redlich (!) den Gauben leben – auf beiden Seiten.

*Welche Folgen hat die gewachsene Bedeutung des Islam für die Medien?*

Der Umgang mit dem Islam – fast wie mit dem Christentum – ist Lackmusest für die meisten Medien. Und die meisten versagen dabei (noch) aus ideologischen Gründen.

*Welche Rolle spielt der weltanschauliche Hintergrund für die journalistische Arbeit?*

Eine entscheidende und prägende. Weshalb ein verbindlicher, robuster Wahrheitsbegriff eben entscheidend ist.



Anian Christoph Wimmer ist Chefredakteur von [www.CNAdeutsch.de](http://www.CNAdeutsch.de). Der Deutsch-Australier ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Mehr zur Person: [www.wimmerblog.com](http://www.wimmerblog.com) Foto: IN

*Sind sie selbst ein gläubiger Mensch?*

Seit meiner – nicht nur intellektuellen – Bekehrung vor einigen Jahren bin ich vielleicht nicht immer glücklich im Leben, aber immer glücklich und vor allem dankbar, katholisch sein zu dürfen.

*Von welchem Rat haben Sie in Ihrem Berufsleben am meisten profitiert?*

„Kill your darlings“: Spare Dir die eitlen Wortspielchen. Journalismus dient einer freien Gesellschaft durch sauberes, lernbares Handwerk. Und dann ist er manchmal Kunst.

*Der Papst richtet jedes Jahr zum Welttag der sozialen Kommunikationsmittel eine Botschaft an Journalisten in aller Welt. Wenn Sie Papst wären, womit würden Sie sich in dieser Botschaft befassen?*

Damit, dass Journalisten auch nur Menschen sind, die ganz dringend Jesus Christus brauchen.

# Für Houellebecq ist der Westen eine erschlafte Gesellschaft

Romanverfilmung: Regisseur Titus Selge und Produzent Clemens Schaeffer zu „Unterwerfung“ VON JOSÉ GARCÍA

**Wie kamen Sie auf das von Ihnen eingesetzte, sehr eigenwillige Format – Mischung aus Theateraufführung, Spielfilmszenen und Dokumentarbildern?**

Titus Selge: Durch den Stoff. Ich habe die Aufführung mit meinem Onkel Edgar Selge am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg gesehen. Vermutlich fühlte ich mich auch deshalb angesprochen, weil die Hauptfigur in etwa in meinem Alter ist – ich hatte also nicht nur ein politisches, sondern auch ein persönliches Interesse. Mir wurde klar, dass die emotionale Situation dieser Figur eine Metapher für den gesellschaftlichen Zustand der liberalen Demokratien im Westen ist. Obwohl ich die Theateradaption sehr gelungen finde, geht auf der Bühne notgedrungen eine Intimität verloren, die sich im Roman durchaus findet, und die im Film darstellbar ist. Daraus entstand die Idee, beides zu kombinieren.

**Brisant an Roman und Film ist, dass zu Beginn der muslimische Politiker Ben Abbas sehr gemäßigt ist ...**

Titus Selge: Im Roman wird er als freundlicher Humanist beschrieben. Michel Houellebecq wurde häufig gefragt, ob der Roman islamkritisch sei. Aber im ganzen Buch gibt es keine einzige Kritik am Islam. Im Gegenteil. Wenn man selber eine kritische Meinung zum Islam hat, dann empfindet man Houellebecqs Stil möglicherweise als ironisch.

**Wird da nicht eher der Westen kritisiert, der so individualistisch geworden ist, dass jeder nach dem Motto verführt: „Solange es mir gut geht, kann ich Muslim, Christ oder Buddhist sein“?**

Titus Selge: Das ist auch der Effekt der Inszenierung: In der Pause und nach der Aufführung reden die Zuschauer darüber: „Man müsste mehr tun, um die westlichen Werte zu verteidigen.“ Wenn überhaupt eine Gefahr besteht, dann die Verweichlichung, die Schwäche der liberalen Demokratie gegenüber dem Islam. Aber Houellebecq zeigt nicht mit dem Finger darauf. Er erzählt eine Geschichte, und regt zum Nachdenken an. Man muss sich schon die Mühe machen, sich selbst zu befragen. Clemens Schaeffer: Nach meinem Verständnis beschreibt Michel Houellebecq kritisch den Zustand unserer Gesellschaft, in der Menschen entweder keine Haltung haben, oder bereit sind, ihre Haltung für ein paar Vorteile einzutauschen, da sie keine Prinzipien mehr haben und ihnen die Werte, die unser Zusammenleben prägen, zunehmend gleichgültig werden. Es geht Michel Houellebecq um eine Zustandsbeschreibung unserer Gesellschaft. Die Schaffheit des Protagonisten François, der sich mit seiner festen Stelle an einer der angesehensten Universitäten Europas gemü-



**Verlockendes Angebot nach Mephisto-Art: Universitätspräsident Robert Rediger (Matthias Brandt, links) bietet dem Literaturdozenten François (Edgar Selge) an, seinen Lehrauftrag zu behalten. Dafür muss er zum Islam konvertieren. Foto: rbb**

lich eingerichtet hat und der keinerlei Ambitionen mehr hat, steht prototypisch für die Schaffheit unserer Gesellschaft.

**Eine ganz markante Figur ist der Universitätspräsident Robert Rediger. Ist er ein Zyniker?**

Titus Selge: Er ist ein Opportunist. Im Roman wird das sogar noch deutlicher, weil er als ehemaliges Mitglied der Identitären Bewegung beschrieben wird. Das ist sehr geschickt gemacht: Ein ursprünglich Rechter hat kein Problem damit zu konvertieren,

wenn es für ihn angenehmer ist.

Clemens Schaeffer: Da in der neuen politisch-gesellschaftlichen Situation die Konversion eine Voraussetzung für sein Amt als Präsident der Universität ist, konvertiert Robert Rediger ohne mit der Wimper zu zucken zum Islam. Er schreibt sogar ein Büchlein „10 Thesen zum Islam“, als leichten Einstieg für jeden, der sich mit der neuen Staatsreligion beschäftigen möchte, und freut sich ganz bescheiden über den großen Erfolg der Millionenaufgabe. Houellebecq überspitzt gerne, nicht nur die Hauptfigur

François, sondern auch die anderen Charaktere: den genannten Robert Rediger, die Kollegin an der Uni oder deren Mann, der beim Inlandsgeheimdienst arbeitet. Kein Vertreter der gesellschaftlichen Elite stört sich wirklich daran, dass sich die politischen und gesellschaftlichen Umstände derart rasant und radikal verändern. Sie berauschen sich vielmehr daran, wie es passiert.

**„Unterwerfung“. Regie: Titus Selge, Mittwoch, 6. Juni, 20.15 Uhr, ARD, 90 Minuten**

## ÜBER DEN FILM

Im Januar 2015 veröffentlichte Michel Houellebecq seinen dystopischen, im Jahre 2022 angesiedelten Roman „Unterwerfung“ („Soumission“) über die schlechende Islamisierung in Frankreich. Die Satirenschrift „Charlie Hebdo“ widmete gerade Houellebecq ihre Titelseite, als al-Kaida den Anschlag verübte, bei dem elf Menschen getötet wurden. „Unterwerfung“ erzählt vom Aufstieg des Islamismus in Frankreich in einer nahen Zukunft, weil die bürgerlichen Parteien mit der Partei des charismatischen, sich liberal gebenden Ben Abbas ein Bündnis eingehen, um den Wahlsieg des rechten Front National zu verhindern. Nach dem Wahlsieg ändert sich je-

doch Ben Abbas' Haltung: Er führt die Scharia, das Patriarchat und die Polygamie ein. Frankreich ist kein laizistisches Land mehr.

Titus Selge hat den Roman fürs Fernsehen adaptiert, wobei er ein originelles Format verwendet: Rahmenhandlung ist die Theaterinszenierung von Karin Beier am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg als One-Man-Show mit François (Edgar Selge), der Hauptfigur im Roman. Der mittvierziger Literaturdozent mag guten Wein und junge Frauen, vorwiegend Studentinnen.

Nach Ben Abbas' Sieg und der Umwandlung der Pariser in eine Islamische Univer-

sität wird François vor die Wahl gestellt, zu konvertieren oder pensioniert zu werden. In die Rahmenhandlung werden Spielszenen eingestreut, beispielsweise mit François' Geliebter Myriam (Alina Levshin), die als Jüdin mit ihrer Familie Frankreich verlässt, insbesondere aber mit Robert Rediger (Matthias Brandt), dem Präsidenten der „islamischen Universität Paris Sorbonne III“.

Dazu kommen noch Dokumentaraufnahmen von Krawallen in Hamburg. Das Ergebnis ist ein Fernsehfilm, der über die Lage einer „erschlafte“ Gesellschaft und ihre künftigen Probleme zum Nachdenken anregt. J.G.



Diese Woche auf Twitter

Gutmenschentum ist moralische Selbstbefriedigung, die Rachsucht als Gerechtigkeitsforderung maskiert.

**Norbert Bolz über Moralismus**

Das BAMF kehrt die kriminellen Aktionen von Bremen unter den Teppich – und die Grünen helfen dabei. Grüne als letzte Reserve der Kanzlerin? Schönes Demokratieverständnis...

**Roland Tichy über das BAMF**

Die Akzeptanz der Flüchtlinge sinkt derzeit stark in der Bevölkerung. Unter diesen Bedingungen ist Integration nur bedingt möglich. Auch das ist Demokratie. Daher hat Andrea Nahles recht. Auch Abschiebung muss korrekt funktionieren.

**SPD-Bundestagsabgeordneter Karl Lauterbach über Nahles' Aussage: „Wir können nicht alle aufnehmen.“**



**So., 3.5., 16.00 – 18.00 Uhr, live**  
Fronleichnamfest, Eucharistischer Segen und Prozession aus Hanceville, Alabama.

**So., 3.5., 19.00 – 21.00 Uhr, live**  
Heilige Messe und Prozession an Fronleichnam mit Papst Franziskus aus dem Vatikan. DT/EWTN

## Datenschutz: Messe nicht live übertragen

Die Festgottesdienste im Freiburger Münster werden vorerst nicht mehr über das Internet live übertragen. Hintergrund sind datenschutzrechtliche Bedenken, wie das Erzbistum am Freitag auf seiner Internetseite mitteilte. Auch die für kommenden Donnerstag angekündigte Übertragung des Fronleichnamgottesdienstes wurde abgesagt. Zur Begründung verwies die Kirche auf die nun in Kraft getretene EU-weite Datenschutzverordnung sowie auf ein neues kirchliches Datenschutzgesetz. Die Regelungen garantierten jedem das Recht, selbst über personenbezogene Daten zu bestimmen. Eine Internetübertragung sei daher nur „rechtskonform“ möglich, wenn jeder Gottesdienstbesucher und alle die Messe gestaltenden Personen wie Ministranten, Musiker, Lektoren und Priester vorab die Zustimmung zum Streaming geben würden. Zudem müsse dieses Einverständnis schriftlich dokumentiert werden, betonte die Diözese. Dies sei jedoch nicht zu organisieren. Zugleich kündigte das Bistum an, gemeinsam mit kirchlichen Datenschutzexperten nach Lösungen zu suchen, um die Internetübertragung wieder zu ermöglichen. Es gelte, zwischen Datenschutzrecht und der Informationsweitergabe abzuwägen. Feiertagsgottesdienste im Freiburger Münster werden seit längerem über die Internetseite der Diözese live übertragen. Ähnliche Angebote gibt es auch in anderen deutschen Bistümern. DT/KNA

## DVD-KRITIK

Der 2003 heiliggesprochene spanische Priester Pedro Poveda wurde zu Beginn des spanischen Bürgerkrieges ermordet. Pedro Poveda (1874–1936) wurde insbesondere durch seine Gründung „Theresianische Institution“ bekannt, die sich für die Evangelisierung und Förderung insbesondere der Frau durch Erziehung einsetzt.

In dem Spielfilm „Poveda“ werden die verschiedenen Etappen seines Lebens nach erzählt: Die frühen Jahre in der südspanischen Kleinstadt Guadix, wo Poveda mit den Ärmsten in Berührung kommt und dort die „Herz-Jesu-Schulen“ gründet. Bereits als junger Priester zu Beginn des



**Der heiliggesprochene spanische Priester Pedro Poveda. Foto: IN**

20. Jahrhunderts erkannte er die Bedeutung der Erziehung, um aus der Armut und der gesellschaftlichen Isolation herauszukommen. Sie steht im Zentrum seiner bekanntesten Gründung, als er im nordspanischen Covadonga 1911 die „Institución Teresiana“ ins Leben rief. Hauptanliegen der Gründung besteht darin, dass die Frau endlich „den Platz in der Gesellschaft einnimmt, der ihr zukommt“. Poveda (Raúl Escudero) kann beim Aufbau der Bildungsstätten und Studentinnen-Wohnheime auf die zugkräftige Hilfe einer kleinen Gruppe von Frauen rechnen, allen voran Pepita Segovia (Elena Furiase). In einer Zeit jedoch, in der Liberale

zwar für die Freiheit der Lehre eintraten, aber letztendlich ein Monopol der von ihnen gegründeten „Institución Libre de Enseñanza“ in der Schul- und Universitätsbildung vertraten, wehte Poveda ein heftiger Gegenwind entgegen. Dennoch: Er wurde zum Vorreiter insbesondere der Frauenförderung – deshalb erkannte ihn die UNESCO 1974 als „Pädagogen“ und „Humanisten“ an. Als Rahmenhandlung dienen im Spielfilm „Poveda“ die Verhöre am Tag der Verhaftung. Zwar ist das Produktionsdesign alles andere als gelungen zu bezeichnen, aber dafür überzeugen die Hauptdarsteller: Raúl Escudero verkörpert einen Pedro

Poveda, der aus dem Geist des Evangeliums heraus allen Widrigkeiten zum Trotz den erkannten Willen Gottes in die Tat umsetzt.

Vor allem Elena Furiase stellt Pepita Segovia mit hoher Glaubwürdigkeit und Natürlichkeit als die Frau dar, die ihren eigenen Lebensentwurf hintanstellt, um sich der Gründung zu widmen. „Poveda“ bebildert ein hingebungsvolles Leben im Dienst der Kirche und der Erziehung insbesondere der Frau. **Tobias Grünwald**  
**Pablo Moreno: „Poveda“. Spanien 2016, 116 Minuten, Spanisch mit Untertiteln. Bestellung: sekretariat@theresianum-muc.de**

Anzeige



## Stark gegen Nagelpilz



## Ciclopoli Der einzige wasserlösliche Anti-Pilz-Lack

- + Starke Wirkung**  
gegen alle gängigen Pilzerreger
- + Einfache Anwendung**  
ohne Feilen, ohne Nagellackentferner
- + Unsichtbar & effektiv**  
zieht schnell und tief in den Nagel ein, beschleunigt das Nagelwachstum

www.nagelpilz-weg.de

rezeptfrei in Ihrer Apotheke

**Ciclopoli® gegen Nagelpilz**  
Wirkstoff: 8% Ciclopirox. Wirkstoffhaltiger Nagellack zur Anwendung ab 18 Jahren. Anwendungsgebiete: Pilzkrankungen der Nägel, die durch Fadenpilze (Dermatophyten) und/oder andere Pilze, die mit Ciclopirox behandelt werden können, verursacht wurden. Warnhinweis: Enthält Cetylstearylalkohol, örtlich begrenzte Hautreizungen (z. B. Kontaktdermatitis) möglich. Apothekenpflichtig. Stand: Januar 2017. Polichem SA; 50, Val Fleuri; LU-1526 Luxemburg. Mitvertrieb: Almirall Hermal GmbH, Geschäftsbereich Taurus Pharma; Scholtzstraße 3; D-21465 Reinbek. info@almirall.de **Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker.**

Ihre Anzeige in  
**Die Tagespost**  
Beratung  
Information  
Verkauf

Tel. (09 31) 3 08 63-40  
Fax (09 31) 3 08 63-33  
anzeigen@die-tagespost.de

# Das Absolute aus der Historie verdrängt

Über den Vater der modernen Kulturgeschichtsschreibung Jacob Burckhardt **VON FELIX DIRSCH**

**W**as will Geschichtswissenschaft überhaupt erreichen? Sie will zeigen, was gewesen ist, so lautet eine gängige Meinung. Was heißt das aber? Manche behaupten, der Historiker müsse zur Erreichung dieses Ziels die Quellen befragen und gegebenenfalls rekonstruieren.

Diese Absicht erscheint aus heutiger Sicht trivial. Jedoch fungierten noch im 18. Jahrhundert Historiographen nicht selten als legendarische Geschichtenerzähler, die die Quellen nicht kritisch hinterfragen. Andere wiederum, wie Bischof Jacques-B. Bossuet (1627–1704), der in der Tradition der geschichtstheologischen Sicht des Augustinus steht, deuteten die Fakten im heilsgeschichtlichen Sinn.

Der Schweizer Vater der modernen Kulturgeschichtsschreibung, Jacob Burckhardt (1818–1897), konnte mit vielen herkömmlichen Annäherungen an die Vergangenheit nichts anfangen. Er stammte aus der Schule des preußischen Historikers Leopold von Ranke, des Begründers des Historismus. Seine berühmte Umschreibung für einen solchen Relativismus lautete: „Jede Epoche ist unmittelbar zu Gott“. Das bedeutet, dass Geschichte nicht einfach auf ein Ziel zuläuft, wie bei Hegel, der ein formales „Ende der Geschichte“ mit ihrem Ergebnis der Freiheit dachte oder bei Marx, für den am Ende der Historie das „Reich der Freiheit“, aber in einem bloß gesellschaftlichen Sinne, stand. Solche spekulative Geschichtsphilosophie lehnten Ranke und seine Schule ab. Sie eliminierten das Absolute aus der Geschichte. Einen transzendenten Halt gibt es bei ihnen in der Geschichte nicht mehr, so sehr Ranke auch persönlich gläubig gewesen sein mag.

Burckhardt, der diese Interpretationsrichtung mit eigenen Akzenten fortsetzte, stammte aus einem gebildeten Elternhaus. Zuerst widmete er sich der protestantischen Theologie, bekam aber offensichtlich Glaubenszweifel und wechselte zur Geschichtswissenschaft. Er lehrte als Professor für Kunst- und Kulturgeschichte zuerst in Zürich, später in seiner Geburtsstadt Basel. Zeitweise zählte auch Friedrich Nietzsche zu seinem Schülerkreis. Zuweilen wird die-

se Beziehung als freundschaftlich bezeichnet. Vier Jahre nach dem „Cicerone“ über die Kunst Italiens erschien die wohl am meisten rezipierte Abhandlung aus seiner Feder: „Die Kultur der Renaissance in Italien.“ Der Gelehrte sah in dieser Epoche einen entscheidenden Beitrag zur Genese des modernen, individuellen Bewusstseins: die „Entdeckung der Welt und des Menschen“, wie der wohl bekannteste Satz aus dieser Darstellung lautet. Wenngleich Kritiker auf Schwächen hingewiesen haben, etwa das Fehlen ausführlicher Erörterungen im Bereich der Kunstgeschichte, gelten die Ausführungen bis heute als Grundlage für neuere Arbeiten auf diesem Gebiet.

In seinem Buch „Die Zeit Constantins des Großen“ interpretierte Burckhardt die Wende des „ersten christlichen Kaisers“ als

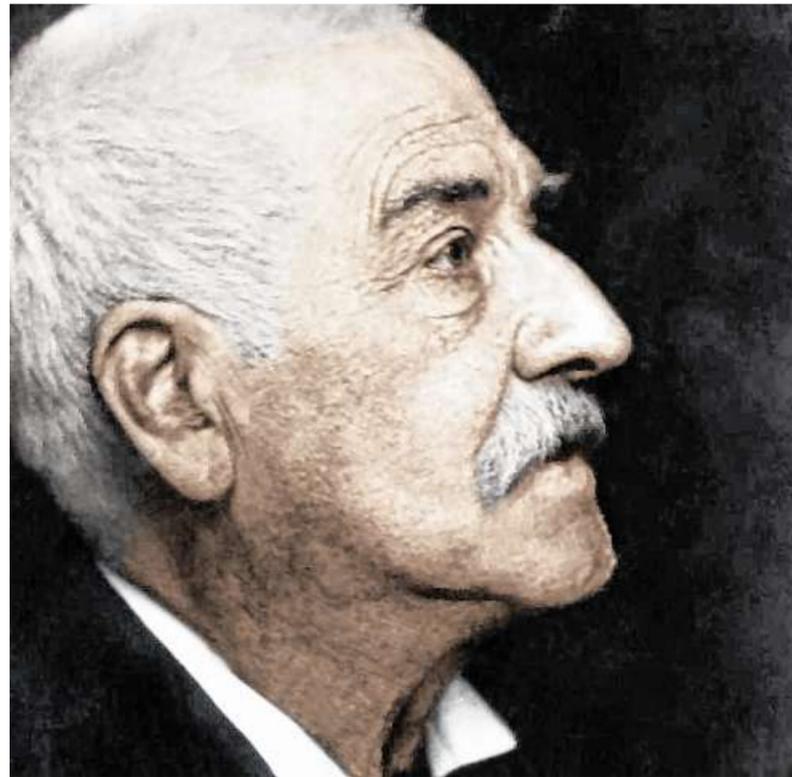
taktisch. Den Hofhistoriographen Eusebius von Caesarea entlarvte er als haltlosen Lobredner. Zum Ruhm Burckhardt trugen auch die posthum edierten Bücher bei. Dazu zählen die „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“, die soeben im C.H. Beck Verlag neu aufgelegt wurden. Die geschichtstheoretischen Überlegungen sind auch heute noch von Bedeutung. Über die „Individuen und das Allgemeine“ ist ebenso zu lesen wie „Über historische Größe“ und „Über Glück und Unglück in der Weltgeschichte“. Die Kapitel über Staat, Kultur und Religion bilden den Kern der Darlegungen. Hier beschreibt er sein methodologisches Vorgehen mit dem Ziel, die „Erkenntnis der wahren Sachlage unseres Erdentreibens, des sich Wiederholenden, Konstanten, Typischen“ herauszustellen. Es geht ihm also nicht nur

um eine Rekonstruktion historischer Fakten. Ebenso wurden die vier Bände „Griechische Kulturgeschichte“ nach seinem Tod herausgegeben. Diese Veröffentlichung war wohl die am meisten kritisierte, da der Verfasser seine Darstellung teilweise auf Gewährsleute stützte, die man damals gerade als „Schwindelautoren“ entlarvt hatte. Burckhardt wollte in dieser Publikation jene Kräfte herausarbeiten, deren Wirken zu bestimmten Ergebnissen geführt hatte.

Burckhardt repräsentierte den pessimistischen Konservativen in einem Zeitalter, das grundsätzlich fortschrittsorientiert ausgerichtet war. Als Gründe können vornehmlich die Wandlungen des Alltagslebens infolge der Industrialisierung angeführt werden, aber auch die zunehmende Bildung der Nationalstaaten. Nicht zufällig nahm er zunehmend den Liberalismus als ordnungszerstörende Kraft wahr. Aber auch von dem maßgeblich auf „Blut und Eisen“ basierenden Bismarck-Reich distanzierte er sich. Seine Skepsis erkennt man nicht zuletzt in seiner grundsätzlichen Beurteilung der Macht. Burckhardt stufte sie grundsätzlich als „böse“ ein. Von den zahlreichen Interpretationen seines Œuvres sind der Schweizer Jurist Werner Kaegi und der Philosoph Karl Löwith zu nennen.

Der konservative Zeitkritiker zeigt sich in der Präferenz Alteuropas gegenüber der modernen Welt, aber auch in der Ablehnung von Staatsomnipotenz, Vermassung und geistig-kultureller Mediokrität. Diesen Erscheinungen stellte er die antike Polis (mit ihren Nachwirkungen in der Gegenwart), die aus der Antike überlieferte Tugendlehre, aber auch religiöse Fundamente klassischer Ordnungskonzeptionen entgegen. Die Zerstörungen, die ein Modernismus auf allen Gebieten des menschlichen Daseins, insbesondere auf politischem Feld, anrichten kann, kamen erst zwei Generationen nach seinem Ableben zum Vorschein. Verglichen damit lebte der Baseler Junggeselle in goldenen Zeiten.

**Jacob Burckhardt: Weltgeschichtliche Betrachtungen. Mit einem Vorwort von Jürgen Osterhammel. C.H. Beck Verlag 2018, 301 Seiten, ISBN-13: 978-3-406718359, EUR 16,95**



Schrieb Standardwerke zur europäischen Kultur: Jacob Burckhardt.

Foto: IN

# Freudig triumphierende Schönheit

Rokoko für München: Vor 250 Jahren starb der Architekt François de Cuvilliers **VON MARIE-THÉRÈSE KNÖBL**

**D**ie gelbe Fassade der Theatinerkirche ist Münchnern und München-Liebhauern so vertraut wie die gleichfarbige Dallmayr-Fassade, der Olympiaturm, die Türme der Frauenkirche oder das Glockenspiel im Rathaus. Dass in der Theatinerkirche täglich schöne Früh- und Abendmessen, sonntäglich prachtvolle lateinische Hochämter stattfinden, wissen leider nur wenige – dass die Fassade des imposanten Bauwerks von François de Cuvilliers stammt, die allerwichtigsten. Der berühmte Architekt, der heute vor allem durch das nach ihm benannte kleine Opernhaus in der Münchner Residenz ein Begriff ist, hat die Landeshauptstadt Bayerns im 18. Jahrhundert nachhaltig geprägt und zu ihrem heutigen Aussehen verholfen.

Aus heutiger Sicht könnte man auch sagen, der kleinwüchsige Baumeister hat die freudig triumphierende Schönheit des Rokoko über die Jahrhunderte für Hof, Volk und Kardinal zugänglich gemacht. Denn die Theatinerkirche ist, obgleich Kirche des ehemaligen Theatiner- und heutigen Dominikanerordens, von der Hofkirche zu einer beliebten und gut besuchten Innenstadt-Kirche für Menschen aller Gesellschafts-

sichten mutiert. Auch die Residenz, in der sich die von Cuvilliers erschaffenen sogenannten Reichen Zimmer mit der Grünen Galerie und das bereits erwähnte Cuvilliers-Theater befinden, wird längst nicht mehr von einem Kurfürsten oder von Herzog Franz bewohnt, und die in ihrer Ausgestaltung weltweit einmalige Amalienburg längst nicht mehr von handverlesenen Gästen des Regenten betreten, sondern täglich von zahlreichen Untertanen aus aller Herren Länder besichtigt. Allein das Palais Holnstein, von François de Cuvilliers 1735 bis 1737 für Franz Ludwig Graf von Holnstein, einen illegitimen Sohn Herzog Karl Albrechts erbaut, bleibt für Besucher verschlossen: Seit 1818 in Staatsbesitz und von 2008 bis 2012 aufwändig renoviert, ist es aktuell die Residenz von Reinhard Kardinal Marx. Und bis dato trotz gegenteiliger volksnaher Ankündigungen nach der zu erheblichen Teilen mithilfe von Steuermitteln des Freistaates finanzierten Sanierung ausschließlich Kardinal Marx und seinen engsten Mitarbeitern sowie ausgewählten Gästen vorbehalten. Ähnlich hermetisch wie die Residenz des Kardinals aus dem Norden, der zum Oktoberfestbeginn vom Balkon des Palais Holnstein alljährlich dem Volk hul-

dig, war lange Zeit das Wissen über den Bauherrn des Palais in den Schatzkästchen der Vergangenheit verschlossen. Fachwelt und Laien gleichermaßen waren Originalquellen, vor allem jedoch die Querverbindungen zwischen diesen und dem historischen Kontext der europäischen Kunst- und Münchner Stadtgeschichte unzugänglich. Das ändert sich nun mit einer stattlichen Publikation über François de Cuvilliers, die anlässlich dessen 250. Todestags im Münchner Allitera-Verlag erschienen ist.

Die Eckdaten des Lebens des berühmten Hofarchitekten waren bislang bekannt, ihre inneren Zusammenhänge jedoch gewinnen hier durch elf gelungene Fachbeiträge erstmals an Form und Leben. So ist bekannt, dass Cuvilliers im Alter von 25 Jahren an den Hof von Kurfürst Max Emmanuel kam, von diesem zur Ausbildung nach Paris geschickt wurde und zehn Jahre später in München als Hofbaumeister reüssierte. Wie dies jedoch genau vonstatten ging, war bislang unerforscht. Den so verbliebenen historischen weißen Flecken der Stadt- und Kunstgeschichte und den Details des alltäglichen Lebens und Wirkens von François de Cuvilliers nehmen sich die profilierten Autoren des Sammelbandes an. Auch die Frage,

ob der bekannte Architekt des 18. Jahrhunderts vielleicht in Wahrheit ein Sprössling Max Emmanuels und damit auch ein Wittelsbacher war, wird in dem Sammelband beleuchtet: Die Tatsache, dass er nicht nur in der herzoglichen Residenz der Maxburg, sondern auch in Schloss Nymphenburg ein komfortables Arbeitszimmer hatte, dass ihm stets Reisegeld, Proviant aus der Hofküche und eine Droschke des Hofes, ja sogar Hausbesuche des kurfürstlichen Leibarztes zur Verfügung standen, und auch die exzellente Ausbildung zum Architekten und Dekorkünstler auf Kosten des Kurfürsten legen es nahe.

Und Cuvilliers? Nach seinem Tod erhielt er ein stattliches Begräbnis, sein Sohn François de Cuvilliers der Jüngere ließ 20 Messen für ihn lesen. Mit dem hübsch gestalteten Buch über sein Leben und Werk François de Cuvilliers ist Verlag und Autoren des Sammelbandes ein angemessenes Geschenk an den großen Baumeister und Künstler zu dessen 250. Todestag gelungen. **Albrecht Vorherr (Hrsg.): François de Cuvilliers. Rokokodesigner am Münchner Hof. Allitera Verlag, München 2018, 214 Seiten, ISBN: 978-3-96233-022-4, EUR 29,90**

# Zeit zu sterben?

**KI – Künstliche Intelligenz hat eine neue Qualität erreicht. In neuronalen Netzen findet sie selbstständig Wege, vorgegebene Ziele zu erreichen. Was und wie die Maschinen dabei „lernen“, lässt sich auch von ihren Entwicklern nicht mehr sicher vorhersagen und immer weniger verstehen. Und obgleich Maschinen nicht „böse“ sein können – Grund, sich Sorgen zu machen, gibt es reichlich** VON STEFAN REHDER

Am Ende von Ridley Scotts Kultfilm „Blade Runner“ reflektiert der von Rutger Hauer meisterhaft gespielte Replikant Roy Batty im Angesicht seines Todes seine kurze Existenz. „Ich habe Dinge gesehen, die ihr Menschen niemals glauben würdet. Gigantische Schiffe, die brannten, draußen vor der Schulter des Orion. Ich sah C-Beams, glitzernd im Dunkeln nahe dem Tannhäuser Tor. All diese Momente werden verloren sein in der Zeit, so wie Tränen im Regen. Zeit ... zu sterben.“

Im Los Angeles des Jahres 2019, in welchem der 1982 in die Kinos gekommene düstere Science-Fiction-Streifen spielt, sind die Replikanten der Serie Nexus-6 bereits derart hoch entwickelt, dass sie sich von Menschen nur noch mittels eines speziellen Testverfahrens, dem Voigt-Kampff-Test, unterscheiden lassen. Weil die Nexus-6-Replikanten Menschen ansonsten jedoch in praktisch allen Belangen überlegen sind, haben ihre Entwickler ihre Lebensdauer vorsorglich auf vier Jahre begrenzt. Ein Umstand, mit dem sich Roy nicht abfinden will.

Heute sind die möglichen Chancen und Risiken, welche die Erschaffung Künstlicher Intelligenz (KI) für die Menschheit birgt, sowie deren Umgang damit, längst nicht nur Thema von Science-Fiction-Filmen. In Büchern wie „Menschheit 2.0: Die Singularität naht“ von Ray Kurzweil (Lola Books, 2014) oder „Superintelligenz – Szenarien einer kommenden Revolution“ von Nick Bostrom (Suhrkamp, 2016) werden sie ausführlich diskutiert. Dabei ist die Entwicklung Künstlicher Intelligenz nach Auffassung der beiden Chefvordenker des Transhumanismus bislang nicht einmal den Kinderschuhen entwachsen. Das Beunruhigende daran: Auch die bis jetzt mit KI erzielten Leistungen und Erfolge vermögen durchaus zu beindrucken.

Ein Beispiel: 1997 gelang es dem von IBM entwickelten Schachcomputer „Deep Blue“ niemand Geringeren als den damaligen Schachweltmeister Gary Kasparov in einem Wettkampf unter Turnierbedingungen zu besiegen. Und dabei brillierte „Deep Blue“ in erster Linie durch sein Speichervolumen und seine Rechenleistung, anstatt durch das, was von KI-Forschern heute „maschinelles Lernen“ oder auch „Deep Learning“ genannt

wird. Es war die schiere Rechenleistung, die es „Deep Blue“ erlaubte, bis zu 200 Millionen Stellungen pro Sekunde zu berechnen und Kasparov in die Knie zu zwingen. „Lernen“ konnte „Deep Blue“ nicht.

Ganz anders das von der Google-Tochter „DeepMind“ entwickelte Computerprogramm „AlphaGo“, das seine Entwickler mit einer Architektur ausstatteten, die als neuronales Netz bezeichnet wird. Im Frühjahr 2016 schlug das Programm den Südkoreaner Lee Sedol, der als derzeit weltbesten Go-Spieler gilt.

Go ist ein chinesisches Strategiespiel, bei dem die Spieler abwechselnd schwarze und weiße Steine auf einem Brett platzieren. Ziel ist es, durch das Legen geeigneter Formationen am Ende möglichst große Gebiete des Spielfeldes zu beherrschen, wobei auch Steine des Gegners eingeschlossen werden können. Aufgrund des größeren Spielfeldes (19x19) und dem daraus resultierenden Vielfachen möglicher Positionen gilt Go als ungleich komplexer als Schach. In China zählte Go neben der Malerei, der Kalligraphie und der Qin-Musik traditionell zu den vier grundlegenden Künsten, die jede gebildete Person beherrschen sollte.

Im Winter 2017 präsentierte Deep Mind unter dem Namen AlphaGo Zero dann eine neue Entwicklungsstufe von AlphaGo. Dabei hatten die Entwickler die neue Version erstmals ausschließlich mit den Spielregeln des Spiels ausgestattet. Menschlichen Strategien, beziehungsweise die Zugfolgen von Partien, die Menschen gespielt hatten, wurden dem Programm vorenthalten. Und siehe da: Nachdem es drei Tage lang gegen sich selbst gespielt und so „Erfahrungen“ gesammelt hatte, war AlphaGo Zero deutlich stärker als die Version, die Lee Sedol besiegt hatte. AlphaGo Zero schlug seine

frühere Version in 100 Partien ganze einhundertmal.

Anders als bei der traditionellen Programmierung, bei der ein Programmierer einem Computer Schritt für Schritt vorgibt, welche Anweisungen von ihm ausgeführt werden sollen, wird der KI beim sogenannten „maschinellen Lernen“ – vereinfacht gesprochen – lediglich ein Ziel vorgegeben, das erreicht werden soll. Das Besondere an künstlichen neuronalen Netzwerken ist, dass sie sich – unter Beachtung der Naturgesetze – dabei selbstständig verändern und neu anordnen können, um bei der Ausführung der erwünschten Berechnungen immer besser zu werden.

Dieser Umstand flößt selbst im Silicon Valley, dem Mekka der KI-Forschung, vielen Respekt und manchen Angst ein. „Ich verstehe nicht, warum Menschen nicht besorgt sind“, erklärte unlängst Microsoft-Gründer Bill Gates. Der im Frühjahr verstorbene Physiker Stephen Hawking vertrat gar die Ansicht, dass „Künstliche Intelligenz“ das „Ende der Menschheit“ bedeuten könnte. Und Tesla-Gründer Elon Musk sagte einmal: „Wenn ich raten müsste, was unsere größte existenzielle Bedrohung ist, dann ist es vermutlich das.“

Einer, der keinen Zweifel daran hegt, dass KI zukünftige Gesellschaften massiv verändern und womöglich gar völlig neu strukturieren wird, ist der Physiker Mark Tegmark. Der gebürtige Schwede ist Professor am renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT) und Mitbegründer des „Future of Life Institute“, das die menschliche Zukunft im Zeitalter künstlicher Intelligenz erforscht.

In Cambridge arbeitet Tegmark Tür an Tür mit den weltweit führenden KI-Entwicklern, die ihm Einblicke in ihre Labors

gewährten. In seinem im vergangenen Jahr im Ullstein-Verlag erschienenen Buch „Leben 3.0“ sucht er, ausgehend von dem Umstand, dass Menschen damit begonnen haben, Maschinen zu bauen, die sich selbst programmieren können, Antworten auf die Frage, „was passiert, wenn Maschinen uns in jeder Hinsicht überlegen sind?“

In dem lesenswerten, mehr als 500 Seiten starken Werk entwirft der Physiker dabei gleich fünf alternative Zukünfte, die vom „wohlwollenden Diktator“ über den „versklavten Gott“, die Rückkehr der Menschheit zu einer vortechnologischen Zivilisation, bis zur Ausrottung durch die Maschinen sowie der vorherigen Selbsterstörung durch nukleares oder biotechnisches Chaos reichen.

Dabei definiert Tegmark „Intelligenz“ ganz einfach als die „Fähigkeit, komplexe Ziele zu erreichen“. Ob diese Fähigkeit dabei von Menschen oder Maschinen in Anschlag gebracht wird, ist für ihn nicht ausschlaggebend. Intelligenz benötige, so Tegmark, der sich zu einem materialistischen Weltbild bekennt, „weder Fleisch noch Blut noch Kohlenstoffatome“.

„Die Angst vor Maschinen, die böse werden“, sei in Wirklichkeit ein „Ablenkungsmanöver“. Tatsächlich „besorgniserregend“ sei nicht „Bosheit“, sondern „Kompetenz“. „Eine superintelligente KI ist definitionsgemäß sehr gut darin, ihre Ziele zu erreichen.“ Deshalb müsse die Menschheit sicher gehen können, „dass ihre Ziele mit den unseren übereinstimmen.“ Auch brauche eine KI, um Menschen Schaden zuzufügen, „keinen Roboterkörper, sondern lediglich eine Internetverbindung“.

Dass Maschinen keine Kontrolle über Menschen ausüben könnten, sei ein Mythos. Intelligenz ermögliche Kontrolle.

„Wir Menschen kontrollieren Tiger nicht, weil wir stärker, sondern weil wir schlauer sind.“ Wenn die Menschheit ihre „Stellung als schlaueste Spezies auf unserem Planeten“ abgebe, dann sei es auch „wahrscheinlich“, dass sie damit zugleich „die Kontrolle“ abgebe.

Ähnlich wie Ray Kurzweil unterteilt auch Tegmark die Evolution in drei Stufen. Eine biologische (Leben 1.0), eine kulturelle (Leben 2.0) und eine technologische (Leben 3.0), in der Maschinen sich selbst gestalten. Anders als Kurzweil oder als der Evolutionsbiologe Richard Dawkins, einer der bekanntesten Vertreter des „Neuen Atheismus“, verspürt Tegmark jedoch nicht den Wunsch, sich selbst programmierenden Maschinen das Feld zu überlassen. Und während Dawkins überzeugt ist, „dass alles, was ein menschliches Gehirn kann, durch Silizium repliziert werden kann“, räumt Tegmark ehrlicherweise ein, dass bisher niemand genau sagen könne, was „Bewusstsein“ sei oder wie „Intelligenz“ entstehe.

Für den Physiker aber ist das auch gar nicht ausschlaggebend. Die Tatsache, dass das Programm AlphaGo sich durch maschinelles Lernen selbst befähigte, den Profispieler Lee Sedol mit bis dato völlig unbekanntem Strategien zu besiegen, ist für Tegmark Grund genug, die Gefahr, die von sich selbst optimierenden Programmen ausgehen könnte, überaus ernst zu nehmen. „Die Menschheit hat jahrtausendlang Go gespielt und dennoch haben wir, wie die KI gezeigt hat, nicht einmal an der Oberfläche gekratzt“, zitiert Tegmark Lees Kollegen Ke Jie.

Tegmark ist kein Maschinenstürmer, der technologischen Fortschritt verteuelt. Aber er verschließt auch die Augen vor seinen möglichen Gefahren nicht. „Bis jetzt haben unsere Technologien eigentlich hinlänglich wenige und begrenzte Unfälle verursacht, so dass die Vorteile die Nachteile überwiegen. Da wir jedoch unaufhaltsam immer leistungsfähigere technische Systeme entwickeln, werden wir unvermeidlicherweise irgendwann den Punkt erreichen, wo selbst ein einfacher Unfall verheerend genug sein könnte, um alle Vorteile zunichte zu machen.“



Tausende Eltern und Kinder demonstrierten in Berlin für mehr Kita-Plätze und eine bessere Bezahlung der Erzieher. In Berlin gibt es laut Familienverwaltung rund 170 000 Plätze in Kitas und Tagespflege. Obwohl sich diese Zahl in den vergangenen Jahren stetig erhöht hat, fehlen momentan unterm Strich etwa 2 500 Plätze. Foto: dpa

# Symptom der Verunsicherung

Demonstration in Berlin: Die Kita-Krise weist auf tiefer liegende Ursachen hin  
- eine jahrelange Verdrängung wissenschaftlicher Erkenntnisse VON JÜRGEN LIMINSKI

Nun gibt es ein Elternbündnis „Kitakrise Berlin“. Es hat in Berlin am vergangenen Samstag einige tausend Eltern mobilisiert. Auch in anderen Städten wie Leipzig und Köln ist man aktiv. Aber offensichtlich ist der Mangel an Krippenplätzen in der Hauptstadt besonders groß. Dort sollen 2 500 Plätze fehlen. Dort führte man auch besonders großmütig das Versprechen von der Kita-Platz-Garantie im medialen Munde. Jetzt ist der Katzenjammer laut und die Politik ratlos, obwohl gerade die Politik mit diesem Rechtsanspruch Wahlkampf betrieben hatte. Aber nach dem Wahltermin haben sie das Thema ad acta gelegt und damit auch die Verpflichtung, die Voraussetzungen für den Rechtsanspruch zu schaffen, konkret: Für mehr Erzieher und Erzieherinnen und für mehr Qualität zu sorgen.

Nirgendwo seit der Krippenoffensive 2006 gab es ein Budget für die Ausbildung von neuem Erziehungspersonal. Dabei war schon vor zwölf Jahren mathematisch berechenbar, dass man für eine halbe Million neue Krippenplätze nach dem wissenschaftlich sinnvollen Schlüssel auch rund hunderttausend neue Erzieherinnen bräuchte oder nach dem Verwaltungsschlüssel wenigstens 20 000. Jetzt hält die zuständige Senatorin in Berlin die Kita-Betreiber an, die Einrichtungen mit Kindern befristet überzubelegen. Die Kita-Leiterin Katja Nerlich in Berlin sagt dazu in einem Interview mit der Berliner Zeitung vom 23.5.: „Da bleiben bei mir viele Fragen: Wie

viele Kinder sollen es zusätzlich sein? Für wie lange? Und was ist mit der Fürsorge- und Aufsichtspflicht? Stellen Sie sich vor, ein Kind verletzt sich auf der Schaukel. Dann wird das ein Fall für die Kita-Aufsicht. Sie prüft dann, wie viele Erzieher im Dienst waren, wie viele Kinder sie hätten betreuen dürfen. Übernimmt der Senat in so einem Fall bei Überbelegung die Verantwortung?“

Das ist nicht nur ein Beispiel für die Ratlosigkeit der Politik, sondern auch für ihre ideologische Verirrung und die Verwirrung bei den Eltern. Was überforderte Erzieherinnen leisten (müssen), können Mütter allemal besser und würdigen es auch tun, wenn die Politik das Betreuungsgeld nicht abschafft, sondern erhöht hätte. So geschieht es in Bayern und dort gibt es keine Streiks oder Demonstrationen wegen mangelnder Kita-Plätze. Denn viele Eltern suchen einen Kita-Platz, weil beide Eltern arbeiten müssen, um dezent über die finanzielle Hürde des Monatsendes zu kommen. Aber nachdem vor allem rote, tiefrote und grüne Politiker das Betreuungsgeld verächtlich gemacht und schließlich vor das Bundesverfassungsgericht gebracht hatten, wo es in die Zuständigkeit der Länder verwiesen wurde, wird die Erziehungsleistung der Eltern nur in Bayern per Betreuungsgeld finanziell anerkannt.

Es ist nur eine kleine Anerkennung, aber immerhin eine, die nach dem Programm der Regierung Söder jetzt auch vergrößert werden soll. Das bayerische Betreuungs-

geld ist ein Ansatz für die Lösungssuche bei der Kita-Krise. Es geht nicht nur das finanzielle Manko bei den Eltern an, sondern auch das Manko der Qualität. Eine weitere Antwort der Kita-Leiterin ist hier ebenfalls erhellend. Sie finde es „schlimm, dass man positive Errungenschaften bei der Kita-Qualität nun wieder hergeben soll. Der Erziehermangel führt dazu, dass sowohl die Qualitätsanforderungen als auch der Rechtsanspruch nicht wirklich eingehalten werden können... Wir legen hier die Grundlagen für die Entwicklung eines Kindes. Das müsste uns doch eigentlich allen wichtig sein und sollte sich auch in der gesellschaftlichen Anerkennung für den Beruf widerspiegeln.“ Mit anderen Worten: Die Überforderung des Kita-Personals schlägt sich auf die Qualität nieder. Aber auch hier wäre die Lösung, dass die Kinder in den ersten Jahren bei der Mutter bleiben oder nur für wenige Stunden in eine Krabbelstunde oder Kita gehen. Nirgendwo werden die „Grundlagen für die Entwicklung eines Kindes“ besser gelegt als in der Gegenwart der Mutter. Die Wissenschaft hat dazu in den letzten Jahren und Jahrzehnten hundertfach Studien vorgelegt, besonders eindrucksvoll die Hirn- und Bindungsforschung. Sie werden in einem Buch, das im Juni erscheint, zusammengefasst und in einer Kita-Ampel für die Praxis vorgestellt (siehe Tagespost vom 26.4.18). „Emotionen sind die Architekten des Gehirns“, sagte schon vor mehr als zwanzig Jahren ein Pionier der Bindungsforschung, Stanley

Greenspan. Wenn Eltern aus ihrer wirtschaftlichen Not befreit werden können, indem ihre Erziehungsleistung anerkannt wird und sie so Leistungsgerechtigkeit erfahren, dann kann auch die Qualität bei der Entwicklung des Kindes sich besser entfalten.

Hier freilich zeigt gerade auch Berlin symptomatisch eine Folge der Kita-Offensive an: Viele Eltern sind verwirrt und verunsichert. Sie sehen das Heil in der Kita, so wie man es ihnen seit Jahren einzuhämmern versucht. Mit allen Mitteln versuchen sie, einen Kita-Platz zu ergattern. Kitas erhalten regelrechte Bewerbungen mit gutsenzierten Familienfotos, eingearbeitet in die Bewerbungs-E-Mail, Mütter kommen gleich mit einem Kuchen zur Anmeldung. Einige Eltern bieten sich auch als Helfer an. Der Dauerbeschuss der Medien vor allem auf die Mütter, die beharrliche Verdrängung aller wissenschaftlich seriösen Ergebnisse durch das politisch-mediale Establishment, die (unbegründeten) Lobpreisungen der Kitas gepaart mit halbgaren Thesen über Sozialisierung und Lerneffekte, all das zeitigt giftige Früchte. Viele Mütter sind verunsichert, ob sie ihrem Kind gerecht werden können, ob es nicht doch etwas verpasst oder sozial ausgeschlossen wird, wenn es mit anderthalb oder zwei Jahren noch nicht in der Kita ist. Diese Mütter zu beruhigen oder in ihren Neigungen zu bestärken, indem man außer den finanziellen Hilfen auch die Beratungsstellen ausbaut und Kurse, Lehrgänge et cetera

für Elternkompetenz anbietet, das wäre eine Aufgabe der Politik. Von den Medien ist insgesamt nicht viel zu erwarten. Siebzig Prozent der Journalisten sind kinderlos, sie haben weder Erfahrung noch ein gesteigertes Interesse an der Thematik und den wissenschaftlichen Erkenntnissen. Sie werden, insbesondere in den öffentlich-rechtlichen Anstalten, auf ihren ideologischen Schienen weiterfahren.

Die Kita-Krise, die momentan vor allem in Berlin zum Ausdruck kommt, ist nur ein Symptom. Es geht um eine generelle Erziehungskrise in Deutschland. Sie betrifft vor allem die Kleinkinder, setzt sich aber fort in den Schulen und in der Ausbildung. Die Wirtschaft, die kurzfristig auf die Kitas als Kinderparkplätze gesetzt hat, um preisgünstig an die stille Reserve der jungen Mütter zu kommen, wird mittelfristig einen hohen Preis zahlen. Die Kinder der Migranten werden die Lücken nicht oder nur partiell füllen können, dafür fehlen ihnen die sprachlichen und kulturellen Voraussetzungen. Die Erziehungskrise wird sich auch in der Integrationsthematik zeigen. Denn Empathie, Annahme, die Bereitschaft zu Teilen und zur Aufnahme lernt der Mensch zuerst in der Familie. Aus ihr erwächst die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft. Es geht nicht ohne Familie. Wenn die Politik das nicht begreift, braucht sie sich über den auflösenden Zusammenhalt der Gesellschaft nicht wundern. Vielleicht dient die Kita-Krise wenigstens dazu, darüber nachzudenken.

## Macron – Feind der Familie

Familienpolitischer Paradigmenwechsel in Frankreich mit ersten Folgen bei den Geburtenzahlen VON JÜRGEN LIMINSKI

Die Haltung einer Regierung zur Familie bleibt nicht folgenlos. Sie beeinflusst das generative Verhalten der Bürger und die Stimmung in der Bevölkerung. So kann man nach einem Jahr Macron sagen: Die feindselige Familienpolitik der Regierung Philippe/Macron setzt die fünf Jahre der ebenfalls familienfeindlichen Politik der Regierung Hollande fort und verdüstert die demographische Zukunft Frankreichs. Das lässt sich an den Geburtenzahlen ablesen. Seit 2011 werden weniger Kinder geboren, zunächst kaum bemerkbar, seit 2015 aber in relevantem Umfang. Zwar sind es mit 767 000 immer noch deutlich mehr Geburten als in Deutschland (rund 700 000) und das trotz der geringeren Bevölkerungszahl von 65 Millionen in Frankreich zu 81 Millionen in Deutschland, aber der Rückgang um 53 000 ist signifikant und das schwäch-

ste Geburtsjahr seit 1997. Schwächer waren seit dem Krieg nur die Jahre 1976, 1993 und 1994. Das alarmiert die Experten und lässt sie nach Ursachen forschen. Denn in Frankreich ist die demographische Sensibilität sehr viel ausgeprägter als hierzulande.

Eine der Ursachen ist eben die feindselige Familienpolitik der Linksregierung unter Hollande. Systematisch wurden die Grundlagen von Ehe und Familie geschwächt und zerstört. Der Steuerquotient für Familien wurde heruntergeschraubt, so dass immer mehr Familien der Steuererleichterungen verlustig gingen und folglich immer mehr Familien mehr Steuern zahlen müssen. Auch Transferleistungen wie Kindergeld oder Betreuungszulagen wurden gekürzt; die Homo-„Ehe“ wird gegen massiven Widerstand der Bevölkerung mit Millionendemos in Paris eingeführt, der Gender-Wahnsinn gefördert.

Macron setzt diese Linie fort. Er will die Leihmutterchaft einführen, künstliche Befruchtung fördern, die Kaufkraft von Alleinerziehenden steigern und die Kaufkraft der Familien weiter schmälern. Einige dieser Vorhaben hat er bereits umgesetzt, zum Beispiel den Familienquotienten bei der Steuer weiter herunterzuschrauben, die Besteuerung von Überstunden einzuführen, die Betreuungszulagen weiter zu kürzen. Er macht ähnlich wie in Deutschland Familienzulagen vom Einkommen abhängig und führt dafür willkürliche Ober- und Untergrenzen ein. Damit „wischt er ein dreiviertel Jahrhundert Familienpolitik vom Tisch, woran sich Regierungen von links bis rechts bisher immer gehalten hatten“, wie der bekannte französische Demograf Gerard Francois Dumont bemerkt und was auch die linksliberale Tageszeitung Le Monde in einem Artikel mit dem Titel „Das Ende der

französischen Ausnahme“ beschreibt. Dumont geht in seiner Analyse noch weiter. Er befürchtet eine Annäherung an den „demographischen Winter“, wie er in Deutschland vorherrscht, weil Frankreich die Grundlage seines familienpolitischen Handelns verlässt. Diese Grundlage sieht er in Artikel 13 der Menschen- und Bürgerrechtserklärung von 1789, in dem die Besteuerung der Bürger „gleichmäßig nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten“ zu erfolgen habe. Dieser Gleichberechtigungsgrundsatz werde verlassen, denn es sei klar, dass bei gleichem Einkommen eine Familie mit Kindern weniger Möglichkeiten habe, Steuern zu zahlen als ein Paar ohne Kinder. Er befürchtet außerdem, dass die Neuausrichtung des Systems zu einer fiskalischen Teilung und Zerstörung der Familie führe, weil sie nicht mehr als Ganzes, sondern nur noch in ihren Teilen gesehen werde. Das entspricht in der

Tat dem Paradigmenwechsel, den die Unionsparteien in Deutschland unter den Regierungen Merkel vorgenommen haben, weg von der Familienpolitik hin zu einer Familienmitgliederpolitik.

In Frankreich hat die traditionelle Familienpolitik in Zeiten der Finanzkrise noch Widerstandskräfte mobilisiert. Sie ermöglichte es, die Krise ohne weitere Schäden der Einbrüche zu überdauern.

So blieb die Zahl der Geburten in den Jahren 2008 bis 2011 trotz Krise auf hohem Niveau. In anderen Ländern war das nicht der Fall. Der natalistische Sinkflug Frankreichs begann mit der Regierung Hollande und ihren strukturellen Veränderungen. Macron erweist sich diesbezüglich als gelehriger Schüler. Wie Hollande und Merkel gibt er dem unseligen, familienfeindlichen Geist Raum, sich in den Strukturen des Staates weiter zu entfalten.



Deutsche Theologen können in Israel die Schriftauslegung studieren – unser Bild zeigt jüdische Frauen an der Klagemauer vor einer Thorarolle.

Foto: KNA

# Das Judentum studieren

Für ein differenziertes Bild auf das Heilige Land: Studienleiterin Melanie Mordhorst-Mayer zu 40 Jahre „Studium in Israel“ **VON ANDREA KROGMANN**

Als das „Studium in Israel“ in den 1970er Jahren geboren wurde, war das deutsch-israelische Verhältnis geprägt von einem behutsamen Herantasten aneinander unter der Last der deutschen Geschichte. In der Zwischenzeit ist der Austausch weit fortgeschritten, auch dank eines „Dialogs auf Augenhöhe“, der das Vertrauen wachsen ließ, sagt Melanie Mordhorst-Mayer der „Tagespost“. In der 2. Intifada (2001–2002) hat die deutsche evangelisch-lutherische Pfarrerin an dem ökumenischen Studienprogramm in Jerusalem teilgenommen, seit 2016 ist sie dessen vierte Studienleiterin. Ende Mai feiert „Studium in Israel“ mit einer internationalen Jubiläumskonferenz zum „Rabbinische Literatur“ an der Hebräischen Universität (HU) in Jerusalem sein 40-jähriges Bestehen.

**Frau Mordhorst-Mayer, „Studium in Israel“, was heißt das?**

Deutschsprachige christliche Theologiestudierende aus Europa kommen für zwölf Monate nach Jerusalem, um im Masterprogramm auf Hebräisch an der HU jüdische Theologie und Schriftauslegung zu studieren. Das Programm ist ökumenisch ausgerichtet. Allerdings sind die Sprachkenntnisse bei Katholiken oft eine Barriere; denn neben Althebräisch wird auch Neuhebräisch vorausgesetzt. Das als „Grassrootsprojekt“ Ende der 1970er Jahre – als auch Christen und Juden in Deutschland langsam wieder den Kontakt aufnehmen – entstandene Programm wird seit 2002 von den Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD) gefördert und ist seit 2007 Teil von „Evangelisch in Jerusalem“. Verpflichtend vorgegeben sind neben dem Ausbau der Ivritkenntnisse Studien des Talmuds als Grundlage des rabbinischen Judentums, das Studium des Midrasch, also der jüdischen Auslegung der heiligen Schrift sowie eine Einführung in die rabbinische Literatur. Dazu kommen von uns verpflichtend angebotene, begleitende Blockseminare, Exkursionen und Vortragsreihen zu verschiedenen Themen aus Politik und Gesellschaft.

**Welchen Zweck verfolgen Sie damit?**

Ein großer Gewinn ist, mitzubekommen, dass das Judentum eine vielfältig gelebte Religion ist. Diese Vielfalt ist so in Deutschland nicht erfahrbar. Hier in Jerusalem ist es im Alltag präsent und in seinen vielen Strömungen erlebbar und greifbar. Darüber hinaus als christliche Theologinnen und Theologen auch wissenschaftlich in jüdische Schriftauslegung einzutauchen, ist sowohl für den christlich-jüdischen Dialog als auch für das eigene christliche Selbstverständnis und die Theologie eine große Bereicherung.

**Warum „brauchen“ angehende Theologen dieses Verständnis des Judentums?**

Wir haben einen Teil unserer heiligen Schriften gemeinsam: Was wir Altes Testament nennen, ist im Judentum der Tanach. Daher ist es wichtig zu sehen, dass es verschiedene Formen der Auslegung derselben Texte gibt, und dass im Judentum Auslegungen gefunden werden, die anders sind als christliche und die alle für sich in ihren Pluralitäten legitim sind; und dass das über Jahrhunderte gewachsen ist. Oder dass sich das Christentum aus dem Judentum entwi-

ckelt und an ihm geschärft hat, ebenso wie das Judentum sich auch in Abgrenzung zum Christentum weiterentwickelt hat. Heute sind es zwei gelebte Religionen, die neben- und immer wieder miteinander leben, die Gesellschaft prägen und zum Ziel haben, das Gute für die Welt zu tun. Wir sehen, dass es verschiedene Ansätze gibt und beide ihre Berechtigung haben. Wir dürfen das Judentum nicht vereinnahmen und Juden nicht die christliche Auslegung aufdrücken. Um den teilweise noch immer herrschenden verzerrten Sichtweisen entgegenzuwirken, ist es wichtig, die jüdische Schriftauslegung und das gelebte Judentum wahrzunehmen. Die Studierenden tragen diese richtigere, an der Wirklichkeit geprüfte Sicht der verschiedenen Ausprägungen des Judentums zurück in ihre Heimat, in die Theologie, in die Schulen und Gemeinden. Damit tragen sie zu einem authentischeren Bild des Judentums in Deutschland bei.

**Deutsche Studierende nach Israel zu schicken, war in den 1970er Jahren eine Art Pionierarbeit. Wie hat sich das deutsch-israelische Verhältnis seither gewandelt?**

Die ersten Jahre waren ein vorsichtiges Herantasten mit einer besonderen Sensibilität. Die Pioniere kamen bewusst mit dem Ziel, neu anzuknüpfen, sich von der deutschen Geschichte zu distanzieren und nahmen dankbar jede mögliche Begegnung wahr. In der Folgezeit wuchsen die Kontakte, aber auch das Bewusstsein für einen Dialog auf Augenhöhe, bei dem es um Respekt ging und bei dem ausdrücklich keine Mission betrieben wurde. Dadurch konnte das Vertrauen wachsen. Heute bringen viele der deutschen Studierenden noch diese Sensibilität mit, während hier in Israel eine größere Unbefangenheit herrscht. Viele Israelis waren mittlerweile in Deutschland, der Austausch ist weit vorangeschritten.

**Jerusalem ist nicht nur Juden und Christen heilig, auch der Islam ist in der Stadt präsent...**

... und auch wir haben ihn von Anfang an mit im Blick, etwa in einem Blockseminar und Vorlesungen, aber auch in Exkursionen et-

wa in die muslimische Altstadt und auf den Haram al-Scharif. Aber das Programm ist aus dem christlich-jüdischen Dialog erwachsen, das ist unser Schwerpunkt, ebenso wie Hebräisch als Sprache klare Priorität hat.

**Ein anderer Aspekt, dem man sich hier nicht entziehen kann, ist der israelisch-palästinensische Konflikt. Was bedeutet dieser für Ihr Programm?**

Der Konflikt ist schon bei der Auswahl der Studierenden ein Thema. Politische Positionen in dem Konflikt sind aber kein Ausschlusskriterium für Bewerber, anders etwa als der geäußerte Wunsch nach Judenmission. Mit unserem Begleitprogramm versuchen wir, die verschiedenen Lebensrealitäten mit einer größtmöglichen Dichte an Originalstimmen wahrzunehmen. Unser Ziel ist es, das Schwarz-Weiß-Denken aufzubrechen. Viele Studierende kommen mit Vorurteilen und merken, dass das Land viel komplizierter ist. Wenn sie am Ende mit mehr Fragen als Antworten nach Hause gehen, hatten wir Erfolg.

**Wohin geht die Reise des „Studium in Israel“ in Zukunft?**

Seit 40 Jahren sind wir auf Wanderschaft – unter anderem haben wir nie eigene Räume gehabt, sondern nach 25 Jahren in gemieteten Räumen des Ratisbonne-Instituts der Salesianer alle paar Jahre den Standort gewechselt. Unser Ziel ist es, auch räumlich anzukommen und langfristig ein Studienzentrum zu schaffen, das den Namen verdient. Derzeit haben wir ein Haus in Westjerusalem in Aussicht. Da wir ein gemeinnütziger Verein ohne eigenes Kapital sind, wird dies ein großes Fundraising-Projekt. Auch die Re-Finanzierung der Studiengebühren – 10 000 Euro kostet allein die HU pro Studierenden und Jahr – erfolgt jedes Jahr über die Landeskirchen und wird nicht einfacher. Da auch die Lebenshaltungskosten in Jerusalem sehr hoch sind, ist ein weiteres Ziel, Lebenshaltungstipendien anzubieten, damit auch in Zukunft junge Theologiestudierende für ein Jahr in Jerusalem leben und studieren können.



Melanie Mordhorst-Mayer, Studienleiterin Studium in Israel e.V. und Pfarrerin der Evangelischen Gemeinde Deutscher Sprache, Erlöserkirche, Jerusalem. Foto: Jessen Mordhorst

## Katholische Fakultät in Bochum gesichert

Die katholisch-theologische Fakultät an der Ruhr-Universität Bochum scheint gesichert. In den nächsten Tagen würden die nordrhein-westfälische Landesregierung und der päpstliche Nuntius eine Vereinbarung treffen, die den Fortbestand der Fakultät „endgültig fixiert“, sagte NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) am Montag bei einer Pressekonferenz in Rom. Nach seiner Privataudienz bei Papst Franziskus hatten Laschet und seine Delegation mit Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin auch über katholische Lehrstühle und Fakultäten in Deutschland gesprochen. In Bochum ist laut Laschet der Bestand der katholischen Theologie gefährdet gewesen, nachdem das Bistum Essen die Ausbildung seiner Priester verlegt hatte. Seiner Landesregierung sei es aber wichtig, dass katholische Theologie im Ruhrgebiet weiterhin in Fakultätsstärke vertreten sei. Der technologische Wandel, den die Region durchlaufe und bei dem es bis hin zur Anwendung künstlicher Intelligenz gehe, brauche die ethischen Antworten und Impulse der Geisteswissenschaften und der Theologie. Auch der Vatikan sei am Fortbestand universitärer Theologie interessiert. Im Übrigen dürften neu entstehende islamische Lehrstühle „nie zu Lasten christlicher Fakultäten und Lehrstühle“ gehen, betonte Laschet. Der Dialog zwischen den Religionen, zu dem Franziskus ermutigt habe, sei notwendig. Der Papst und er seien sich darin einig, Gemeinsames der Religionen – bei all ihren Unterschieden – zu nutzen, um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken. „Sind Hass und Abgrenzung die gesellschaftliche Wirkung von Religion – oder konstruktive Zusammenarbeit?“, so Laschet. DT/KNA

## Studienplatzreform für Medizin gefordert

Der Deutsche Philologenverband hat eine Abschaffung der Warteliste für einen Medizinstudienplatz und stattdessen ein völlig neues Auswahlverfahren an den Hochschulen gefordert. „Warten befähigt nicht zu einem Studium“, sagte die Vorsitzende Susanne Lin-Klitzing der „Welt“ vom Dienstag. Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits Ende vergangenen Jahres eine Neuordnung der Aufnahmeverfahren zum Medizinstudium verlangt und dabei auch die lange Wartedauer von derzeit 14 Semestern bemängelt. Die Anwendung des Numerus clausus (NC) als solches stellte das Gericht nicht infrage. An ihm will auch der Philologenverband festhalten. „Es ist richtig, dass ein Teil der Studienplätze weiterhin an die Besten eines Jahrgangs geht. In jedem Bundesland sollten 30 Prozent der Plätze an die Jahrgangsbesten gehen. 70 Prozent kämen über ein Auswahlverfahren.“ Die Philologen plädieren dafür, dass einschlägige medizinische Erfahrung im künftigen Auswahlverfahren der Hochschulen anteilig mit insgesamt 20 Prozent berücksichtigt wird. DT/KNA

## Mehr Tempo für Computer in Schulen

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) mahnt die Bundesländer, ihre Lehrer besser auf die Digitalisierung an den Schulen vorzubereiten. „Ich möchte, dass die Digitalisierung möglichst schnell die Schulen erreicht und deshalb haben wir bereits die dafür notwendige Grundgesetzänderung auf den Weg gebracht“, sagte die Ministerin der „Bild“-Zeitung (Dienstag). Noch steht aber die Abstimmung im Bundestag und Bundesrat aus. „Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Länder bis dahin die Lehreraus- und -fortbildung voranbringen und digitale Lehrformate entwickeln würden“, so Karliczek. „Wichtig ist mir, dass die digitalen Geräte sinnvoll im Unterricht genutzt werden. Sie sollen den Unterricht verbessern, dürfen Schüler aber nicht ablenken.“ DT/KNA

# Anstoß zum Denken

BKU und KAB nehmen Stellung zum Vatikan-Schreiben **VON THOMAS EMONS**

Papst Franziskus setzt die mit der Sozialenzyklika *Rerum Novarum* 1891 von Leo XIII. begründete Tradition der katholischen Soziallehre fort. Schon mit seinem Lehrschreiben *Gaudium Evangelii* hat Franziskus im ersten Jahr seines Pontifikates vor der „Vergötterung des Geldes“ und einer „Wirtschaft der Ausschließung“ gewarnt. 2013 stellte er fest: „Diese Wirtschaft tötet.“ Auch das jetzt mit seinem Segen vorgelegte Schreiben der Kongregation für Glaubenslehre warnt vor einem globalen Wirtschafts- und Finanzsystem, in dem das Geld vom „Mittel zum Zweck“ wird und nicht mehr „dient“, sondern „regiert“. Papst und Kurie weisen darauf hin, dass unser Wirtschafts- und Finanzsystem an seinen inneren Widersprüchen zugrunde geht, wenn es sich von den ethischen Grundsätzen Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Menschenwürde und Wahrheit verabschiedet. Dem „Recht des Stärkeren“ stellen Franziskus und seine Kardinäle einen „ganzheitlichen Wohlstand“ und eine „ganzheitliche Entwicklung der Menschheit“ entgegen, in der die durch Gott und seine Schöpfung hervorgebrachten Güter allen Menschen zugute kommen. Die Hüter der Glaubenslehre empfehlen der Wirtschaft den Weg der katholischen Soziallehre und beschreiben die Wirtschaft als „fruchtbaren Sauerteig“, in dem es nicht um Profit, sondern um „soziale Beziehungen“ geht und in dem Geld, für alle transparent, der realwirtschaftlichen Entwicklung und nicht der gewinnmaximierenden Spekulation dient.

„Als Bund der katholischen Unternehmer können wir hier nur zustimmen. Notwendig sind Kriterien für eine solche dienende

Funktion“, stellt dessen Bundesvorsitzender Ulrich Hemel fest. Für ihn geht es „um eine inhaltliche Diskussion“ und eine „gesellschaftliche Auseinandersetzung“ darüber, wie diese „Kriterien des Dienens“ in der Praxis aussehen sollen. „Wer definiert, was dient? Welches Interesse steckt dahinter?“, fragt der Unternehmer. Für seine Kollegen und sich nimmt Hemel in Anspruch, „dass für uns die Kopplung von sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren wichtig ist“. Aber der BKU-Chef gibt sich keinen Illusionen hin. Er sagt: „Es gilt bei solchen Themen auch um Fragen von Macht, Legitimität und Governance zu beachten.“ Nicht nur im Finanzbereich, sondern auch in der Kirche sieht Hemel die Frage: „Wer entscheidet nach welchen Spielregeln, wer setzt die Spielregeln und wer überwacht ihre Einhal-

tung?“ als „brisant und teilweise ungelöst“ an. Sein Amtskollege Andreas Luttmersmann von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung betont: „Die Grundüberlegung, dass Geld und Wirtschaft dem Menschen dienen sollen, ist nicht neu, vielleicht nicht passend zum Mainstream, aber ein Wegweiser in eine menschlichere Zukunft.“ Der Bundesvorsitzende der KAB kritisiert, dass „Wirtschaft inzwischen zum Selbstzweck geworden ist und politisches Handeln danach ausgerichtet wird, ob es der Wirtschaft an sich dient.“ Deshalb legt die Erklärung der Kongregation für die Glaubenslehre zum Finanzsystem für ihn „die Finger in die Wunde“, wenn sie die Fragen nach einer gerechten Verteilung der Wirtschaftsgüter und Dienstleistungen und der gerechten Entlohnung aufwirft.



Der Kurs für eine große Debatte über Finanzwirtschaft steht gut. Foto: dpa

## KOLUMNE

### Wirtschaft mit Würde

VON CHRISTIAN MÜLLER

Im Schatten des 200. Karl-Marx-Geburtstags jährt sich in Kürze ein Ereignis, das für unseren Wohlstand viel bedeutsamer war als die Werke des Apologeten des Klassenkampfes: Am 21. Juni 1948 führte der Direktor der alliierten Wirtschaftsverwaltung Ludwig Erhard in den drei Westzonen Deutschlands die D-Mark ein, hob die Güterrationierung auf und die geltenden Preisbindungen. Dies war der Start der „Sozialen Marktwirtschaft“, die in den 1960er Jahren Westdeutschland eine der höchsten Wachstumsraten und die niedrigste Inflationsrate unter den Industrieländern bescherte sowie eine deutliche



Christian Müller. Foto: privat

Abnahme der Einkommensspreizung. Am deutlichsten zeigte sich das „Wirtschaftswunder“ in der Arbeitslosigkeit, die bis Anfang der 60er Jahre von elf auf 0,7 % absank, so dass man sogar Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben musste. Erst als Ende der 60er Jahre praktisch alle politischen Kräfte zur keynesianischen Konjunktur Stabilisierung umschwenkten, kehrten die alten Gespenster von Stagnation und Inflation zurück. Seitdem orientiert sich die Politik mal mehr, mal weniger konsequent an der Sozialen Marktwirtschaft, obwohl sich heute praktisch alle Lager zu irgendeiner Variante von ihr bekennen.

Trotz aller ökonomischen Erfolge war die Soziale Marktwirtschaft, was wenig bekannt ist, in der Theorie zuallererst ein ethisches Konzept. In ihm bündelten sich die Vorstellungen von Ökonomen und katholischen Sozialethikern von einer menschenwürdigen Wirtschaft – einem „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Liberalismus. Nach Walter Eucken, dem Kopf der Ordnungsökonomie, soll der Staat durch eine Rahmenordnung dafür Sorge tragen, dass die Ergebnisse des Handelns der Marktakteure „verallgemeinerbar“ im Sinne des „kategorischen Imperativs“ Immanuel Kants sind – dass also niemand systematisch auf Kosten anderer Individuen wirtschaften darf.

Nicht nur wegen ihrer praktischen Umsetzungsprobleme einer Wirtschaftslenkung ohne Knappheitspreis, sondern vor allem aus moralischen Gründen kam deshalb eine sozialistische Wirtschaftsordnung nicht in Frage, da diese den Menschen zu einem bloßen Instrument der Erfüllung von Fünf- oder Zehnjahresplänen degradiert; „der Apparat“ im Sozialismus, so Eucken, „ist Zweck, der Mensch Mittel“. Der gleiche moralische Grund spricht aber ebenso gegen das Laissez-faire-Prinzip des Liberalismus. Zwar orientiert sich auch der liberale Rechtsstaat an verallgemeinerbaren Prinzipien wie der Gleichheit vor dem Gesetz, aber es fehlt ihm eine explizite Ordnung für die Wirtschaft, die die Gleichheit aller Bürger auch im Markt garantiert. Der Liberalismus übersieht, wie es 1931 die Enzyklika „*Quadragesimo Anno*“ formulierte, dass die Marktkonkurrenz eine Tendenz zur „Selbstaufhebung“ und damit auch schädliche Wirkungen haben kann: Wer sich im Wettbewerb fair verhält, wer seine Bilanzen nicht fälscht, seine Arbeiter gut bezahlt oder Umweltstandards achtet, während seine Konkurrenten all dies nicht tun, wird – ohne eine staatliche Rahmensezung, die dem entgegenwirkt – im Markt unterliegen. Der Ehrliche wäre stets der Dumme. Auch im Wirtschaftsliberalismus ist nach Eucken der Mensch daher „nur formell frei, faktisch aber unfrei“.

Die grundlegende Erkenntnis der Sozialen Marktwirtschaft ist daher, dass der Staat die Würde des Menschen nicht nur durch den Rechtsstaat, sondern auch durch die Wirtschaftsordnung erzwingen muss: Er muss Prinzipien wie Haftung, Offenheit von Märkten oder Geldwertstabilität in die Praxis umsetzen, so dass niemand die wirtschaftliche Freiheit zu Lasten der Freiheit aller übrigen Marktteilnehmer missbraucht. Krisenphänomene offenbaren daher weniger ein Marktversagen, als vielmehr Defizite in der staatlichen Durchsetzung einer gerechten Wirtschaftsordnung – in der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre etwa in der Durchsetzung von Markthaftung. Wo immer die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft aber konsistent umgesetzt wird, bleibt sie auch heute ein zukunftstaugliches Leitbild menschenwürdiger Wirtschaftspolitik – für die Diskussion um die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union genauso wie für die Reaktion auf den unfairen Protektionismus der Trumpschen Wirtschaftspolitik.

**Der Autor ist Professor am Institut für Ökonomische Bildung in Münster. Er ist Vorstandsmitglied der Joseph-Höfner-Gesellschaft.**

**Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach.**

## Marktüberblick

### DAX PENDELT UM DIE 13000-PUNKTE MARKE

Die Nachrichten der geplatzen Regierungsbildung in Italien haben die Marktteilnehmer zu Beginn der Handelswoche etwas beruhigt. Zwar bedeuten mögliche Neuwahlen im Oktober eine Verlängerung der politischen Unsicherheit um mehrere Monate, allerdings werden in dieser Zeit auch keine politischen Katastrophen passieren, so Analysten. Ein weiteres Sorgenkind sind die Autoaktien. Die Diesel-Problematik bei Daimler hat möglicherweise größere Konsequenzen, als bisher angenommen: Neuesten Berichten zufolge ist nicht nur in Vito-Modellen eine unzulässige Abschaltautomatik eingebaut worden, sondern auch in der C-Klasse. Nach diesen Meldungen erwarten Marktanalysten, dass Anleger Autotitel möglicherweise meiden könnten und diese somit unter Druck geraten. Zu Beginn dieser kurzen Handelswoche eröffnete der Dax bei 13016 Punkten. Aufgrund von Feiertagen in den USA und Großbritannien blieben die Börsen dort am Montag geschlossen.

### USA: GIPFELTREFFEN MIT NORDKOREA FINDET NUN DOCH STATT

US-Präsident Trump hatte einige Tage zuvor noch in einem öffentlichen Brief an Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un geschrieben, dass momentan ein Treffen zwischen den USA und Nordkorea aufgrund der „offenen Feindseligkeit“ nicht möglich sei. Trotz dieser Aussagen hatte Nordkorea aber weiterhin Gesprächsbereitschaft gezeigt und sogar das Atomtestgelände sprengen lassen. Dieser Schritt galt als politische Geste der Verhandlungsbereitschaft. Einige Tage später nun hat Trump



**Deutscher Aktienindex (DAX)**  
seit Jahresbeginn: +0,16%  
Jahresende: 12.917 Aktuell: 13.019  
(28.05.2018 / 09:12 Uhr)



**Dow Jones Industrials (DJIA)**  
seit Jahresbeginn: +0,14%  
Jahresende: 24.719 Aktuell: 24.753  
(25.05.2018 / Börsenschluss)



**Zinsen (Umlaufrendite)**  
Aktuell: 0,28%  
(25.05.2018 / Börsenschluss)



**EURO (gegen US-Dollar)**  
seit Jahresbeginn: -2,89%  
Jahresende: 1,1940 Aktuell: 1,1712  
(28.05.2018 / 08:30 Uhr)

Nordkorea ein „brillantes Potenzial“ bescheinigt und bestätigt, dass die Vorbereitungen für den 12. Juni auf beiden Seiten auf Hochtouren laufen. Wenige Stunden zuvor hatten Kim und der südkoreanische Präsident Moon Jae In sich zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen getroffen und über das Treffen mit den USA gesprochen. Gleichzeitig wurde auf beiden Seiten der Friedenswille betont. Auch China erklärte, dass es inständig hoffe, dass das Treffen zustande komme und erfolgreich verlaufen werde

### SCHWIERIGES ITALIEN: REGIERUNGSBILDUNG GEPLATZT

Fast drei Monate nach der Parlamentswahl ist der Versuch einer Regierungsbildung aus den europakritischen Parteien Fünf-Sterne-Bewegung und Lega gescheitert.

Am Sonntagabend gab der gemeinsame Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Giuseppe Conte, den Regierungsauftrag an den Staatschef Mattarella zurück. Dieser hatte sich zuvor geweigert, den Euro- und Deutschlandkritiker Paola Savona zum Finanzminister der neuen Regierung zu ernennen. Einen Kandidaten, der einen Euro-Ausstieg ins Spiel bringe, könne er nicht akzeptieren, so Mattarella. In den Tagen zuvor hatte die Unsicherheit über die Haltung Italiens zum Euro viele italienische und ausländische Investoren verunsichert. Nun liegt es an Präsident Mattarella, einen Ausweg aus der Regierungskrise zu suchen. Als möglicher nächster Schritt könnte eine Übergangsregierung angestrebt werden, die das Land zu Neuwahlen führt.

## Fordern und fördern

Wolfgang Clement und die katholische Soziallehre

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Bundeswirtschaftsminister in der Phase der Umsetzung der Hartz IV-Reformen: Wolfgang Clement gehört zu den Politikern, die die Republik im letzten Vierteljahrhundert geprägt haben. Dass der ehemalige Sozialdemokrat – Clement trat 2008 nach 38 Jahren öffentlichkeitswirksam aus Kritik am Wirtschaftskurs seiner Partei in der Nach-Schröder-Periode aus – sich auch durch Prinzipien der katholischen Soziallehre leiten lässt, ist allerdings weitgehend unbekannt.

Darauf macht nun ein kleines Bändchen aufmerksam, das aus Anlass der Verleihung des Heinrich-Pesch-Preises an den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister im letzten Jahr nun erschienen ist. Heinrich Pesch gehörte zu den prägenden Vordenkern der katholischen Soziallehre Anfang des 20. Jahr-

hunderts. Seinem Erbe fühlt sich besonders der Unitas-Verband verpflichtet, dem Pesch seit seiner Studienzeit angehörte. Deswegen initiierten Unitarier auch diesen Preis und zeichnen regelmäßig Persönlichkeiten aus, die im Sinne Peschs Politik und Wirtschaft gestalten.

Clement, so der Laudator Jürgen Aretz in seinem Beitrag, habe durch seine Maxime „fordern und fördern“ gezeigt, wie sich Sozial- und Individualprinzip innerhalb unserer Wirtschaftsordnung die Waage halten können. Neben der Dankesrede Clements findet sich schließlich im Band auch ein Beitrag von Lothar Roos zum Wirken von Heinrich Pesch.

**Jürgen Aretz, Wolfgang Clement, Lothar Roos: Subsidiarität und Solidarität. Althus Verlag, 2017, 72 Seiten, ISBN 978-3-932483-63-9, 9,90 Euro**

# Glanzpunkt katalanischer Romanik

Das Bergkloster Sant Pere de Rodes ist eines der schönsten Nordostspaniens **VON ANDREAS DROUVE**

**G**nadenlos zieht sich der Pfad bergan. Steinig, staubig, steil. Schmetterlinge tanzen. Eine Nachtigall tiriliert. Es duftet nach Lavendel. Überall wachsen Zistrosen, Baumheide, Ginster, Feigenkakteen, Wacholder. Entlang der Wanderroute vom Meer hinauf zum Bergkloster Sant Pere de Rodes schüttet die mediterrane Natur ihr Füllhorn aus. Stille und Friedensstimmung hängen über dem Hinterland der Costa Brava, der „Wilden Küste“.

Startpunkt der Wanderung auf dem rot-weiß markierten GR-II zum einstigen Benediktinerkloster Rodes ist der Strand- und Hafentort Llançà. Nach dem Gang durch die kleine Altstadt und an der Sankt-Vinzenzkirche vorbei löst sich der Wanderweg im letzten Kreisverkehr vom Asphalt. Die über zweistündige Strecke in die Bergwelt der Serra de Rodes hat es mit über 500 Höhenmetern nun in sich und steigert die Vorfreude auf eines der schönsten Klöster in der nordostspanischen Region Katalonien. Es zeichnet sich bereits aus weiter Ferne ab und macht mit Türmen und Zinnen eher den Eindruck eines Kastells denn einer christlichen Anlage. Bis zur Ankunft rinnen allerdings noch reichlich Schweißströme über den Rücken, vor allem auf kurzen Rampen, die über 30 Prozent ansteigen. Der letzte Kilometer verläuft gerade, aber ernüchternd, über ein Sträßchen bis zum Parkplatz, danach über einen betonierten Fußweg.

Den Auftakt zum Komplex macht das einstige Pilgerspital. Das Dach fehlt, aus den Mauern wuchert Unkraut. Pilgerreisen, so liest man im Führer zu dem im 9. Jahrhundert erstmals dokumentierten Kloster,

fanden bereits „sehr früh“ statt. Bekannt war, dass bis 1697 jedes Jahr, in dem der Tag der Kreuzfindung, der 03. Mai, auf einen Freitag fiel, als Jubeljahr gefeiert wurde. Im Fokus der Pilger sollen Reliquien des heiligen Petrus gestanden haben; welche genau, lässt sich nicht mehr nachvollziehen.

Die wechselhafte Geschichte des Klosters besagt, dass die Glanzzeit ab dem 10. Jahrhundert begann, als sich ein Adeliger namens Tassi und Graf Gausfred von Ampurias für Sant Pere de Rodes interessierten

„Der Eintritt in die romanische Kirche befremdet auf angenehme Art: Sie ist hoch aufgerissen und licht“

und dem Kloster große Ländereien vermachte. Außerdem, so heißt es, gestanden die Päpste und die fränkischen Könige dem Kloster Privilegien zu. Der Bau der Kirche setzte einen Glanzpunkt der katalanischen Romanik. Die Anlage der Benediktiner gewann als geistlich-politisches Machtzentrum und als Pilgerziel mehr und mehr an Bedeutung. Erste Zeichen des Niedergangs setzten im 14. Jahrhundert ein, ausgelöst durch Kriege und Epidemien im hiesigen Landstrich Empordà. Eine wirtschaftliche Erholung war im 17. und 18. Jahrhundert an die Ausbreitung des Weinbaus in Katalonien geknüpft. Doch nach Plünderungen durch Diebesbanden und französische Truppen fassten die Mönche 1798 den Entschluss, das Kloster endgültig zu verlassen. Sie ließen sich in den geografischen Nieder-

rungen in Vila-sacra nieder und zogen um nach Figueres, bis die landesweiten Klosterenteignungen der Gemeinschaft 1835 den Todesstoß versetzten.

Die Anlage von Rodes war lange Zeit dem Verfall ausgesetzt. So wurde das wertvolle, gegen Mitte des 12. Jahrhunderts in der Werkstatt des Meisters von Cabestany gefertigte Marmorportal der Kirche zerlegt und gestohlen. Es wanderte zu Sammlern und in Museen ab; in der Vorhalle sind Kopien zweier Reliefs ausgestellt.

Zum Glück kam es im letzten Jahrhundert zu einer Rückbesinnung darauf, welcher architektonischer Schatz das Areal in der Bergeinsamkeit war. Heute geben Ausgrabungen und Restaurierungen einen Eindruck von der alten Pracht und haben Sant Pere de Rodes zu einem der meistbesuchten Baudenkmäler in Katalonien gemacht.

Der Eintritt in die romanische Kirche befremdet auf angenehme Art. Nicht düster und gedungen ist sie, sondern hoch aufgerissen und relativ licht. Ein außergewöhnlich mächtiges System aus Pfeilern und Säulen trägt das sechzehn Meter hohe Tonnengewölbe des Hauptschiffs. Der Klosterführer stellt das gewaltige Planungsvorhaben, das dahinter stand, heraus: „Um die Großartigkeit der Kirche von Rodes zu verstehen, muss man bedenken, dass sie an einen Berghang gebaut wurde. Im südlichen Bereich der Kirche wurde der Fels abgetragen und im Norden ein Gefälle von bis zu vier Metern aufgefüllt, um den Boden für das Bauwerk und sein Hauptschiff zu eben.“

Punktgenau ins Licht der Strahler gesetzt sind hoch auf den Säulen die Kapitelle mit ihren fantasiereichen Motiven. Die teils



Blick über die Klosteranlage Sant Pere de Rodes. Bereits aus weiter Ferne erkennt man die Zwillingstürme mit ihren Zinnen. Foto: fotolia.com

verschlungenen Wege führen weiter in den Chorumgang und in die Krypta, in den unteren und oberen Kreuzgang, an den Glocken- und Wehrturm, in die alten Weinlager. Zuweilen muss man den Kopf einziehen. Ein Panoramaplateau gibt den Blick frei bis zum Ziel des Abstiegs an der Küste: El Port de la Selva. Nicht ohne sich vorher im Klosterrestaurant gestärkt zu haben.

Keine Touristenfalle, sondern richtig gute Küche.

Die Strecke bergab zerrt an Bändern und Gelenken, bis der Steinfeld auf eine leicht begehbare Piste mündet. Endlich heißt es „geschafft“, Ankunft in El Port de la Selva. Teppiche aus Mittagsblumen breiten sich aus. Das Bad im Meer ist eine fantastische Belohnung zum Abschluss.



PANTHEON – CHRISTLICHE KIRCHE SEIT 608



GROSSARTIGER MOSAIKSCHMUCK IN SAN CLEMENTE



PIAZZA NAVONA MIT VIERSTRÖMBRUNNEN



BLICK ÜBER DEN TIBER AUF DEN PETERSDOM

Pilger-Studienreise *Die Tagespost* vom 20. bis 27. Oktober 2018

## Roma Cristiana

2000 Jahre Papstgeschichte in der Ewigen Stadt

Leserreise aus Anlass des 70-jährigen Gründungsjubiläums

„Ihre“ *Tagespost* feiert am 28. August 2018 ihr 70-jähriges Gründungsjubiläum. Dieser besondere Jahrestag bietet für uns Anlass, Sie, liebe Leser und Freunde der Zeitung, zur Teilnahme an unserer Jubiläums-Leserreise nach Rom, in das Zentrum der katholischen Kirche, einzuladen. „Und so kamen wir nach Rom“ (Apg 28,14) – als der Apostel Paulus 59. n. Chr. in der vom römischen Kaiser Nero beherrschten Stadt am Tiber eintraf, wurde Rom bereits als „Ewige Stadt“ bezeichnet. Der spätere Vorrang Roms innerhalb der Kirche beruht jedoch nicht auf diesem vorchristlichen Führungsanspruch, sondern auf dem Umstand, dass Petrus und Paulus hier predigten und starben.

Frühchristliche Kirchenbauten, signifikante Stätten des Papsttums, wichtige Wallfahrtskirchen und sakrale Meisterwerke erwarten Sie, liebe Leser! Eine Fahrt nach Manoppello bereichert Ihr Pilgerprogramm. Unsere Pilger-Studienreise wird von *Tagespost*-Herausgeber Prälat Günter Putz geistlich geleitet, der mit seinen Gästen täglich die Heilige Messe feiert. Begleiten werden unsere Gäste **Chefredakteur Oliver Maksin** und **Guido Horst**, unser römischer Korrespondent. Als Ergänzung des niveaувollen Besichtigungsprogramms sind **Begegnungen und Gespräche mit bedeutenden Persönlichkeiten der katholischen Kirche** geplant.

**Wir laden Sie, liebe Reisefreunde, herzlich ein, gemeinsam mit Ihrer *Tagespost* nach Rom zu reisen und bei unserer exklusiv für unsere Leser maßgeschneiderten Pilger-Studienreise Zeuge der lebendigen Weltkirche zu werden, die auf eine 2000-jährige Geschichte zurückblickt.** Die Kunsthistorikerin **Regina Rakow** ist Ihre Reiseleiterin; sie wird Sie zu bedeutenden Gotteshäusern und Pilgerstätten Roms führen und Sie nach Castel Gandolfo begleiten. Auf Ihrer Pilgerfahrt nach Manoppello macht der **Journalist Paul Badde** Sie mit der Geschichte des „Schleiertuchs von Manoppello“ vertraut.

**Bitte fordern Sie das detaillierte Programm unserer *Tagespost*-Jubiläumsreise nach Rom an!**

### UNSER ANGEBOT

- ▶ Flugreise mit Linienflügen der Lufthansa: Frankfurt-Main - Rom / Rom - Frankfurt-Main inkl. Reiserücktrittskosten- und Reiseabbruchversicherung (mit Selbstbehalt)
- ▶ 7 Übernachtungen im Doppel- bzw. Einzelzimmer im zentralen 4-Sterne-Hotel „Massimo d'Azeglio“
- ▶ Halbpension inkl. Frühstücksbuffet und Abendessen

Preis pro Person im Doppelzimmer: EUR 2.590,-  
Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 390,-  
(DZ zur Alleinnutzung)

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen  
Anmeldeschluss: 1. August 2018

Veranstalter der Reise: Singer-Reisen GmbH, Würzburg

### INFO-COUPON

Bitte senden Sie mir ausführliche Informationen zur Leserreise *Die Tagespost* 2018 nach Rom zu.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Telefon

eMail

Coupon bitte ausschneiden und senden an: Telefax 0931 30863-33. Oder per Post an: J. W. Naumann Verlag GmbH, Leserservice, Dominikanerplatz 8, 97070 Würzburg. Gerne beantworten wir auch Ihre E-Mail-Anfrage: Stichnoth@die-tagespost.de

Die  Tagespost

# 350 000 Ein „Zeichen des Friedens“

Erfüllter Wunsch: Regensburger Pilger stiften Glocke für Kloster in Emmaus-Nicopolis **VON ANDREA KROGMANN**

Die „Lange Nacht der Kirchen“ hat in der Vorwoche 350 000 Menschen in Österreichs Kirchen gelockt, allein 150 000 in Wien. Damit sind etwa gleich viele Menschen wie im Vorjahr der Einladung aller in Österreich vertretenen christlichen Kirchen gefolgt. Die 14. „Lange Nacht“ bot mit 2500 Veranstaltungen in 620 Gotteshäusern ein buntes Programm. Das biblische Motto lautete „Auch blieben sie die Nacht über um das Haus Gottes“. Besonderer Anziehungspunkt war der Wiener Stephansdom. Mehr als 40 000 Besucher wurden dort gezählt. Die nächste „Lange Nacht der Kirchen“ ist am 24. Mai 2019.

## Karol Wojtyła zur Lektüre empfohlen

**WARSAU (DT)** Die bekannte polnische Psychiaterin Wanda Póltawska (96) ermutigt junge Menschen dazu, die Dokumente von Johannes Paul II. alias Karol Wojtyła zum Thema Ehe und Familie zu lesen. Bei einer Buchpräsentation im Dominikanerkloster in der Warschauer Altstadt empfahl die langjährige Vertraute des heiligen polnischen Papstes vor allem das Buch „Liebe und Verantwortung“. Dieses Buch aus dem Jahr 1960 sei eine „Pflichtlektüre“, aber auch der Brief des Papstes an die Familien (1994) sei lohnend, weil all diese Reflexionen die Frucht seiner langjährigen Arbeits-erfahrung mit jungen Leuten seien.

Póltawska, die während des Krieges im KZ Ravensbrück medizinische Versuche von Nazi-Ärzten an sich erleiden musste und danach in Krakau Medizin und Psychologie studierte, erinnerte – wie die Katholische Nachrichtenagentur Polens (KAI) berichtet – dabei auch an zwei Sätze von Wojtyła, die er an Gläubige mit Eheproblemen gerichtet habe: „Entwerft füreinander zuerst ein Minimalprogramm. Zerstört einander nicht. Dies ist kein positives Programm, es ist ein minimal negatives Programm. (...) Und der zweite Satz lautete: Es gibt einen Ausweg: die Tür der Demut. Ein jeder von euch knie nieder und sage: meine Schuld. Denn wenn man sagt: Deine Schuld, dann gibt es keinen Ausweg.“ Diese Sätze hätten ihr bei der Arbeit mit Ehepaaren sehr geholfen.

Póltawska, die in den 1960er Jahren auf die Fürsprache von Pater Pio, um die ihn Wojtyła gebeten hatte, von einer schweren Krankheit geheilt wurde, stellte im Kloster ihr neuerschienenes Buch „Genealogia divina“ (Göttliche Herkunft des Menschen) vor, in der wichtige Vorträge von ihr aus den vergangenen Jahren zu finden sind. „Ich wollte den Menschen beibringen, dass sie nicht geboren, sondern erschaffen sind. Aber das ist nicht meine Lehre, sondern lediglich die Lehre der römisch-katholischen Kirche nach dem Verständnis von Karol Wojtyła, den ich kurz nach meinem Studienabschluss kennengelernt habe.“

Gespendet von Katholiken aus Bayern, aus dem Zoll befreit von jüdisch-israelischen Freunden, montiert von muslimischen Arbeitern: Was wie ein modernes Märchen klingt, ist mit der offiziellen Einsegnung der „Patrona Bavariae“ durch den katholischen Patriarchalvikar in Israel, Hanna Kildani, in Emmaus-Nicopolis am Sonntag Wirklichkeit geworden: 25 Jahre nach ihrer Ankunft an der historischen Stätte hat die Gemeinschaft der Seligpreisungen eine Glocke für ihr Kloster erhalten. Von nun an soll sie die Ordensleute, Pilger und Passanten an das Gebet um das größte Manko in ihrem Klangraum erinnern: Frieden im Heiligen Land und in Nahost.

„Im Brotbrechen in Emmaus haben die Jünger Jesus neu erkannt“, erinnerte der aus Nazareth als Vertreter der katholischen Ortskirche angereiste Patriarchalvikar Hanna Kildani während der Festmesse anlässlich der feierlichen Einsegnung der Glocke in seiner Predigt. Denn das Brechen des Brotes, so der Jordanier, wird zum sakramentalen Zeichen, so wie Jesus nach Auferstehung und Himmelfahrt auf sakramentale Weise erkannt werden will: „Nicht mehr mit den Augen des Körpers, sondern mit den Augen des Herzens und des Glaubens!“ Das erste „Wort“ am Sonntag hatte, nach Sätzen des Dankes von Klosterprior Pater Franz von Sales und der Initiantin der Glockenspende, der Regensburger Diözesansprecherin der „Charismatischen Erneuerung“, Irmgard Hilmer, die „Patrona Bavariae“ selbst: Zum Gloria ertönte ihr Ruf erstmals über das Kloster und den heiligen Ort.

Glocken, erklärt Irmgard Hilmer, „symbolisieren Freiheit und gelten als die Stimme des Himmels“. Mit ihr, so der Wunsch der Niederbayerin, soll gleich noch ein zweites Element aus Bayern nach Emmaus importiert werden: Vor hundert Jahren, im ersten Weltkrieg, wandte sich König Ludwig III. mit der Bitte an den damaligen Papst Benedikt XV., er möge die Bayern dem Schutz der Gottesmutter Maria unterstellen. Jenes Abbild der „Patrona Bavariae“ zielt die Friedensglocke von Emmaus-Nicopolis, auf dass sie „den Frieden, den wir in Bayern schon so viele Jahrzehnte genießen, auch im Heiligen Land einläuten möge“. Eine Friedensglocke inmitten von Zeiten, die „alles andere als auf Frieden“ stehen: Für Pater Franz von Sales liegt gerade hier das Zeichen. Schon als der Traum von der Glocke für Emmaus vor gut drei Jahren erstmals in Greifweite schien, waren die Zeiten im Heiligen Land turbulent, umso wichtiger scheint ihre Mission: „Bei jedem Läuten soll sie uns an das wichtige Anliegen erinnern, für Frieden hier zu beten!“



Patriarchalvikar Hanna Kildani freut sich mit der Gemeinschaft und Gästen über die Glocke.

Foto: A. Krogmann

Dass die Bronzeglocke ab jetzt im Kloster von Emmaus-Nicopolis ihren Dienst tun darf, hat auch mit Zufall zu tun. Oder, wie Irmgard Hilmer es formuliert, „von Gott zugefallen“. Wiederholt hatte Pater Franz von Sales, der als geistlicher Begleiter Gruppen durchs Heilige Land führt, gegenüber den Pilgern aus Niederbayern von seiner Glockenleidenschaft schon von Kindesbeinen an erzählt – und von seinem Traum von einer Glocke für seine Gemeinschaft.

Die Gruppen um Irmgard Hilmer kamen wieder, der Herzenswunsch nach einer Glocke aus Bayern blieb bestehen. Dass dann mit Max Bauer ein Freund Hilmers aus Kindertagen nach langen Jahren zufällig ihren Weg kreuzte, musste wie ein Wink des Himmels gelten. Aus dem Kinderfreund war ein Glockengießer geworden, dessen jüngstes Werk: eine „Patrona Bavariae“, 70 Kilos schwer, rund 60 Zentimeter im Durchmesser, perfekt für Emmaus und Pater Franz von Sales.

Irmgard Hilmer versammelte Freunde und Mitpilger um sich und sammelte Geld. Für die Glocke und den aufwendigen Transport nach Israel, dem Löwenanteil an der Spendensumme. Und sie organisierte die nächste Reise, mit einem besonderen Höhe-

punkt: Zum ersten Einsatz der Glocke aus Bayern live im Heiligen Land.

Mit der Glocke komme ein „erstes Zeichen des Friedens aus Bayern“, sagte Patriarchalvikar Hanna Kildani und forderte von der versammelten Gemeinde „mehr davon“: Glocken für alle zerstörten Kirchen in Syrien, im Irak, in der Region sollte der Westen stiften – statt Waffen an Extremisten zu liefern, die damit eine ganze Region ins Unheil stürzen. „Stiftet Frieden, stiftet Glocken und sendet uns, was gut ist. Denn das Heilige Land braucht Heilung, Liebe und Versöhnung.“ Den zweiten Wunsch, den Kildani den Feiernden mit auf den Weg gibt, muss er nicht zweimal sagen: „Lächelt – denn das Lächeln ist wie eine kleine Glocke, die ausstrahlt.“

Bei strahlendem Wetter und mit strahlenden Gesichtern versammelte sich die Festgemeinde nach Abschluss der Messe auf dem Dach des Klosters zur Segnung von Glockenstuhl und Glocke. Geweiht hat das kunstvolle Bronzestück aus der Gießerei in Wörth/Donau der Regensburger Diözesanbischof Rudolf Voderholzer schon im März im niederbayerischen Elisabethszell. „Jesus schenkte den Osterrieg, und er wurde zum ersten Mal gefeiert, als Jesus mit den Jün-

gern in Emmaus das Brot brach“, sagte Voderholzer anlässlich der Glockenweihe. „Wer von nun an nach Emmaus kommt, wird die Glocke hören“, predigte Patriarchalvikar Hanna Kildani am Sonntag. Und wie die Klostergemeinschaft die Präsenz des sakramentalen Jesus lebe, werde die Glocke zu einer Sakramentalie: „Jeder, der vorbeikommt, ob Christ, Jude, Muslime oder Atheist, wird von ihrem Klang daran erinnert, dass Jesus hier gegenwärtig ist.“

Einst soll die Glocke zum Gebet rufen, freudige und traurige Anlässe mit ihrem Schlag verkünden. An diesem Sonntag ist die Freude über die Existenz der „Patrona Bavariae“ auf dem Dach, die Glockenschlag um Glockenschlag von der kleinen Anhöhe über das Land klingt, kaum zu überhören: Ausdrücklich jeder, sagt Pater Franz von Sales, sei eingeladen auf dem Weg vom Dach zum feierlichen Empfang das Seil in die Hände zu nehmen und die Glocke läuten zu lassen.

Den Anfang macht der gebürtige Sauerländer, der seit 20 Jahren im Heiligen Land lebt, ausgiebig selbst. Mit der „Stimme des Himmels“, der Glocke aus Bayern, haben sich für ihn ein Herzenswunsch und ein Traum erfüllt.

## GLOSSE

# Plädoyer für das große Binnen-E

VON SEBASTIAN MOLL

Wir alle benutzen sie Tag für Tag: Personalpronomen. Ich, du, er, sie, es, wir, ihr, sie. In der dritten Person Singular wird korrekt zwischen der maskulinen, femininen und neutralen Form unterschieden. Doch was finden wir im Plural vor? Plötzlich gibt es nur noch ein einheitliches Pronomen, das mit dem Femininum des Singulars identisch ist! Das bedeutet also, mehrere Männer können in der deutschen Sprache durch ein feminines Pronomen ersetzt werden, wodurch unserer Unterdrückung Tür und Tor geöffnet werden. Ewiggestrige Antimaskulinistinnen wollen uns glauben machen, es handle sich hierbei lediglich um eine grammatikalische Konvention, die keinerlei Benach-

teiligung der Männer zum Zweck habe. Doch die Mender-Studies haben durch Sezieren der Gehirne lebender Probanden eindeutig belegen können, dass die Erwähnung des Pronomens ‚sie‘, auch wenn es als Plural und somit mit völlig anderer Verbform gebraucht wird, im Kopf für den Bruchteil einer Nanosekunde das Bild einer Frau entstehen lässt. Dieser Diskriminierung ist augenblicklich ein Ende zu setzen!

Außerdem geht die Verschwörung noch weiter und wird vollends offensichtlich, wenn man sich bewusst macht, dass wir denselben matriarchalischen Mechanismus im Bereich des bestimmten Artikels vorfinden. Der, die, das – soweit der Singular. Doch sollen wir ernsthaft annehmen, es sei ein Zufall, dass wir im Plural wieder einheitlich das feminine ‚die‘ vorfinden? Für wie dumm halten uns diese Leute eigent-

lich? Aus dem Mann wird im Plural eine die, und wir sollen glauben, dahinter stecke kein System?

Den Höhepunkt bildet aber die im Deutschen gebrauchte höfliche Anrede, bei der, wie könnte es auch anders sein, ausschließlich das weibliche Pronomen ‚Sie‘ verwendet wird, für gewöhnlich sogar großgeschrieben, als sei die grammatikalische Herrschaft der Frau über den Mann in unserer Sprache nicht bereits hinreichend zementiert. Eine Gesellschaft, die bei jedem Akt der Höflichkeit alle Männer per grammatikalisches Dekret ausschließt, kann vom zivilisatorischen Standpunkt her nur noch als rückständig bezeichnet werden. Seien wir uns darüber im Klaren: Wer jetzt noch verharmlost, wer jetzt noch nach plumpen Entschuldigungen sucht, entfernt sich von der Gemeinschaft derer, die eine geschlechtergerechte Gesellschaft anstre-

ben. Wie kann eine Lösung aussehen? Das Einfachste scheint mir, ein großes Binnen-E einzuführen, mit dem sowohl bei den Personalpronomina und der Anrede, als auch bei den Artikeln maskuline und feminine Formen miteinander verbunden werden können. Das Personalpronomen der 3. Person Plural sowie die höfliche Anrede lauten also in Zukunft „siEr“, der bestimmte Artikel im Plural „diEr“. Insbesondere angesichts der derzeitigen Welle von Flüchtlingen halte ich es für dringend erforderlich, diese Änderungen unverzüglich vorzunehmen, so dass diejenigen, die sich nun erstmalig mit der deutschen Sprache vertraut machen, nicht automatisch unsere matriarchalischen Strukturen in ihre Köpfe aufnehmen und stattdessen zu freien, selbstdenkenden Bürgern erzogen werden können.

## Bild der Woche

Jubelnde Frauen und Männer in Irland. Der Grund ihrer Freude? Gespenstisch. Bei einem Referendum hat sich die Mehrheit der Iren für die Aufhebung des Abtreibungsverbotes ausgesprochen – Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche sollen legalisiert werden. Die „Kultur des Todes“ hat 1945 also nicht aufgehört. Auch nicht 1989. Sie lebt weiter. In bunter Offenheit – in der Illusion, eine Kultur des Lebens zu sein. Foto: dpa



# Nächstenliebe im Silicon Valley

Die Wirtschaft Kaliforniens boomt. Doch viele Menschen dort leben am Existenzminimum. Ist „Obamacare“ eine echte Hilfe? Katholische Ordensleute versuchen, die sozialen Lücken der Politik zu schließen **VON ANDREAS BOUEKE**

Die letzte große Reform des öffentlichen Gesundheitswesens der USA liegt lange zurück. In den sechziger Jahren unter Präsident Lyndon Johnson entstand das Medicare-Programm für Senioren und Medicaid für die Ärmsten. Mit „Obamacare“ sollten endlich die zwanzig Prozent der Bevölkerung, die bisher keine Krankenversicherung hatten, einen günstigen Zugang ins Versorgungssystem bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden Millionen US-Amerikaner verpflichtet, eine Krankenversicherung abzuschließen.

## Die Pflichtversicherung lehnen manche ab

Befürworter der Reform behaupteten, sie sei ein Wirtschaftsmotor. Und wirklich: Seit der Einführung sind im Gesundheitsbereich rund neun Prozent neue Arbeitsplätze entstanden. Doch Kritiker lassen dieses Argument nicht gelten. Sie bezeichnen das Projekt als „job killer“. Den Krankenhäusern und der Ärzteschaft würden zu hohe Kosten aufgebürdet. Bisher ist es der Regierung Trump nicht gelungen, das Großprojekt seines Vorgängers rückgängig zu machen, doch womöglich gelingt das durch die Hintertür. Ende 2017 hat der Kongress eine Steuerreform verabschiedet, die „Obamacare“ nach und nach die finanzielle Grundlage entzieht. Die Gegner der Reform lehnen vor allem den Beteiligungszwang ab, erklärt Pater Ivan Tou C.S.P., Missionspriester vom hl. Paulus und Sohn chinesischer Einwanderer: „Viele Leute wollen nicht, dass der Staat ihre Freiheit einschränkt. Heute sind sie verpflichtet, versichert zu sein. Sie klagen: ‚Ich werde da in etwas reingedrängt, das ich gar nicht haben möchte.‘“

Pater Ivan Tou ist froh, dass seine Eltern die Armut in China überwunden haben. „Die Kirche glaubt daran, dass jeder Mensch ein Recht auf Gesundheitsfürsorge hat. Offenbar ist das ein fundamentales Recht. Aber es gibt auch Menschen, die Gesundheitsversorgung nicht für ein Recht

halten, sondern für eine Option. Vor Obamacare hatte jeder die Wahl. Wer versorgt werden wollte, musste dafür zahlen. Wer keine Versicherung haben wollte, wurde nicht gezwungen.“ Die Versprechungen einer umfassenden Freiheit haben viele kluge Köpfe aus aller Welt in die USA gelockt. So jedenfalls sieht es Yu Huning, ein Biochemiker, der vor zwanzig Jahren aus Shanghai nach Kalifornien gezogen ist. „Als das mit ‚Obamacare‘ angefangen hat, musste ich plötzlich das Doppelte an Versicherungsprämien zahlen“, ärgert er sich. „Viele Leute werden dazu gezwungen, eine Versicherung zu kaufen, obwohl sie wissen, dass sie gesund sind. Bei meinem Gehalt von etwa 100 000 Dollar und einer vierköpfigen Familie ergibt das rund 3 000, 4 000 Dollar.“ Eigentlich sollte „Obamacare“ das Anwachsen der Gesundheitsausgaben in den USA drosseln. In keinem anderen Land der Welt ist dieser Sektor so kostspielig. Doch auch dieses Ziel wurde nicht erreicht. Pater Ivan plädiert dafür, Teile der Reform zurückzudrehen: „Einer der höchsten Werte dieses Landes ist die Möglichkeit, eigene Entscheidungen zu treffen. Aber in einem sozialisierten Gesundheitssystem kannst du nicht selbst entscheiden. Die Regierung or-

ganisiert deine Gesundheitsversorgung.“ Der Betriebswirtschaftler Gary Richmond verdient sein Geld damit, Menschen den Weg durch das Labyrinth der Dienstleister zu weisen. „Ich organisiere den Zugang der Kunden in den Gesundheitssektor. Zum Beispiel verabrede ich Termine beim Doktor, kommuniziere Versicherungsinformationen oder überweise Zahlungen. All das ist übertrieben aufwendig, mit unnötigen Kosten. Meiner Meinung nach ist es ein überkomplexes, korruptes System.“

In diesem System müssen „Obamacare“-Patienten meist ganz hinten anstehen. Sie werden anders behandelt als privat Versicherte. Diagnosemethoden werden aufgrund des Preises und nicht aufgrund ihrer Genauigkeit ausgewählt. Kostspielige Therapien werden nicht verschrieben, auch wenn es gute Gründe gäbe, diese anzuwenden. „Obamacare bietet Lösungen“, räumt Gary Richmond ein. „Aber die sind alles andere als perfekt. Es ist wunderbar, dass heute alle eine Versicherung haben können. Aber das hat nichts daran geändert, dass die eigentliche Entscheidungsgewalt weiterhin bei den Versicherungskonzernen liegt. Für sie ist die Gesundheitsversorgung zuallererst ein profitables Geschäft.“ Insbesondere

Einwanderern aus Lateinamerika fällt es schwer, sich für „Obamacare“ zu registrieren. Die Mexikanerin Olga Ventrua leistet sich nahezu nie einen Arztbesuch. „Ich kaufe lieber Mittel, die ich zu Hause machen kann. Tees zum Beispiel oder Öle. Die Rezepte finde ich auf YouTube.“

Wer so lebt, geht ein hohes Risiko ein, meint Manuel de Paz, der vor zwanzig Jahren aus El Salvador in die USA gekommen ist. „Ein Leben ohne Krankenversicherung ist wie russisches Roulette“, sagt er. „Wenn du plötzlich einen Krankenwagen brauchst, kann das 3 000 Dollar kosten, nur damit du zum Krankenhaus kommst. Wenn du dort einen Tag lang bleibst, kostet das womöglich 5 000 Dollar. Wenn du ein oder zwei Wochen in der Intensivstation bist, kostet das fünfzig-, hunderttausend Dollar.“

Manuel de Paz lebt legal in den USA. Seinen Aufenthaltsstatus hat er mit Hilfe der Kirchenasylbewegung bekommen. Die Organisation der katholischen Schwester Maureen Duignan hat bisher 9 000 Flüchtlingen einen offiziellen Asylantenstatus besorgt. „Einige unserer Leute haben sich für ‚Obamacare‘ eingeschrieben“, erzählt sie. „Für sie ist ‚Obamacare‘ eine große Hilfe. Wenn sie eine Operation brauchen, können sie ins Krankenhaus gehen, ohne viel bezahlen zu müssen. Einige sind überhaupt erst durch ‚Obamacare‘ auf die Idee gekommen, sich eine Krankenversicherung zu besorgen.“

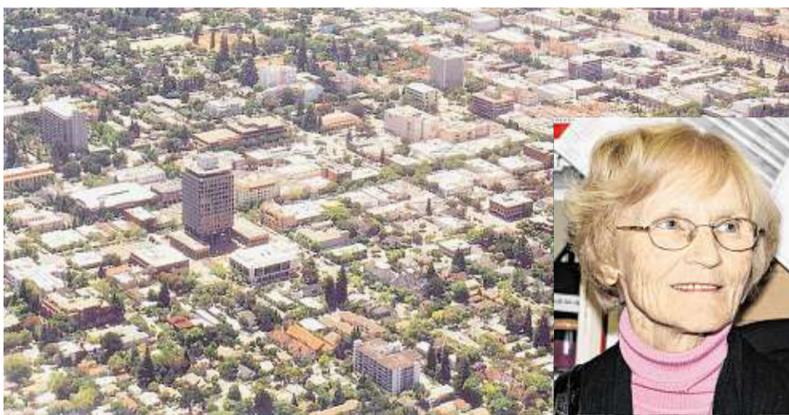
Doch weit über die Hälfte der rund zwei Millionen undokumentierten Migranten in Kalifornien haben keine Absicherung. Eine davon ist Olga Ventura, sie zuckt bei dem Thema mit den Schultern: „Ich bin es gewohnt, für alles selbst zu zahlen. In meinem Dorf in Mexiko hat niemand eine Krankenversicherung.“ Die Franziskanerschwester Maureen ist enttäuscht von ihrer Regierung: „Die Bibel sagt uns: Liebe deinen Nächsten. Doch wir halten uns nicht an die Lehren des heiligen Franziskus. Für ihn war Gesundheitsversorgung ein Recht, ein Menschenrecht.“

## BEIM NAMEN GENANNT



Der tschechische Priester, Theologe und Soziologe **TOMAS HALIK** wird am kommenden Freitag 70 Jahre alt. Halik zählt zu den bekanntesten katholischen Intellektuellen in Mittel- und Osteuropa. Als Professor an der renommierten Prager Karls-Universität und einstiger Vertrauter des verstorbenen Staatspräsidenten Vaclav Havel (1936–2011) sowie des langjährigen Prager Erzbischofs Frantisek Tomasek (1899–1992) nimmt er regelmäßig zu politischen und ethischen Fragen Stellung. Vor allem ermutigt er die Tschechen zu mehr gesellschaftlicher und politischer Mitbestimmung und einer ernsthaften Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. In der deutlich atheistisch geprägten tschechischen Gesellschaft genießt Halik hohes Ansehen. 2014 wurde Halik in London mit dem Templeton-Preis für besondere Leistungen im Bereich von Wissenschaft und Religion geehrt. Der 1948 geborene Halik, der sich auch für den Dialog der Religionen einsetzt, wuchs in einem liberal-intellektuellen Elternhaus auf. Zur Kirche kam er erst nach seinem Abschluss aus dem Wissenschaftsbetrieb durch die Kommunisten 1972. Er studierte im Geheimen Theologie und wurde 1978 im ostdeutschen Erfurt zum Priester geweiht. Elf Jahre lang arbeitete er im Zivilberuf als Psychotherapeut für Alkohol- und Rauschgiftsüchtige.

Die schon vor mehr als fünf Jahren entführten Metropolit von Aleppo, **MOR GREGORIOS YOHANNA IBRAHIM** (syrisch-orthodox) und **BOULOS YAZIGI** (griechisch-orthodox), könnten noch am Leben sein. Wie Elmar Kuhn, Generalsekretär der ökumenischen NGO „Christian Solidarity International“ Österreich (CSI), gegenüber „Kathpress“ bestätigte, gebe es begründete Hoffnung dafür. Laut Informanten aus Syrien würden die beiden Bischöfe in einem der letzten von Rebellen gehaltenen Gebiet im Nordwesten Syriens rund um Idlib festgehalten. Eine definitive Bestätigung für die Informationen gebe es freilich nicht.



Das andere Kalifornien: Maureen Duignan hilft Menschen in Not. Foto: wiki/bau

## 32 Aussprache

### MOMENT MAL

Verehrte Leserinnen und Leser, mit dem Fronleichnamsfest am Donnerstag geht der feiertagsintensive Monat Mai zu Ende. Sie halten diese Ausgabe deshalb auch einen Tag früher als sonst in Händen. Fronleichnam ist das katholische Fest schlechthin: Prächtige Umzüge tragen den eucharistischen Heiland durch unsere Straßen und Plätze. In unserem Redaktionssitz Würzburg etwa ist die Prozession des Bischofs etwas ganz besonders Ein-drückliches.

Eucharistisch geht es auch in dieser Ausgabe zu. Unser Autor Ulrich Nersinger stellt auf der Seite 16 die päpstlichen Prozessionen in Geschichte und Gegenwart vor. Zu einem eucharistie-theologischen Streitthema äußert sich ein Bischof aus Übersee: Erzbischof Chaput von Philadelphia nimmt auf den Seiten 9 und 10 kritisch zur Frage des Eucharistieempfangs für Protestanten Stellung.

Wir wünschen Ihnen und uns allen gutes Wetter für die Prozessionen und ein gesegnetes Hochfest des Leibes und Blutes unseres Herrn Jesus Christus.

**IHRE REDAKTION**

### MARKTPLATZ

**Pensionierter Goldschmied sucht Feilungen, Goldschmuck, Reste etc.** zur Weitergestaltung, für privates Hobby, zahle faire Preise. Telefon: 0611-71675760

**Wir kaufen Wohnmobile + Wohnwagen**  
03944-36160 [www.wm-otale.de](http://www.wm-otale.de) Fa.

### Der Katholikentag in Münster

## Protestantisierung der Kirche

Großen Dank sage ich Frau Regina Einig für den Leitartikel in der „Tagespost“ vom 15. Mai „Generalprobe für eine Spaltung“ sowie ihren Bericht vom Katholikentag in Münster „Spötter, Sinnsucher, Selbstgespräche“. Ich meine, dass mangelndes Wissen über unseren katholischen Glauben die „Selbstprotestantisierung“ unserer Kirche befördern wird. „Es darf ja nicht ängstlich gefragt werden, was nicht gehe“ – so Kardinal Marx, der mit dieser Meinung unter anderem sich selbst im Weg steht! Lasst endlich die Katholikentage dieser Prägung der Vergangenheit angehören. Derartige Events gibt es zu Genüge; wir brauchen Stärkung im Glauben. Dank auch Herrn Chefredakteur Oliver Maksan, der schreibt, dass die Erneuerung des Katholischen von woanders herkommen muss: die Wahrheit über Gott, die Sakramente, den Heiligen Geist“ zur Sprache bringen (DT vom 9. Mai).

**Hiltrud Knab, 87600 Kaufbeuren**

## Kraftloses kirchliches Leben

Zu: „Spötter, Sinnsucher, Selbstgespräche“ (DT vom 15. Mai): Der Katholikentag von Münster war vom weltlichen Standpunkt her gesehen im Großen und Ganzen ein gelungenes Fest. Vom Standpunkt des Neuen Testaments ist das weniger klar. Das kam symbolisch schon zum Ausdruck im Kreuz auf der Altarinsel, sozusagen ein Wohlstandskreuz ohne den Gekreuzigten, als wolle man an den Kern der christlichen Botschaft nicht zu deutlich erinnern und den herausfordernden Konsequenzen ausweichen. Und das ist auch eine der Hauptschwächen in der Lehre und Verkündigung der Kirche unseres Landes in den letzten Jahrzehnten. Daher rührt auch die weithin fehlende Überzeugungskraft und Bedeutungsverlust. Das wird besonders deutlich vor dem Hintergrund von Gal 5,16-24. Dort schreibt Paulus: „Alle, die zu Christus Jesus gehören, haben das Fleisch und damit ihre Leidenschaften und Begierden gekreuzigt.“ Und das ist nur die praktische Abwendung der Nachfolgeforderung Jesu zum

Beispiel in Luk 14,26, wo er sogar fordert, dass er uns wichtiger sein muss als unser eigenes Leben. Da aber diese Botschaft bei uns kaum nachdrücklich und regelmäßig zur Sprache kommt und daher auch von immer weniger gelebt wird, hat die große Mehrheit der Christen weitgehend verlernt, das eigene Herz für Christus freizumachen. Die Folge ist eine Veräußerlichung und Kraftlosigkeit des kirchlichen Lebens bis in die Gottesdienste hinein. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn dann Politiker und Repräsentanten der Kirche reden wie die Welt redet und dafür mehr Beifall bekommen als etwa die Bischöfe Voderholzer und Oster.

**Harry Haitz, 76571 Gaggenau**

### Vatikanschreiben zur Wirtschaft

## Es braucht neue Wirtschaftsordnung

Zu „Noch unausgewogen“ (DT vom 24.5.): Das Papier zur Ethik der gegenwärtigen Finanzwirtschaft wird darin als „unausgewogen“ bezeichnet. Dieses Urteil scheint mir auch auf den Kommentar anwendbar. Endlich wird einmal mit deutlichen Worten gegen die spekulativen Auswüchse an den Wertpapiermärkten, die ungemehmte Gelddruckerei, die globale Verschiebung von dreistelligen Milliardenbeträgen in digitaler Form auf Knopfdruck sowie die massiven Manipulationen von Wirtschaftsstatistiken Stellung bezogen, dann ist das Ganze selbstverständlich „unausgewogen“. Und natürlich braucht es auch eine neue Wirtschaftsordnung nach Ansicht des Kommentars nicht. Doch – gerade die braucht es! Die vielgelobte liberale (aber schon längst nicht mehr soziale) Wirtschaftsordnung ist kein Glaubensartikel und kein Dogma. Daher ist es zu begrüßen, wenn die Glaubenskongregation sich nicht nur gegen einen schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus in Deutschland wendet, sondern auch gegen die Ideologie des kontinuierlichen Wirtschaftswachstums, welcher allein Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Aufstiegschancen für alle Bürger verheißt würde. Denn Tatsache ist, dass jeder Konjunktüreinbruch mehr und mehr Arbeitslose hinterlässt. In den USA war das Wirtschaftswachstum jedenfalls kein Mittel, um beispielsweise den Verfall der gut verdienenden Mittelschicht in den 80er Jahren aufzuhalten. Sprüche wie „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an“ klingen daher in Deutschland heutzutage wie der blanke Hohn, wenn viele Menschen objektiv gesehen keinerlei Chance haben, durch Arbeit am Leben in der Gesellschaft teilzuhaben. Zuletzt ist auch der Hinweis auf den verringerten Anteil der in extremer Armut lebenden Weltbevölkerung kaum als positives Signal zu werten. Die Welt krankt an Überbevölkerung – da kann die Verdoppelung der Menschheit in den letzten 20 Jahren wohl kaum als Maßstab von wirtschaftlicher Verbesserung dienen. Das Papier zur Ethik der Finanzwirtschaft bedürfe eines größeren Sachverständes wird abschließend angemerkt. Dies mag so sein. Ebenso könnte man dem Kommentar mangelnde Einsicht unterstellen. Die Beschäftigung, dass die herrschende Wirtschaftsordnung keiner Änderung bedarf (und somit für die bevorstehenden Krisen als ausreichend angesehen wird), wird in den nächsten Jahren eine drastische Korrektur erfahren. Ausgewogene Papiere werden dann kaum mehr benötigt werden.

**Dr. Andreas Müller, 66953 Pirmasens**

### Britische Königshochzeit

## Ehe ist mehr als Liebe zueinander

Zu „Hartl über Predigt mit Schwächen“ (DT vom 24. Mai): Bei so viel „love“ kriege ich ein schlechtes Gewissen. So viel „power of love“ habe ich nicht. 67 Mal „love“, einmal, immerhin einmal, in einer Nebenbemerkung „married“. Ich kann mich nicht entsinnen, dass mein Vater und meine Mutter jemals im Leben das Wort Liebe in den Mund genommen hätten, al-

lenfalls behutsame Umschreibungen, Annäherungen.

Da halte ich mich lieber an Dietrich Bonhoeffer und an seine Traupredigt aus der Zelle. Vor genau 75 Jahren, im Mai 1943, schrieb er sie im Gefängnis Berlin-Tegel. Für Liebes-Prediger ist sie eine ziemliche Provokation: „Ehe ist mehr als eure Liebe zueinander. ... Wie die Krone den König macht und nicht schon der Wille zu herrschen, so macht die Ehe und nicht schon eure Liebe zueinander auch zu einem Paar vor Gott und den Menschen... So kommt die Liebe aus euch, die Ehe von oben... Nicht eure Liebe trägt die Ehe, sondern von nun an trägt die Ehe eure Liebe.“ (In: Widerstand und Ergebung) Bonhoeffers Predigt entlastet mich. Und wer weiß, vielleicht bleibt bei dieser Umkehrung der Dinge am Ende sogar mehr „love“ übrig.

**Alfons Zimmer, 44805 Bochum**

### Therapeutensprech nimmt zu

## Geheuchelte Anteilnahme

Zum Exerzitium von Lorenz Jäger (DT vom 24. Mai): Ein neuer Dialekt verarrmt die Sprache. Mit wachem Blick und spitzer Feder arbeitet der Autor die geheuchelte „Anteilnahme“ heraus, mit der seit einiger Zeit daran Interessierte die (den unvoreingenommenen Blick überhaupt erst ermöglichende) Distanz zum Gesprächspartner verhindern wollen. Nicht nur das sich bei jeder möglichen (und vor allem unmöglichen) Begegnung geradezu wie Fußpilz ausbreitende und beharrlich aufgezwungene „Du“ zwischen einander wildfremden Menschen wäre hier zu nennen, auch die (der Intimsphäre angehörenden) Umarmungen und Wangenküsse, welche einem von einer bestimmten Spezies Mitmensch aufgenötigt werden. Wem das zu schnell zu viel der Nähe ist, gerät schnell in den Ruch des arroganten Sonderlings und Eigenbrötlers, der nicht „teamfähig“ ist und dem es sichtlich an „Gemeinschaftsgeist“ gebricht. Nicht umsonst hatte bereits der bekannte französische Schriftsteller und Gegenwartskritiker Jean Raspail den „pausenlosen Nieselregen der Vertraulichkeit“ als „Gemeinschaftsgefühl, das nichts weiter als das Alibi und die Tarnung der Kleinkarierten ist“ charakterisiert. Individuelle Gefühlsbekundungen wie „Respekt“ und „Wertschätzung“ für als besonders erkannte Menschen werden zur inflationär benutzten und mithin unverbindlichen Floskel, zum Kleingeld des Alltags. Von Antidiskriminierungsbürokraten penibel ausgearbeitete Verhaltensvorschriften sollen ursprüngliche Empfindungen in handhabbare Schablonen pressen – am besten einklagbar, versteht sich. Ein Sanatorium wird das Leben gleichwohl kaum, hier bangt wohl auch der Autor nicht. Denn sobald es aber ans sprichwörtliche „Eingemachte“ wie Beförderungen, Geld oder Arbeitsplatz geht, ist es sofort mit der vorgespiegelten Gleichheit der „Bussi-Gesellschaft“ vorbei. Verdeckt die glänzende Fassade aus vorgeblicher „Empathie“ samt geheuchelter „Zugewandtheit“ doch lediglich den (gänzlich untherapeutischen) gesellschaftlichen Mechanismus unserer Tage: Der Einzelne zählt nur, insoweit und solange er klaglos als genormter Bolzen im Getriebe seine Funktion erfüllt.

**Steffen Wiegand, 65451 Kelsterbach**

### China und der Vatikan

## Taiwan nicht im Stich lassen

Zu „Katholiken in Sorge wegen China-Politik“ (DT vom 24.5.): Taiwan und seine 23 Millionen Einwohner befinden sich leider in einer außergewöhnlichen diplomatischen Situation: Nur von 18 Ländern wird Taiwan als Staat anerkannt. In Europa ist es nur der Vatikan. Eigentlich ist Taiwan de facto in jeder Hinsicht ein souveräner Staat, mit eigener Währung, eigener Regierung, eigenen Pässen und eigener Verfassung. Es ist ein Land mit

Rechtssicherheit, freier Presse und einem frei gewählten Parlament. Auch wenn Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und eine freie Presse in meiner Heimat Taiwan fest verankert sind, bleibt Taiwan auf Druck Chinas weitgehend ausgeschlossen von den Organisationen der Vereinten Nationen wie der UN-Klimakonferenz, der Weltgesundheitsversammlung (WHA) und auch Interpol. Das Alles, weil niemand das Regime in Peking ärgern will. Ich kann nur hoffen, dass der Vatikan dem autoritären Regime Chinas nicht die Hand reicht und Taiwan einfach in Stich lässt.

**Sing-yue Wu, 80802 München**

### 70 Jahre Israel

## Pius XII. war nicht israelkritisch

Schade, dass die „Tagespost“ den 70. Geburtstag des Staates Israel (DT vom 9.5.) mit zwei überwiegend kritischen Artikeln „würdigt“, obgleich sie damit ihrer grundsätzlichen Nahost-Linie gewissermaßen treu bleibt.

Leider erwähnt der Artikel von Andrea Krogmann („Ein angespanntes Verhältnis“) zwar die Ablehnung des Zionismus durch Papst Pius X., jedoch nicht die überaus herzliche Unterstützung desselben durch dessen Nachfolger. Als 1917 Nahum Sokolow, ein namhafter Vertreter des zionistischen Weltkongresses, nach Rom reiste, wurde er zu seiner Überraschung von Papst Benedikt XV. persönlich empfangen. Der Heilige Vater versicherte ihm in einer langen, von großer Herzlichkeit getragenen Privataudienz, dass die zionistische Vision „von der Vorsehung bestimmt“ und „in Übereinstimmung mit dem göttlichen Willen“ sei. Die herzliche Haltung gegenüber dem Zionismus wurde von Pius XII. fortgeführt. Dessen von Andrea Krogmann erwähnte Verurteilung der Gewalt im Vordfeld und im Gefolge der Gründung des Staates Israel dürfte sich kaum an die Vertreter Israels (oder dessen vorstaatliche Körperschaften) gerichtet haben. Diese hatten dem UN-Teilungsplan von 1947 zugestimmt und sich somit für eine friedliche Lösung ausgesprochen. Die von Pius XII. kritisierte Gewalt ging von arabischen Vertretern aus, die mit der Absicht, die Juden ins Meer zu treiben, ein gewaltsames Vorgehen wählten. Daraus eine kritische Haltung des Papstes gegenüber dem Staat Israel abzuleiten, erscheint nicht plausibel.

**Dr. Martin Feichtinger, 99084 Erfurt**

### Der Papst und die Wahrheit

## Verstörende Äußerungen

Zu „Alles ist Gnade“ (DT vom 17. Mai 2018): In dem Artikel stellt Guido Horst das 2. Kapitel des Apostolischen Schreibens „Gaudete et Exsultate“ vor, wo Papst Franziskus das, was er Pelagianismus und Gnostizismus nennt, als „Häresien“ und „zwei subtile Feinde der Heiligkeit“ verurteilt. Im Blick auf den sogenannten Gnostizismus beziehungsweise Neognostizismus zitiert der Autor zwar aus der Kritik des Papstes, nennt aber nicht den wesentlichen Grund für das päpstliche Verdikt. Dieser findet sich in Artikel 43, wo es einleitend heißt: „Es gelingt uns kaum, die Wahrheit, die wir vom Herrn empfangen haben, zu verstehen. Unter größten Schwierigkeiten gelingt es uns, sie auszudrücken. Deshalb können wir nicht beanspruchen, dass unsere Art, die Wahrheit zu verstehen, uns ermächtigt, eine strenge Überwachung des Lebens der anderen vorzunehmen.“

Diese Äußerungen aus dem Mund des Papstes wirken verstörend. Denn sie sind mit der dogmatischen Konstitution über die göttliche Offenbarung „Dei Verbum“ (DV) des Zweiten Vatikanischen Konzils nicht vereinbar. Wie kann uns die Tiefe der durch die Offenbarung erschlossenen Wahrheit in Christus aufleuchten (DV 2) und das Evangelium „die Quelle jeglicher Heilswahrheit und Sittenlehre“ sein (DV

7), wenn deren Inhalt den Menschen größtenteils verborgen bleibt und der sprachlichen Kundgabe widerstrebt? Welchen Sinn macht es unter dieser Voraussetzung, dass die Offenbarung „für alle Zeiten unversehr erhalten“ bleibt (DV 7), die Nachfolger der Apostel sie „in ihrer Verkündigung treu bewahren, erklären und ausbreiten“ (DV 9) und das kirchliche Lehramt „das Wort Gottes aus göttlichem Auftrag und mit dem Beistand des Heiligen Geistes voll Ehrfurcht hört, heilig bewahrt und treu auslegt“ (DV 10)? Die Folgen der Hermeneutik des „Kaum-Verstehens“ liegen auf der Hand. Auf diesem brüchigen Fundament kann es weder ein sinnvolles gemeinsames Glaubensbekenntnis noch einen verbindlichen Moralcode im herkömmlichen Sinn geben. An deren Stelle treten vielfältige Meinungen, die in Ermangelung eines verbindlichen Maßstabes dieselbe Geltung beanspruchen dürfen, selbst wenn sie sich widersprechen. Aufgabe des kirchlichen Amtes ist es dann, die verschiedenen Meinungen miteinander zu „versöhnen“, also dafür zu sorgen, dass jeder Gläubige die Meinung des jeweils anderen toleriert. „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ wird das im EKD-Protestantismus und in der Ökumene genannt.

**Christoph Blath, 56203 Höhr**

## Die Tagespost

Katholische Wochenzeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur  
Vormals Deutsche Tagespost  
Katholische Zeitung für Deutschland.  
1948 begründet von Johann Wilhelm Naumann

Herausgeber:  
Domdekan Prälat Lic. theol. Günter Putz

Chefredakteur und Geschäftsführer:  
Oliver Maksan

Redaktion:  
Sebastian Sasse (Chef vom Dienst, Politik, Wirtschaft),  
Regina Einig (Kirche aktuell, Bildung), Dr. Stefan Meetschen (Im Gespräch, Feuilleton, Aus aller Welt),  
Dr. Alexander Riebel (Kultur, Medien, Literatur, Bildung), Dr. Josef Bordat (Internetredaktion, Kirche aktuell, Medien, Wirtschaft), Maximilian Lutz (Internet, Reise), Guido Horst (Büro Rom/Vatikan-Korrespondent), Andrea Krogmann (Büro Jerusalem/Nahost-Korrespondentin), Stephan Baier (Büro Österreich/EU-/Südosteuropa-Korrespondent), Stefan Rehder (Korrespondent für Bio-Ethik, Glauben und Wissen), Anzeigenleitung: Anja Stichnoth

Erscheinungsweise: donnerstags

Monatlicher Abonnementpreis einschließlich 7% Mehrwertsteuer bei Inlandslieferung: EUR 15,80 einschließlich der Kosten für Postzustellung.  
Abbestellungsbedingungen sind mit sechswöchiger Frist zum Ende des Quartals möglich. Maßgeblich ist der Zugang beim Verlag. Änderungen des Bezugspreises werden im Monat vor dem Inkrafttreten in der Zeitung angekündigt. Sie gelten für alle laufenden Abonnements. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch.  
Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 30 vom 1. Januar 2016. – Die Tagespost unterzieht sich der laufenden Auflagenkontrolle durch die IVW. Für unverlangt eingesandte redaktionelle Beiträge wird eine Gewähr nicht übernommen.  
Rücksendungen erfolgen in jedem Fall nur, wenn Rückporto beiliegt.

Druck: Main-Post GmbH

Johann Wilhelm Naumann Verlag GmbH,  
Dominikanerplatz 8, D-97070 Würzburg  
Telefon: Zentrale 093130863-0,  
Buchhaltung 30863-25,  
Vertrieb 30863-32 – Fax 30863-33  
(vom Ausland aus: 0049 vorwählen)  
E-Mail: [info@die-tagespost.de](mailto:info@die-tagespost.de)  
LIGA Bank, IBAN: DE5075090300003010201,  
BIC: GENODEF1M05

Internet: [www.die-tagespost.de](http://www.die-tagespost.de)  
[www.die-tagespost.at](http://www.die-tagespost.at)

Johann-Wilhelm-Naumann-Stiftung,  
Dominikanerplatz 8, D-97070 Würzburg  
LIGA Bank, IBAN: DE5375090300003010244,  
BIC: GENODEF1M05

### BEILAGENHINWEIS

**Die Gesamtauflage erhält eine Beilage von der hl. Elisabeth“, Maria-Merkert-Straße 3, 21465 Reinbek sowie von „SuperVista AG“, Schmiedestraße 2, 15745 Wildau.**